

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



N^o.

MOSKAU
KREML.

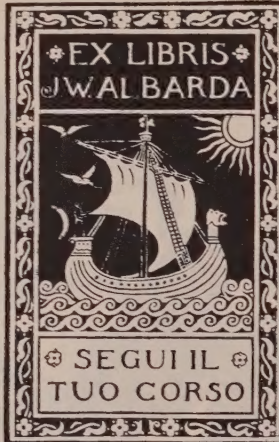


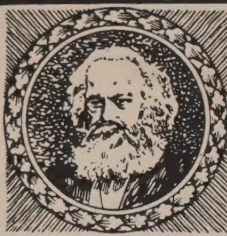
PETROGRAD
SMOLNY

22

Inhalt

G. SINOWJEW: Der vierte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale	1
(Vortrag, gehalten auf der Allrussischen Konferenz der K. P. R., Moskau, 5. bis 7. August 1922.)	
KARL RADEK: Vor der Einigung der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale	10
G. PJATAKOW: Der Klassencharakter des Urteils im Prozeß der Partei der Sozialrevolutionäre	17
ERNST MEYER: I Kampagne	d der Rathenau- 26
TH. ROTSTEIN: D	er Labour Party 31
G. WOJTINSKI: D 39
H. MARING: Die Süd-China	ie Bewegung in 49
MATHIAS RAKOS 55
O. W. KUUSINEN 58
CH. L. RAPPOPOF 62
G. SINOWJEW: Daniel Renoult und die Taktik der Einheitsfront	68
A. WITOLI: Die Zersetzung der Italienischen Sozialistischen Partei	71
DISKUSSION ZUR FRAGE DES PROGRAMMS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE: EUGEN VARGA: Wie soll das Programm der Kommunistischen Internationale beschaffen sein? / BOHUMIR SMERAL: Zur Programmdiskussion / CH. L. RAPPOPORT: Gedanken über das Programm	
	80
BIBLIOGRAPHISCHER TEIL: L. RUDASZ: Zwei Dokumente zweier verschiedener Epochen / TH. ROTSTEIN: Vor der Entscheidung / T. R.: Über die Freiheit der Presse	
	96





DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER,
RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

Die Zeitschrift wird redigiert von *G. Sinowjew* und *Karl Radek* und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Killbom, Nerman, Ström (Schweden), *Kyrre Grepp*, Tranmael, Friis, Schefflo (Norwegen), Ravensteijn, Roland - Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Koritschoner, Tomann, Strasser (Oesterreich), C. Zetkin, Thalheimer, Pieck, Heckert (Deutschland), Mac Laine, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Frossard, Sadoul, Rappoport, Loriot, Souvarine, Monatte (Frankreich), Bombacci, Bordiga, Gramsci, Terracini (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Varga (Ungarn), Marchlewski, Walecki (Polen), Blagojew, Kabaktschieff, Kolarow (Bulgarien), Markowic, Milkic (Jugoslawien), *John Reed*, Jim Larkin, Carr (Amerika), Roy (Indien), Sen Katayama (Japan) u. a.

N^o 22
VIERTER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1—19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW



DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Verlag der
Kommunistischen Internationale.

In Kommission:
Carl Hoym Nachf. Louis Cañbley
Hamburg

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

1922

Der vierte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Vortrag, gehalten auf der allrussischen Konferenz der K. P. R., Moskau, 5.-7. Aug. 1922.

Die Tagesordnung des Kongresses.

Genossen, es ist euch bekannt, daß auf den 7. November, den fünften Jahrestag unserer Revolution, der vierte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale festgesetzt ist. Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien treten bereits an die vorläufige Besprechung jener Tagesordnung heran, die vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale geplant ist. Diese Tagesordnung ist in ihren Hauptzügen folgende.

Die Kommunistische Internationale wird noch einmal bei den wichtigsten taktischen Fragen der Gegenwart haltmachen müssen. Darum bildet die Frage der Taktik der Kommunistischen Internationale einen der ersten Punkte der Tagesordnung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Hauptdiskussion dieses Punktes sich um die Frage der Einheitsfront drehen wird. Ferner wird die zweite und vielleicht wichtigste Frage die des Programms der Kommunistischen Internationale sein. Ferner steht die Gewerkschaftsfrage, die Agrarfrage, die Arbeit im Osten auf der Tagesordnung, und dann ist in der letzten Zeit der Gedanke aufgetaucht, die Frage der neuen Wirtschaftspolitik der russischen Sowjetrepublik in dieser oder jener Form noch einmal aufzuwerfen. Auf dem dritten Weltkongreß fand hierüber ein Referat des Genossen Lenin statt, doch hatte damals unsere Partei eben erst die neue Politik in ihren Grundzügen entworfen, und Genosse Lenin konnte nur eine theoretische Analyse dieser Politik geben. In diesem Jahre dagegen könnten wir der Internationale bereits einige konkrete Resultate und einige Bilanzen für das Jahr vorlegen.

Das Programm.

Was die Programmfrage anbelangt, so muß man hier folgendes im Auge haben. Ein Einheitsprogramm für die Arbeiter der ganzen Welt auszuarbeiten, ist eine außerordentlich schwierige Sache. Gegen-

wärtig gehören der Kommunistischen Internationale 52 Parteien an und außerdem eine Reihe von Gruppen, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen wollen, aber noch nicht vollständig kommunistisch sind. Die Bedingungen, unter denen jede dieser einzelnen Parteien zu arbeiten hat, sind zu verschieden. Das ist ein großes Hindernis für ein Dokument, das ein einheitliches Ganzes sein und die ganze Weltlage umfassen soll.

Die Kommunistische Internationale hat eine große Programmkommission geschaffen, der die besten Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung angehören, und an der, wie wir hoffen, Genosse Lenin sich aufs tatkräftigste beteiligen wird. Außerdem sind Programmkommissionen im Anschluß an die größten Parteien der Kommunistischen Internationale im Westen geschaffen worden: im Anschluß an die französische, die deutsche, die italienische, die tschechoslowakische u. a. Ferner ist eine spezielle Kommission geschaffen worden, die das Programm einer japanischen kommunistischen Partei entwerfen soll. In dieser Kommission arbeiten Genosse Katajama, ein Veteran der japanischen Arbeiterbewegung, Genosse Bucharin und eine Reihe anderer Genossen.

Besondere Bedeutung messen wir der Arbeit auf dem Gebiete der Vorbereitung des Programms der japanischen kommunistischen Partei bei. Im Laufe der fünf Revolutionsjahre war es für uns außerordentlich schwer, eine unmittelbare Verbindung mit der japanischen Arbeiterbewegung herzustellen. Die japanische Regierung bewacht ihr Land allzu eifrig.

Für Europäer, selbst für Nichtkommunisten, ist es außerordentlich schwer, nach Japan zu kommen, und erst vor einigen Monaten gelang es uns zum ersten Male, eine zahlreiche Delegation japanischer Kommunisten und revolutionärer Syndikalist in Moskau zu empfangen. Das waren hervorragende Proletarier, die in den japanischen Gefängnissen durch viele Prüfungen hindurchgegangen sind und

Jahre revolutionärer Arbeit hinter sich haben. Die japanische Bewegung ist für die Kommunistische Internationale von höchster Wichtigkeit, da wir es dort mit einem noch unberührten mit einem frischen, revolutionären, noch nicht durch den internationalen Opportunismus demoralisierten Proletariat zu tun haben. In Japan gibt es auch einen reformistischen Flügel, der über bedeutende Kräfte verfügt, aber die Bewegung als Ganzes trägt den Stempel der Frische und Kraft einer jungen proletarischen Bewegung. Japan befindet sich am Vorabend des Jahres 1905. Die Kommunistische Arbeiterpartei Japans, die noch nicht zahlreich ist, deren Einfluß aber von Tag zu Tag wächst, muß gegenwärtig die Aufmerksamkeit der an der Spitze marschierenden Proletarier der ganzen Welt auf sich lenken.

Ferner ist eine Programmkommission geschaffen worden, die das Projekt des Programms für die Balkanparteien einerseits und die skandinavischen andererseits geben soll. Wir haben zwei Winkel Europas genommen, die ihren Ausmaßen nach recht beachtenswert sind, eine recht verschiedene soziale Struktur haben und darum in ihrer Art typisch sind. Auf dem Balkan haben wir folgende Lage. In Bulgarien macht unsere Partei die große Mehrzahl der Arbeiterklasse und einen bedeutenden Teil der Bauernschaft aus. In Bulgarien selbst ist das Kräfteverhältnis ein solches, daß der Uebergang der Macht an die Arbeiter kein so schwerer wäre; die ganze Schwierigkeit liegt in der Umgebung Bulgariens. In Jugoslawien hatten wir eine mächtige Partei, die nur durch den weißen Terror eine Zeitlang geschwächt werden konnte. In Griechenland haben wir eine junge wachsende kommunistische Partei; ihr Zentralkomitee ist für seinen heroischen Kampf gegen den Krieg dieser Tage verhaftet worden. In Rumänien haben wir die Mehrzahl der organisierten Arbeiter hinter uns stehen; das hat der Kongreß der ehemaligen vereinigten Partei bewiesen; aber der Uebergang der rumänischen Regierung zum weißen Terror hat die Arbeiterpartei eine Zeitlang paralysiert. Die Verwickelung auf dem Balkan gab den Anlaß, darüber nachzudenken, ob das Programm der Balkanparteien nicht ganz gesondert zu geben wäre.

Die skandinavischen Parteien befinden sich unter anderen Bedingungen. Hier ist unser stärkster Punkt Norwegen, wo wir

die erdrückende Mehrheit unter den Arbeitern haben, wo die von uns eroberten Gewerkschaften aus der Amsterdamer Vereinigung ausgetreten sind, wo die bürgerliche Regierung von unserer kommunistischen Partei abhängig ist. Norwegen ist das Land der Arbeiterbewegung, es hat Gewerkschaften, die in bedeutendem Maße über gute Traditionen verfügen. Man kann wohl kaum erwarten, daß die skandinavischen Länder als die Vorposten der Weltrevolution auftreten werden. Ihre Rolle ist keine besondere, doch ist sie eine charakteristische Rolle. Darum hält es die Kommunistische Internationale für notwendig, daß wir wenigstens für eins der wichtigsten skandinavischen Länder auf dem vierten Kongreß ein exakt formuliertes Programm geben. Das ist die Vorbereitungsarbeit, die für die Ausarbeitung des Programms zu leisten ist.

Wir geben uns Rechenschaft darüber, wie schwer es auszuarbeiten sein wird.

Zur Vermeidung von Enttäuschungen muß im voraus gesagt werden, daß die Ausarbeitung eines Programms eine so schwierige und komplizierte Arbeit ist, daß, wenn wir auf dem vierten Kongreß nur die Vorbereitungsarbeit leisten werden, auch dies schon ein großer Schritt vorwärts sein wird.

Die Kommunistische Internationale hat vom ersten bis zum dritten Kongreß eine Reihe von Dokumenten rein programmatischen Charakters gegeben. Erinnert euch, Genossen, an die Thesen des Genossen Lenin auf dem ersten Kongreß „Ueber Diktatur und Demokratie“. Das ist ein bedeutsames, fundamentales, programmatisches und nicht nur taktisches Dokument. Solcher Dokumente gibt es mehrere für die Jahre des Bestehens der Kommunistischen Internationale; wir treten vorläufig an die Arbeit der Zusammentragung dieser grundlegenden Dokumente heran, wir haben auf diese Weise einige Quadersteine, aus denen dieses Programmfundament zusammengesetzt werden muß.

Erinnert euch, Genossen, wie wir an dem Programm unserer eigenen Partei zu arbeiten hatten, als wir an ihm in den Jahren 1917/18 arbeiteten. Wladimir Iljitsch warnte uns vor allzu großer Voreiligkeit und riet uns, die Frage des Programms auf den nächsten Kongreß zu verschieben. Damals handelte es sich aber nur um ein Land. Natürlich um ein Land, das damals, im Moment des Nieder-

reißen, im Moment der Revolution, entscheidend war, immerhin aber um ein Land, während wir jetzt ein Programm zu geben versuchen müssen, das die Sachlage nicht nur auf dem Balkan und in Skandinavien, nicht nur in Japan und Amerika umfaßt, sondern auch in einer ganzen Reihe kolonialer und halbkolonialer Länder.

Die Gewerkschaften.

Was die Gewerkschaftsfrage anbelangt, so muß man sagen, daß wir für die Notwendigkeit eintreten und eintreten, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf der internationalen Arena zu wahren. Um die Revolution siegreich durchzuführen, muß die Mehrzahl der Arbeiter gewonnen werden; um aber die Mehrzahl der Arbeiter zu gewinnen, muß die Mehrzahl der Gewerkschaften erobert werden. Darum muß an diese Sache besonders vorsichtig und geduldig herangegangen werden. Wir waren und sind dafür, die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen durch stetige Eroberung der Gewerkschaften von innen her, wie das letzten Endes auch in unserem Lande der Fall war. Die Spaltung in der politischen Bewegung Rußlands besteht im Grunde genommen seit dem Jahre 1903 und beginnt vom zweiten Kongreß unserer Partei; die politische Spaltung dauerte annähernd zwei Jahrzehnte, während die Gewerkschaftsbewegung in Rußland, wenn auch mit mancherlei Unterbrechungen, immerhin im großen und ganzen einheitlich blieb. Im Rahmen der einheitlichen Gewerkschaften gewannen wir in Rußland allmählich die Mehrheit für uns, und die Gewerkschaften marschieren jetzt im gleichen Schritt mit unserer Partei.

Wir denken, daß die Kommunistische Internationale eine ebensolche Entfaltung der Ereignisse auch auf der internationalen Arena zu erreichen trachten soll.

Aber ich muß unsere Partei im voraus darauf aufmerksam machen, daß diese Frage auf dem vierten Kongreß praktisch anders gestellt werden wird. Die Sache ist die, daß unsere Gegner — die Sozialdemokraten der Zweiten und Zweieinhalb-Internationalen und aus der Amsterdamer Internationale — in dem Maße, wie unsere Gewerkschaftsminderheit anspruchsvoller wurde, zur Taktik der Organisation der Spaltung in den Gewerkschaften übergingen.

Wenn Ihr die Zeitungen auch nur oberflächlich verfolgt, so werdet ihr sehen, daß unsere Gegner in Frankreich, Deutschland, der Tschechoslowakei und Italien schon an den Ausschluß der Kommunisten aus den gemeinsamen Gewerkschaften herangegangen sind. Ueberall, wo wir zu einer mehr oder weniger bedeutsamen Macht zu werden begannen, fingen sie an, unsere Anhänger auszuschließen. In Frankreich brachten sie es bereits bis zu einer vollständigen Spaltung, es gibt dort bereits zwei Föderationen — eine reformistische und eine unitarische (kommunistisch-syndikalistische). In Deutschland sind unsere Feinde an die Ausschließung der Kommunisten aus jenen Gewerkschaften herangetreten, in denen wir zu mächtig zu werden begannen, und wo wir auch nahe daran waren, die Hälfte oder die Mehrheit auf legalem Wege für uns zu gewinnen. Im Laufe eines halben Jahres hatten wir eine ganze Epidemie solcher Ausschlüsse. In der letzten Zeit ist dieser Krieg etwas ins Stocken geraten, aber in Deutschland, wo die Dinge sich der Eroberung einiger Gewerkschaften durch uns nähern, forcieren die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale die Spaltung, solange sie die schwache Mehrheit noch nicht verloren haben, an die sie sich klammern. Eine kritische Zeit machen wir in dieser Hinsicht gegenwärtig in der Tschechoslowakei durch, wo wir politisch schon zu drei Vierteln gesiegt haben und wo wir in den Gewerkschaften der Gewinnung der Mehrheit und der Festigung derselben nahe sind. Wir können dort eine Mehrheit im allgemein-staatlichen Maßstab erobern, und die Amsterdamer Internationale beginnt die Kommunisten aus jenen Verbänden auszuschließen, in denen die Mehrheit Anhänger der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationalen sind. So ist die Lage gegenwärtig auch in Italien, wo dies die Reformisten zu tun beabsichtigen. Eine solche Taktik macht auch eine gewisse Modifizierung unserer Partei notwendig.

Wir sind für die Einheit der Gewerkschaften und werden weiter für sie kämpfen. In jenen Fällen aber, in denen wir ausgeschlossen werden, werden wir entweder unsere Anhänger organisieren, ihnen einen gewissen Konzentrationspunkt geben müssen, oder wir werden zersplittert bleiben. Die Führer der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationalen pochen gerade darauf, daß wir, die

wir für die Einheit sind, uns fürchten würden, unsere ausgeschlossenen Anhänger gesondert zu organisieren. In dieser Hinsicht Genossen, wird der vierte Kongreß einen sehr verantwortungsvollen Beschluß fassen müssen. Die Frage der Gewerkschaften ist die Hauptfrage. Die Gewerkschaften sind die Hauptmasse, die schwere Infanterie, die Millionen, die Zehner von Millionen Arbeiter, die den Ausgang der Sache entscheiden. Wer die Gewerkschaften hat, der hat die Arbeiterklasse, der hat alles. Ohne Unterstützung der Führer der Gewerkschaftsbewegung kann die Bourgeoisie schon fast nirgends mehr regieren; es wird also in der Gewerkschaftsfrage die geringste Modifizierung große Folgen haben.

Die Tagesordnung des Kongresses kann ergänzt werden.

Dies, Genossen, scheint mir das Wichtigste von dem zu sein, was man auf dem Gebiete der prinzipiellen Fragen auf dem vierten Kongreß voraussehen kann.

Selbstverständlich entwickeln sich die Ereignisse so schnell, daß in den übrigbleibenden Monaten noch irgendwelche Kampffragen aufgeworfen werden können. Zuweilen scheint es uns, als entwickelten sich die Ereignisse langsam. In der Tat aber, wenn man die Lage objektiv betrachtet, ist dem nicht so. Wir sehen bis zu einem gewissen Grade einer Fliege ähnlich, die sich auf einem großen Mühlrad mitdreht und die Bewegung desselben nicht merkt, während das Rad sich doch dreht. Ebenso ist es auch mit den internationalen Ereignissen. Im Grunde genommen haben wir im Laufe dieser vier bis fünf Jahre so viele grandiose Ereignisse zu sehen bekommen, daß noch größere Ereignisse erforderlich sind, um unsere Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. In der Tat, das, was sich jetzt auf der internationalen Arena abspielt, stellt das Bild einer ziemlich schnellen Entwicklung dar. Wenn, sagen wir einmal, um das Jahr 1900 irgend ein belgischer Streik für das allgemeine Wahlrecht ein internationales Ereignis von erstklassiger Wichtigkeit war, das fünf Jahre lang erörtert wurde, über das Rosa Luxemburg schrieb, so wird es heute vielleicht keine Uebertreibung sein, zu sagen, daß in jeder Stunde Ereignisse stattfinden, die ihrer historischen Bedeutung und ihrem spezifischen Gewicht nach hundertmal so

wichtig sind wie der belgische Streik. Aber wir reagieren viel weniger aktiv als seinerzeit auf den belgischen Streik.

Der Appetit des internationalen Proletariats hat zugenommen. Das Proletariat hat eine siegreiche Revolution durchgeführt. Wir leben bereits in der Epoche der internationalen Revolution — das ist der Kern der Sache. Daher ergibt sich der Eindruck, daß die Sache zu langsam vor sich geht. Subjektiv ist dies verständlich, objektiv verhält es sich damit nicht so. Man muß sagen, daß die subjektiven Stimmungen der Bourgeoisie in dieser Hinsicht andere sind. Sie ist der Meinung, daß die Sache zu schnell vorwärts geht. Und wir werden uns nicht wundern dürfen, wenn — sollten in der nächsten Zeit die Ereignisse sich in derselben Weise wie bisher entwickeln — die Tagesordnung des vierten Kongresses wird dann noch ergänzt werden müssen. Wenn dies nicht der Fall sein wird, so werden wir im Rahmen der sehr bedeutsamen Fragen bleiben, die wir vorgemerkt haben.

Die Verbindung ist hergestellt.

Außer diesen allgemeinen Fragen werden auf dem vierten Kongreß einige Fragen besprochen werden, die sich auf die einzelnen Sektionen, die einzelnen Länder beziehen. Wir können jetzt in das Leben jedes einzelnen Landes, in die Arbeiterbewegung der einzelnen großen Länder tief und konkret eindringen. Unsere Verbindung mit den einzelnen Sektionen ist im Laufe dieses Jahres geregelt worden. Wir haben im Laufe dieses Jahres zwei erweiterte Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gehabt. Wir haben vorsichtig tastend die neue Organisationsform gefunden. Der vierte Kongreß wird diese Form fixieren müssen. Außer dem üblichen Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das ungefähr aus 25 bis 30 ständig wohnhaften und von Zeit zu Zeit abzulösenden Mitgliedern besteht, werden wir offenbar erweiterte Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zweimal im Jahre haben, zu denen hervorragende Führer aller Parteien kommen werden. Faktisch verwandeln sich diese Sitzungen in kleine Kongresse, die zuweilen von größerer Bedeutung sind als die großen.

Unsere Verbindung mit den einzelnen Sektionen ist geregelt. Wir haben eine richtige Arbeiterbrüderschaft, die sich nicht

nur gegenseitige Treue schwört, sondern tatsächlich gemeinsame Sache macht. Wir werden bald ohne Prahlerei sagen können, daß wir ein internationales Zentralkomitee der Kommunistischen Partei haben. Das ist jene Aufgabe, die wir einige Jahre lang zu lösen bemüht waren und deren Lösung wir in allernächster Zukunft voll erreichen werden. Dieser Umstand ermöglicht es uns, auf dem vierten Kongreß die Fragen der einzelnen großen Parteien ganz konkret zu stellen.

Soweit man voraussehen kann, wird sich der Kongreß vor allem mit den drei Hauptparteien beschäftigen, richtiger, mit zweien: der italienischen und der französischen, teilweise auch vielleicht mit der deutschen.

Italien.

Was die Kommunistische Partei Italiens anbelangt, so werden dort gerade in den allernächsten Tagen Ereignisse von allergrößter Wichtigkeit erwartet. Zweifellos ist der allgemeine Verlauf der Entwicklung unserer Partei in Italien eng mit dem Verlauf des Bürgerkrieges in Italien verknüpft. Die italienische Lage ist eine äußerst revolutionäre.

In Italien ist der Bürgerkrieg permanent. Wir haben dort den Krieg zwischen den Arbeitern und den Faschisten. Italien ist ein Land, in dem wir fast alle vier Wochen einen Generalstreik sehen. Objektiv hat dort die revolutionäre Bewegung zugehoben. Wir erlebten dort den ungeheuerlichen Verrat von seiten Serratis mit seiner Gruppe, der früher der Kommunistischen Internationale angehörte; als die revolutionäre Welle sank, versuchte er aus der Kommunistischen Internationale auszutreten, d. h. er wollte eigentlich bleiben, aber wir schlossen ihn aus, weil er das Programm der Kommunistischen Internationale nicht erfüllte. Er zog das Bündnis mit den Menschewiki der Bündnis mit den Kommunisten vor. Es war nicht einmal ein Jahr vergangen, als wir einen sehr großen moralischen Sieg erlebten. Erst vor kurzem mußte Serrati öffentlich erklären, daß sein Verhalten auf dem Kongreß in Livorno, als er mit den Reformisten gegen uns vorging, der größte Fehler seines Lebens war. Seine Fraktion gab ein offizielles Manifest heraus, über das ich in unserer Presse, in der die Fraktion der Maximalisten dasselbe schrieb. Gelegenheit hatte zu schreiben.

Am 8. August findet ein Kongreß dieser Partei statt. Serrati bleibt vorläufig mit den Reformisten zusammen, aber die Spaltung ist doch unvermeidlich, weil die Reformisten ein gesondertes Zentralkomitee und ihre eigene Tagespresse geschaffen haben; eine Spaltung ist gerade in jener Richtung unvermeidlich, in der die Kommunistische Internationale sie ihnen vor einem bis anderthalb Jahren durchzuführen vorgeschlagen hatte. Möge diese italienische Lehre für die ganze revolutionäre internationale Bewegung keine verlorene sein. Wir sehen hier, daß eine ganze Partei einen ganzen Entwicklungszyklus durchgemacht und unsere Anschauungen voll bestätigt hat.

Italien ist ein großes Land. Die objektive Lage Italiens ist eine revolutionäre und die Ereignisse in Italien sind an sich von großer Bedeutung. Diese Ereignisse sind deshalb besonders wichtig, weil die Krise der italienischen Bewegung alle Züge der internationalen Erscheinung in sich trug. In allen Ländern mehr oder weniger hat die Arbeiterbewegung im Laufe dieser Jahre, in dieser oder jener Form, dieselbe Krise durchgemacht wie die Arbeiterbewegung Italiens. Und die italienische Lehre hat mit klassischer Klarheit und Deutlichkeit allen die Richtigkeit der Taktik der Kommunistischen Internationale gezeigt und hat allen wahren Anhängern der Revolution klargemacht, daß sie sich von ihren Menschewiki abspalten müssen, daß es keinen anderen Weg gibt. Die Kommunistische Partei in Italien ist gewachsen. In der heutigen Partei Serratis ist Maffi der Führer des linken Flügels geworden.

In einigen Tagen werden wir vor der objektiven Tatsache der Spaltung stehen, wir werden Zeugen sein der Tatsache, daß die „Maximalisten“ sich von den Reformisten abspalten werden, und man wird dann viele Maximalisten in die Kommunistische Internationale wieder aufnehmen können.

Die italienische Frage hat die Aufmerksamkeit des dritten Kongresses stark in Anspruch genommen, sie wird die Aufmerksamkeit auch des vierten Kongresses auf sich lenken. Und wer die Debatten des dritten und vierten Kongresses über diese Fragen vergleichen, sie studieren wird, der wird eine anschauliche Lehre der internationalen kommunistischen Strategie erhalten und wird an diesem größten Bei-

spiel der Arbeiterbewegung die Richtigkeit der Grundsätze der Kommunistischen Internationale erkennen.

Frankreich.

Auf dem vierten Kongreß wird auch die Frage der französischen Arbeiterbewegung einen wichtigen Platz einnehmen, denselben, den auf dem dritten Kongreß die Frage der deutschen Arbeiterbewegung einnahm. Unsere Partei hat in Frankreich eine ungeheure Mehrheit gegenüber der alten sozialdemokratischen Partei, sie hat aber nichtsdestoweniger noch Krankheiten durchzumachen, die wir vor kurzem in einem Artikel zu klären hatten, den wir „Die Geburt der kommunistischen Partei“ überschrieben. Diese Partei hat als Zentralorgan die „Humanité“ mit einer täglichen Auflage von über 200 000 Exemplaren. Außerdem hat sie eine täglich erscheinende Abendzeitung in Paris. Sie gab sich vor etwa anderthalb Jahren den Namen Kommunistische Partei. Und nichtsdestoweniger sagen wir, daß vorläufig erst die Geburt der Kommunistischen Partei vor sich geht. Es ist dort nicht alles in die rechte Ordnung gekommen. Die Spaltung, die dort stattfand, war noch keine endgültige. Es sind noch einzelne zufällige Gruppen von den beiden Seiten der Barrikade übrig geblieben, und diese haben für sich noch keinen endgültigen Platz gefunden. Die Partei hat die Traditionen des Jaurèsismus noch nicht endgültig überwunden. Ueber Jaurès wurde heute richtig gesagt, daß er neben den Zügen eines feurigen Tribuns, neben seinen Verdiensten um die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, große Schwächen hatte, er hatte seine rechte und seine linke Hand. Die Kommunistische Partei Frankreichs hat die schwachen Seiten des Jaurèsismus nicht überwunden. In ihr sind die pazifistischen Traditionen lebendig. Und in ihr sind auch noch die halbanarchistischen und die halbsyndikalistischen Tendenzen lebendig. In ihr finden noch sehr starke Schwankungen statt, beginnend vom Pazifismus eines fast Tolstoischen Typus bis zur Phraseologie eines fast syndikalistischen Typus. Die Partei lebt unter einer permanenten Krise ihres Zentralkomitees. Sie hat noch nicht den Hebel ihrer eigenen Partei gefunden, hat noch kein führendes Organ schaffen können. Das ist eine Frage, auf die wir leider fast in jeder großen Sektion der Kommunistischen Internatio-

nale stoßen. Das ist die wichtigste Frage, die in den kommunistischen Parteien auf der Tagesordnung steht. Es gibt große Parteien, die der Zahl der in ihnen organisierten Proletarier nach ebenso kompliziert sind wie die Kommunistische Partei Rußlands. Wir haben die tschechoslowakische Partei, die 350 000 Mitglieder zählt. Wir haben die deutsche Partei, die über 300 000 Mitglieder zählt. Die Frage der Führung der Partei ist in fast allen Ländern eine aktuelle Frage. Die Bourgeoisie hat einen Teil der kommunistischen Führer erschlagen, wie dies z. B. in Deutschland der Fall ist, teilweise sind diese Führer noch nicht in Erscheinung getreten. Diese natürliche Auslese ist noch nicht vor sich gegangen. Die Arbeiterklasse hat ihre Führer noch nicht gefunden, während die alten Führer in die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale übergelaufen sind. Die Frage der Führung ist in der Französischen Kommunistischen Partei die wichtigste taktische Frage. Mit dem Verlauf der Ereignisse, mit der Entwicklung der Revolution treten die Führer aus den Arbeitermassen vor. Gegenwärtig ist dieser Prozeß noch bei weitem nicht überall beendet.

Und im besonderen in der französischen Partei ist diese Krise sehr aktuell. Es genügt zu sagen, daß vor acht Monaten der linke Flügel der Partei folgenden Antrag stellte: man darf kein Zentralkomitee haben, das aus 25 Personen besteht, die sich nur einmal in der Woche versammeln, sondern man muß eine ständige Kerntruppe, ein Präsidium oder ein Büro schaffen, das die Partei beständig führt, und die Mitglieder desselben dürfen keinen anderen Beruf als die revolutionäre Arbeit kennen. Auf dieser Grundlage begannen ungeheure Diskussionen, man wies darauf hin, daß dies ein monarchistisches Prinzip sei, daß dies dem Demokratismus widerspreche usw. Es genügt ein anderes Beispiel anzuführen, das der Seine-Föderation. Die Seine-Föderation ist soviel wie Paris. Paris spielt in Frankreich eine noch größere Rolle als bei uns Moskau oder Petrograd.

Paris bedeutet alles. Das wissen wir aus der Geschichte der Pariser Kommune. Die Seine-Föderation ist für unsere Partei und für die Frage der Organisation unserer Partei von ungeheurer Bedeutung. Und mit dieser Föderation stehen wir in Diskussion. Genosse Trotzki hat eine ganze

Reihe Briefe und Artikel über dieses Thema geschrieben. Manche vortrefflichen Arbeiter der Seine-Föderation treten für die Organisation derselben auf Grund föderativer Grundsätze ein. Sie wollen ein Zentralkomitee haben, das aus fast hundert Personen bestehen soll, die nach dem Prinzip der Föderation arbeiten. Wenn wir sagen, daß dies unmöglich ist, so sagen einige dieser vortrefflichen Proletarier: Ihr habt aber doch die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Die Sowjetrepublik, das ist doch das Allergrößte, was die Menschheit kennt. Ist das nicht so? sagen sie. Und wenn eure Republik nach dem Grundsatz des Föderalismus aufgebaut ist, warum sollte man dann nicht unsere Seine-Parteiföderation auf der Grundlage des Föderalismus aufbauen? Und da müssen wir uns in freundschaftlicher Diskussion mit ihnen unterhalten und sie darauf hinweisen, daß hier ein großer Unterschied besteht: Staat und Partei. Trotzdem sie die ruhmreiche Geschichte der Pariser Kommune, die unsere Vorbotin war, hinter sich haben, kennen sie sich doch nicht in solchen Dingen aus, haben keine Erfahrung, und man muß ihnen solche elementare Fragen erklären.

Wir dachten vor kurzem, daß die französische Partei eine sehr lang andauernde Krise durchmachen müsse. Ein Teil der französischen Partei hat die Tendenz, nach rechts abzuschwenken. Das sind die pazifistischen und halbanarchistischen Elemente. Sie wollen eine einheitliche Opposition gegen die Kommunistische Internationale schaffen.

Im Laufe der letzten Wochen setzte sich bei uns die Ueberzeugung durch, daß es der französischen Partei vielleicht gelingen werde, ohne besondere Erschütterungen aus der Krise herauszukommen. Nach den Gesprächen, die wir mit einer ganzen Reihe von Mitgliedern des Zentralkomitees der französischen Partei führten, hoffen wir stark hierauf. Bei uns waren der Reihe nach neun Mitglieder des Zentralkomitees, und unter diesen befanden sich die hervorragendsten Führer. Wir hoffen sehr, daß es der französischen Partei gelingen wird, über jene Schwierigkeiten und jene Krisis, die sich dort bemerkbar zu machen beginnt, schnell hinwegzukommen. Auf jeden Fall werden wir auf dem vierten Kongreß zum erstenmal die Frage der Französischen Kommunistischen Partei aufwerfen.

Im vorigen Jahre, zur Zeit des Kongresses der Kommunistischen Internationale, war die französische Partei zu schwach, und die Kommunistische Internationale schonte dieses zerbrechliche Gebilde. Die französische Partei war in prinzipieller Beziehung noch zu schwach, als daß man sie hätte in die Kritik mit einbeziehen können. Jetzt sagen wir den französischen Genossen offen: Ihr seid herangewachsen, ihr habt euch jetzt das Recht verdient, euch einer richtigen Kritik zu unterwerfen, durch das kritische Schmiedefeuer des internationalen kommunistischen Kongresses hindurchzugehen, wie dies im vorigen Jahre mit kräftigeren kommunistischen Parteien der Fall war. In dieser Beziehung wird der französischen Partei ein wichtiger Platz auf dem vierten Kongreß eingeräumt werden.

Wir wissen, daß Frankreich eine gigantische internationale Arena darstellt, die von ungeheurer politischer Bedeutung ist, und daß es das wahre Nest der internationalen Konterrevolution und die Haupthölle des internationalen Imperialismus ist. Die Kommunistische Partei Frankreichs nimmt einen der verantwortungsvollsten Plätze im internationalen Kommunismus ein. Das ist der Grund, warum die Schicksale der französischen Partei nicht nur vom Gesichtspunkt der engeren Interessen der Kommunistischen Internationale, sondern auch vom Gesichtspunkt der allgemeinen Entwicklung der Weltgeschichte von ungeheurer Bedeutung sind. In dieser Hinsicht steht die französische Partei auf dem wichtigsten Platze. Die französische Partei hat einflußreiche Zeitungen, sie hat in ihrem Lande die Mehrheit der Arbeiterklasse, aber es mangelt ihr an organisatorischer Festigkeit und prinzipieller Beständigkeit. Die französischen Genossen haben den aufrichtigsten Wunsch, den Weg der Kommunistischen Internationale zu gehen. In dieser Beziehung kann man keinerlei Parallele zwischen ihnen und der Partei Serratis ziehen. Aber sie haben zu schwere Traditionen vom französischen Parlamentarismus geerbt. Nirgends ist während des imperialistischen Krieges die rote Fahne so sehr erniedrigt worden wie in Frankreich.

Das ist der Grund, warum unsere Arbeiterbewegung in Frankreich sich mit großer Mühe auf den Weg herausarbeiten muß, aber ein um so größerer Lohn steht der Kommunistischen Internationale bevor, wenn es ihr gelingen wird, diese wichtige

Abteilung in Reih und Glied aufzustellen und ins richtige Geleise zu bringen. Und in dieser Hinsicht werden die Aufgaben des vierten Kongresses ungeheuer groß sein.

Deutschland.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, eine der größten Parteien der Kommunistischen Internationale, hat die Krisis überwunden. Während des dritten Kongresses war sie das Hauptobjekt der Diskussion. Sie machte während dieser Zeit die schärfste Krisis durch; die Kommunistische Partei Deutschlands stieß die Gruppe der Anhänger Levis aus ihrer Mitte aus. Vor mehr als einem Jahre stritten wir uns noch darum, ob man Levi nicht in der Kommunistischen Internationale belassen solle. Und wir russischen Kommunisten waren hierüber verschiedener Meinung. Gegenwärtig gehört Levi der Unabhängigen Partei an, ja weit mehr, er ist der Schrittmacher jener Gruppe der Unabhängigen, die einen offenen Block mit Scheidemann vorschlägt. So schnell also entwickeln sich die Ereignisse. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat aus ihrer Mitte alle kranken, halbreformistischen Elemente hinausgeworfen. Sie hat im Laufe des Jahres eine ganze Reihe, eine ganze Masse der größten Ereignisse, Massenstreiks und Arbeiterdemonstrationen, Blutvergießen usw. durchgemacht. Die deutsche Partei befindet sich jetzt auf dem besten Wege zum Erfolg. Ihr verfolgt im allgemeinen wahrscheinlich die neuen sich entfaltenden deutschen Ereignisse mehr als irgendwelche anderen; darum habe ich mir erlaubt, nicht weiter bei Einzelheiten Halt zu machen. Gegenwärtig, da die Unabhängigen sich mit den Scheidemännern verschmelzen, schien es uns auf den ersten Blick, daß dies ein großes Plus ist. Es hätte doch allen klar sein sollen, daß die Unabhängigen die Interessen der Revolution verraten haben. Aber das Spiel der Ereignisse ist von der Art, daß hierdurch anfangs die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale ein gewisses Plus erhielten. Sie versuchen den Arbeitern die Sache so darzustellen, daß es jetzt eine Einheit, eine einheitliche Partei geben werde, daß wir jetzt auf die Bourgeoisie einen Druck ausüben werden usw. Aber es wird natürlich höchstens ein halbes Jahr vergehen, und alle Arbeiter, die sich von dieser Ver-

einigungskomödie auch nur ein wenig haben hinreißen lassen, werden sehen, daß die Unabhängigen ihre Seele ganz an Scheidemann verkauft haben und also der Bourgeoisie gefolgt sind. Nichtsdestoweniger wächst die Kommunistische Partei Deutschlands von Tag zu Tag. Sie hat ungeheure reale Siege in den Gewerkschaften aufzuweisen (die Zahlen sind uns aus den Zeitungen bekannt.) Sie ist in einer ganzen Reihe deutscher Gewerkschaften nahe daran, die Hälfte zu bilden und hat in einer ganzen Reihe der größten Verbände schon eine beachtenswerte Minderheit. Wir denken, daß die Kommunistische Partei Deutschlands schon in allernächster Zeit die Losung „Eine Million Parteimitglieder“ wird aufstellen müssen. Einige Genossen aus der Kommunistischen Partei Deutschlands, mit denen wir hierüber sprachen, sind der Meinung, daß eine solche Losung falsch wäre, daß sie überhaupt nicht so viele Mitglieder brauchen. Sie sagen: Vor der Revolution hatten ihr in Rußland doch nur 250 000 Mitglieder oder noch weniger, warum sollten wir in Deutschland eine Million brauchen; 300 000 sind auch schon gut.

Das ist meiner Ansicht nach ein falscher Standpunkt. Natürlich brauchen wir keinen Zustrom unvorbereiteter Elemente. Aber in Deutschland ist das gar nicht möglich. Dort ist es nicht so leicht, eine Million oder sogar nur eine halbe Million Arbeiter für die Partei zu gewinnen. Dort wird jeder Arbeiter sich zwanzigmal überlegen, ehe er in diese oder jene Partei eintritt. Wenn es so kommen würde, daß unter dem Einfluß irgendwelcher Ereignisse ein Massenstrom unreifer Elemente in die Partei strömfände, so würden wir dies gar nicht brauchen; wenn es unter dem Einfluß von Gefühlen geschehen würde, so würden wir dagegen auftreten. Doch dies kann dort nicht eintreten. Dort sind die Leute aus einer anderen Masse geknetet, dort spielt sich ein rasender hartnäckiger Kampf der größten Organisationsmechanismen ab. Dort vereinigen sich die Scheidemänner mit den Unabhängigen und gehen faktisch in das Lager der Monarchisten über. Es wird dort fürs erste vielleicht ein langsamer, aber vollständig bewußter, durchdachter und ernster Uebergang der Arbeiter in unsere Reihen stattfinden. Es wird dort ein richtiger Kampf der einen organisierten

Maschine — der sozialdemokratischen — gegen die andere Maschine — die kommunistische — stattfinden.

Ja, wir in Rußland hatten am Anfang der Revolution tatsächlich nur 200 000 Mitglieder, aber wir hatten noch keine Sozialdemokratie mit einer Million Mitglieder.

Wir hatten keine Gewerkschaften mit 1 Millionen Mitgliedern, die sich in Händen der Menschewiki befinden. Die Arbeiterklasse war bei uns für die Revolution. Wir waren ihre Pioniere, ihr Gehirn. In Deutschland kann dies nicht eintreten. Das ist der Grund, warum dort 300 000 Mitglieder weniger ins Gewicht fallen als bei uns 200 000 oder 100 000 vor der Revolution. Das ist der Grund, warum wir dort den gelockerten Boden ausnützen müssen, um neue Hunderttausende von Mitgliedern zu gewinnen. Und der deutschen Partei wird dies gelingen. Im Laufe des Jahres, das seit dem dritten Kongreß vergangen ist, hat die Kommunistische Partei Deutschlands den größten Erfolg erreicht. Während des dritten Kongresses, nach dem Märzaufstand, der im Blute unserer Genossen erstickt wurde, erlebte die Arbeiterbewegung in Deutschland eine Depression. Und auch unsere Partei machte eine Krise durch. Gegenwärtig ist die deutsche Partei hart wie ein Felsen, und die Blicke aller Arbeiter, die aus dem sozialdemokratischen Banne erwachen, sind auf die Kommunistische Partei Deutschlands gerichtet. Darum ist diese Losung „Eine Million Mitglieder“ keine Utopie und bis zum fünften Kongreß wird man der von mir genannten Ziffer nahe sein.

Von den großen Parteien werden also die italienische, die französische und die deutsche auf dem vierten Kongreß besondere Aufmerksamkeit verdienen. So stellen wir uns den vierten Kongreß vor. Niemand kann natürlich die Einzelheiten voraussagen, aber im allgemeinen wird das Bild so aussehen.

Krisis der Zweieinhalb-Internationale.

Ich will noch bei einem Punkt halten. Die Zweieinhalb-Internationale macht eine Krisis durch, die sie zu Grunde richten wird. Und zwar aus folgendem Grunde. Man nehme die zwei Länder Deutschland und Italien, und man wird an diesem Beispiel das Wesen der Sache er-

sehen. In Deutschland findet eine Vereinigung der Unabhängigen, d. h. der Zweieinhalb-Internationale, mit den Scheidemännern, d. h. der Zweiten Internationale statt, um eine bürgerliche Koalitionsregierung zu bilden, in die die Unabhängigen eintreten wollen. In Italien gehen Serrati und seine Freunde, die mit dem einen Fuß in der Zweieinhalb-Internationale standen, in der anderen Richtung. Dort besteht wegen dieser Frage die Spaltung zwischen den Serratisten und Reformisten. Die Serratisten wollen nicht in die bürgerliche Koalitionsregierung eintreten. Das bedeutet die Spaltung und den Zerfall der Zweieinhalb-Internationale. Es war uns klar, daß die Zweieinhalb-Internationale keine ernsthaften Wurzeln hat. Sie kann ein Jahr, zwei, vielleicht fünf Jahre bestehen, aber sie hat keine ernsthafte Basis. Sie ist ein Sumpf. Ich wiederhole. In Italien wenden sich die Elemente der Zweieinhalb-Internationale gewissermaßen von neuem uns zu, sie wollen nicht in die Koalitionsregierung eintreten. In Deutschland ist es gerade umgekehrt, hier findet eine Vernichtung der Hauptpartei der Zweieinhalb-Internationale statt. Weshalb? Deshalb, weil sie in die bürgerliche Koalitionsregierung eintreten will. Ihr seht, daß sie führerlos ist, daß sie keine Richtung hat, daß sie in ihrem Bestreben die Mitte einzunehmen, zum historischen Untergang verurteilt ist. Und die Stunde des Untergangs der Zweieinhalb-Internationale hat geschlagen.

Die Zweite Internationale.

Der Hauptkampf wird gegen die Zweite Internationale gerichtet sein. Die Zweite Internationale ist noch stark. Sie ist das Spiegelbild der Bourgeoisie. Wir sehen dies mehr als anschaulich an dem Prozeß der Sozialrevolutionäre. Wenn die Vereinigung der Zweieinhalb- und der Zweiten Internationale stattfinden wird, dann wird für uns ein besonders hartnäckiger Kampf gegen die Zweite Internationale beginnen. Auf diesen Kampf nun müssen wir uns in den nächsten Jahren vorbereiten.

Die Kräfte wachsen.

Im großen und ganzen hat die Kommunistische Internationale große Fortschritte gemacht. Sie hat noch keine internationale Revolution vollbracht. In dieser Hinsicht fühlt sie sich vor euch „schuldig“, in dieser

Hinsicht ist sie noch euer zahlungsunfähiger Schuldner. Doch ist im Laufe dieser Jahre in Deutschland, Frankreich, Italien der Tschechoslowakei, in ganz Europa eine ungeheure vorbereitende Organisationsarbeit geleistet worden. In Amerika ist in den Gewerkschaften ein linker Flügel entstanden. Die Kräfte der Kommunistischen Internationale wachsen.

Der vierte Kongreß der Kommunistischen Internationale wird die Bilanz dieser Arbeit unserer Partei ziehen, und unsere Partei wird sich glücklich fühlen, wiederum den kommunistischen Parteien der ganzen Welt Gastfreundschaft zu erweisen und ihnen durch ihre eigene Erfahrung zu helfen.

G. Sinowjew.

Vor der Einigung der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale.

Die Einigung der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale ist nur eine reine Zeit- und Formfrage. Es ist schon entschieden, daß sie sich einigen und daß die Einigung auf dem Boden der Zweiten Internationale stattfinden wird. Wer erinnert sich nicht, mit welcher Entrüstung und welchem Pathos Friedrich Adler protestierte, als wir im Mai seinen vollkommenen Mangel an Widerstand gegenüber der Sabotage des Weltkongresses durch die Zweite Internationale damit erklärten, daß sich die Zweieinhalb-Internationale entschieden hat, auf eine Einigung mit der Zweiten Internationale hinzuarbeiten. Das alles war Theaterdonner. Die Zweieinhalb-Internationale befand sich schon in einer Reihe von Ländern in materieller und politischer Abhängigkeit von der Zweiten Internationale.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands (I. L. P.) bildet nicht nur einen Teil der reformistischen Labour-Party, sondern sie hat jeden Kampf gegen den reformistischen Charakter der Labour-Party aufgegeben. Die Leute der I. L. P. wie Jowett oder Wallhead gebrauchen von Zeit zu Zeit revolutionäre Beschwörungsformeln. Aber der eigentliche führende Stab der Partei, Ramsay Macdonald, Philipp Snowden, sie alle bereiten sich zur zukünftigen Rolle als Minister der Labour-Party vor und machen darum ihre Politik durch dick und dünn mit. Ramsay Macdonald, der Führer der I. L. P., die der Zweieinhalb-Internationale angehört, war auf der Berliner Konferenz der Vertreter der Zweiten Internationale, als deren Sekretär er funktionierte. Auf der Konferenz der Labour-Party

in Edinburg war er einer der Hauptbefürworter des Ausschlusses der Kommunisten. Die I. L. P. protestierte mit keinem Worte gegen die Entscheidungen von Edinburg, die den reformistischen Kurs der englischen Arbeiterpartei festlegten, was am klarsten seinen Ausdruck fand in der Wahl Sidney Webbs zum Vorsitzenden.

Die Französische Sozialistische Partei, die in ihren Reihen Anhänger der Zweiten Internationale hat wie Renaudel, die sich im Block befindet mit der reformistischen C. G. T., mit Jouhaux, dem Regierungssyndikalisten, erhält ihr einziges tägliches Organ, den „Populaire“, nur dank der finanziellen Zuwendungen der belgischen Genossenschaften, die sich in den Händen der Partei Vanderveldes befinden. Sie steuert dauernd nach rechts. Longuet ist in ihr vollkommen kalt gestellt, Leo Bloum führt den Kurs nach rechts auf einen Block mit den bürgerlichen Radikalen. Die wichtigsten Führer der Partei sind Mitarbeiter der linksradikalen bürgerlichen Presse.

In der Schweizerischen Partei, die der Zweieinhalb-Internationale angehört, haben die rechten Elemente so sehr gesiegt, daß Robert Grimm, ein Mann, dem ganz gewiß der schlechteste Feind nicht nachsagen kann, daß er seinen Radikalismus zu ernst nimmt, sich von der Parteileitung zurückziehen mußte.

Ueber die österreichische Sozialdemokratie, die Geburtsstätte der Zweieinhalb, brauchen wir nicht viele Worte zu verlieren. Dort lebten immer das Schaf und der Wolf friedlich nebeneinander, und der

Radikalismus von Friedrich Adler oder Bauer war ganz gewiß dem Opportunismus von Renner gleich.

Alle die Parteien der Zweieinhalb schauten zur Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, der Internationale der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, als zu der Arche der Glückseligkeit auf. Sie hielten die Einigkeit mit den Amsterdamer für ein absolutes Gebot aus dem einfachen Grunde, weil der größte Teil der Führer der Zweieinhalb bürokratische Posten in der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung innehat. Da aber in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die reformistischen Führer der englischen Gewerkschaften, die in der deutschen Regierung sitzenden deutschen Gewerkschaftsführer die Oberhand haben, um gar nicht zu sprechen von den stupiden holländischen und schwedischen Gewerkschaftlern, so ist es selbstverständlich, daß die Einheit mit den Amsterdamer nichts anderes bedeutet als die Kapitulation der Zweieinhalb.

Diese Kapitulation vollzog sich endgültig, als die Hauptpartei der Zweieinhalb-Internationale, die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie, nach langem Hin- und Herschwenken sich entschloß, offen auf den Boden des Reformismus zu treten. Die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie hatte in ihrer nachkriegserischen Entwicklung zwei Perioden. Bis zum Parteitag in Halle kristallisierte sich in ihr der linke Flügel. Der Kampf ging um die Fragen: Diktatur des Proletariats oder Kampf um den Sozialismus auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie. Aber auch die Verteidiger der sogenannten demokratischen Methode, Rudolf Hilferding, Dittmann und Crispian, sie wehrten sich mit Händen und Füßen gegen jeden Versuch, sie als Reformisten hinzustellen. Sie nannten das eine Verleumdung solcher schlechten Leute, wie sie im Präsidium der Kommunistischen Internationale sitzen. Wer erinnert sich nicht, wie pathetisch der ehrliche Crispian auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale alle Angriffe auf den revolutionären Charakter seiner Partei abwehrte, wie Dittmann schwor, daß Kautsky nicht den geringsten Einfluß in der Partei habe und daß nur die Rücksicht auf sein

Alter, seine alten Verdienste und seine Auswanderung nach Wien die U. S. P. D. veranlaßt habe, von seinem Ausschlusse abzuweichen. Wer erinnert sich nicht an die große Rede, in der Rudolf Hilferding, der Führer des rechten Flügels der U. S. P. D., in Halle auf die Beweisführung Sinowjews hin, daß der Gegensatz zwischen der Kommunistischen Internationale und den Unabhängigen der Gegensatz des Reformismus und des Marxismus sei, Stein und Bein schwor, daß er und die Seinen nichts anderes seien als die Hüter der Traditionen des Marxismus, und daß der Kampf zwischen der Kommunistischen Internationale und der U. S. P. D. nichts anderes sei als der Kampf des Marxismus mit dem Bakunismus der Kampf der Romantik eines halbasiatischen russischen Sozialismus mit den „Mullahs von China“.

Aber wozu an die alten Tage erinnern? Wie lange ist es her, daß Rudolf Hilferding die Redaktion der „Freiheit“ verlassen mußte, weil er für den Eintritt in die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitions-Regierung Wirth eintrat? Wie lange ist es her, daß die Berliner und Leipziger Organisation der U. S. P. D. sich gegen die Koalition mit der Bourgeoisie aussprach und den Gegnern der Koalitionspolitik ihre Zustimmung bekundete. Und wer waren diese Gegner? Dittmann, Crispian und Rosenfeld. Der Kampf in der U. S. P. D. in der zweiten Periode, der Zeit nach Halle, drehte sich um nichts anderes, als um die Frage der Koalition mit der Bourgeoisie. Und diese Koalition wurde von der U. S. P. D. dargestellt als der Feind, der zu bekämpfen ist. Aus Rücksicht auf die Koalitionspolitik der deutschen Mehrheits-Sozialdemokratie hielten sie die Einigung mit ihr für unmöglich. Diese Periode ist schon abgeschlossen. Nach einer Uebergangszeit, in der die U. S. P. D. ein stiller Teilhaber der Wirthschen Regierung war, indem sie in allen entscheidenden Momenten dieser Regierung durch parlamentarische Abstimmungen unter die Arme griff, hat sich die U. S. P. D. entschlossen, in die Regierung des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten einzutreten. Sie hat es getan unter dem Eindruck der Ermordung Rathenaus und der Gefahr, die der bürgerlichen Republik seitens der Monarchisten droht. „Das Blut kittet“, schrieb pathetisch die „Freiheit“, das Zentralorgan

der U. S. P. D. Das Blut des Millionärs Rathenau sei der sonderbare Saft, der die bürgerlichen Republikaner mit den proletarischen vereinige.

„Die Republik, die Republik!
Wohlan denn, Rhein und Elbe!
Donau, wohlan — die Republik!
Die Stirnen hoch, hoch das Genick!
Eu'r Feldgeschrei dasselbe:
Die Republik, die Republik!“

Die Republik! Die Republik! schrieten sie nicht nur mit Freiligrath, sondern auch mit Millerand, der zum Schutze der bürgerlichen Republik im Jahre 1900 in die Regierung Waldeck-Rousseau eintrat und so die Ära des ungeschminkten Reformismus der Zweiten Internationale eröffnete. Der Eintritt der Arbeitervertreter in eine bürgerliche Regierung zur Verteidigung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie, das war das klassische Argument jeder reformistischen Politik, solange sie besteht. Die Lehren des Kapp-Putsches, die Lehren des Erzberger-Mordes, die Lehren des Rathenau-Mordes, sie waren die beste Probe aufs Exempel. Sie zeigten glänzend, daß die Koalition mit den Bürgerlichen nicht nur kein Mittel des Schutzes der bürgerlichen Demokratie ist, sondern umgekehrt, daß sie das Mittel zur Auslieferung der Republik an die Monarchisten ist. Denn da keine einzige bürgerliche Partei ernstlich republikanisch ist, da keine bürgerliche Partei für die Republik kämpfen will, bedeutet die Koalition mit den quasi republikanischen Parteien des Bürgertums nichts anderes, als daß sich die Arbeiterparteien die Hände binden lassen in ihrem Kampfe gegen den Monarchismus. Und so kam es. In demselben Moment, wo die U. S. P. D. mit dem Schrei: „Die Republik! Die Republik!“ sich entschlossen hat, den Klassenkampf über Bord zu werfen, und sich bereit erklärte, in den Stall der Koalitions-Regierung einzuziehen, in demselben Moment hat die U. S. P. D. die bürgerliche Republik verraten. Denn zur Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie ist eben auch die Bourgeoisie notwendig. Und da die „republikanische“ Bourgeoisie unter keinen Um-

ständen den Kampf mit ihren monarchistischen Klassengenossen auf die Spitze treiben wollte, so mußten die bescheidensten Forderungen, die die Sozialdemokratie selbst zusammen mit den Gewerkschaften als das Minimum des Schutzes der Republik aufstellte, preisgegeben werden, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien nicht gewillt waren, die Auflösung des Reichstages durchzusetzen, den Kampf um die Arbeiterregierung zu beginnen. Aber die Auflösung des Reichstages erforderte vorerst ein starkes Zugreifen gegen die Monarchisten, denn sonst ging die Sozialdemokratie, Unabhängige wie Mehrheits-Sozialdemokratie, einer sicheren Niederlage entgegen. Sie hatten durch ihre Wirtschaftspolitik das Kleinbürgertum in die Arme der Monarchisten getrieben, die den Zerfall, die Proletarisierung des Kleinbürgertums einzig und allein der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung zur Last legen. Und dann: neue Wahlen erfordern gewaltige Mittel. Was diese aber anbetrifft, so ist die U. S. P. D. vollkommen am Ende des Lateins. Sie ist wirtschaftlich bankerott, und die Hoffnung auf die fetten Pfründen der Mehrheitssozialdemokratie, die dank der Druckbestellungen der Regierung, dank der Gewerkschaften und der Genossenschaften über große finanzielle Mittel verfügt, ist eine der treibenden Kräfte der Einigungsbestrebungen der U. S. P. D. Die Angst vor dem Bürgerkriege während der Neuwahlen, das Fehlen jeder eigenen Kampfmittel, alles das veranlaßte die U. S. P. D., den Kampf gegen die Monarchisten, den Kampf für die Republik in demselben Moment abzubrechen, in dem sie sich für die Koalition aussprach aus Rücksicht und zum Zwecke der Rettung der Republik. Wir brauchen hier nicht die weitere Entwicklung der Rathenau-Krise darzustellen, in deren Verlauf die Unabhängige Sozialdemokratie das geerntet, was sie gesät. Sie hat der S. P. D. und den Gewerkschaftsführern während der Erzberger-Bewegung geholfen, die Massen einzulullen und vom selbständigen Auftreten abzuhalten. Und als die Massen abtraten, da trat selbstverständlich das reaktionäre Bürgertum schroff und protzenhaft auf und besetzte die von den Proletariern

verlassenen Positionen. Es erklärte sich nicht bereit, die Unabhängige Sozialdemokratie in die Regierung aufzunehmen, ohne daß gleichzeitig die Stinnes-Partei, die Partei der deutschen kapitalistischen Reaktion, in die Regierung eintrat. Die U. S. P. D. muß sich erst den Weg zur Regierung erkämpfen durch die Einigung mit der Mehrheits-Sozialdemokratie. Und sie ist bereit dazu. Es wäre eine Selbsttäuschung, nicht zu sehen, daß die große Mehrheit der aktiven U. S. P. D.-Bürokratie für die Einigung mit der Sozialdemokratie und für die Koalition mit dem Bürgertum eintritt. Nicht genug — es wäre ein Irrtum, nicht zu sehen, daß sie bisher keinen großen Widerstand in den Reihen der Partei erweckt hat. Es scheint bei den Massen der U. S. P. D. das Gefühl vorzuherrschen, daß, falls sich die beiden sozialdemokratischen Parteien vereinigen und in geschlossener Front in der Koalition auf das Bürgertum drücken, es ihnen gelingen wird, das Ruder des Staates in die eigenen Hände zu nehmen. Die Gegner der Koalition und der Einigung mit der Sozialdemokratie auf dem Boden einer reformistischen Politik bilden in der U. S. P. D. zurzeit eine Minderheit. Und sie werden kein Hindernis für die Vereinigung der beiden Parteien bilden. Die Einigung der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale wird mit allen Kräften vom Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbund betrieben und unterstützt, dem die Einigung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie notwendig ist zum Kampfe gegen den vordringenden Kommunismus. Der Kampf der zentristischen und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie begünstigte natürlich das Vordringen des Kommunismus. Der Zusammenschluß der beiden gewerkschaftlichen Cliquen soll ihm Einhalt gewähren.

Bevor wir die historische Bedeutung der Einigung der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale skizzieren, gilt es, kurz den theoretischen Boden zu prüfen, auf dem diese Einigung stattfinden soll. Er wird umschrieben in dem neuen Buch Kautskys: „Die proletarische Revolution und ihr Programm“, das von führenden Organen der U. S. P. D., so von der „Leipziger Volkszeitung“, als das Banner der Vereinigung begrüßt worden ist.

II.

Das Kautskysche Buch verdient eine ausführliche Analyse, denn es ist das krasseste Dokument der theoretischen Ver lumpung der Zweiten Internationale. Genosse Thalheimer veröffentlicht jetzt eine ausführliche Auseinandersetzung über die nicht relative, sondern absolute Verelendung der marxistischen Theorie, die Kautsky zur Magd der reformistischen Internationale gemacht hat. Für mich kommt es hier nur auf die wichtigsten politischen Ergebnisse des neuen opus von Kautsky an. Der brave Mann untersucht, inwieweit das Erfurter Programm, das klassische Programm der Zweiten Internationale vor dem Kriege, veraltet ist. Es sind dreißig Jahre vorüber, seitdem er das Erfurter Programm geschrieben hat. Und was zeigt sich? Er hat nicht bemerkt, daß seit dem Erfurter Programm über die Welt der Sturm des Imperialismus hinweggegangen ist. Der ganze grandiose Prozeß der Vertrustung des Kapitalismus, seiner internationalen Versippung, die Tatsache, daß die kapitalistischen Kolosse ihre Fangarme um die Welt ausgebreitet, daß sie den spanisch-amerikanischen Krieg, den Burenkrieg, den russisch-japanischen Krieg, den Balkan- und Tripolis-Krieg und schließlich den großen Weltkrieg verursacht haben, — das alles existiert für Kautsky nicht. In seinem Buche existiert nicht der Boxer-Aufstand, die erste russische Revolution, die persische Revolution, die türkische Revolution, die chinesische Revolution, die zweite russische Revolution, die die Welt erschüttert hat. Was haben solche Kleinigkeiten mit dem Programm einer proletarischen Internationale zu tun? Sogar die deutsche Revolution und die österreichische, sie sind nur da gewesen, damit Kautsky sagen kann: Es ist erreicht! Wir haben die Demokratie! Aber wenn jemand annehmen würde, der Mann habe dreißig Jahre in seiner Kammer geschlafen oder über einzelne Worte von Marx gegrübelt, so würde er irren; der gute Kautsky spiegelt die Zweite und Zweieinhalb-Internationale wider, für die dieser kolossale Prozeß der Revolutionierung des Kapitalismus, der gleichzeitig der Prozeß der Revolutionierung der Ar-

beiterklasse ist, nicht existiert und nicht existieren darf, denn sonst könnten die Braven nicht heute aufstehen und ihr Eiapoepia des Hineinwachsens in den Sozialismus auf dem Boden der Demokratie singen. Sie müssen die zehn Millionen Arbeiter und Bauern vergessen, die im großen Kriege vernichtet wurden, um die Arbeiter nicht aufzurufen zur Revolution. Und wenn die Zweite und Zweieinhalb-Internationale sich vereinigen, so wird in ihrem Programm die revolutionäre Epoche fehlen, damit sie frei die Politik gegen die Revolution treiben können.

Dementsprechend ist der politische Inhalt des Buches des braven K. K. zugeschnitten. Seine ganze Philosophie, das A und O seines Wirkens, das A und O des Wirkens der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale, wie diese politisch zerstampft wird, wie sie sich in einen Brei verwandelt mit der Zweiten Internationale, das ist ausgedrückt auf Seite 106; wir zitieren den ganzen betreffenden Passus, der in die Geschichte der Arbeiterbewegung gehört und den in der Zukunft alle Historiker des Sozialismus zitieren werden:

„In seinem berühmten Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch die politische Uebergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.“

Das wird überall dort gelten, wo sich die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege der Demokratie vollzieht, und das ist nach dem Zusammenbruch der großen Militärmonarchien der normale Weg dafür. Wer heute noch die Koalitionspolitik grundsätzlich verwirft, der ist blind für die Zeichen der Zeit. Der ist unfähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden.“

Der Erzfeind der Bourgeoisie, Karl Marx, der Verkünder der sozialen Revolution, der Verkünder der Diktatur des Proletariats, er wird von „seinem Schüler“ Karl Kautsky, dem führenden Theoretiker der Zweiten Internationale, dahin „variiert“, daß der Weg zum Sozialismus „in der Regel“ durch die Koalition mit der Bourgeoisie führt! Der Klassenkampf als der Weg zum Sozialismus, diese einfachste, robuste Unterscheidung des wissenschaftlichen proletarischen Sozialismus vom kleinbürgerlichen utopischen, diese kapitalste Tatsache der Entwicklung der modernen, zum Selbstbewußtsein gelangenden Arbeiterklasse, er wird ersetzt durch die Koalition mit der Bourgeoisie auf dem Boden der Demokratie. Um den Feudalismus zu beseitigen, war eine große, lange Periode von Revolutionen und revolutionären Kämpfen notwendig, obwohl zwischen dem Feudalismus und der Bourgeoisie ein Unterschied nur in der Art des privaten Eigentums bestand. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, von der Expropriation der großen Mehrheit der Produzenten durch eine kleine kapitalistische Minderheit zur Expropriation dieser mit allen Machtmitteln ausgerüsteten, in Blut geborenen und vom Schweiß und Blut von Millionen befleckten kapitalistischen Minderheit, wird geschehen friedlich, schieblich und manierlich! Wer sich an den Kopf faßt und vielleicht annimmt, hier spreche nur ein vertrottelter Greis für sich, ein Greis, der die Wirklichkeit nicht sehen will, weil seine Lunge den Sturmwind der Geschichte nicht aushalten kann, der lese den Artikel von Otto Bauer in der „Freiheit“ vom 3. Januar, auf den sich Kautsky beruft, und der dieselbe prinzipielle Lösung enthält. Und Otto Bauer ist der Führer der Zweieinhalb-Internationale, die nur darum gegründet wurde, weil das Zentrum in die Kommunistische Internationale nicht aufgenommen wurde, sozusagen als Asyl für Obdachlose. Wem Bauer noch zu wenig maßgebend ist, der lese den Artikel Martows, des Führers der Menschewiki, im „Sozialistischen Boten“, der mit unschuldiger Miene erklärt, niemand könne prinzipiell gegen die Koalition mit der Bourgeoisie sein, denn es ist klar, daß jetzt die Bourgeoisie zu schwach ist, um über das Proletariat zu herrschen und das Proletariat zu schwach, um sie zu beseitigen. Daraus ergibt

sich für Martow, den Redakteur der „Iskra“, die vor zwanzig Jahren gegründet wurde zum Kampfe gegen den Reformismus, daraus ergibt sich für Martow, den linken Menschewik, den Vertreter einer Partei, die sich das Genick gebrochen hat bei der Koalition mit der Bourgeoisie, daraus ergibt sich für diesen subjektiv ganz gewiß revolutionärsten Mann in der Zweieinhalb-Internationale nicht die Tatsache, daß in der Periode, wo die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, das Proletariat zu beherrschen, und wo das Proletariat noch nicht imstande ist, die Bourgeoisie zu beseitigen, die Periode des Kampfes um die Macht, des Kampfes um die Diktatur der proletarischen Klasse beginnt — nein, daraus ergibt sich für die beiden, daß in dieser Periode die Zeit für die Koalition mit der Bourgeoisie gekommen ist. Und diese prinzipielle Einigkeit zwischen dem Mummelgreis der Zweiten Internationale und den beiden Führern der Zweieinhalb-Internationale, diese prinzipielle Einigkeit ist die Einigkeit zwischen der Praxis der Zweiten Internationale und der Zweieinhalb-Internationale. Und weil sie auf dem Boden des vulgärsten Reformismus angelangt sind, darum muß der brave Kautsky den Unterschied zwischen dem revolutionären Marxismus, zwischen dem proletarischen Sozialismus und dem Reformismus für historisch gegenstandslos erklären:

„Es gab sogar Sozialisten, die wähten, es sei möglich, die Monarchie selbst für den Sozialismus zu interessieren, wenn dieser sich als Mittel präsentierte, ihre Eroberungsgelüste, namentlich in der Koalitionspolitik, zu befriedigen: Kanonen gegen Volksrechte.

Diese Auffassung, die glaubte, um den gewaltsamen Umsturz der Militärmonarchie, um die Revolution in diesem Sinne durch allmähliche Reformen heranzukommen, wurde als die reformistische der revolutionären entgegengesetzt. Um sie drehten sich unsere heißesten Parteikämpfe in den zweiletzten Jahrzehnten vor dem Kriege. Sie sind gegenstandslos geworden dadurch, daß die Revolution wirklich kam, die durch die Reformen hätte vermieden werden sollen.“

Jeder sieht, wie schamlos Kautsky die Geschichte fälscht, wenn er den Gegensatz zwischen Reformismus und Marxismus zusammenschrumpfen läßt zu der Frage, ob der

Sieg des Proletariats in den monarchisch-militaristischen Staaten möglich sei ohne Sturz der Militär-Monarchie. Wir werden keine Zitate bringen aus hunderten von Artikeln Kautskys, in denen er ausgezeichnet auseinandersetzt, daß dem nicht so ist. Wir werden nur ein paar absolut bekannte politische Tatsachen nennen, die — wir wiederholen das Wort, denn es handelt sich für uns hier nicht um ein Schimpfwort, sondern um eine politische Charakterisierung — die Schamlosigkeit dieses Renegaten feststellen. Der Kampf des Reformismus und des Radikalismus wurde nicht geführt allein in Staaten, in denen eine starke Monarchie oder ein Militarismus bestand. In Frankreich bestand zwar ein starker Militarismus, aber Frankreich war ein demokratischer Staat, und trotzdem tobte in ihm der Kampf zwischen Reformismus und Marxismus, der Kampf zwischen Millerand, Jaurès und Guesde, und in diesem Kampf erklärte Jaurès wie Bernstein den deutschen Marxisten: Ihr versteht noch nicht, um was es sich handelt, weil Ihr in einer Monarchie lebt und wir in einem demokratischen Staate, wo wir auf dem Wege der Reformen den Sozialismus durchführen können. Dieser Kampf tobte in der Schweiz, wo es keine Monarchie und keinen modernen Militarismus gab, sondern die demokratischste Heeresverfassung, die überhaupt in einem kapitalistischen Staat möglich ist. Dieser Kampf tobte in Amerika, wo es keine Monarchie und keinen Militarismus gab. Und als der alte Berger nach Europa kam, da suchte derselbe Kautsky zu beweisen, daß er zu Unrecht als Reformist verschrien wurde. . . Dieser Kampf tobte in England zwischen der Sozialdemokratischen Föderation und der Unabhängigen Arbeiterpartei. Er bestand in Norwegen und Schweden, den beiden demokratischsten Ländern. Und überall drehte er sich um die Frage: Kann man zum Sozialismus gelangen durch die Koalition mit der Bourgeoisie und durch Reformen, oder ist die Revolution des Proletariats und seine Diktatur notwendig, um den Boden freizumachen für die Durchführung des Sozialismus? Heute streicht Kautsky diese ganze Periode die auch seine Ruhmesperiode war, aus der

Geschichte der internationalen Arbeiterklasse und erklärt, es handelte sich nur darum, ob die Monarchie und der Militarismus mit friedlichen Mitteln überwunden werden können. Und nachdem er so die Blätter der Geschichte, auf denen die Vergangenheit der Arbeiterklasse niedergeschrieben ist, zerrissen hat, erklärt er wörtlich auf der nächsten Seite über die blut- und elendtriefende Gegenwart der deutschen Arbeiterklasse:

„Die Reichsverfassung, die aus der Revolution hervorging, bietet trotz ihrer Mängel genügende Möglichkeiten für das sozialistische Proletariat, auf friedlichem Wege die politische Macht zu gewinnen.“

In dem Lande, das in naher Zeit zu wählen haben wird zwischen der Rückkehr zur Militärmonarchie oder der proletarischen Revolution, gibt es jetzt keinen Platz mehr — nach der Behauptung Kautsky's — für die proletarische Revolution. Deutschland ist schon in die Epoche nach der Revolution hineingeraten, und nicht nur Deutschland:

„Heute gibt es in Europa nur noch zwei große Staaten, in denen im Marx'schen Sinne eine „wirkliche Volksrevolution“ zur Zerschlagung des „furchterlichen bürokratisch-militärischen Parasitenkörpers“ noch notwendig ist, das ist Frankreich, dies Kaisertum ohne Kaiser und in noch weit höherem Grade Rußland, dies Zarentum ohne Zaren. Aus den Marx'schen Worten geht klar hervor, daß heute die Zerschlagung der bestehenden russischen Staatsmaschinerie die unerläßliche Vorbedingung jedes proletarischen Aufstiegs ist.“

Kautsky erlaubt die Revolution also nur noch in Frankreich und in Sowjetrußland. Der Staat der russischen Proletarier und Bauern, das ist einer der beiden Staaten, in denen er die Revolution für notwendig hält! Dieses innere Programm ist gleichzeitig das äußere Programm der auf der Schwelle der Einigung stehenden Zweiten und Zweieinhalb-Internationale.

Wir verzichten auf jedes weitere Eingehen auf das Kautsky'sche Buch. Es ist notwendig für den Propagandisten, es ist nach dem Gesagten überflüssig für den Politiker. Der Boden, auf dem die Einigung der Zweieinhalb-Internationale mit der Zweiten Internationale stattfindet, er ist vollkommen genügend umgrenzt durch die zitierten Stellen. Koalition mit der Bourgeoisie in allen Ländern und Kampf gegen den ersten Staat der Weltrevolution, gegen Sowjetrußland — das sind die

Losungen, die auf diesem Banner weithin sichtbar sind. Und der Führer der Menschewiki Abramowitsch hat Recht — Gott hat schon einmal durch den Mund einer Eselin gesprochen, warum soll er diesmal nicht einen Esel zu seinem Sprachrohr nehmen —, wenn er in seiner Einleitung zur russischen Uebersetzung des früheren Buches Kautsky's „Von der Demokratie zur Staatssklaverei“ Kautsky feiert wegen seines Kampfes gegen die Bolschewiki und wegen seines Bürgermutes (wörtlich!), den er bewiesen habe, als er den Bolschewismus, d. h. den Kommunismus, bekämpfte in der Zeit, wo „sogar solche Männer wie Adler, Bauer, Hilferding und Longuet aus Rücksichten der inneren Politik (d. h. aus Angst vor den revolutionären Arbeitern!) und zum Teil aus falsch verstandenem Interesse der internationalen Solidarität lange zögerten, öffentlich aufzutreten mit der Kritik des Bolschewismus und mit der Verurteilung seiner Methoden.“

Der brave Mann feiert die jetzige Vereinigung Kautsky's mit den Leuten, die im Jahre 1919 und 1920 von ihm abrückten, und er hat vollkommen Recht; er feiert die Einigung der Reformisten mit Kautsky, ihrem Führer.

III.

Was bedeutet sozial diese bevorstehende Einigung des Zentrums der Internationale mit seinem rechten Flügel? Das ist die wichtigste Frage, die es zu beantworten gilt.

Das Zentrum der Internationale ist der Flugsand der Arbeiterbewegung. Weht der Wind in der Richtung der Revolution, so wirft der Flugsand revolutionäre Staubwolken auf. Bedeutet es nicht ein Symptom des Rechtsmarsches der Arbeiterklasse, daß dieser Flugsand sich nach rechts verschiebt? Würde das der Fall sein, man müßte klar die Tatsachen anerkennen, denn auch in der Periode der vorübergehenden Rechtsentwicklung der Arbeitermassen würde die Kommunistische Internationale existieren; und um zu existieren, müßte sie kühl feststellen, daß einstweilen die Arbeitermassen sich von der proletarischen Revolution abwenden und zur Bourgeoisie gehen. Aber eine solche Annahme ist unsinnig. Der Vergleich mit dem Flugsand führt hier irre. Ein Blick auf die ganze Weltlage zeigt, daß eine solche Annahme unsinnig

sein muß, wo das ganze Klassenverhältnis, die internationale ökonomische Lage nicht nur nicht erlaubt, an Reformen, an die Besserung der Lage der Arbeiterklasse zu denken, sondern wo in allen Ländern — ob in ihnen Arbeitslosigkeit herrscht, oder ob wie in Deutschland die Schloten rauchen und die Maschinen fiebernd sausen, wo in der ganzen Welt die Lage der Arbeiterklasse sich seit dem Kriege verschlechtert. Heute gibt es keinen Platz für den Reformismus. Die Zusammenballung der Führer des Zentrums und der Reformisten bildet umgekehrt ein Signal kommender großer Kämpfe. Wie die Bourgeoisie, so haben auch die Zentrumsleute von der bisherigen Entwicklung gelernt. Während sie im Jahre 1919, als sie nach links glitten, noch nicht den ganzen Ernst des revolutionären Kampfes verstanden, während sie damals noch glaubten, man könne die Revolution betrügen, wenn man nur linke Phrasen drischt und mit der Zunge die Bewegungen der Masse mitmacht, so verstehen sie in der jetzigen Lage, daß die Entwicklung der Ereignisse — wenn nicht mit aller Macht gestoppt wird — nichts anderes bedeutet als den Sieg des Kommunismus. Die Erfahrungen, die sie gemacht haben mit der Kommunistischen Internationale, sie sagen ihnen mit voller Klarheit, daß es nicht nur unmöglich ist, die Revolution zu betrügen, sondern sogar die Revolutionäre. Darum rüsten sie zum Kampf um ihre Existenz, denn sie haben gelernt, daß die proletarische Revolution nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Lakaien bedroht. Und darum war es so charakteristisch, wie die U. S. P. D. ihre revolutionären Redens-

arten jäh abbrach, als es galt, nach dem Tode Rathenaus aus ihnen Konsequenzen zu ziehen und zum Kampf zu greifen, der — wenn er begonnen — mit dem Bürgerkrieg und mit dem Ueberhandnehmen des Kommunismus in den Reihen der Arbeiterklasse enden würde. Die Einigung der Führer der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale wird, wenn die nächsten Monate keine großen politischen Stürme sehen, ruhig ablaufen, ohne daß die Zweieinhalb-Internationale sogar größere Massen von Mitgliedern verliert. In dem Augenblick, in dem nicht große Kämpfe entschieden werden, läßt die Masse ihren Führern verhältnismäßig viel Bewegungsfreiheit für ihre parteitaktischen Manöver. Und man kann sogar annehmen, daß viele Arbeiter sich sagen: Nun, die reformistische Taktik eines Teiles der Arbeiterklasse, der Reformisten, hat nicht zum Ziele geführt; wir wollen sehen, ob es nicht gelingt, was herauszuholen, wenn sich die Arbeitermassen, die Zentristen mit den Reformisten, also die Mehrheit der Arbeiterklasse, vereinigt zum reformistischen Druck auf die Bourgeoisie. Gelingt die Einigung und treibt die vereinigte Zweieinhalb-Internationale im großen Maßstabe Koalitionspolitik, so wird diese Koalitionspolitik in absehbarer Zeit den Zusammenbruch des Reformismus herbeiführen.

In der Situation, in der sich jetzt die internationale Arbeiterbewegung befindet, bedeutet die Einigung der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale eine vorübergehende Stärkung des Reformismus, um ihm dann endgültig den Garaus zu machen. Die Kommunistische Internationale wird sein Erbe sein. Es gilt, für die kommenden Kämpfe zu rüsten.

Karl Radek.

Der Klassencharakter des Urteils im Prozeß der Partei der Sozialrevolutionäre.

I.

Wie ein Peitschenhieb wirkte das Urteil des Obersten Revolutionären Tribunals im Prozeß der Sozialrevolutionäre auf die Feinde des Proletariats in der ganzen Welt. Die Groß-

und Kleinbourgeoisie aller Färbungen. Abstufungen und Nationalitäten, besonders aber ihre mit der Irreführung der Arbeiterschaft betraute sozialverräterische Agentur, erhebt, durch das revolutionäre Urteil in Wut ge-

bracht und in ihren „heiligsten Gefühlen“ verletzt, ein wildes Geheul: „Wie, die Sowjetrepublik wagt es, mit entschiedenem Maßnahmen ihre Sicherheit zu schützen! Sie unterdrückt mit Gewaltmaßnahmen die Versuche zum gewalttätigen Sturz der Macht der Werktätigen! Wie, sie führt mit uns Wirtschaftsverhandlungen und verurteilt unsere Freunde zum Tode? Ist das kein „blutiger Irrsinn“? Ist das keine unmenschliche Grausamkeit? Heißt das nicht alle Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen treten?“

Als die Jakobiner die Führergruppe der konterrevolutionären Gironde hinrichteten, erhob sich in der ganzen Welt des Adels und der Großbourgeoisie ein nicht weniger betäubendes Geheul als jetzt, da der proletarische „Berg“ die Führergruppe der verbissenen konterrevolutionären kleinbürgerlichen „Gironde“ zum Tode verurteilt. In dieser Wut über das „barbarische“ Urteil finden sich buchstäblich alle „edeldenkenden“ Bourgeois und ihre „humanen“ Handlanger aus dem Lager der Zweiten und der Zweieinhalb-„Internationale“ zusammen. Für alle, die Augen haben zu sehen und Ohren zu hören, wurde an dieser dem Wesen nach unbedeutenden Angelegenheit mit der größtmöglichen Anschaulichkeit die Existenz der Front der Bourgeoisie gegen das Proletariat demonstriert, ihre Einheitsfront für die Sozialrevolutionäre und gegen die Sowjetrepublik. Das ist kein Zufall. Der Bourgeois kennt seine Klasseninteressen sehr gut, ist sehr feinführend für jede Verletzung derselben und benützt jede Gelegenheit zur Sicherung seiner Stellung. Und wenn vor den Augen aller Werktätigen eine so rührende Einmütigkeit zwischen dem französischen Imperialismus, der deutschen Bourgeoisie, den belgischen und französischen Sozialverrättern, den deutschen Sozialdemokraten usw. usw. zustande kommt und gegen diese ganze konterrevolutionäre Masse nur das klassenbewußte Proletariat auftritt, so verdient diese Tatsache hervorgehoben und im Gedächtnis festgehalten zu werden. Wir dürfen nicht ohne Beachtung an ihr vorbeigehen, denn Tatsachen, vor allem Tatsachen gewähren richtige Lehren. Und wir können mit dem Gefühl tiefster Befriedigung erklären, daß das im Prozeß der Sozialrevolutionäre im Interesse der Arbeiterklasse gesprochene Urteil und auch der um dieses Urteil entstandene politische Kampf uns die Möglichkeit gibt, die Feinde des Proletariats zu erkennen, in welches „Arbeiter“-mäntelchen sie sich auch hüllen mögen.

In der Tat, was schreibt die Presse über den Prozeß? Wir wollen die Kommunistische Presse beiseite lassen, sie steht auf einem entschieden Klassenstandpunkt und begreift vollkommen die revolutionäre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Urteils. Was sagt aber die übrige, nichtkommunistische Presse?

Fangen wir an mit der russischen Zeitung der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten), „Rul“, diesem Organ der reaktionärsten, monarchistischen Bourgeois. In einem besonderen Leitartikel vom 11. August, der sich mit dem Urteil beschäftigt, schreiben diese offenen, von dem Blute Millionen Werktätiger besudelten Imperialisten, die das Lob aller weißgardistischer Generale einschließlich Wrangels sangen und sie alle unterstützten, folgendes:

„Zwei Monate lang dauerte in Moskau eine entschieden unerhörte Justizorgie. Mit jedem Tage des Prozesses wurde das moralische Uebergewicht der durch die vierjährige Haft entkräfteten Angeklagten immer mehr offenkundig.“

Dieses Wort „vierjährig“ zeigt, wie der tierische Haß der Sowjetmacht gegenüber und die Angst um das Los politischer Freunde, die größten Hindernisse des gesunden Menschenverstandes bewältigt. Denn würde der „Rul“ nur einen Augenblick nachgedacht haben — vom „Wissen“ spreche ich gar nicht —, so würde er die volle Unsinnigkeit dieser Behauptung unverzüglich festgestellt haben. „Vierjährige“ Haft, d. h. daß die Mitglieder der Zentrale der Sozialrevolutionäre seit Juni 1918 im Gefängnis sitzen. Ja, ist denn das möglich? — Solche „vierjährigen“ Argumente bilden den ganzen Inhalt der Kampagne für die Sozialrevolutionäre.

„Die Bolschewisten stellten einen neuen Rekord an blutiger Absurdität auf.“

Der Artikel gibt schließlich dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die „Sozialisten“ wegen der „Verbrechen an den Vertretern der rechtgläubigen Geistlichkeit“ nicht ein ebensolches Geschrei erhoben. Die Kränkung ist zu begreifen: Wenn wir die Sozialrevolutionäre unterstützen, so seid auch ihr verpflichtet, die Pfaffen zu unterstützen.

Die französische Bourgeoisie ist nicht minder entrüstet. Der „Temps“ schreibt am 11. August in einem großen Artikel „Kommunistische Justiz“ mit flammendem Zorn über das ungerechte Urteil:

„Der Prozeß der Sozialrevolutionäre, der in Moskau unter den denkbar ungewöhnlichsten Verhältnissen abgehalten wurde, die eine Herausforderung jedes Begriffes von Rechtspflege darstellen, endete mit vierzehn Todesurteilen.“

Armes, russisches Volk. Alle Demonstrationen, die in ganz Europa von Sozialisten und Demokraten veranstaltet wurden (im Munde des „Temps“ klingt das besonders „schwerwiegend“) konnten daran nichts ändern, seitdem die Moskauer Gesellschaft die Anerkennung des Berliner Abkommens verweigerte (geradezu großartig: der französische Bourgeois, der sich zur Verteidigung der Sozialrevolutionäre auf das „Berliner Abkommen“ stützt) Nach der Rückkehr Vanderveldes und anderer Verteidiger der Sozialrevolutionäre aus Moskau . . . wurde die allgemeine Aufmerksamkeit unverzüglich auf den Charakter dieses Prozesses gelenkt, der seinem Wesen nach ein neues Verbrechen der Sowjets gegen die Justiz darstellt“.

Nach der Entrüstung darüber, wie das revolutionäre Tribunal es wagen konnte, wegen Organisation von Aufständen, wegen terroristischer Handlungen, Expropriationen, Verbindungen mit der Entente usw. Urteile zu fällen (das alles steht wörtlich im Artikel), geht der „Temps“ zum Beschluß des Zentralen Vollzugsausschusses über. Ueber diesem Beschluß verliert er den Rest seines seelischen Gleichgewichts wohl verstehend, daß durch ihn die verräterische Tätigkeit der Agenten der französischen Bourgeoisie wesentlich erschwert wird. Der „Temps“ schreibt offen:

„Der Vollzugsausschuß beabsichtigt somit, das Urteil seiner „Klassenjustiz“ zu gemeiner politischer Erpressung gegen die Gegner des Kommunismus auszunützen . . . Die vierzehn Sozialrevolutionäre werden als Geisel behalten . . . und ihr Schicksal hängt ab vom Verhalten anderer Nichtkommunisten der Sowjetregierung gegenüber.“

Wie sollte auch der französische Imperialist nicht wütend werden, wenn er fühlt, daß dieses Werkzeug, mit dem er bisher Tod und Zerstörung verbreitete, nunmehr nicht so leicht gehandhabt werden kann.

Eine gleiche Stellung nimmt die ganze offene bürgerliche Presse Frankreichs ein.

Auch die englische Bourgeoisie ist unzufrieden. So schreibt die „Times“ vom 11. August:

„Das Urteil ist eine logische Folge jener Tragikomödie, die im Laufe der letzten acht Wochen in Moskau gespielt wurde . . . Die durch das Urteil hervorgerufene Entrüstung und der Abscheu, den die Entscheidung des Gerichtes notwendigerweise hervorrufen muß, führten zum Beschluß des Zentralvollzugsausschusses.“

Der „Manchester Guardian“ schreibt ebenfalls am 14. August:

„Die Verhafteten können auf eine Unterstützung von größerem Umlange rechnen als die Unterstützung des internationalen Sozialismus“.

d. h. er garantiert den Sozialrevolutionären direkt die Unterstützung der Bourgeoisie. Und nicht unwahrscheinlich klingt das im Lokal-

Anzeiger (vom 11. August) veröffentlichte Londoner Telegramm vom 10. August, in dem es heißt, daß das Todesurteil im Prozeß der Sozialrevolutionäre in Londoner politischen (ließ bürgerlichen) Kreisen höchste Entrüstung hervorrief. Es ist blos nicht hinzugefügt, daß die Hinrichtung der irischen Revolutionäre in denselben Kreisen höchsten Beifall fand.

Das halboffizielle Organ der tschechischen Regierung, die „Prager Presse“, veröffentlicht eine Uebersicht von Äußerungen der tschechischen Presse über das Urteil und leitet sie mit folgenden bezeichnenden Worten ein:

„Das Urteil im Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre wird heute von allen Zeitungen (natürlich mit Ausnahme des Kommunistischen „Rude Pravo“) in den schärfsten Ausdrücken kritisiert.“

Die Uebersicht zitiert dann wütende Angriffe gegen den Kommunismus und Verteidigungen der Sozialrevolutionäre aus „Pravo Lidu“, „Tscheske Slovo“, „Venkov“, „Tschesko-Slovenska Republika“, „Tribuna“, „Cas“, „Tschesko-Slovenske“, „Noviny“, „Sozialdemokrat“, „Prager Tageblatt“ und „Bohemia“. Am klarsten formuliert den Standpunkt der tschechoslowakischen Bourgeoisie, die die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre finanzierten, die Zeitung „Bohemia“:

„Das Urteil ist ein Schlag in das Gesicht Europas“.

Des bürgerlichen Europas, fügen wir hinzu.

Die „Prager Presse“ selbst bringt einen entrüsteten Artikel mit der Ueberschrift „Die Moskauer Märtyrer“, in dem sie der Sowjetrepublik offen droht:

„Die Todesgefahr, die über den vierzehn*) Angeklagten schwebt, wird den Kampf um die Befreiung (lies: Knechtung) Rußlands noch mehr verschärfen.“

Der Konflikt der Klasseninteressen ist in diesem Punkte so scharf, daß er die großen Interessengegensätze innerhalb der Bourgeoisie überwindet. Trotzdem die Sozialrevolutionäre im Weltmaßstab den russischen Vortrupp der Ententebourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat bilden und trotz der Ententeorientierung dieser Partei schließt sich die deutsche Bourgeoisie dem allgemeinen Chor der Verteidiger der „ungerecht“ bestraften Sozialrevolutionäre an und tritt auch auf gegen die barbarische Republik der Werk-tätigen.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht der bekannte Doktor K. I. v. Voß (Hans Forst) einen

*) Es sei bemerkt: verurteilt wurden fünfzehn, davon begnadigt drei, es bleiben somit zwölf.

großen Artikel (am 12. August) unter der Ueberschrift „Epilog des Moskauer Prozesses der Sozialrevolutionäre“, in dem es heißt:

„Das von der ganzen Kulturwelt (lies: bürgerlichen Kulturwelt) mit Angst (!) und Mitleid (!) erwartete Urteil ist gesprochen Eine Qual war der ganze Moskauer Prozeß, bei dem die Angeklagten um ihres Lebens willen Rede und Antwort stehen mußten. Rußland bemühte sich um Zufluß ausländischen Kapitals. Einer riesigen Vorbereitungsarbeit wurde geleistet. Und nun plötzlich ein so scharfer Widerspruch. Der Moskauer Prozeß vernichtet mit einem Schlage alles, was eine lange und beharrliche Propaganda in dieser Beziehung zustande brachte. Die völlige Unvereinbarkeit russischer Verhältnisse mit westeuropäischen (lies: bürgerlichen) Rechtsbegriffen konnte durch nichts anderes greller beleuchtet werden als durch den Moskauer Prozeß.“

Nicht wahr, großartig? Die Sowjetmacht befragte bei der Aburteilung ihrer Todfeinde die Herren Kapitalisten nicht und verdarb sich dadurch die Beziehungen zu ihnen. Die Sowjetrepublik will und wird mit den europäischen Bourgeois Handel treiben, sie ist aber selbstverständlich nicht geneigt, mit ihnen zu beraten, was zur Wahrung der Sicherheit der Republik geschehen solle. Denn der „gute Rat“ des Klassenfeindes, und wenn er auch Handel mit uns treibt, würde gewiß zu nichts Gutem führen. Nicht darum handelt es sich aber, sondern um die Tatsache, daß der deutsche Bourgeois im allgemeinen Chor der Entrüstung über das Urteil mitsingt.

Und bloß die „Tägliche Rundschau“, obwohl auch sie ihre Feindseligkeit dem Tribunal gegenüber, das sich unter dem „Einfluß der Straße“ befindet, hervorhebt, macht eine melancholische Bemerkung zu einem deutschfresserischen Zitat aus der Rede des Angeklagten Timofejew: „Und von diesen Feinden Deutschlands ist ein Teil der Presse entzückt.“ In Wirklichkeit tritt für die Sozialrevolutionäre nicht bloß „ein Teil“, sondern der größere Teil der bürgerlichen Presse Deutschlands ein.

Um den Artikel nicht mit weiteren Auszügen zu überlasten, werden wir bloß darauf hinweisen, daß die gesamte Presse dem Prozeß und dem Urteil Beachtung schenkt und sich in zwei scharf entgegengesetzte Lager teilt: die bürgerliche Presse ist gegen das Urteil und für die Sozialrevolutionäre, gegen die Sowjetrepublik, gegen den Kommunismus; die kommunistische Presse ist für das Urteil, für die Sowjetrepublik, für den Kommunismus. Die sozialverräterische Presse verteidigt natürlich

in Ausführung ihrer sozialen Aufgabe, die in der Täuschung des Proletariats und im Schutz der Interessen der Bourgeoisie besteht, aus allen Kräften die Sozialrevolutionäre und lästert das Urteil des Tribunals und die Sowjetmacht. Eine solche Kombination der gesellschaftlichen Gruppen beweist, daß das Urteil einen entschiedenen Klasseninhalt besitzt, der der Bourgeoisie feindlich und dem Proletariat günstig ist. In diesem Sinne ist das Urteil des höchsten revolutionären Tribunals ein Klassenurteil und soll es auch sein.

Wir werden nie soweit sinken, um mit den Herren Bourgeois und ihren Waffenträgern aus der Advokatenkanzlei von Vandervelde und Konsorten über „Gerechtigkeit“, „Pflichten“, „Zweckmäßigkeit“ usw. zu streiten. In diesen Fagen haben wir keine gemeinsame Sprache und können auch keine haben. Sie mögen wüten, so viel sie wollen, ihre Wut ist uns angenehm. Das Zustandekommen einer Einheitsfront zwischen ihnen, den Führern der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale und den Sozialrevolutionären, ist aber politisch lehrreich. Wir werden uns auch nicht dazu herablassen, alle ihre „vierjährigen“ Argumente zurückzuweisen und all den Unsinn richtigzustellen, wenn sie, Vandervelde nachäffend, über den Prozeß faseln, angefangen vom Verwandtschaftsverhältnis zwischen mir und dem Genossen Krylenko, bis zu den „unmöglichen“ Verhältnissen, in die die Verteidigung gestellt wurde; nicht das ist ja das Wesen der Sache. Sie werden ja sowieso jede Tatsache auf eigene Art deuten. Werden die Sozialrevolutionäre für frühere Verbrechen verurteilt, so ist es Rache, werden sie aber in Gefängnissen gehalten, mit Rücksicht auf die Möglichkeit weiterer Verbrechen seitens ihrer Parteigenossen, so ist es ein barbarisches Geiselsystem; und wenn der Gerichtshof, wie es tatsächlich geschah, vollkommen einwandfrei eine ganze Reihe von Verbrechen feststellte, die die Angeklagten gegen die Republik verübt hatten, und der Zentralauschuß die Vollstreckung des Urteils von der Wiederholung solcher Verbrechen abhängig macht, so ist das ein Barbarentum, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Es lohnt sich nicht, mit Leuten zu streiten, die nur das eine wollen: Gebt den Feinden der Republik ihre volle Freiheit wieder!

Das Höchste Revolutionäre Tribunal der Republik erfüllte seine revolutionäre Pflicht. Mit der größten Aufmerksamkeit und Gründ-

lichkeit untersuchte es Schritt für Schritt im Laufe von 50 Sitzungen bei voller Freiheit der Verteidigung, ohne die Angeklagten in der Abgabe jeglicher Erläuterungen und Erklärungen zu beschränken, die Tätigkeit der Partei der Sozialrevolutionäre und ihrer Zentrale bis zum Jahre 1921. Dem Gerichtsverfahren war die Analyse eines riesigen Tatsachenmaterials zu Grunde gelegt, das aus den Aussagen der Angeklagten selbst, sowohl derjenigen der Zentralgruppe als auch jener Gruppe, die mit der Zentrale der Partei der Sozialrevolutionäre gebrochen hatte, ferner aus den Aussagen zahlreicher Zeugen, aus Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und anderen Presseveröffentlichungen der Sozialrevolutionären Partei, wie auch aus Originaldokumenten der Sozialrevolutionären Partei und ihrer Zentrale bestand. Auf Grund dieses Materials wurden vom Tribunal die Tatsachen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionären Partei festgestellt. Diese Tätigkeit wird in unserem Strafgesetzbuch mit völliger Klarheit qualifiziert, und auf Grund dieses Strafgesetzbuches und der Vorstellung über die Persönlichkeit eines jeden Angeklagten sprach das Tribunal sein Urteil. Fünfzehn Personen verurteilte es zum Tode, kam aber in drei Fällen um Begnadigung ein, so daß zwölf Personen zum Tode verurteilt wurden, wobei drei Mitglieder der Zentrale kein Todesurteil erhielten. Um die Sicherheit und Ruhe des gemarterten Landes zu wahren, sprach das Tribunal das Todesurteil über die in ihrer Wut verknöcherte Führergruppe dieser Partei, die sich „sozialistisch“ und „revolutionär“ nennt. Es ließ sich durch diese schönen Benennungen nicht täuschen, denn Tag für Tag zogen blutige und verbrecherische Taten dieser Partei an ihm vorbei, die keinen Zweifel darüber ließen, daß diese Partei mit Sozialismus nichts gemein hat, und wenn sie auch in der Vergangenheit revolutionär war, gegenwärtig aufgehört hat, revolutionär zu sein. Mit Berücksichtigung der individuellen Gefährlichkeit jedes der angeklagten Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei und besonders der Mitglieder der Zentrale kam das Tribunal zu der Schlußfolgerung, daß sie wohl nicht imstande sind, die Sowjetmacht zu stürzen, aber in der Vergangenheit so viele Verbrechen gegen die Republik begangen haben und in Zukunft den Werktätigen so viel Schaden zufügen können, daß der Tod von zwölf Personen ein besserer Ausweg ist als die Wiederholung, wenn auch in vielfach geschwächter Form, jener blutigen Ereignisse, die die Angeklagten aus früherer Zeit schon

auf dem Gewissen haben und auf die sie auch für die Zukunft nicht verzichten.

Wenn jemand der Ansicht ist, daß das Urteil unrichtig gesprochen wurde, wenn er glaubt, daß das Tribunal sich täuschte, oder wenn jemand glaubt, wie dies die Bourgeoisie und die den Bourgeoisieinteressen dienende Presse behauptet, daß das Tribunal *bewußt* ein falsches Urteil gesprochen habe, so wären nur folgende drei Fälle möglich:

Entweder sind die dem Urteil zugrunde gelegten Tatsachen nicht bewiesen, oder die Strafe entspricht nicht dem Verbrechen, oder es trifft beides zusammen zu.

Das Urteil aber ist motiviert und nicht bloß eine Strafbestimmung. Aus der Begründung des Urteils folgt mit voller logischer Notwendigkeit die Strafe. Die Begründung umfaßt in der Urteilsschrift siebenundzwanzig große Seiten und gründet sich auf das riesige vom Tribunal durchgearbeitete Tatsachenmaterial. Ist aber das, was im Begründungsteil des Urteils enthalten ist, bewiesen, so kann nur ein *bewußt* lügender, käuflicher bürgerlicher Skribent von einer Unrichtigkeit des Urteils sprechen. Die zweite und dritte Variante kommen nicht in Betracht, — davon kann sich ein jeder überzeugen, denn es genügt, den (in allen Sprachen veröffentlichten) Text des Urteils zur Hand zu nehmen und zu lesen. Den „Zweifelnden“ bleibt somit bloß die erste Variante — die Tatsachen seien nicht bewiesen.

Woher wissen das aber die Bourgeoisie und die sozialverräterischen Zeitungsschreiber? Ohne das Material zu kennen,^{*)} ohne sich sogar die Mühe zu geben, zu erfahren, welches Material sich in den Händen des Tribunals befindet, erhoben sie ein Geschrei über Unrichtigkeit, Ungerechtigkeit usw. des Urteils. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß, wie gut begründet das Urteil auch sei, — denn es ist gut begründet — die Bourgeoisie es doch nötig hat, es als unbegründet darzustellen. Sie trafen hierzu von vornherein Maßnahmen; und aus diesem Grunde wartete Vandervelde, einen kindisch unsinnigen Vorwand benützend, das Ende des Prozesses nicht ab, und zu diesem Zwecke wurde die ganze Presse mobi-

^{*)} Und daß sie das Material nicht kennen, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß die Presse behauptet, die ganze Anklage sei auf die Aussagen von Ssemjonow und der Konoplowa aufgebaut, während in Wirklichkeit diese Aussagen nach dem Prozeß nur mehr eine unwesentliche Bedeutung besitzen, bis zum Prozeß aber bloß einen *Leitfaden* der Untersuchung bildeten, und zwar lediglich in der Frage des Terrors im Jahre 1918. Neunundneunzig Prozent des Materials steht in gar keinem Zusammenhang mit Ssemjonow und der Konoplowa.

liert. Und als ein zufällig anwesender gewissenhafter Zeuge aus einem fremden Lager, Professor Klemperer, einfach erzählte, was er sah, wurde unverzüglich die Hetze gegen ihn eingeleitet . . .

Als Beispiel dafür, wie vorsichtig das Tribunal mit der Feststellung von Tatsachen war, und wie gewissenlos und lügenhaft die Behauptung ist, daß das Urteil von vorn herein feststand, werden wir den Gerichtsbeschluß in einer der kritischsten Fragen der Gerichtsverhandlung — in der Terrorfrage — anführen. Bis zur Verhandlung war es allgemeine Ueberzeugung, daß an der terroristischen Tätigkeit die ganze Zentrale der Sozialrevolutionären Partei Schuld trage. Das ist auch sehr wahrscheinlich, denn es ist kaum anzunehmen, daß ein Teil der Mitglieder der Zentrale dem anderen gegenüber seine Tätigkeit verheimlicht hätte. Die gerichtliche Untersuchung bewies aber nur die Teilnahme einiger Mitglieder der Zentrale, und demgemäß beschloß das Höchste Gericht: die Teilnahme aller Mitglieder der Zentrale an der Ermordung der proletarischen Führer ist nicht bewiesen. Dafür aber bewies die gerichtliche Untersuchung die Teilnahme der führenden Mitglieder der Zentrale Gotz, Donskoi u. a. Andererseits ist die Teilnahme der Zentrale an Expropriationen, Sprengungsarbeiten, an der Verbindung mit dem Agenten der französischen Mission Henry Wirtmann zwecks Desorganisation des Eisenbahnverkehrs sowohl bewiesen als auch durch angeklagte Mitglieder der Zentrale selbst bestätigt.

Mit der größten Vorsicht stellte das Tribunal auf die eine oder andere Weise die Tatsachen fest, und hauptsächlich dieser Umstand führte zu der langen Dauer der Gerichtsverhandlung. Nach Feststellung der im Urteil dargelegten Tatsachen konnte das Tribunal nicht anders entscheiden, als es geschah; das muß ein jeder zugeben, der es nicht für Pflicht des revolutionären Tribunals hält, ein der Arbeiter- und Bauernrepublik schädliches Urteil zu sprechen. Diese Maßnahme zum Schutze der Republik ist unentbehrlich. Und wenn, mit Verlaub gesagt, alte Kaffectanten des kleinbürgerlichen „Sozialismus“ jetzt von „Rache“ fasziniert, so kann man darüber nur die Achseln zucken, so dumm ist es; ganz davon zu schweigen, daß ja in solchem Falle jede Strafe eine Rache ist, da sie sich auf früher begangene Taten gründet und daß wir im gegebenen Falle eine offene Erklärung der Angeklagten haben, daß sie auch weiterhin so handeln werden, und abgesehen davon, daß die Verbündeten und Gesinnungsgenossen der

Angeklagten bis in die letzte Zeit einen wütenden Kampf gegen die Sowjetrepublik führten und diesen auch jetzt noch fortsetzen, beweist die einfache Tatsache der vollen Freisprechung jener Angeklagten, die die Irrtümlichkeit ihres Kampfes gegen die Sowjetrepublik zugaben und der Fortsetzung des Kampfes entsagten, daß beim Tribunal jedenfalls nicht der Gedanke an Rache maßgebend war. Und man möge nicht sagen, daß Lockspitzel oder „Agenten“ der Sowjetmacht freigesprochen wurden, denn das ist eine entschiedene und bewußte, von Tschernow fabrizierte Verleumdung. Ssemjonow und die Konoplowa vor allem waren im Jahre 1918 treue und unendlich ergebene Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei, die die Sowjetmacht haßten. Sie verließen dann die Sozialrevolutionäre Partei und gingen zur Kommunistischen Partei Rußlands über. Darin ist nicht das mindeste von Provokatorientum. Es ist hier kein „Zwei-Götter-Dienen“, keine Provozierung der Sozialrevolutionären Partei, es sind auch keine materiellen Gründe des Ueberganges zu der Sowjetmacht, — es ist lediglich das Bewußtsein, daß die frühere Tätigkeit irrtümlich war. Lassen wir aber Ssemjonow und die Konoplowa beiseite. Sind auch die übrigen, die von jeder Strafe befreit wurden, „Lockspitzel“? Wer wird eine solche Behauptung wagen? Der gegenwärtig parteilose frühere Leiter der Militärkommission der Zentrale der Sozialrevolutionären Partei, Dascheffsky, der die Kaplan, die später das Attentat gegen den Genossen Lenin verübte, in die terroristische Gruppe Ssemjonow einführte, die Zwangsarbeiterarrestantin R. Stavskaja, die acht Jahre in Zwangsarbeit zubrachte, der ebenfalls vom Zarenregime zur Zwangsarbeit verurteilte Jefimow, der Arbeiter Subkow, der seit 1902 Mitglied der Sozialrevolutionären Partei war, der sozialrevolutionäre Arbeiter Koslow — alles Leute, die für die sozialrevolutionäre Partei in den Tod gegangen wären, nachher aber ihr konterrevolutionäres Wesen erkannten, Leute, die früher schreckliche Verbrechen gegen die Sowjetmacht begingen, jetzt aber von jeder Bestrafung befreit wurden, keiner wird es wagen — wahrscheinlich auch Tschernow nicht, obwohl er „alles kann“ — zu behaupten, daß das Agenten der Sowjetregierung sind. Und doch steht auf ihrer Rechnung der Terror, das Attentat gegen Lenin, militärische, organisatorische und aktive Tätigkeit. Wo ist hier die Rache? Das Tribunal stellte ihre früheren Verbrechen fest, erklärte aber gleichzeitig, daß es für die Zukunft keine weiteren

Verbrechen ihrerseits befürchte, und richtete daher an den Zentralvollzugsausschuß das Ersuchen, diese Angeklagten von der Bestrafung zu befreien, welche Bitte auch gewährt wurde. Das ist eben das Wesen der Frage; es genügt nicht, die Tatsache der verbrecherischen Tätigkeit festzustellen, es ist auch notwendig, die Möglichkeit der Wiederholung zu erwägen und die soziale Gefährlichkeit des in Frage kommenden Menschen festzustellen. Auf dieser Grundlage müssen dann die Maßnahmen gesellschaftlicher Sicherheit ergriffen werden. Wo ist hier die Rache? Und wie steht es um die Zentralgruppe? Die Tatsachen verbrecherischer Tätigkeit sind festgestellt. Festgestellt ist auch, daß die Partei, an deren Spitze sie stand, ihre verbrecherische Tätigkeit bis 1922 fortsetzte; die Angeklagten aber wollten das Verbrecherische und sogar die Irrtümlichkeit ihrer früheren Handlungen nicht zugeben, sondern erklärten im Gegenteil, daß sie auch in Zukunft in der gleichen Weise handeln werden. War nun das Tribunal bei einer solchen Lage nicht berechtigt, das strengste Urteil auszusprechen? Die Revolution ist kein Kinderspiel, und Unschlüssigkeit im Kampfe führt zu den gefährlichsten Folgen. Die bloße, aufrichtige Erklärung, daß die frühere blutige Tätigkeit der Sozialrevolutionären Partei als irrtümlich erkannt wird, daß in Zukunft die Republik keinerlei blutige Handlungen von dieser Seite zu befürchten habe, daß die Sozialrevolutionäre Partei ihr Bündnis mit der Reaktion aufgibt, daß die Zentrale der Sozialrevolutionären Partei bestrebt ist, ihre Verbindung mit der Bourgeoisie in Wirklichkeit zu lösen, hätte genügt, und das Urteil des Tribunals wäre ganz anders ausgefallen.

Es gab aber keine solche Erklärung, und es konnte auch keine geben. Sie war unmöglich, denn das Klassenwesen der Sozialrevolutionären Partei, deren Führer und Ideologen Gotz, Hendelmann und die übrigen verurteilten Mitglieder der Zentrale sind, machte eine solche Erklärung unmöglich. Das Klassenwesen der Partei offenbarte sich vor dem Gericht mit der größten Deutlichkeit, denn vor dem Höchsten Tribunal entfalteten sich zwei einander gegenseitig ergänzende Bilder: das Bild der verbrecherischen Taten der Angeklagten und das Bild der Entwicklung, richtiger gesprochen, der „Degeneration“ der Sozialrevolutionären Partei als Ganzes.

II.

Gerade jetzt, da ein riesiges Material gesammelt und durchgearbeitet ist, das die

Sozialrevolutionäre Partei in den verschiedensten Phasen ihrer Tätigkeit charakterisiert, ist es lächerlich, darüber zu reden, daß „Sozialisten“ zum Tode verurteilt wurden. Gewiß können sich breite Schichten des europäischen Proletariats in gutem Glauben täuschen, denn diese Partei nennt sich „sozialistisch“ und „revolutionär“; man darf aber über eine Partei nie nach ihrer Benennung oder nach dekorativen Erklärungen urteilen, die nur dazu dienen, ihr ein Außeres zu verleihen, das ihr ermöglicht, sich mit größtmöglichem Erfolg auch in sozial fremden Schichten zu betätigen. Man muß unter die Oberfläche der Erscheinungen dringen, d. h., wir müssen uns von der vulgären Denkart befreien und unter den verhüllenden Worten das wahre, tatsächliche handelnde Wesen der Partei sehen, d. h. jenes Wesen, das einzig und allein in dem Kampfe gesellschaftlicher Kräfte von Bedeutung ist.

Daraus, daß in Rußland die Kadettenpartei, diese Partei der reaktionärsten, imperialistischen Bourgeoisie und des kapitalistischen Grundbesitzes sich die Benennung „Partei der Volksfreiheit“ gab, folgt keineswegs, daß sie eine Volkspartei ist und daß ihr Ziel in der Errichtung der Volksfreiheit besteht. Im Gegenteil. Nunmehr wissen alle, daß die „Partei der Volksfreiheit“ eine der wütendsten volksgegnerschaftlichen Parteien ist, deren Ziel in der Ausbeutefreiheit für die Bourgeoisie besteht. Oder wenn im Jahre 1917 dieselbe Kadettenpartei mit voller Seelenruhe das Wort „Republik“ auf ihre Fahne schrieb, trotzdem sie bisher eine monarchistische Partei war, gab es da wohl unter denkenden Leuten einen Menschen, der nicht begriffen hätte, daß dies ein Mimikri-Akt war, eine Anpassung an den übermäßig roten Hintergrund der Großen Revolution? Zu Republikanern wurden die Kadetten dadurch nicht im geringsten. Und als im Frühjahr 1921 die jungen Matrosen von Kronstadt, die die harte Schule des Klassenkampfes noch nicht durchgemacht hatten, irreführt wurden und gegen die Sowjetmacht vorgingen mit der inhaltslosen, aber das Wesen der Bewegung politisch geschickt verhüllenden Parole der „Freien Sowjets“, da schrieben auch die Kadetten und Sozialrevolutionäre unverzüglich diese Parole auf ihre Fahnen. Was bedeutet das? Diese wetterfesten Konterrevolutionäre begriffen in diesem Augenblick sehr gut, daß es sich nicht um die Parole handelte, sondern um das Wesen der Sache, dieses aber bestand im Sturze der Sowjets überhaupt, in dieser oder jener Sauce, worauf unvermeidlich die

Diktatur der Bourgeoisie folgen sollte. Miljukow, die Kadetten und die Sozialrevolutionäre, alle diese wütenden Gegner der Sowjets, fangen an, ihre Treue der Idee der „Freien Sowjets“ gegenüber zu beteuern, da sie ja nur die angeblich „unfreien“ kommunistischen Sowjets bekämpfen! Kann ein solches Manöver irgend einen europäischen Arbeiter irreführen und ihn glauben machen, daß Miljukow, Tschernow und die übrigen Ritter der Bourgeoisie tatsächlich für die „freien Sowjets“ sind? Sollten aber die russischen Beispiele nicht klar genug sein, so genügt es darauf hinzuweisen, daß auch die Partei, die Clémenceau der Welt gab, die Partei des habgierigen französischen Rentiers, die Partei der „Radikalsozialisten“, den Namen „sozialistisch“ führt (es dürfte sich kaum jemand finden, der über Hinrichtung von Sozialisten schreien würde, wenn die Führer der „Radikalsozialisten“ zur Guillotine geschleppt werden sollten). Was hat diese Partei mit „Sozialismus“ und noch dazu mit „Radikalismus“ gemein? Gerade diese Partei ist es aber, die der russischen Partei der „Sozialrevolutionäre“ am nächsten steht. Und die „christlichen Sozialisten“ Deutschlands, — halten die Herren Rosenfeld und Theodor Liebknecht auch diese für Sozialisten, weil sich in ihrer Benennung das Wort „Sozialisten“ befindet? Solcher Beispiele könnten eine Unmenge angeführt werden, die alle den Gedanken bestätigen, daß unter gewissen Bedingungen eine Partei ihr wahres sozialpolitisches Wesen hinter einem fremden Namen verstecken kann, dessen Sinn in schreiendem Widerspruch zum eigentlichen Wesen der Partei steht.

Diese Tatsache muß besonders beachtet werden in der gegenwärtigen Epoche, wo die werktätigen Massen als aktive politische Kraft in die Arena treten, und wo die herrschenden Klassen ihre Stellungen mehr oder minder erfolgreich nur dann verteidigen können, wenn es ihnen gelingt, die Einheitsfront der Werktätigen auf die eine oder andere Art zu zerstören und einen Teil des Proletariats vor den eigenen Triumphwagen zu spannen. In solchen Fällen spielt eine Partei, die diese Täuschungsarbeit durch Anwendung aller Arten einer sozialen Mimikri ausführen kann, die Rolle eines Kriegsmittels der herrschenden Klasse.

Eine solche Partei war und ist in Rußland die „Partei der Sozialrevolutionäre“.

Die Partei der Sozialrevolutionäre war nie eine sozialistische Partei, denn nur eine Arbeiterpartei kann sozialistisch sein. Die

Partei der Sozialrevolutionäre stellte sich demokratische Aufgaben, die Aufgabe des Sturzes des Zarismus und der Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik. Sie umfaßte einen Teil der radikalen Intelligenz, der Angestellten der autonomen Verwaltungskörperschaften der Semstvos und der Städte, die Angestellten der kleinbürgerlichen Genossenschaften usw. Das war ihr eigentlicher Kern. Die russische bürgerliche demokratische Revolution spielte sich aber unter Bedingungen ab, bei denen jeglicher Kampf gegen den Zarismus nur im Falle aktiven Auftretens des Proletariats und der Bauernschaft von realem Wert sein konnte. Eine proletarische Bewegung muß unumgänglich sozialistisch sein. Die Bauernbewegung mußte sich die Konfiszierung des Großgrundbesitzes zur Aufgabe stellen. Die radikale Kleinbourgeoisie, die bestrebt war, die Arbeiter- und Bauernmassen in den Kampf gegen den Zarismus mitzureißen, nahm unverzüglich eine sozialistische Färbung an, löste gleichzeitig in ihrem Programm den Begriff „Proletariat“ in den allgemeinen demokratischen Begriff „werktätiges Volk“ auf und nahm ein kleinbürgerliches, bauerliches Agrarprogramm an, mit mannigfaltigen Mißdeutungen desselben nach Intellektuellenart. Eine Massenpartei war diese Partei nie, mit Ausnahme der kurzen Frist im Jahre 1917; sie ist eine typische Partei des kleinbürgerlichen Verschwörertums. Aber gerade infolge der eigenartigen sozialen Verhältnisse und des Umstandes, daß die gesellschaftlich zu schwache Gruppe der städtischen Kleinbourgeoisie gezwungen war, sich den Arbeitern und Bauern zu nähern und mit ihnen eine Verbindung herzustellen, kam eine vom gesellschaftlichen Standpunkt nicht einheitliche Partei zustande, die sozialistische Elemente, ferner sozialistisch angehauchte radikaldemokratische und bürgerliche, proletarische und bauerliche Elemente umfaßte. Dementsprechend gestalteten sich auch die eklektische Ideologie der Partei und ihre „freien“ Methoden des organisatorischen Aufbaues, die die Partei in eine „lose Organisation“ verwandelten. Als die radikalste unter allen bürgerlichen Parteien, infolge der außerordentlichen „Duldsamkeit“ gegenüber von Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Partei, und da sie in bezug auf Parteidisziplin keine strengen Forderungen stellte, erwarb die Partei der Sozialrevolutionäre nach der Februarrevolution einen riesigen Einfluß: sie war annehmbar für die Bourgeoisie und imstande, einen Teil der Arbeiter und Bauern mit sich zu reißen. Faktisch wurde sie

in der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution, auf dem linken Flügel des bürgerlichen Blockes stehend, zur regierenden Partei.

Hier aber zeigte sich das Wesen der Partei. Weder die Forderungen der Arbeiter noch die der Bauernschaft waren imstande durchzuführen, denn eigentlich waren diese Forderungen dem führenden Kern der Partei fremd. Infolgedessen verlor die Betörung sehr bald ihre Kraft, die Massen fingen an, abzufluten, die Arbeiterpartei übernahm die entscheidende Rolle, und die Bauernmassen leisteten dem Proletariat Folge, das entschieden die Konfiszierung aller Großgrundbesitze und die Einstellung des imperialistischen Krieges forderte.

Im Augenblick der Oktoberrevolution war das Kräfteverhältnis äußerst interessant und bezeichnend. Auf seiten der aufständischen Arbeiter stand die erdrückende Mehrheit des Proletariats, die Soldatenmasse und die Bauernschaft. Auf Seiten der Bourgeoisie tritt in der führenden Rolle die Sozialrevolutionäre Partei auf, unterstützt von den Offizierszöglingen, Kosaken, Offizieren, der Intelligenz und den Angestellten. Geben wir auf einen Augenblick zu, daß die Oktoberrevolution ein Fehler war. Konnte aber selbst in diesem Falle eine sozialistische Partei, sich auf die Kräfte der feindlichen Klasse stützend, mit der Waffe in der Hand den Versuch zur Unterdrückung eines Aufstandes machen, an dem zweifellos die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft beteiligt war? Die Antwort ist natürlich verneinend. (Es ist charakteristisch, daß die Arbeitermitglieder der Sozialrevolutionären Partei beim Oktoberaufstand sich entweder vom Kampfe fernhielten oder mit den Sowjets gegen Kerenski gingen, während die führende Gruppe der Sozialrevolutionären Partei mit Kerenski, Krassnow, den Kosaken und den bürgerlichen Offizierszöglingen gegen die Arbeiter ging.)

Auch der weitere Kampf der Partei gegen die Sowjets besaß die ganze Zeit hindurch die entschiedenen Charakterzüge eines formalen oder objektiven Blockes der Bourgeoisie gegen das Proletariat. In diesem Kampfe steht die Sozialrevolutionäre Partei auf dem linken Abschnitt, besitzt zwei Flügel, und ist mit dem einen, der Großbourgeoisie, fest verbunden und versucht mit dem anderen die Arbeiter- und Bauernmassen zu verhetzen. In den Perioden unvermeidlicher Schwankungen der werktätigen Massen, wenn die Lasten der Revolution besonders schwer

werden, spielt dieser linke Flügel der Partei die entscheidende Rolle, desorganisiert die Massen und spannt sie im Wege der Sozialrevolutionären Partei vor den Triumphwagen der Bourgeoisie.

Im Bürgerkriege wurde die Sozialrevolutionäre Partei mit der vaterländischen Bourgeoisie zusammen aufs Haupt geschlagen. Aber auch ihr Wesen wurde den Massen mit größerer Deutlichkeit sichtbar. In stets wachsendem Maße scheiden die sozialistischen Elemente aus der Partei aus, die letzten Arbeiter verlassen sie, und es bleibt lediglich eine Gruppe kleinbürgerlicher Verschwörer, in reiner, unverhüllter Gestalt zurück.

In solcher Gestalt ging die Sozialrevolutionäre Partei aus dem Bürgerkrieg heraus. In diesem Zustand kann sie den Kampf mit der Waffe in der Hand nicht weiterführen. Sie versucht daher durch eine Reihe Manöver, diesem Zustande der Entblößung ein Ende zu machen und pocht zu diesem Zwecke mit allen Kräften auf ihren „Sozialismus“. Leichtgläubige Leute fallen auf diese Reklame herein. In Wirklichkeit ist das „Administrative Zentrum“, das die kleinste Möglichkeit zum Kampfe gegen die Sowjetmacht ausnützt, im Block und Bündnis mit allen bürgerlichen Elementen, einschließlich des Zarenbotschafters Bachmetjew, des Wrangelschen Offiziersbundes, der „Märzoffiziere“ des Generals Prschewalsky, der französischen und englischen Konterspionage usw.

Die gesamte Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre während der Revolution ist die Geschichte der Selbstentblößung dieser bürgerlichen Partei, die Schritt für Schritt degenerierte, die Massen verlor und zu einer unverantwortlichen Gruppe bürgerlicher Verschwörer entartete.

Es ist überflüssig, die Verbrechen dieser Partei hier aufzuzählen. Es genügt, das Urteil des Höchsten Tribunals und die Reden der Staatsankläger durchzulesen. Unsere Aufgabe besteht lediglich darin, daß wir den Klassencharakter des Urteils des Höchsten Tribunals hervorheben. Dieser Klassencharakter geht klar hervor sowohl aus dem bürgerlichen Block, in dem die Sozialrevolutionäre Partei gegen die Sowjetmacht kämpfte und auch jetzt kämpft als auch aus jenem bürgerlichen Block, der vereint gegen das Urteil anstürmt, ohne sich sogar die Mühe zu geben, die Tatsachen auch nur flüchtig zu überprüfen. Der Klassencharakter des Urteils ist auch klar aus dem Wesen der Sozialrevolutionären Partei, aus

dem Haß, den das Urteil in bürgerlichen Kreisen hervorruft, und den Sympathien, die in diesen Kreisen den Sozialrevolutionären zuteil werden. Der Klassencharakter des Urteils bedeutet keineswegs, daß es auf eine falsche, tendenziöse Feststellung der Tatsachen gegründet ist, denn die Tatsachen sind im Urteil mit der größten Unvoreingenommenheit festgestellt; die Folgerungen aus diesen Tatsachen muß aber ein proletarischer Gerichtshof anders ziehen als das Gericht der Bourgeoisie. Das Tribunal zog diese Folgerungen, und das von der Bourgeoisie erhobene Geheul zeigt, daß sie richtig sind. Die Grundlage der Folgerungen bildet das klare Verständnis der Tatsache, daß die Sozialrevolutionäre Partei keine sozialistische, sondern eine konterrevolutionäre Partei ist. Bei dieser Beurteilung bewahren natürlich die Worte Marx' aus dem „18. Brumaire“ ihre volle Gültigkeit:

„Man muß sich nur nicht die bornierte Vorstellung machen, als wenn das Kleinbürgertum prinzipiell ein egoistisches Klasseninteresse durchsetzen wolle. Es glaubt vielmehr, daß die besonderen Bedingungen seiner Befreiung die allgemeinen Bedingungen sind, innerhalb deren allein die moderne Gesellschaft gerettet und der Klassenkampf vermieden werden kann. Man muß sich ebensowenig vorstellen, daß die demokratischen Repräsentanten nun alle shopkeepers (Krämer) sind oder für dieselben schwärmen. . . Was sie zu Vertretern des Kleinbürgers macht, ist, daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jener nicht im Leben hinauskommt, daß sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen getrieben werden, wohn jenen das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben.“

Die Herren aus der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale mögen sich wütend gebärden, so viel sie wollen, sie entblößen dadurch nur sich selbst. Wenn wir den Reigen der Besessenen, an dem 'Manchester Guardian' und 'Times', 'Temps' und 'Populaire', 'Vorwärts' und 'Freiheit' teilnehmen, beobachten, können wir ruhig sagen: Der Schlag sitzt gut. Den Arbeitern aber, die durch das Geschrei der bürgerlichen Lakaien, die sich in sozialistische Mäntel hüllen, noch irregelführt werden, können wir nur eines sagen: Urteil nicht nach dem Aeußeren, laßt euch nicht täuschen durch die sozialistische Phrase, lest das Urteil, denkt nach über den Verlauf des Prozesses, und ihr werdet sehen, daß ein proletarisches Gericht kein anderes Urteil sprechen konnte. Vor diesen Arbeitern kann und muß das Höchste Revolutionäre Tribunal der Sowjetrepublik erklären: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“ Denn wenn die Sozialrevolutionäre Partei die Sowjetmacht auch nicht mehr stürzen kann, so kann sie noch so viel Schaden zufügen, so viel Blut vergießen und so viel Desorganisation im Leben der gemarterten Republik der Arbeit verursachen, daß die Republik das Recht besitzt, diese vergifteten Glieder abzuhacken. Jene aber, die den baldigsten Untergang der Republik wünschen, jene Leute interessieren uns nicht. Mit diesen Leuten streiten wir mit anderen Mitteln. . . .

G. Pjatakow.

Die deutsche Partei während der Rathenau-Kampagne.

Die Ermordung Rathenaus stellte die Kommunistische Partei Deutschlands vor eine Reihe neuer Aufgaben und wichtiger Entscheidungen. Die Situation traf indessen die deutsche Partei nicht unvorbereitet. Ähnlich, wie der deutsche Parteitag in Jena im Herbst vergangenen Jahres kurz vor der Ermordung Erzbergers die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die Feste der Orgeschverbände gelenkt und zur Verhinderung dieser Paraden aufgefordert hatte, hatte auch diesmal die Partei auf die der Rathenau-Ermordung vorangehenden Provokationen der monarchisti-

schen Konterrevolution seit Wochen nachdrücklich hingewiesen und die gesamte Arbeiterschaft zum schärfsten Widerstande aufgerufen. Während im vergangenen Jahre die Partei erst nach dem Tode Erzbergers sich an die übrigen Arbeiterorganisationen zum Zwecke eines gemeinsamen Kampfes wandte, hatte diesmal die Partei bereits seit Wochen von den anderen Arbeiterorganisationen den gemeinsamen Kampf gegen die drohende konterrevolutionäre Gefahr gefordert. In einigen Bezirken beteiligten sich die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Ge-

werkschaftskartelle an den von uns vorgeschlagenen Gegenkundgebungen und Demonstrationen. In den meisten Bezirken indessen, u. a. auch in dem durch die Hindenburg-Propagandareisen besonders gefährdeten Ostpreußen, lehnten die übrigen Organisationen unter allerlei Vorwänden eine gemeinsame Aktion gegen die Monarchisten ab. Ein von der Zentrale der K. P. D. wenige Tage vor der Ermordung Rathenaus an alle Organisationen gerichteter Offener Brief zum Kampfe gegen die Konterrevolution wurde von der S. P. D. gar nicht, von der U. S. P. D. unter allerlei Beschimpfungen der K. P. D. brüsk beantwortet. Gleichzeitig richtete die U. S. P. D., und ähnlich wohl auch die S. P. D., ein Zirkularschreiben an ihre Bezirksorganisationen mit der Warnung, unter keinen Umständen mit den Kommunisten zusammenzugehen und in Ausnahmefällen, wo aus lokalen Gründen eine vorübergehende Zusammenarbeit unvermeidlich sei, die Genehmigung der Zentrale der U. S. P. D. einzuholen. Dieses Schreiben erreichte die Ortsorganisationen der U. S. P. D. fast an dem gleichen Tage, an dem die gesamte Arbeiterschaft durch die Nachricht von der Ermordung Rathenaus in die größte Erregung versetzt und von der Notwendigkeit des proletarischen Zusammenschlusses überzeugt wurde. Trotzdem befolgten viele Ortsorganisationen der U. S. P. D. und S. P. D., zumal in den Orten, wo die K. P. D. schwach war, noch die Anweisungen ihrer Zentralen, die selbst gleich am Tage der Ermordung Rathenaus sich gemeinsamen Verhandlungen und bald darauf gemeinsamen Beschlüssen mit der K. P. D. nicht entziehen konnten. In diesen Orten hat dann erst die Kenntnis von den zentralen Verhandlungen mit der K. P. D. lokale Verhandlungen und Verabredungen eingeleitet und erleichtert.

Alle Verhandlungen der K. P. D., ganz gleich, ob sie von den Zentralen, den Bezirks- oder Ortsorganisationen geführt wurden, gingen von dem Erkenntnis aus, daß die K. P. D. allein und selbständig eine Aktion noch nicht führen könne. Die Erfahrungen der Märzaktion, die seit einem Jahre z. B. nach der Ermordung Erzbergers und bei dem großen Eisenbahnerstreik im Februar d. Js. zur Innehaltung einer erfolgreichen Taktik der Einheitsfront Veranlassung gegeben hatten,

wirkten fruchtbar auch in dieser für ein selbständiges Vorgehen an sich günstigeren Situation nach. Niemand in der Partei forderte oder leitete ein Vorgehen der K. P. D. auf eigene Faust ein. Die zahlenmäßige Schwäche der K. P. D. — trotz ihrer 300 000 organisierten Mitglieder — im Vergleich zu den in den übrigen Arbeiterparteien oder in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen verbietet vorläufig eine selbständige Massenaktion der K. P. D., die außerdem den Gegnern der Partei einen zu billigen Einwand der Störung der von den Kommunisten sonst immer selbst geforderten Einheitsfront, der Verhinderung einer wirklich schlagkräftigen einheitlichen Aktion des gesamten Proletariats gegen die Konterrevolution und des „Putschismus“ der K. P. D. geliefert hätte. Im übrigen ist in der deutschen Partei die Taktik der Einheitsfront seit Monaten so eingehend diskutiert und in vielen Fällen schon erfolgreich praktisch angewandt worden, daß in der Partei — mit ganz geringen Ausnahmen — Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Bildung der Einheitsfront gerade in der durch den Mord geschaffenen Situation bestand. Es darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß gerade die „Berliner Konferenz“, die Debatten über sie vorher und nachher und die in den Betrieben, den Gewerkschaften und den öffentlichen Kundgebungen entfaltete Propaganda für den Arbeiterweltkongreß nicht nur in unserer Partei das Bewußtsein von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gestärkt, sondern auch bei der übrigen Arbeiterschaft geweckt und soweit entfaltet haben, daß auch die anderen Arbeiterorganisationen nicht so leicht wie vor der Kampagne für den Arbeiterweltkongreß ein Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnen konnten.

In der Notwendigkeit und in der faktischen Einleitung des Zusammengehens mit allen Arbeiterorganisationen herrschte also, abgesehen von einigen Gegenströmungen in Groß-Berlin, völlige Uebereinstimmung in der Partei. Die Schwierigkeit begann und bestand dagegen darin, auf welcher Basis sich die K. P. D. mit den anderen Arbeiterorganisationen verständigen könne, welche Forderungen und Kampfmaßnahmen gemeinsam aufgestellt werden können, und wie weit die eigene Partei trotz gemeinsamer Verhandlungen und

Massenkundgebungen selbständig in der Propaganda und in eventuellen über die gemeinsame Verabredung hinaus erreichbaren Einzelaktionen gehen könne. Die Taktik der Einheitsfront besagt zunächst nur, daß die Kommunisten in bestimmten Kampfsituationen sich mit der Aufstellung von der Mehrzahl der Arbeiter verständlichen Etappenlosungen begnügen, weil sie wissen, daß der wirkliche Kampf um diese Losungen zu weiteren Konsequenzen, zu verbreiteten Kämpfen mit weitergehenden Zielen führt. Aus der Taktik der Einheitsfront folgt aber nicht, daß die Kommunisten sich unter allen Umständen mit dem begnügen, was die übrigen Arbeiterorganisationen für erreichbar und von ihrem reformistischen Standpunkt aus für wünschenswert halten. Die z. B. von den Gewerkschaften und den beiden Arbeiterparteien in dem Berliner Abkommen vom 27. Juni zunächst geforderte Unterstützung des Koalitionskabinetts Wirth war für die K. P. D. absolut unannehmbar. Wenn die übrigen Organisationen nicht auf die ultimative Forderung der Verhandlungsdelegierten der K. P. D. hin diesen Satz gestrichen hätten, wäre die Verhandlung am 27. Juni gescheitert. Schon am 25. Juni befand sich die K. P. D. in einer ähnlichen Lage: die übrigen Organisationen weigerten sich, in die erste schriftliche Fixierung der gemeinsamen Forderungen die Forderung aufzunehmen, daß Ausnahmeverordnung und Schutzgesetz sich ausschließlich gegen die Monarchisten richten müßten. Erst, als unsere Vertreter aufstanden, um den Saal zu verlassen, fügte Leipart rasch diese Forderung als die erste ein.

Immerhin ist es denkbar, daß die Kommunisten auch illusionäre Forderungen mit unterzeichnen können, wenn die Aussicht besteht, daß die unterzeichneten Organisationen und die Arbeiterschaft einen wirklichen Kampf dafür aufnehmen werden. Im Kampfe werden dann die Arbeitermassen rasch von ihren Illusionen geheilt und aus dem Kampfe selbst neue, brauchbarere Ziele geboren werden.

Die Hauptschwierigkeit für die Taktik der Partei lag darin, daß die Erregung der Massen sich zunächst nur gegen die deutschnationalen und monarchistisch gesonnenen Anstifter des Mordes richtete, und daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft sich in der Illu-

sion befand, daß die Republik nur von diesen offen monarchistischen Kreisen gefährdet sei. Die Massen hatten recht, wenn sie die bestehende Bourgeois-Republik in ihrer gegenwärtigen Form schützen wollten gegenüber den Orgeschleuten, die die Ermordung Rathenaus als Signal für die Umwandlung der Ebert-Republik in ein Horthy-Deutschland betrachten konnten. Sie hatten unrecht, wenn sie die Feinde der Republik nur in den offenen Monarchisten sahen, da die Möglichkeit zur Bildung der Geheimorganisationen und damit zu den Mordtaten nicht nur von der monarchistischen Deutschen Volkspartei in- und außerhalb der Regierungen der deutschen Einzelstaaten begünstigt, sondern auch von dem Zentrum, den Demokraten und der S. P. D. seit der Noskezeit an geduldet worden ist. Der rechtssozialistische Innenminister Severing in Preußen und der unabhängige Polizeiminister Lipinski in Sachsen hatten ja noch wenige Tage vor der Ermordung Rathenaus auf parlamentarische Anfragen der Kommunisten geantwortet, daß sie sogar angesichts der Orgeschprovokation in Sachsen und des Hindenburg-Blutbades in Ostpreußen nichts gegen diese konterrevolutionären Verbände unternehmen könnten und wollten.

Die weitere Schwierigkeit für die Taktik der Partei lag darin, daß sie trotz des nächstliegenden Kampfes gegen die ausgesprochen monarchistische Konterrevolution der Arbeiterschaft zum Bewußtsein bringen mußte, daß jede bürgerliche Republik, und erst recht das auf die Versklavung der Arbeiterschaft zugunsten der heimischen und ausländischen Kapitalisten eingestellte Erfüllungskabinet Wirth, die Arbeiterschaft mit dem größten Elend bedroht. Der K. P. D. war von vornherein klar, daß der Kampf für die Republik nur geführt werden könne im Kampf gegen alle bürgerlichen Republikaner, und daß jede wirkliche Sicherung der Republik durch selbständige Maßnahmen der Arbeiterschaft umschlagen müsse in eine Sicherung der von den Arbeitern zu schaffenden Kontroll- und Kampforgane gegen die bürgerliche Republik. Es ist nicht zu leugnen, daß die Partei nicht von vornherein mit genügender Sicherheit und Klarheit die gesamte Arbeiterschaft auf diesen unvermeidlichen dialektischen Zirkel aufmerksam gemacht hat. Zentrale und Presse der

Partei waren in den ersten Tagen der Kampagne bei der Behandlung dieser Zusammenhänge etwas zurückhaltend. Sie taten es, um die von der S. P. D. am ersten Tage offen erstrebte Isolierung der K. P. D. nicht durch Lieferung von Argumenten gegen die K. P. D. zu erleichtern, aber zugleich in der Gewißheit, daß die Bewegung nicht in ein paar Tagen abflauen und daher die Möglichkeit gegeben sein werde, mit der Steigerung der Kampagne die Arbeiterschaft selbst an der Hand konkreter Tatsachen zu dieser Erkenntnis zu führen. Die Gegner zentraler Verhandlungen und des Berliner Abkommens innerhalb der Partei konnten diese — wie zugegeben werden kann — zu starke Zurückhaltung um so leichter kritisieren, als sie von der Vorstellung ausgingen, daß die ganze Bewegung in ein paar Tagen erloschen sein werde, und daß es deshalb vor allen Dingen darauf ankomme, nur rasch die eigenen Forderungen aufzustellen und die übrigen Organisationen als Feinde jedes wirklichen Kampfes zu brandmarken. Jeder Zweifel an einer Steigerung der Bewegung erleichtert natürlich das schroffste Auftreten vom ersten Tage der Bewegung an.

Eine ähnliche Schwierigkeit lag für die Partei darin, wie weit eine Kritik der Verhandlungskontrahenten mit der Tatsache der Verhandlungen vereinbar ist. Kritiker der Taktik der Partei haben nach der Kampagne gesagt, daß die Partei vom ersten Tage an hätte aussprechen müssen, der Kampf werde von den übrigen Organisationen sicher sabotiert und verraten werden. Hätte die Partei das so schroff am ersten Tage gesagt, so hätte jeder Arbeiter sofort gefragt: Ja, weshalb verhandelt und verabredet denn die K. P. D. etwas mit diesen Verrätern? Und gleichzeitig hätten die S. P. D. und der A. D. G. B. den Vorwand gehabt, überhaupt die Verhandlungen abubrechen und die K. P. D. als Störenfried der Einheitsfront und Gegner jedes gemeinsamen Kampfes zu denunzieren. Die Partei mußte vielmehr sich prinzipiell das Recht der Kritik wahren und es an der Hand konkreter Verstöße oder Versäumnisse gegenüber den gemeinsamen Beschlüssen faktisch ausüben. Die Partei begleitete deshalb die Veröffentlichung der gemeinsamen Beschlüsse mit Kommentaren, die auf die klare Aufforderung eingestellt waren: „Han-

deln und nicht nur Verhandeln!“ Sobald der erste und auch nur der kleinste Verstoß gegen den Inhalt und den Geist des Berliner Abkommens vorlag, setzte sofort die schärfste Kritik der Partei in Aufrufen und Presseartikeln ein. Die Zustimmung der U. S. P. D. und der S. P. D. zum Brotwuchergesetz und die Preisgabe einer wirklichen Amnestie durch die preußische Landtagsfraktion der S. P. D. boten gleich in den ersten Tagen dazu reichliche Gelegenheit. Die Zustimmung zu den in den Kommissionen noch weiter verhandelten Gesetzentwürfen über den „Schutz der Republik“, der Verzicht auf jede weitere Kampfesmaßnahme über die Demonstrationen hinaus zur Durchsetzung der Berliner Forderungen enthüllten dann auch dem einfachsten Arbeiter den offenen Verrat von A. D. G. B., S. P. D. und U. S. P. D. Diese Taktik der Partei hatte den Erfolg, daß in vielen Bezirken die Gewerkschaftskartelle und die Organisationen der S. P. D. und U. S. P. D. mit uns gemeinsam weitere Kampfesmaßnahmen der Spitzenverbände (den Austritt der S. P. D. aus der Koalitionsregierung, die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen unter der Losung „Arbeiterregierung“, Proklamierung des Generalstreikes, Bildung von Kontrollausschüssen) forderten.

Wenn die Haltung der Partei auch im ganzen durchaus richtig war, soll damit keineswegs geleugnet werden, daß die Schwierigkeit und Neuartigkeit der Situation hier und da Unsicherheit und Schwankungen hervorriefen. Auch in der Praxis des verschärften Klassenkampfes, des bewaffneten Aufstandes sind von den kommunistischen Parteien allerlei Fehler gemacht worden, und es werden auch in Zukunft noch allerlei Fehler gemacht werden. Während beim offenen Bürgerkrieg leicht putschistische Abenteuer auftreten, ist zur Zeit der Einheitsfronttaktik die Gefahr opportunistischer Einstellungen die größere. Die theoretische Vertiefung des Wissen aller Mitglieder, organisatorische Festigung der Partei und straffe Disziplin bilden daher die unumgängliche Voraussetzungen einer erfolgreichen Anwendung dieser Taktik. Aber so sehr die Warnung vor opportunistischen Gefahren und Abschwenkungen berechtigt und notwendig ist, so fest muß auch der Wille vorhanden sein, diese Taktik wirklich zu benutzen. Schon die Debatten über

die Berliner Konferenz zeigten, daß in manchen Bezirken die prinzipielle Verneinung der Taktik sich verdeckt hinter allerlei Vorwände, daß diese Taktik zu „organisatorischen Beziehungen“ zu den übrigen Parteien, zur Aufgabe der Selbständigkeit der kommunistischen Parteien führe, daß die Taktik der Einheitsfront nur auf wirtschaftlichem Boden ungefährlich sei, daß zentrale Verhandlungen schädlich und die Einheitsfront nur in den Betrieben zu bilden sei — kurz, daß die Kommunisten besser ohne die Taktik der proletarischen Einheitsfront auskämen. Auf dem Zentralausschuß der deutschen Partei, auf dem über die Rathenau-Kampagne gesprochen wurde, meldete sich bereits ein Kritiker, der die Frage aufwarf, ob nicht infolge der Zuspitzung der revolutionären Situation überhaupt die Linie des 3. Kongresses mit ihrer Konsequenz der Einheitsfronttaktik abgeändert werden müsse. Andere Kritiker wiederum haben in der Presse geäußert, daß eine zugespitzte revolutionäre Situation besteht, und daß deshalb die Partei ängstlich darüber wachen müsse, nicht ins opportunistische Fahrwasser zu geraten, was in der Praxis auf Passivität und Verkapselung der Partei in organisatorischer und politischer Beziehung hinauslaufen würde.

In Wahrheit hat sich die Bourgeoisie seit den Revolutionstagen soweit gefestigt, daß der offene Kampf der Arbeiterschaft in Mittel- und Westeuropa gegen die Ausbeuter noch nicht möglich ist. Andererseits häuft die fortwährende Unfähigkeit der Bourgeoisie, die durch den Krieg und die verrückten Friedensverträge geschaffene Anarchie in der Warenproduktion und dem Warenverkehr zu überwinden, soviel sozialen, inner- und außenpolitischen Konfliktsstoff an, insbesondere wird die Lage des Proletariats in allen Ländern so sehr erschwert, daß immer von neuem große soziale Kämpfe entstehen müssen, die bei den Illusionen eines großen Teiles der Arbeiterschaft zwar nicht als offene Feldschlacht geführt, aber doch als Vorbereitungen dazu betrachtet und von den Kommunisten zur Festigung der eigenen Organisation, zur Schulung der Arbeiter und zur Sammlung des Gesamtproletariats unter dem kommunistischen Banner ausgenutzt werden müssen. Die tatsächlichen Erfolge der K. P. D. in der

Stärkung des organisatorischen und politischen Einflusses seit den Tagen der Ermordung Erzbearbers und besonders in der Rathenau-Kampagne sind eine Lehre dafür, wie nützlich die Taktik der Einheitsfront ist, welche Gefahren vermieden werden müssen und mit welcher Zähigkeit und Konsequenz diese Taktik auch in der Zukunft durchgeführt werden muß.

Aber hat nicht die im Verlauf der Rathenau-Kampagne eingetretene Bildung der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Fraktionen der S. P. D. und der U. S. P. D. und die bevorstehende völlige Verschmelzung dieser beiden Arbeiterparteien die Isolierung der K. P. D. vergrößert und die Bildung der Einheitsfront für die Zukunft erschwert? Einzelne Kritiker innerhalb der Partei und in den Bruderparteien des Auslandes, die stets große Bedenken gegen die Einheitsfronttaktik hatten, bejahen diese Frage. Es ist richtig, daß die durch Aufnahme der U. S. P. D. vergrößerte S. P. D. sich im Augenblick stark genug dünkt, die K. P. D. wie früher völlig beiseite zu schieben und zu isolieren. Es ist weiter richtig, daß viele Arbeiter die Illusion hegen, daß die Vereinigung von U. S. P. D. und S. P. D. ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege der politischen und organisatorischen Einheit des Proletariats sei. Es mag auch sein, daß augenblicklich manche Arbeiter die K. P. D. als eine Art Störenfried der Einheitsfront betrachten, obgleich das politisch zweckmäßige und erfolgreiche Verhalten unserer Partei diese Beweisführung sehr erschwert und weitesten Schichten deutlich offenbart hat, daß U. S. P. D. und S. P. D. vor jedem Kampfe, selbst dem parlamentarischen, zurückscheuten und das Berliner Abkommen völlig verrieten. Der Uebertritt vieler Mitglieder der U. S. P. D. zu unserer Partei, die Zunahme von Abonnenten eines großen Teiles der Parteipresse zeigen indessen, daß die K. P. D. zahlenmäßig und politisch an Boden gewonnen hat. Eine „Isolierung“, die mit innerer Festigung der Partei und organisatorischem und politischem Wachstum verbunden ist, läßt sich sehr gut ertragen und ist zugleich die Vorbereitung für einen breiteren Durchbruch der Isolierungsschranken. Im übrigen betrachten die Arbeiter die Vereinigung von U. S. P. D. und S. P. D. zwar als nützlich, glauben aber, daß sie in der Voraussetzung einer Steige-

rung des Klassenkampfes vorgenommen wird. Daß die organisatorische Einigung dieser beiden Arbeiterparteien auf dem Boden der Anerkennung der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei erfolgt, wird von diesen Arbeitern noch nicht eingesehen, bis die Tatsachen selbst sie davon überzeugen werden, was rasch genug geschehen dürfte. In der Zeit wurde kurz vor der Ankündigung der Verschmelzung von U. S. P. D. und S. P. D. in vielen U. S. P. D.-Organisationen die Einleitung von Einigungsverhandlungen mit der K. P. D. gefordert. Diese Stimmen sind jetzt durch den Druck der zentralen Instanzen zum Schweigen gebracht worden, aber sie dürfen als Symptom einer vorhandenen Stimmung nicht übersehen werden. Jede Zuspitzung eines sozialen Konfliktes, der bei der Reparationspolitik der Entente und der Wirtschaftspolitik Deutschlands unvermeidlich ist, wird vor den Arbeitern die Frage aufrollen, ob die Einigung wirklich den Zweck haben sollte, das Proletariat zur Kapitulation vor der Bourgeoisie zu führen. Die Koalitionspolitik der S. P. D. stand schon während der Rathe-

nau-Kampagne vor dem Bruch, weil die Konsequenz einer wirklichen Durchführung des Berliner Abkommens der Kampf um eine reine Arbeiterregierung gewesen wäre. Jede Verschärfung der sozialen Lage des deutschen Proletariats, jede neue Steuerlast, jede neue Offensive der Unternehmer gegen den Achtstundentag und jede neue, in solchen Situationen unvermeidliche Kampfmaßnahme der Regierung gegen das um seine Existenz ringende Proletariat wird die Frage erneut und noch schärfer stellen. Dann werden die Massen auch außerhalb der K. P. D. nach der Einheitsfront mit der K. P. D. rufen, und die K. P. D. wird weniger als bei der letzten Kampagne zum Druck der Mitgliedschaften der U. S. P. D. und S. P. D. und des A. D. G. B. auf ihre Instanzen aufrufen (was einige überkluge Kritiker auch bemängelt haben), sondern schärfer und offener, als es bisher möglich war, die Arbeiterschaft auffordern zum Eintritt in die Kommunistische Partei und zur Bildung der Einheitsfront des Proletariats unter dem revolutionären Banner der Kommunistischen Partei.

Ernst Meyer.

Die Edinburger Konferenz der Labour Party.

Die Labour Party ist endgültig in dem Moraste der rechtgläubigen Politik gelandet. Völlig unversuttelt, als wäre es die selbstverständlichste Sache von der Welt — wie ein Euklidisches Axiom, das nie angezweifelt, nie in Frage gestellt wurde — bezeichnete die National-Exekutive in ihrem Bericht an die Edinburger Konferenz die Labour Party inbezug auf ihre gegenwärtigen und zukünftigen Grundsätze und ihre Praxis als eine „gesetzliche Verbindung, die auf ausschließlich gesetzlichem und verfassungsmäßigem Wege gesetzliche Ziele erstrebt“. Und im Geiste dieser ganz unerwarteten Definition dessen, was die Partei der englischen Arbeiterklasse ist und sein soll, brachte die National-Exekutive eine Resolution ein, in der sie ihren Abscheu über die Ermordung Sir Henry Wilsons zum Ausdruck bringt (wobei es sich am Rande versteht, daß sie ähnlichen

Gefühlen, wo es sich um ermordete Revolutionäre und Gewerkschaftler in Irland, Indien und Südafrika handelt, keinen Raum gibt). Die Konferenz selbst nahm mit überwältigender Mehrheit eine Anzahl Resolutionen an, die erstens die Aufnahme der Kommunisten als Partei ablehnen und ihnen sogar das Recht absprechen, individuell als Delegierte auf den Konferenzen der Labour Party aufzutreten (womit den die Partei bildenden Organisationen in wahrhaft demokratischer Weise vorgeschrieben ist, wen sie als ihre Vertreter entsenden und nicht entsenden dürfen); die zweitens die „brutale und ungerechte Behandlung der eingekerkerten russischen Sozialrevolutionäre durch die russische Regierung“ brandmarken (wahrscheinlich, weil diese „Genossen“, als sie Wolodarski und Uritzki töteten, Lenin schwer verwundeten und Aufstände organisiert zur Unterstützung konterrevolu-

tionärer Generale, nur „gesetzliche Zwecke mit gesetzlichen Mitteln“ zu erreichen suchten) und ihre Hinrichtung im voraus als eine Herausforderung des „Gerechtigkeitssinns der arbeitenden Klasse“ bezeichnen (von einem verurteilenden Hinweis auf die Hinrichtung der zwei irischen Revolutionäre, die Sir Henry Wilson ermordeten, ist natürlich keine Rede); die drittens die Erklärung des Sehr Ehrenwerten Mr. Henderson, Mitglied des Parlements, zustimmend zur Kenntnis nehmen, wonach die Labour Party nie eine republikanische Partei war und ein Arbeiterführer sehr wohl ein Mitglied des Geheimen Rates Seiner Majestät sein könne, ohne daß dies seinen Pflichten und Verantwortlichkeiten widerspreche; und die es viertens ablehnen, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen, falls die ökonomische Lage des Landes die Herabsetzung der Löhne und der Alterspensionen ermögliche (oder erfordere), auch den Zinssatz der Kriegaanleihen herabzusetzen. Und die glänzendste Leistung der National-Exekutive war, daß sie zum Vorsitzenden der Partei Herrn Sidney Webb wählte, der sich ehemals einen Namen gemacht hatte mit seinen Bemühungen, den Liberalismus mit Sozialismus zu durchtränken, und der jetzt nicht minder eifrig bestrebt ist, das Umgekehrte zu tun. Kein Wunder, daß im Hinblick auf all dies die „Times“, diese machtvolle „Verteidigerin des Fortschritts und Freundin der Arbeit“, schreiben konnte: „Wir haben niemals an der inneren Gesundheit der Arbeiterbewegung unseres Landes gezweifelt, und der Verlauf der Parteikonferenz in Edinburgh hat unsere Auffassung erneut bestätigt.“

Wem steigt nicht da die Schamröte in Gesicht angesichts dieses Lobes des Northcliffe-Blattes? Sicherlich nicht dem Sehr Ehrenwerten Herrn Henderson und seiner Kumpanei, für die es nichts Erstrebenswerteres gibt, als von der herrschenden Klasse die Wangen getätschelt zu erhalten. Und in den Augen dieser als „vernünftig“ zu gelten, wiegt für sie alles in der Welt auf die Interessen der arbeitenden Klasse, deren Verteidiger sie sein sollen, mit eingeschlossen. Es kommt ihnen niemals bei, daß die herrschende Klasse als „vernünftig“ nur das ansieht, was im Handeln und Denken nicht die Linie überschreitet, die sie in ihrem wohlverstandenen Interesse selbst gezogen

hat; und sie sehen darum nicht, daß die Arbeiterklasse, solange sie in diesem Sinne „vernünftig“ bleibt, des kapitalistischen Jochs auch nicht einen Atemzug lang ledig werden wird. Vielleicht kümmert sie das nicht; vielleicht doch — ein wenig, nur daß sie sich zu wohl fühlen in dem Sonnenschein der Gunst ihrer Herren, als daß es sie nach einem Streit mit ihnen über die Interessen der Arbeiter gelüstete. Wie dem aber auch sei, sie werden sich der Komplimente der „Times“ sicher nicht schämen und durch sie auch nicht zum Nachdenken veranlaßt werden. Anders liegen die Dinge bei den Massen. Die mögen unwissend sein und allzu leicht auf die blendenden Argumente ihrer Führer hereinfliegen; aber ihr Klasseninstinkt ist gesund, und wenn sie das Lob ihrer Partei aus dem Munde der Kapitalisten hören, werden sie sicher die Ohren spitzen und sich fragen: „Womit haben wir das Lob unserer Herren verdient?“ An sie — nicht an ihre Führer — sind die folgenden Bemerkungen gerichtet.

Die vorgetäuschte Unabhängigkeit der Partei.

Beginnen wir beim Anfang. Was war die Labour Party bis jetzt? Wir werden uns erinnern, daß die Labour Party gegründet wurde vor zirka 22 Jahren zum Zwecke der Förderung der Interessen der arbeitenden Klasse durch selbständige parlamentarische Aktionen. Man erklärte gewöhnlich, daß genau so, wie die Interessen der Bank- und Eisenbahndirektoren, der Bergleute und Schiffbauer im Unterhaus vertreten seien, dort auch die Interessen der Arbeiter eine besondere Vertretung haben müßten. Aber das war nicht das richtige Argument; denn weder die Vertreter der Bank- und Eisenbahndirektoren, noch die der Bergleute und Schiffbauer im Parlament bildeten dort besondere Parteien; sie waren nur Gruppen innerhalb der einen oder der anderen kapitalistischen Partei; wohingegen die Vertreter der Arbeiter eine eigene Partei bilden sollten, völlig unabhängig von den Liberalen oder Konservativen. Die Arbeiter waren offenbar nicht nur eine Gruppe, sondern eine besondere Klasse, deren Interessen keineswegs übereinstimmten, sondern zeitweilig sogar hart aneinander geraten konnten mit denen der anderen Klassen, die die

Liberalen und Konservativen vertraten. Wie weit und tief der Interessengegensatz zwischen den Arbeitern und den anderen Klassen sein mochte, das zu ergründen, fiel niemandem ein. Ja, als die damalige Social Democratic Federation auf eine Definition dieses Gegensatzes drang, um die Grundlage für ein brauchbares Aktionsprogramm zu erhalten, fand die Independent Labour Party, die noch von seinem fundamentalen und unüberbrückbaren Charakter überzeugt war, nicht den Mut auszusprechen, was sie dachte, weil sie nicht die rechtgläubigen Elemente der Arbeiterklasse in Furcht versetzen wollte. Von den anderen Parteien getrennt und unabhängig (d. h. unter ihrer eigenen Parteidisziplin stehend) sollte die gewünschte Vertretung sein; das war alles. Und das Resultat war, daß eine parlamentarische Partei zustande kam, aus Elementen, deren Mehrzahl, obgleich sie angeblich die Arbeiter als Klasse vertreten, sich in ihrem Denken absolut nicht unterschieden von den Liberalen oder Konservativen der kapitalistischen Klasse. Männer wie Mr. Arthur Henderson, eine liberale Lokalgröße und ein Methodistenprediger dazu, wurden ins Unterhaus geschickt, um dort im Namen der Arbeiter zu handeln, unabhängig von den Liberalen und Konservativen — als ob eine unabhängige Politik denkbar war mit Männern, deren Anschauungen genau abgestimmt waren nach denen der anderen, der kapitalistischen Parteien! Sie konnten sich von den anderen Parteien im besten Falle in gewissen Spezialfragen unterscheiden, die keine Lebensinteressen der kapitalistischen Gesellschaft berührten, wie irgend eine andere der oben genannten Interessengruppen, mit den Abweichungen höchstens, daß sie gelegentlich gegen die Regierung stimmten konnten, da sie nicht der gleiche Parteizwang band. In der Regel aber war ihre Uebereinstimmung mit den anderen Parteien so vollständig, daß sie stets in absoluter „Unabhängigkeit“ mit ihnen stimmten. Das zeigte sich ganz besonders deutlich gelegentlich des sinnlosen Streits über das Budget von 1909, als die Labour Party sich faktisch als der linke Flügel der Liberalen Partei konstituierte, und während des Krieges, als die Labour Party der Kapitalistenklasse half, die Arbeiter in die Schützengräben zu treiben. Das zeigte sich, als eine ganz

schwache Regung eigenen Willens bei Henderson dessen unverzüglichem Hinauswurf aus dem Kabinett zur Folge hatte, ohne daß dies auch nur die geringste Empörung in der Partei auslöste, deren Programm der unglückselige Ex-Methodistenprediger durchzuführen versucht hatte. Während ihrer ganzen parlamentarischen Laufbahn bestand die Tätigkeit der Labour Party in dem Halten kritisierender Reden hochakademischen Charakters und der Einbringung bedeutungsloser Gesetzentwürfe oder Amendements zu solchen, die vom Unterhause manchmal angenommen, meist aber abgelehnt wurden und die kapitalistische Welt so ungeschoren ließen, wie irgendein Liberaler oder Konservativer es wünschen mochte. Richtig ist, daß die Partei die Aufhebung einer Reihe gewerkschaftsfeindlicher Gerichtsurteile durch das Parlament erreichte. Wer jedoch die näheren Umstände kennt, wird kaum ernstlich bestreiten, daß dieser Erfolg weniger den Anstrengungen der Labour Party zu danken war, als vielmehr den Befürchtungen der Kapitalisten, daß sie, falls sie nicht nachgeben, unter Umständen Ernsteres zu gewärtigen hätten als die Opposition der parlamentarischen Labour Party. Im Jahre 1874 waren nur zwei Arbeitervertreter ins Unterhaus eingezogen; aber schon dieses bescheidene Debut der Arbeiter im Parlament hatte damals genügt, den Unverschämtheiten der Kapitalisten einen Dämpfer aufzusetzen und ihnen die von den Arbeitern geforderte Legalisierung der Gewerkschaften abzuwingen. Genau so war es jetzt. Nicht die Labour Party an sich, nicht die Parlamentsreden ihrer Abgeordneten und noch weniger die Künste ihrer Vorzimmerdiplomaten waren es, die die Aufhebung des Taff Vale- und des Osborne-Urteils bewirkten; sondern die Labour Party als eine Warnung, als bedrohliches Symptom der Unzufriedenheit der Massen, die, wenn die parlamentarische Aktion nichts fruchtete, leicht eine revolutionäre Entwicklung nehmen konnte. Von diesem Erfolg ohne eigenes Verdienst abgesehen, bot die Labour Party der Welt das betrübliche Schauspiel einer Gruppe von Männern, die nichts taten, sich um nichts kümmerten, Reden hielten, die zu nichts führten und die auf der Terrasse und in den Korridoren des Unterhauses sich wichtig machten — über nichts.

Nicht eine Tatsache können die Arbeiter anführen, von der sie sagen könnten: „Hier hat unsere Partei mit der Wucht eines Schmiedehammers dreingeschlagen; hier hat sie einen hartnäckigen Kampf um unsere Interessen geführt; hier hat sie die herrschende Klasse in Verwirrung gebracht.“

Säuberlich und respektabel, ohne Temperament, ohne Courage, ohne einen einzigen originellen Gedanken, führten diese Arbeitervertreter im Westminster-Palast das langweilige und ereignislose Leben von Fliegen an einem Fensterglas, um — ja um schließlich in Edinburg endgültig darauf zu verzichten, mehr sein zu wollen als die Stützen des gegenwärtigen „kannibalischen Systems“, wie es die alten Chartisten, diese mächtigen Vorläufer eines Zwergengeschlechts, zu nennen pflegten.

Gesetzlich und verfassungsmäßig.

Die Labour Party, so heißt es pompös, ist eine „gesetzliche Verbindung, die auf gesetzlichem und verfassungsmäßigem Wege gesetzliche Ziele“ erstrebt. Was für ein reaktionärer Plunder! Was heißt denn das, eine gesetzliche Verbindung? Soll es besagen, daß die Partei legal ist? Das kann dann auch die Kommunistische Partei, die mit dieser Erklärung getroffen werden soll, von sich sagen; denn das Gesetz verbietet sie nicht. Soll es dagegen heißen, daß die Partei durch das Gesetz autorisiert ist — nämlich durch den Trade Union Act von 1913 — dann hat man allerdings wenig Anlaß, stolz zu sein. Denn es würde bedeuten, daß die Labour Party darauf stolz ist, von den im Parlament die Mehrheit bildenden Kapitalisten geduldet zu werden; und wenn nun zufällig das zur Zeit dem Parlament vorliegende Amendement zum Trade Union Act Gesetzeskraft erlangte, dann würde sich also die Labour Party in aller Bescheidenheit auflösen? Oder etwa nicht? Wie denken darüber die Arbeiter? Und wenn sie sich nicht auflöst, wie ist's dann mit der feierlichen Erklärung, daß die Labour Party eine „gesetzliche Organisation ist und bleiben wird“?

Und dann die gesetzlichen Ziele! Innerhalb der Partei gibt es eine Gruppe, die ihre Ziele unter anderem wie folgt formuliert:

„Für die Hand- und Kopfarbeiter Sicherstellung der Früchte ihres Fleißes und deren denkbar gerechteste Verteilung auf der Grundlage des gemeinsamen Besitzes an den Produktionsmitteln und der bestmöglichen Verwaltung und Kontrolle aller Industrien durch das Volk.“

Ist das ein „gesetzliches“ Ziel? Soweit wir unterrichtet sind, beruht das gegenwärtige kapitalistische System nicht auf dem gemeinsamen Besitz an den Produktionsmitteln, und ebensowenig garantiert es den Arbeitern die volle Frucht ihrer Arbeit. Es ist ein System, das nicht nur auf Tatsachen, sondern auch auf dem Gesetz beruht, wie jeder sich überzeugen kann, der versuchen würde, einem Junker sein Land, einem Kapitalisten seine Fabrik streitig zu machen, oder der die vollen Früchte seiner Arbeit fordern wollte. Wie kann ein Ziel gesetzlich sein, das sich gegen das bestehende Gesetz richtet, das von diesem nicht autorisiert ist und es niemals sein kann. Wenn da gesagt wird, daß unter dem englischen Gesetz alle Bestrebungen erlaubt seien, sofern zu ihrer Verwirklichung keine anderen als gesetzliche und verfassungsmäßige Mittel angewendet würden, so ist darauf nur zu sagen, daß dies nicht wahr ist. Die Beschränkung auf gesetzliche und verfassungsmäßige Mittel kann zur Folge haben, daß das Gesetz ein ungesetzliches Ziel duldet; sie kann und wird aber niemals ein ungesetzliches in ein gesetzliches Ziel verwandeln. Nehmen wir die auf der Konferenz einstimmig angenommene Resolution, in der die Sozialisten und Arbeiterparteien aller Länder aufgefordert werden, sich jedem Kriege zu widersetzen, „von welcher Regierung und zu welchem vorgeblichen Zweck er auch begonnen würde“. Wir wissen natürlich aus Erfahrung, daß der Wert dieser Resolution gleich Null ist. Die Labour Party hat vor dem Krieg auf nationalen und internationalen Kongressen weit entschiedeneren Resolutionen zugestimmt, was ihre Führer nicht hinderte, sich mit Feuereifer für den Krieg einzusetzen und sogar Geheime Räte zu werden. Nehmen wir jedoch einmal an, die Labour Party und ihre Führer meinen es ehrlich. Wie könnte ein solches Ziel gesetzlich sein in einer Situation wie der des 4. August 1914, wo das Parlament sich mit überwältigender Mehrheit für den Krieg erklärte und dieser Beschluß zum Gesetz des Landes wurde? Von zwei Dingen eins:

Entweder waren sich die Verfasser der Resolution über die Bedeutung des Begriffs „gesetzlich und verfassungsmäßig“ nicht klar, oder aber sie legen dem Ziel der Partei und ihren Resolutionen keine Bedeutung bei, sehen in ihnen vielmehr nur eine Dekoration. Wir dürfen sicher das letzte annehmen, wenn wir sehen, wie die Kapitalisten, die die Führer der Labour Party sehr viel besser kennen, als deren eigene Anhänger das von sich sagen dürfen, diesen offiziell aufgestellten Partei-zielen gegenüber herzlich kühl bleiben.

Der Fetisch der Verfassung.

Und nun die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mittel! Hier liegt der Schwerpunkt der Erklärung der National-Exekutive; denn solange die Labour Party sich selbst die Schranke der „gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mittel“ setzt, kümmert der Rest sehr wenig und die Kapitalisten können ruhig in ihren Betten schlafen. Es war natürlich nicht immer so. Vor ein paar Jahren noch waren alle oder nahezu alle Führer der Labour Party an dem Aktionsrat beteiligt oder unterstützten ihn, der mit einem Generalstreik drohte für den Fall, daß die Regierung erneut den Krieg gegen Sowjetrußland beginnen sollte. Auch in der Frage der Nationalisierung der Bergwerke traten, zum mindesten die Bergarbeiterführer mit Einschluß Frank Hodges — der jetzt auf der Konferenz mit so großem Nachdruck betonte, daß wir eine „parlamentarische Demokratie“ seien, und daß unsere Verfassung auf der Theorie basiere, daß „alle unsere nationalen Einrichtungen stets in der besten Weise den Willen jedes einzelnen Mitgliedes der Nation zum Ausdruck zu bringen haben“ — für den Generalstreik ein, um der Nation die von ihnen gewünschte Reform aufzuzwingen. Ohne Zweifel ist der Generalstreik an sich kein ungesetzliches Mittel; aber er ist sicher auch keine sehr verfassungsmäßige Methode der Realisierung einer politischen Reform. Er setzt voraus, daß das Parlament sich weigert, diese Reform durch die Gesetzgebung einzuführen, daß es also nicht den Willen aller Bürger zum Ausdruck bringt und daß eine nationale Einrichtung zu schaffen ist auf dem Wege der Gewalt von seiten nur eines Teiles der Nation. Seitdem haben indessen die Kapitalisten ein so wildes

Geschrei erhoben, daß die Labour-Führer, denen es, wo sie von ihren Mitgliedern irgendwelcher Fehler wegen angeklagt wurden, nie an Frechheit gebrach (sie wissen, daß ihnen, wenn es zum äußersten kommt, immer einige Regierungsposten sicher sind), zu zittern und öffentlich den Generalstreik, sogar als ökonomisches Kampfmittel, zu verwerfen begannen. „Mehr und mehr“, so erklärte Mr. Cramp, ein anderer Ex-Revolutionär, kürzlich in Bradford auf der Konferenz des Nationalverbandes der Eisenbahner, „werden die wirtschaftlichen Fragen zu politischen; daher können die Gewerkschaften nicht jede Frage mittels der hergebrachten Methode der Arbeitsniederlegung lösen wollen.“ Jetzt haben sie beschlossen, daß sie sich auch in ihrem politischen Kampfe nie wieder anderer als gesetzlicher und verfassungsmäßiger Mittel bedienen wollen. Die Kapitalisten sind darüber naturgemäß erfreut, sie nennen sie „vernünftige Männer“ und betonen, daß sie an ihrer Vernunft nie gezweifelt haben; sie wissen, daß die Labour Party, mögen ihre Ziele gesetzlich oder ungesetzlich sein, ihnen ungefährlich ist, solange sie sich auf diese Mittel beschränkt. Denn die Kapitalisten wissen (wenn die Arbeiter es auch nicht wissen), daß die Verfassung, die ihr Werk ist (und die zustande zu bringen sie vor keinem ungesetzlichen und verfassungswidrigen Mittel zurückschrecken), sie so schützt, daß sie, wenn die Arbeiter sich in ihren Aktionen wirklich auf die von ihr gezogenen Grenzen beschränken, nach menschlichen Begriffen in alle Ewigkeit sicher sind. Es sind nicht nur in der Verfassung zahllose Hemmungen und Gegengewichte gegeben (mehr Hemmungen als Gegengewichte) in Form durchaus unverantwortlicher und undemokratischer Faktoren, Ueberreste des Absolutismus und Feudalismus, wie die Krone und das Oberhaus sie darstellen, mit deren Hilfe man jeden Wunsch der „nur gesetzliche und verfassungsmäßige Mittel“ anwendenden Labour Party zu vereiteln vermag; sie besitzt auch die wunderbare Macht, ihr Innerstes nach außen zu kehren, aus Ungesetzlichem Gesetzliches zu machen, sich, dem berühmten Baron von Münchhausen gleich, am eigenen Zopf beliebig lange schwebend in der Luft zu erhalten und sogar ihr eigenes Palladium, das Parlament, zu zerschlagen. Und angesichts

dieser seltsamen Fähigkeiten der Verfassung — dank denen diese aus einem zahmen Häschen zu einer Wildkatze zu werden vermag, und aus einem unbeschriebenen Blatt Papier zu einem Schmiedehammer, — bildet sich die Labour Party ein, auf gesetzlichem und verfassungsmäßigem Wege eine soziale Revolution, d. h. die Enteignung der Kapitalisten und Junker, durchführen zu können! Was vermochten die Iren mit den „gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln“ der Parnell und Redmond? Und was hätte die Bourgeoisie selbst in den Tagen der Reform Bill erreicht, ohne — nicht die Gier nach Gold (das ist eine Erfindung der Fabian-Historiker) — die 100 000 Piken, die in Birmingham fabriziert wurden?

Die zukünftigen Noskes.

„Ah! Wir werden im Parlament die Mehrheit haben, und dann werden wir die Verfassung anwenden“, so sagen die Labour-Führer. Werdet ihr das wirklich, und wann? In fünfzehn Jahren oder in fünfzig? Henderson hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Arbeiterregierung noch zu Lebzeiten des jetzigen Königs zustande kommt (der sie dann alle zu seinen Geheimen Räten machen wird). Wenn wir aber hören, daß die Nationalexekutive mit der Entsendung von 150 Labour-Leuten bei den nächsten Wahlen rechnet, dann werden wir gut tun, uns auf mindestens fünfzehn Jahre einzurichten, bis das Parlament von der Labour Party erobert sein wird. Offenbar nimmt man dabei an, daß diese ganze Zeit über nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Kapitalisten geduldig warten und ruhig zusehen werden, wie die Labour-Gruppe wächst und gedeiht. Was für eine idyllische Idee in diesen aufgeregten Zeiten! Vielleicht trifft es in bezug auf die Arbeiter zu, wenn gleich nur der Himmel es weiß, ob sogar der geduldige britische Arbeiter die gegenwärtigen Zustände noch sehr viel länger wird ertragen können; was aber die Kapitalisten anbelangt, so zweifeln wir trotz der ihnen von Mr. Cramp und der oben erwähnten Eisenbahnerkonferenz bescheinigten Aufrichtigkeit und Loyalität, ob ihre Geduld angesichts der wachsenden Zahl von Labour-Mitgliedern im Parlament sich als dauerhaft erweisen würde. Aber nehmen wir selbst an, sie würden eine engelhafte

Bescheidenheit und Reserve an den Tag legen. Wäre eine Labour-Regierung wirklich in der Lage, ihr Programm (das sozialistische Ziel eingeschlossen) zu verwirklichen? Würden die Kapitalisten und die Junker sich nicht hinter der Krone, dem Oberhaus und dem Gericht verschanzen und der Labour-Regierung eine so hartnäckige Opposition machen und alle ihre Bemühungen vereiteln und, falls sie nicht schließlich zu außerkonstitutionellen Mitteln greift, ihr das Leben unmöglich machen? In Wirklichkeit wird natürlich die Labour-Regierung die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich aus der strikten Beschränkung auf gesetzliche und verfassungsmäßige Mittel ergeben, kennen und höchst wahrscheinlich überhaupt keinen Versuch machen, ihr Programm durchzuführen; sie wird unter tausend Entschuldigungen, daß sie nur eine Minderheit der Nation sei usw. (siehe den Nachdruck, den Mr. Hodges auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung aller Bürger legt) nach dem Beispiel ihrer deutschen Freunde, der Rechtssozialisten, ihre großen Pläne verlassen und sich auf die wertloseste legislative und administrative Flickerei beschränken. Ja, alles spricht dafür, daß in dem Grade, wie die durch das Versagen ihrer Führer angewiderten und enttäuschten Massen zu den Kommunisten übergehen werden, die Labour-Regierung — ebenfalls nach dem Beispiel ihres deutschen Vorbildes — vollauf zu tun haben wird mit der Bekämpfung der „Roten Gefahr“ (wie dies von dem zukünftigen englischen Noske, Mister Frank Hodges, bereits angedeutet wurde) im Bunde mit den kapitalistischen Parteien, die sie zu entsprechender Zeit ins Kabinett aufnehmen werden, um mit ihnen eine Koalition zu bilden zur Verteidigung unserer „glorreichen Verfassung“. Das ist es, wozu die Formel „gesetzliche und verfassungsmäßige Mittel“ unvermeidlich führen muß. Sind die Arbeiter für eine derartige Entwicklung? Hatten sie ein derartiges Resultat im Sinn, als sie die Erklärung ihrer Nationalexekutive akzeptierten?

Die Frage der Kommunistischen Partei.

Diese den zukünftigen Verrat vorbereitende erzreaktionäre Einstellung der Führer ist der Ursprung all der anderen Beschlüsse, die von

der gedankenlosen Masse der Kongreßdelegierten akzeptiert wurden. Vor allem sind es da die Kommunisten, die von der Partei, und sogar von ihren Konferenzen ferngehalten werden sollen (Mister Hodges hat ihnen den Heiligen Krieg erklärt), damit ihre Tatkraft und bloße Gegenwart nicht den glatten Verlauf der Verrätereien durchkreuze. Was macht es, daß damit die Einheitsfront der Arbeiter zum Teufel geht (die zuwege zu bringen der Hauptzweck der Labour Party war, die früher der Social Democratic Federation heftige Vorwürfe machte, weil sie es ablehnte, sich ihr anzuschließen). Was macht es, daß die Kommunisten ihre Bereitschaft bekundet haben, sich der Parteiverfassung zu fügen und nur dieselbe Freiheit der Kritik und des Handelns und die Möglichkeit, die Politik der Partei zu beeinflussen, beanspruchen, wie sie die Independent Labour Party genießt, die während die Labour Party der Zweiten Internationale angeschlossen ist, der Wiener angehört, und keinen Anstand nahm, durch den Mund des der Konferenz präsidierenden Mister Jovett zu erklären, daß allmähliche Reformen die gegenwärtigen Uebel nicht aus der Welt schaffen können, daß eine unverzügliche Revolution notwendig sei; oder wie sie der Fabian Society gestattet ist, deren Führer, Mister Sidney Webb, der neue Vorsitzende der Partei, öffentlich den Bund mit den Liberalen für jetzt und nach den Wahlen befürwortet; wie sie Leute genießen wie der Kommandant Wedgewood, dessen soziale Stellung und liberale Anschauungen die Grundlagen der Partei selbst untergraben. Was tut es endlich, daß die Kommunistische Partei bisher niemals die „gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mittel“ abgelehnt hat, soweit sie für die Zwecke der Agitation und Organisation nutzbar zu machen sind und dazu dienen können, den Kapitalisten Konzessionen abzurufen, wobei sie nur die Einschränkung machen, daß über die Grenzen ihrer Anwendbarkeit keinerlei Illusionen bestehen dürfen. Für die Führer der Partei, denen es vor allem um die Anerkennung der Kapitalisten und die Mitgliedschaft im Königlichen Rate geht, von der bürgerlichen Hilfe bei den nächsten Parlamentswahlen ganz zu schweigen, genügt diese letzte von den Kommunisten gemachte Reserve, um sie für ungeeignet für die Mitglied-

schaft der Labour Party zu halten. Möge sich die Independent Labour Party gesagt sein lassen, daß sie gut tun wird, ihre von Mr. Jovett verfochtenen Doktrinen über die „zur Rettung der Arbeiter unerläßliche neue Ordnung“ schleunigst preiszugeben, weil sie sonst Gefahr läuft, die nächste an der Reihe zu sein. Hat nicht schon die „Times“, das Organ der Kapitalistenklasse, auf deren gute Meinung die Labour-Führer so viel geben, mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit erklärt, daß es bisher das Unglück der Labour Party gewesen sei, im Parlamente von Strauchdieben von der Art Mr. Jovetts diskretiert zu werden.

Die Sklaverei von Moskau.

Um ihre Position den Kommunisten gegenüber zu festigen, bedienen die Labour-Führer sich jetzt eines anderen Arguments. Die Kommunisten sind nicht die Herren im eigenen Hause, sondern sie müssen, wie Mr. Ramsay Macdonald es formulierte, „widerspruchslos ausführen, was von Moskau aus diktiert wird“. Mr. Hodges pflegt die Kommunisten als intellektuelle Sklaven Moskaus zu bezeichnen, die „gedanken- und kritiklos die aus asiatischem Denken geborenen Dekrete der bürgerlichen Intellektuellen Rußlands entgegennehmen, die nichts als Ueberreste des alten Regimes sind“. Es ist dies ein Versuch, das alte Argument „keine Papisterei“ gegen die Anhänger der Kommunistischen Internationale ins Treffen zu führen, die im Gegensatz zu den Mitgliedern der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale die Beschlüsse ihrer Kongresse und Exekutiven ernst nehmen. Denn was ist Moskau? Moskau ist der Sitz der Exekutive der Kommunistischen Internationale, die im Gegensatz zu den entsprechenden Körperschaften der beiden andern Internationalen nicht nur aus einem Sekretariat besteht, sondern aus den Delegierten aller ihr angeschlossenen Parteien, die ununterbrochen tagt und in engster Verbindung mit den Kommunistischen Parteien die Beschlüsse der Kongresse der Internationale ausführt, die in Moskau stattfinden müssen, weil sie anderswo nicht stattfinden können. Die Herrschaften der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale sind gewohnt, von Zeit zu Zeit zusammenzukommen, um über dies und das zu reden und wässrige Resolutionen anzunehmen, die zu

respektieren oder auszuführen sie kaum weniger entschlossen sein könnten, wenn es sich um Beschlüsse des berüchtigten Hofes der Mandarinen in China handelte. Die Beachtung, die die auf den Kongressen in Stuttgart und Basel beschlossenen Resolutionen gegen den Krieg hernach fanden, liefert hierzu eine trefflichste Illustration. Weil die russischen Bolschewiki als einzige unter den sogenannten Sozialisten der ganzen Welt diese Beschlüsse respektierten, und weil auch die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien es mit ihren Pflichten ernst meinen und die auf ihren Kongressen und von ihren Exekutiven (in denen sie voll vertreten sind und wo, es braucht kaum gesagt zu werden, die Russen eine kleine Minderheit bilden) gefaßten Beschlüsse durchführen, beschimpfen die MacDonald und Hodges die britischen Kommunisten und nennen sie Sklaven der Moskauer. Die englischen Kommunisten werden über das Geschimpfe von Leuten, die selber die Sklaven der herrschenden Klasse sind, nur lachen; denn es ist nichts anderes als das Geschimpfe der Prostituierten, die der anständigen Frau vorwirft, die Sklavin ihrer Tugend zu sein. Amüsant ist vor allem, daß diese Herrschaften von einer Diktatur bürgerlicher Intellektueller in Rußland reden, wo doch ihre eigenen Hirne völlig unter dem Banne bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Intellektueller von der Art Mr. Sidney Webb stehen, während die in Rußland herrschende Kommunistische Partei zu 80 Prozent aus Proletariern besteht, die auf ihre Führer einen weitaus größeren Einfluß ausüben als dies in England und sonstwo der Fall ist. Tatsächlich rechtfertigt Mister Sidney Webb sein Eintreten für die Resolution über den Prozeß der Sozialrevolutionäre damit, daß die russische Regierung außerordentlich zugänglich den Auffassungen der arbeitenden Klasse in anderen Ländern — sogar in anderen Ländern — sei.

Die Sympathie für die Sozialverräter.

Diese Resolution über den Prozeß der Sozialrevolutionäre war eine besonders erbärmliche Leistung der Labour-Führer in ihrem auf der Konferenz geführten Kampf gegen den Kommunismus. Wenn es in der Zweiten oder

Zweieinhalb Internationale eine bürgerliche Partei gibt, so ist dies sicher die Partei der Sozialrevolutionäre, deren proletarische Elemente ihr längst den Rücken gekehrt haben und in dem Prozeß gegen ihre einstigen Führer zeugen — Führer, die, als sie an der Macht waren, sich mit den Kapitalisten und Junkern verbanden und geradeswegs auf die monarchistische Restauration zusteuerten; die, nachdem der Zorn der Arbeiter, Bauern und Soldaten sie davongejagt hatte, einen Terrorfeldzug gegen die Führer der proletarischen Revolution begannen, die ausländischen Imperialisten ins Land riefen, Getreidevorräte niederbrannten, Lebensmittelzüge zum Entgleisen brachten, Brücken, Telephon- und Telegraphenstationen in die Luft sprengten, örtliche Aufstände organisierten, und, wo es ihnen gelang, vorübergehend ihre eigene Herrschaft aufzurichten, die Kommunisten zu Tausenden und Zehntausenden mordeten. Das alles hindert die Labour-Führer (diese Verehrer der Gesetzlichkeit und der Verfassung, die kein gutes Wort fanden für Dombal in Polen, Kingisepp in Estland, Badina und Marti in Frankreich, Dum und O'Sullivan in Irland, Kuusinen in Finnland, oder für die anderen Tausende und Abertausende gemordeter oder eingekerkelter Kommunisten und Revolutionäre in der ganzen Welt) nicht, den sozialrevolutionären Verbrechern ihre vollste Sympathie zu schenken und die russische Regierung anzugreifen, deren Anerkennung sie in einer anderen Resolution heuchlerisch verlangen. Das ist alles sehr natürlich; denn müssen nicht alle diese Herrschaften samt ihrem Führer Sidney Webb, dem Befürworter einer Labour-Liberalen Allianz und Verteidiger des tschechoslowakischen gegenrevolutionären Aufstandes im Jahre 1918 während der fremden militärischen Intervention in Rußland — müssen sie nicht in den Angeklagten des Moskauer Prozesses die lebende Verkörperung ihrer eigenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Verräter und Mörder der arbeitenden Klasse sehen?

Achtet auf Eure Führer!

Jawohl, Verräter und Mörder der arbeitenden Klasse — als das entpuppten sich jetzt in Edinburg die respektablen Königlichen Geheimen Räte und Labour-Führer nach langer Vorbereitung. Die Welt ist aus den Fugen,

der Kapitalismus sitzt fest wie eine Maus in der Falle dank der Krisis, die die Folge der großen Metzelei ist, die sie den „Großen Krieg“ nannten. Die Unterdrückten aller Rassen pochen machtvoll an die Mauern ihrer Kerker. Ein Stoß, ein fester, ein gemeinsamer Stoß, und der Kapitalismus liegt am Boden, und die Menschheit ist endlich frei. Da aber kommen die Labour-Führer und rufen: „Halt, du sollst noch nicht frei sein, wir wollen dich betrügen, damit der Kapitalismus weiterlebe. Die Verfassung? Ja, was habt ihr an der Verfassung auszusetzen, dank der ein guter Arbeiter von heute auf morgen ein Mitglied des Parlaments sein kann, die einen Kesselreiniger nicht hindert, ein Geheimer Rat seiner Majestät zu werden, und die euch, wenn ihr wollt, ermöglicht, bei den nächsten allgemeinen Wahlen eine Vertretung eurer ganzen Klasse ins Parlament zu schicken.“ So Mr. Thomas auf der Konferenz des Nationalverbandes der Eisenbahner in Bradford. Die Monarchie? Wir sind stolz auf unseren König, sind stolz darauf, die seines Vertrauens würdigen Geheimen Räte zu sein, und wir wünschen ihm eine lange Regierungszeit, damit wir, wenn er uns zu seinen Ministern macht, ihm die Hand küssen können. Ihr beklagt euch über die Arbeitslosigkeit und andere Uebel, die euch bedrücken, während wir, einstige Arbeiter, Kesselreiniger und Methodistenprediger, Parlamentsmitglieder und sogar Minister und Geheime Räte werden? Narren, die ihr seid, und „euch einbildet, den Mond ergreifen zu können . . . Wir errangen uns unsere gegenwärtige Stellung nicht mit einem Schlage und werden noch manches zu schlucken haben“, meint Thomas, der seiner Sache sicher ist. „Die heutigen Arbeiter“, so belehrt er die Naiven, „sind in einem tiefen Irrtum befangen, wenn sie glauben, daß ein Wechsel in der Regierung, die Ersetzung der jetzigen Verwaltung durch eine Labour-Regierung, das Uebel der Arbeitslosigkeit automatisch aus der Welt

schaffen könnte . . . Es ist verkehrt, anzunehmen, daß mit der Berufung der Labour Party zur Regierung sich sofort die Schleusen des Handels öffnen würden.“ Da hast du es, naives Volk, das du dich auf ein Reich der Glückseligkeit freust, das dir sicher schien, wenn deine Führer einmal an der Regierung sein würden. Du wirst dich damit bescheiden müssen, deine 150 Gewerkschaftssekretäre als Parlamentsmitglieder in den Korridoren des Unterhauses herumstolzieren oder eines Tages ein Dutzend von ihnen bei ihrer Ernennung zu Ministern die Hand des Königs küssen zu sehen; im übrigen — nun, „wir werden noch manches zu schlucken haben“. Leider sagte der aufrichtige Mr. Thomas alles dies nicht auf der Labour-Konferenz selbst, sondern auf seiner eigenen Konferenz des Nationalverbandes der Eisenbahner; andernfalls würde es die dem „konstitutionellen“ Gerede des Mr. Henderson ehrerbietig lauschenden Delegierten einigermaßen erschreckt haben.

Die Labour-Führer mögen die Arbeiter eine Zeitlang nasführen, für immer können sie es nicht. Die Geschichte läßt sich nicht betrügen, und die Geschichte marschiert heute mit Siebenmeilenstiefeln. Die Kommunisten, die man zurückstieß, und die, wären sie in die Partei aufgenommen worden, sich wahrscheinlich einige Reserve auferlegt hätten, werden ihr bestes tun, um die Augen der Arbeiter über den Verrat ihrer Führer zu öffnen und jeden ihrer Schritte unnachsichtlich verfolgen, ihren ganzen Lug und Trug offenbar machen. Und die Arbeiter werden allmählich erkennen, daß sie nichts gemein haben mit den Lakeien der Kapitalistenklasse, und sie werden sie über Bord werfen, wie ihre russischen Brüder dies bereits getan haben und die deutschen Arbeiter es in Kürze tun werden. Bis dahin mögen sich die Henderson ihrer geheimrätlichen Würde und die Webb ihrer Ehren freuen. Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Th. Rothstein.

Der Klassenkampf in Japan.

I.

Die Demokratisierung Japans.

Den Hintergrund des politischen Lebens des modernen Japans bildet der Kampf zwischen den feudalen Agrariern und der jungen,

energischen Bourgeoisie. Auf diesem Hintergrunde spielen sich alle übrigen Formen des politischen Kampfes ab, wie die Arbeiterbewegung, die Bewegung der Landpächter, der Kampf der politischen Parteien im Parla-

ment und endlich der Kampf zwischen den beiden militärischen Cliquen der Satsuma und Zio-Siu.

Eine klare Vorstellung von dem Kampfe zwischen den Agrariern und der Bourgeoisie können wir gewinnen, wenn wir die Kampagne zu den Parlamentswahlen im vorigen und im laufenden Jahre mit Aufmerksamkeit verfolgen. Der Kampf wurde hauptsächlich um die Mehrheit im Parlament geführt; das Ziel der einen Seite war, das bestehende, für die Feudalen günstige politische Regime des Landes noch eine Zeitlang zu bewahren, auf der anderen Seite hingegen bestand das Ziel, dieses Regime zu brechen, seine veralteten, verrosteten Formen aus dem politischen System des Landes zu entfernen. Diese Formen hindern die industrielle Bourgeoisie in ihrem Streben zur Schaffung eines neuen politischen und administrativen Apparates, der den Lebensinteressen und Bedürfnissen der besonders während des Weltkrieges großgewordenen Bourgeoisie förderlich sein soll.

Die Parolen, welche die liberale Bourgeoisie durch ihre Partei, die Kensukai, herausgibt, sind hauptsächlich gegen den staatlichen Apparat, dieses Machtmittel der Agrarier und Militaristen, gerichtet. Der heiße Kampf der um jede dieser Parolen geführt wird, beweist, daß die japanische nationale Bourgeoisie eine Stufe der Entwicklung erreicht hat, die gegenwärtig in Japan bestehenden Formen der staatlichen Macht ihren Interessen nicht mehr entsprechen können; aus diesem Grunde muß sie diese Formen unumgänglich sprengen.

Andererseits aber stellt auch die feudale Aristokratie, die fast die ganze Zeit hindurch im Bunde mit der starken militaristischen Clique arbeitete, eine sehr große soziale und politische Kraft dar. Der Kampf zwischen der feudalen Aristokratie und der japanischen Bourgeoisie wird daher nicht den Charakter parlamentarischer Formen, sondern den eines scharfen Klassenkampfes annehmen.

Betrachten wir nun, welcher Art die Parolen sind, die in den Wahlkampagnen auf die Fahnen der Bourgeoisie geschrieben werden, jene Parolen, die in den Kampf gegen die Feudalen und Agrarier auch die breiten werktätigen Massen Japans mitreißen sollen. Eine der Hauptparolen der nationalen Bourgeoisie in letzter Zeit ist die Reduzierung der Armee. Der wirtschaftliche Hintergrund dieser Parole besteht darin, daß die unglaublich großen Ausgaben für militärische Zwecke, die in letzter Zeit 54 Prozent des ganzen Staatsbudgets ausmachten, jenen Teil des Mehrwertes,

der zur Erweiterung der Produktion dienen sollte, faktisch für die militärische Clique enteignet. Besonders empfindlich dieser Tatsache gegenüber wurde die japanische Bourgeoisie nach Beendigung des Weltkrieges, als die meisten Vorteile, die sie im Osten als Vermittlerin für den Absatz der Waren der kriegführenden europäischen Staaten erreichte, mit Beendigung des Krieges zunichte wurden.

Die Parole der Reduzierung der Armee hat natürlich auch einen politischen Sinn, der darin besteht, daß auf diesem Wege die Macht der Armee, des Werkzeugs der staatlichen Macht der Agrarier und Militaristen, verringert werden soll. Aus dieser Parole folgen auch andere weniger wichtige Forderungen, für die die japanische Bourgeoisie mit nicht geringerer Erbitterung kämpft als für die Reduzierung der Armee. Eine dieser Forderungen besteht in der Erweiterung des Eisenbahnnetzes und seiner Anpassung an die Bedürfnisse der Industrie und Produktion, im Gegensatz zu der bisher bestehenden Anpassung an militärische Erfordernisse.

Die Friedensliebe der japanischen Bourgeoisie, die in letzter Zeit in den Forderungen zum Ausdruck kommt, die Truppen aus Sibirien zurückzuziehen und sich in den Kampf der nördlichen Dudsune in China nicht einzumengen, kann ebenfalls durch das Streben der Bourgeoisie nach Herabsetzung der Kosten der Armee erklärt werden. Natürlich ist das nur einer der Faktoren, die auf die japanische Bourgeoisie im Sinne der Zügelung ihrer imperialistischen Bestrebungen wirken.

Eine der neuesten Parolen der japanischen Bourgeoisie ist die Forderung der Ausbreitung der Schulbildung im Lande. Seitens der herrschenden Cliquen stößt die Bourgeoisie in dieser Frage hauptsächlich wegen der Ausgaben auf Widerstand, die auf Kosten des Staatsbudgets gemacht werden müßten. Die Bourgeoisie ist aber gezwungen, diese Forderung zu stellen, nicht nur, um der gegenwärtigen Regierung einen Teil des Budgets zu entreißen und nicht zu dem Zwecke, sich die Sympathien der werktätigen Massen Japans zu erwerben, sondern ausschließlich, um die für sie lebenswichtige Frage der Hebung der Qualität der nationalen Produktion zu lösen.

Es handelt sich nämlich darum, daß die japanische Bourgeoisie mit Waren, wie sie sie während des Weltkrieges, als sie keine Konkurrenten hatte, auf den Markt brachte, jetzt natürlich nicht mehr erscheinen kann. Selbst in einem Lande wie China können jetzt

Deutsche, Engländer und Amerikaner mit ihr konkurrieren, trotzdem, daß Japan seiner geographischen Lage nach sich dem chinesischen Markt gegenüber in einer bevorzugten Lage befindet. Einer der Faktoren, durch welche die japanische Bourgeoisie ihre Produktion verbessern will, besteht in der Heranbildung qualifizierten technischen Personals und der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Arbeiter. Zu diesem Zwecke sind natürlich im ganzen Lande Schulen notwendig. Auch ist es unumgänglich nötig die Scheidewand zwischen den Volks- und Mittelschulen, die in Japan als Ueberbleibsel des Kastenwesens noch besteht, fallen zu lassen.

Alle diese Forderungen wurden durch die Presse der japanischen Bourgeoisie in der Wahlkampagne zur 45. Session des Parlamentes, Ende des laufenden Jahres, im ganzen Lande in großem Umfange popularisiert. Hierbei suchte die Bourgeoisie auch die Unterstützung der Landpächter, der Intelligenz und der Arbeiter. Um diese Klassen und Gruppen der Bevölkerung ausnützen zu können, entfalteten die bürgerlich-liberalen Parteien Japans, Kensukai, Kokuminto und Kakoshinto, ein halbes Jahr hindurch eine intensive Agitation für Ausbreitung des Wahlrechtes in Japan.

Nach der Wahlrechtsreform 1908, die einen Vermögenszensus von 10 Jen direkter Steuern bestimmte, betrug die Zahl der Wahlberechtigten 1 582 676 bei einer Bevölkerungszahl von 49 Millionen. Nach einer energischen Kampagne der Bourgeoisie für Ausbreitung des Wahlrechtes, während welcher sich in ganz Japan grandiose Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei abspielten, war die Regierung Hara 1920 gezwungen, das Parlament aufzulösen und auf Grund eines neuen Gesetzes Neuwahlen auszuschreiben. Das neue Gesetz setzte den Vermögenszensus von 10 Jen auf 3 Jen direkter Steuern herab und erhöhte dadurch die Zahl der Wähler auf 3 085 628. Die liberale Bourgeoisie wurde aber durch diese Reform getäuscht, da die neuen Wahlberechtigten aus der wohlhabenden Bauernschaft bestanden, die sich unter dem ideologischen Einfluß der Agrarier und ihrer politischen Partei, der Sei-Yu-Kai befand. Das neugewählte Parlament war somit wieder nur ein Mittel in den Händen der japanischen Agrarier und Militaristen.

Nach diesem Mißerfolg fing die Bourgeoisie mit erhöhter Energie eine neue Wahlrechtskampagne an. Die Erfahrung zeigte ihr, daß

sie Verbündete suchen müsse und zwar hauptsächlich bei der Intelligenz, den besitzlosen Bauern und dem städtischen Proletariat. Und tatsächlich gelang es dem linken Flügel der liberalen Bourgeoisie, der Partei Kokuminto, im Jahre 1921 bedeutende Verbindungen mit Landpächtern, Kleinbeamten und Handwerkern zu schaffen und bei Eröffnung der 44. Session des Parlamentes im Februar 1921 im Namen einer halben Million der werktätigen Bevölkerung Japans eine Petition um Ausbreitung des Wahlrechtes vorzulegen. Außerdem erschienen am Tage der Eröffnung der Session in Tokio 10 000 Bauern, um die Petition der Regierung zu übergeben. Es gelang auch der liberalen Bourgeoisie, in den Kampf um das allgemeine Wahlrecht einen Teil der Arbeiterschaft hineinzuziehen, die sich von der Ergebnislosigkeit des ausschließlich wirtschaftlichen Kampfes überzeugte. Diese Erfolge der liberalen Bourgeoisie waren besonders den Streiks von Kobe in der zweiten Hälfte 1921 förderlich. Die Arbeitermassen Japans begreifen allmählich die Notwendigkeit des politischen Kampfes, um das Land zu demokratisieren, die Ueberbleibsel des Feudalismus zu vernichten und das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht war aus diesem Grunde vor der 45. Session des Parlamentes viel schärfer als in den Jahren 1920 und 1921.

Die Bourgeoisie verbreitete und vertiefte ihre Wahlkampagne, wobei sie sich Verbindungen mit der Beamtenschaft, der Intelligenz und den Landpächtern sicherte. Der christliche Sozialist Kagawa, der kurz vorher in der Arbeiterföderation Ju-Ai-Kai seiner Stellung enthoben wurde, machte während der Wahlkampagne weite Reisen in das Land hinein und erschien auch in den Dörfern. Anfang Januar organisierten verschiedene Vereinigungen und Ligen, die ganz Japan mit einem Netz überzogen unter Führung der parlamentarischen Opposition eine Reihe von Meetings, Demonstrationen und Petitionen zur Unterstützung der durch alle oppositionellen Parteien ausgearbeiteten Gesetzesvorlage über das allgemeine Wahlrecht.

Der Inhalt dieser Gesetzesvorlage zeigt am besten, auf welche Weise die Bourgeoisie das Mittel der politischen Macht, das Parlament, ihrem Gegner entreißen will. Die Gesetzesvorlage hat folgende Punkte: 1. Aktives und passives Wahlrecht besitzen alle Personen männlichen Geschlechtes im Alter über 25 Jahre; 2. Alle auf Vermögensver-

hältnisse gegründete Beschränkungen, die bisher in Kraft waren, werden abgeschafft; 3. Direktoren von Gesellschaften die sich unter Schutz oder Führung der Regierung befinden, können nicht gewählt werden; 4. Rundgänge der Kandidaten in den Häusern der Wahlberechtigten zwecks Agitation sind verboten; 5. am Wahltag ist jede Agitation verboten; 6. Die Eröffnung von Vergnügungslökalen durch Kandidaten wird verboten; 7. Ein Vergehen wider die Punkte 4, 5, 6 des vorliegenden Gesetzentwurfes wird mit einer Geldstrafe bis 200 Yen bestraft; 8. Wahlmeetings sind ohne alle Formalitäten erlaubt; 9. Öffentliche Schulen haben ihre Räume den Kandidaten zum Abhalten von Wahlmeetings zur Verfügung zu stellen.

Der Kampf um diese Gesetzesvorlage zwischen der Regierungspartei und den oppositionellen Parteien ging in einer erhitzten Atmosphäre vor sich, die durch die unter den Fenstern des Parlamentes demonstrierenden aufgeregten Massen geschaffen wurde. Am 23. Februar wurde das Los dieser Gesetzesvorlage dadurch entschieden, daß sie mit 243 gegen 147 Stimmen abgelehnt wurde. Die Ablehnung der Gesetzesvorlage durch die Parlamentsmehrheit rief in den Reihen der werktätigen Bevölkerung tiefe Erregung hervor. Trotzdem die verstärkten Vorsichtsmaßregeln der Polizei und die vorhergegangenen zahlreichen Verhaftungen jede Demonstration unmöglich machten, versammelten sich am Abend des 23. Februar in verschiedenen Teilen der Stadt bedeutende Mengen zur Besprechung der Tagesereignisse. Im Schiba-Park traten oppositionelle Parlamentsmitglieder vor einer 5000köpfigen Menge auf. Das Einschreiten der Polizei führte zu einem Zusammenstoß mit den Demonstranten, und nur dem Eingreifen der Parlamentarier gelang es, die Massen zum Auseinandergehen zu bewegen. Nachher wurden Massenverhaftungen vorgenommen, wobei sich unter den Verhafteten auch oppositionelle Parlamentsmitglieder befanden.

Obwohl die Gesetzesvorlage über das allgemeine Wahlrecht in diesem Jahre wie auch im vorigen durch die Mehrheitspartei der Sei-Ju-Kai abgelehnt wurde, gestaltete sich der Kampf zwischen der Bourgeoisie und den feudalen Agrariern doch nicht zu deren Gunsten. Die Forderungen der Bourgeoisie wurden immer zahlreicher, und die Methoden des Kampfes drängen sie mehr und mehr zu energischen Handlungen. Trotzdem die werktätigen Massen Japans jedes Ver-

trauen zu den bürgerlichen oppositionellen Parteien infolge ihrer Feigheit und Unschlüssigkeit verloren haben, wird der Kampf der Bourgeoisie für die Demokratisierung des Landes seitens der werktätigen Massen, besonders des städtischen Proletariats, auch in Zukunft starke Unterstützung erhalten, wobei das Proletariat die Formen der bürgerlichen Forderungen mit entsprechendem Inhalt ausfüllen, die Forderungen weiter entfalten und die Demokratisierung auch gegen ihre jetzigen Ideologen, gegen die nationale Bourgeoisie, ausnützen wird.

Um zu begreifen, warum der Kampf zwischen der japanischen Bourgeoisie und den Feudal-Agrariern eine solche Gestalt annahm, und warum dieser Kampf dem in Gestaltung begriffenen Proletariat Japans die Möglichkeit gibt, seine Kräfte zum Kampf um die Alltagsbedürfnisse zu organisieren, ist es notwendig einige historische Daten anzuführen, welche zeigen, wie die japanische Bourgeoisie bis zum Ende des Weltkrieges am Leitband der Feudalen und Militaristen ging und in Gemeinschaft mit diesen eine Einheitsfront gegen das entstehende Proletariat bildete und diesem dadurch die Sammlung seiner Kräfte zum Klassenkampf unmöglich machte.

II.

Die Agrarier und die Bourgeoisie.

Bis zur Revolution des Jahres 1868 war die politische Macht in Japan gänzlich in den Händen des Sjögun, des Vertreters der militärischen Kaste, der formell bloß als Oberkommandierender der Truppen galt und dem Mikado gegenüber verantwortlich war. In Wirklichkeit aber waren die Sjögun vom Mikado völlig unabhängig, und im 14. und 15. Jahrhundert waren sogar Fälle nicht selten, in denen der Sjögun den Mikado wegen Ungehorsams nach entfernt liegenden Gebieten verbannte und einen minderjährigen Mikado ernannte.

Dieses System des Sjögunats brachte die Macht des in Japan völlig ausgebildeten feudalen Systems zum Ausdruck, da die Sjögun den mächtigsten feudalen Fürsten, den Daimio entstammten. Der Mikado wurde als göttliche Person, als ein Sohn der Geister (Kami), mit Ehrenbezeugungen umgeben, er hatte aber keinerlei Einfluß und sogar keinerlei Beziehung zu den Fragen der inneren und äußeren Politik des Landes, wie auch keinerlei Einfluß auf den administrativen Apparat.

Seit Ende des 12. Jahrhunderts bis zur Restauration war das Land zwischen den ein-

zelen Daimio, die ihrem Grundbesitz entsprechend verschiedene Mittelpunkte im Lande organisierten, in vier Teile geteilt. Eine völlig selbständige Kraft im Lande bildete zu dieser Zeit die Klasse der Samurai, die anfangs eine Söldnertruppe der Daimio bildete, zur Verteidigung des Grundbesitzes derselben, nachher aber zu einer militärischen Aristokratie wurde und aus einigen Klans bestand. Zuweilen vereinigten sich diese Samurai nicht zur Verteidigung des einen oder anderen Daimio, sondern zur Verteidigung des Landes als Ganzes gegen Einfälle von Fremden, wie z. B. der Chinesen, Koräer und sogar Mongolen in den 70er Jahren des 13. Jahrhunderts.

Die Samurai wurden allmählich gezwungen, eine Arbeitsteilung vorzunehmen. Die Verteidigung der Grenzen auf dem Festlande besorgte der Klan Ziosju, an der Küste hingegen der Klan Satsuma. Diese beiden Klans spielten nachher zur Zeit der Restauration 1868 eine große Rolle und erhielten nach der Restauration einen riesigen Einfluß.

Die Revolution 1868 war das Resultat des Zusammenstosses Japans mit der kapitalistischen Welt. Subjektive Faktoren der Revolution 1868 waren die dem Sjugunat gegenüber feindlich gesinnten Klans, der Mikado und sein Hof, die die ganze Zeit hindurch bestrebt waren, die Macht zurückzugewinnen wie auch die zu dieser Zeit aus den Reihen der Samurai hervorgegangene Intelligenz, die letzten Endes die Tendenz ihrer Epoche zum Ausdruck brachte und Anhängerin des Verkehrs mit ausländischen Staaten wie auch innerer Reformen war. Die Unzufriedenheit mit dem Sjugunat und der Kampf gegen ihn nahm seitens verschiedener Klans in den letzten Jahren vor der Restauration die Form von Aufständen an. Es ist selbstverständlich, daß dieselben Faktoren, die in der Vorbereitung der Revolution die Hauptrolle spielten und faktisch das Sjugunat stürzten, nach der Revolution eine große Rolle im politischen Leben des Landes spielen mußten.

Es ist begreiflich, warum, die Idee der kaiserlichen Restauration zum ideologischen Ausdruck der Bestrebungen der Bourgeoisie wurden. In der Person des Mikado sahen sowohl die heranwachsende Bourgeoisie als auch die dem Sjugunat feindselig gesinnten Klans die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ziele, jene zur Zentralisierung des staatlichen administrativen Apparates, diese aber wollten dadurch den einflußreichen Daimio die Möglichkeit nehmen, die

Macht in ihre Hände zu bekommen. Das Handelskapital jener Zeit konnte natürlich, da es keine tiefe Wurzel in der Oekonomie des Landes hatte, nicht zum Träger der Staatsmacht werden. Andererseits konnte die Militäraristokratie als eine Kaste, die mit dem Handel und der Industrie gar nicht, aber auch mit der Landwirtschaft nicht besonders fest verbunden war, nur ein Faktor sein, der einen Einfluß auf den Staatsapparat ausübte, sie konnte wohl das Vollzugsorgan dieses Apparates, aber keinesfalls seine Schöpferin sein.

Auf diese Weise geriet als Resultat der Revolution 1868 die Macht faktisch in die Hände der Agrararistokratie, obwohl von dieser Zeit an, der Zentralisierung und den administrativen Reformen zufolge, die Handelsbourgeoisie die weitesten Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Kräfte erhielt. Gleichzeitig fingen auch die in der Restaurationsperiode mitwirkenden Klans Ziosju und Satsuma an, einen großen Einfluß auf die innere und äußere Politik des Landes auszuüben.

Der ganze Zeitabschnitt zwischen der Revolution 1868 und dem Weltkrieg ist vom politischen Standpunkte aus als eine Periode des Bündnisses zwischen den feudalen Agrariern, der Militäraristokratie und der Handels- und Industriebourgeoisie zu betrachten, und wenn es zwischen diesen sozialen Kräften dieses Landes auch zu Reibungen kam, so bloß in der Form verschiedener Einflüsse auf den Mikado und auf die Regierung, nie aber in den Formen eines Klassenkampfes. Die Bourgeoisie war vollkommen solidarisch mit der Außenpolitik der feudal-militaristischen Regierung, die in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts bestrebt war, ihr Gebiet auf Kosten der Nachbargebiete zu vergrößern.

Im japanisch-chinesischen Krieg 1894 unterstützte die Handels- und Industriebourgeoisie Japans die Bestrebungen der Agrarier zur Eroberung chinesischen und koreanischen Gebietes. Und das Resultat dieses Krieges, die Annexion von Formosa, der Zutritt nach Korea und die Kontribution, dienten als Impuls zur weiteren Entwicklung des Kapitalismus in Japan und zur gegenseitigen Annäherung der Handelsbourgeoisie und der Regierung.

Das bewaffnete Einschreiten des zaristischen Rußlands, Deutschlands und Frankreichs, die eine Besetzung chinesischen und koreanischen Gebietes, auf welches sie selbst rechneten, nicht zulassen wollten, zwang die japanischen Militaristen, im Sinne des Vertrages von

Shimonoseg auf ihre Insel zurückzukehren. Dieser Umstand führte zu einem noch stärkeren Bunde zwischen der japanischen Regierung, den Agrariern und der nationalen Bourgeoisie, da die japanische Regierung der Bourgeoisie durch Ausbreitung ihrer Produktionsbasis hauptsächlich auf dem Gebiete der Kriegsindustrie, durch Privatmonopole auf verschiedenen Gebieten der Industrie wie auch durch Einführung eines Schutzzollsystems Hilfe leisten mußte.

Zur Zeit des russisch-japanischen Krieges unterstützte die nationale Bourgeoisie Japans die Regierung in vollem Maße. Das Ergebnis des Krieges, der mit einem Siege des japanischen Militarismus endete, stellte der japanischen Bourgeoisie in Korea und der Südmandschurei große Gebiete mit riesigen Naturschätzen zur Verfügung, was wieder einen Ausgangspunkt zur weiteren starken Entwicklung des Kapitalismus in Japan bildete. Durch den Schutz aller Industriezweige, durch Verstaatlichung und Ausbreitung des Eisenbahnnetzes, förderte die japanische Regierung in hohem Maße die Ausbreitung der kapitalistischen Produktion des Landes und spannte dadurch auch die japanische Bourgeoisie vor ihren Triumphwagen.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion in Japan bildete sich auch ein industrielles Proletariat, welches von Anfang an unter dem Doppeldrucke seiner starken Feinde, der feudalen Agrarier und der Bourgeoisie stand.

Während in den westeuropäischen Ländern die zur Zeit des Entstehens des Proletariats zwischen der Bourgeoisie und der Agrar-Aristokratie bestehenden Widersprüche dem Proletariat die Er kämpfung der minimalen Möglichkeiten zur Organisierung seiner Kräfte ermöglichten, mangelte es in Japan infolge der Einheitsfront der Bourgeoisie und Agrarier an diesen Vorbedingungen vollkommen. Die Arbeiterbewegung kam aber unter großen Schwierigkeiten für das junge japanische Proletariat doch zustande und fand ihren Ausdruck in der sozialistischen Bewegung, die 1911 nach Vernichtung aller Arbeiter- und sozialistischen Organisationen des Landes durch den japanischen Militarismus auf verräterische Weise erdrosselt wurde.

Der Weltkrieg 1914 bedeutet ein Wendepunkt in der Geschichte der Entwicklung des japanischen Kapitalismus, und das Ende dieses Krieges den Anfang des Zerfalles jenes Bündnisses, das bisher zwischen den feudalen Agrariern, den Militaristen und der Bourgeoisie Japans bestand. Das unglaubliche

Anwachsen der wirtschaftlichen Kräfte der japanischen Bourgeoisie während des europäischen Krieges machte sie zu einem riesigen Faktor im Leben der Nation, während ihr politisches Gewicht der bestehenden Staatsmacht zufolge, die ein feudales System zum Ausdruck bringt, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nicht entsprach.

Die Riesenbedürfnisse der kriegführenden Staaten an Kriegsmaterial riefen eine bisher ungeahnte Entwicklung der japanischen Metall- und Textilindustrie hervor. Die Lebensmittelbedürfnisse dieser Staaten gaben der japanischen Handelsbourgeoisie die Möglichkeit als Vermittlerin zwischen den Ländern Asiens und Europas aufzutreten. Die Not der kriegführenden Imperialisten an Transportmitteln, durch den Unterseebootkrieg noch verschärft, förderte die Entwicklung des japanischen Schiffbaus. Alle diese Faktoren riefen eine bisher ungeahnte Entwicklung der japanischen Industrie hervor. Frühere Industriezweige breiteten sich aus und neue Industriezweige entstanden. Die Zahl der Industriegesellschaften stieg von 5266 im Jahre 1914 auf 8221 im Jahre 1918. Das Betriebskapital dieser Gesellschaften, das im Jahre 1914 944 145 000 Yen ausmachte, betrug im Jahre 1918 2 019 407 000 Yen. Die im Jahre 1915 1 604 900 Tonnen betragende Schiffsstonnage wuchs bis 1918 auf 2 310 959 Tonnen an. Diese Zahlen beweisen, in welchem Maße die japanische Bourgeoisie während des Weltkrieges heranwuchs und sich stärkte. Die agrarisch-militaristische Regierung Japans, die diesen Wuchs förderte, fand am Ende des Krieges, daß ihr Schützling ein starker und mächtiger Faktor im Lande geworden und nicht mehr an ihrem Leitbande gehen wollte. Die japanische Bourgeoisie fühlte sich nunmehr so stark, daß sie nicht bloß einen vom Willen der herrschenden Cliquen abhängigen Protektionismus, sondern die Anpassung des ganzen Staatsapparates an ihre Bedürfnisse verlangte. Seit Ende des Weltkrieges, als mit dem Krieg zusammen auch alle Privilegien der japanischen Bourgeoisie aufhörten, und als nachher die Finanz- und Industriekrisis im Lande auftrat, entfaltete sich der Kampf zwischen der Bourgeoisie einerseits und den Agrariern und Militaristen andererseits in vollem Umfange und nahm jene scharfen Formen an, über die wir in der Einleitung sprachen.

Der Charakter der wirtschaftlichen Krisis und der als Folgeerscheinung mit dieser zusammenhängende politische Kampf zwischen der Bourgeoisie und der herrschenden Klasse

geben den Werktätigen Japans und besonders dem städtischen Proletariat die Möglichkeit zur Entfaltung des Kampfes und zur Sammlung der Kräfte.

III.

Die Arbeiterbewegung.

Einen Beweis für die starke Entwicklung der Arbeiter- und revolutionären Bewegung in Japan bilden die diesjährigen Maidemonstrationen der Arbeiter.

Zum erstenmal erschienen in Japan die Parolen „Diktatur des Proletariats“, „Anerkennung Sowjetrußlands“ und neben diesen Parolen die Forderung des Achtstunden-Arbeitstages, die Festsetzung eines Arbeitslohnminimums und die drohende Warnung dem angreifenden Kapital gegenüber: „Wir werden unsere Lage durch unsere eigene Kraft bessern, ohne auf den Großmut der Regierung zu warten.“

Zum erstenmal in Japan nahmen an den Demonstrationen in Tokio, Osaka, Kobe u. a. Städten Zehntausende organisierter Arbeiter teil. Noch vor zwei Jahren feierten die japanischen Arbeiter den ersten Mai einen Tag später als die Arbeiter anderer Länder, indem sie zur Maifeier einen Sonntag ausnützten. In diesem Jahre aber nahmen an den Demonstrationen nicht nur die Arbeiter privater Betriebe, sondern auch die der staatlichen Betriebe teil.

Die Zahl der Arbeiterinnen, die in diesem Jahre an der Maidemonstration teilnahmen, war äußerst bedeutend. Die Frauenarbeit ist in Japan von großer Bedeutung, da die Frauen in einem der während des Krieges am meisten entwickelten Industriezweige, in der Textilindustrie, den größten Teil der Arbeitskraft liefern. Es ist zu bemerken, daß dieser Industriezweig noch bis zum vorigen Jahre einen sehr kleinen Prozentsatz organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen aufwies; unter mehr als 700 000 Arbeitern dieses Industriezweiges gab es ungefähr 70 000 Organisierte, also 10 Prozent.

Die diesjährigen Maidemonstrationen aber führten wirklich schon breite Arbeitermassen auf die Straßen der zentralen Industriestädte Japans.

Wenn wir bedenken, daß dies in einem feudal-militaristischen Lande geschieht, wo alle Versammlungen verboten sind, wo ein, zwei Dutzend Sozialisten sich nur schwer versammeln können, wo die Polizei schon lange vor der Maifeier allerlei Vorsichtsmaßregeln traf, um sie zu unterdrücken, so ist es klar, daß das Erscheinen Zehntausender

Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Straßen Japans eine für die gegenwärtige Periode der Gährung und des scharfen Klassenantagonismus äußerst charakteristische Tatsache ist.

Nicht minder charakteristisch für die Periode der finanziellen und wirtschaftlichen Krisis in Japan, die 1921 einsetzte und noch immer andauert, ist das Anwachsen der Streikbewegung, deren Methoden die organisierten Arbeiter Japans in ihrem Kampfe anwenden.

Es ist interessant, auf die aufeinander folgenden Phasen hinzuweisen: Versöhnungsbewegung mit der Bildung von Vereinen für „Harmonie der Arbeit und des Kapitals“ etc., Sabotage, direkte Aktionen, Massestreiks mit politischen Forderungen und endlich die letzte breite Bewegungswelle, die sich auf dreimalhunderttausend organisierter und eine große Anzahl noch nicht organisierter Arbeiter vollstreckt. Diese Bewegung erstrebte die Bildung einer einheitlichen Föderation der Arbeiterverbände, um den einheitlichen Willen des japanischen Proletariats in seinem wirtschaftlichen Kampfe gegen das Kapital zum Ausdruck zu bringen.

Jede dieser Phasen kann durch äußerst interessante Tatsachen aus dem Leben der jungen japanischen Arbeiterbewegung charakterisiert werden.

Wir werden hier nicht zurückkehren zur Periode der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als ein Netz kleiner Arbeiterorganisationen sich auf alle Industriestädte Japans erstreckte, was eine Folge der nach dem japanisch-chinesischen Kriege von 1894 eingetretenen starken Entwicklung der Produktion war. Wir werden auch nicht die durch die entstandene Arbeiterbewegung hervorgerufene sozialistische Bewegung beschreiben, die zuerst in der Bildung der Sozialistischen Assoziation im Jahre 1900 und nachher im Jahre 1906 in der Bildung einer sozialistischen Partei zum Ausdruck kamen. Die Sozialistische Assoziation beschäftigte sich mit Propaganda unter den Arbeitern, wie auch mit antimilitaristischer Propaganda in den Jahren 1903 bis 1904 vor dem russisch-japanischen Krieg. Die sozialistische Partei setzte die Arbeit der Assoziation hauptsächlich auf dem Gebiete der Arbeiterpropaganda fort, indem sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf jedes irgendwie bedeutungsvolle soziale und politische Ereignis lenkte. Bekanntlich wurde diese Bewegung im Jahre 1911 durch die Militaristen erdrosselt, wobei 24 Mann zum Tode verurteilt wurden. Tatsächlich hingerichtet wurden 12. Wenn auch einzelne Sozialisten nachher

die Arbeit fortsetzen, so bestand diese zur Hauptsache nur in der Teilnahme an der Gewerkschafts- und der Streikbewegung.

Die oben erwähnten Phasen sollen von 1914 an des Näheren untersucht werden.

Seit Ende 1914, als die Resultate der Entwicklung der Kriegsproduktion und der Vermittlerrolle Japans im Lande sich bemerkbar machten und bei den Arbeitern in der Form der Erhöhung des Arbeitslohnes und der Versorgung mit ständiger Arbeit zum Ausdruck kamen, nistete sich in den Köpfen der Arbeiter der Gedanke des Zusammenarbeitens der Klassen ein. Zu dieser Zeit entstand auch bei der Bourgeoisie die Tendenz, die Arbeiterbewegung unter ihren Schutz zu nehmen und sie dadurch zahm zu machen. Der bekannte „Verein für Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“ wurde gerade in dieser Blütezeit des japanischen Handels und der Industrie organisiert. Bekanntlich aber dauerte diese Periode nicht lange. Die Förderung jedes Exportes durch die Regierung, darunter auch des Exportes landwirtschaftlicher Produkte und besonders des elementarsten Bedarfsartikels, des Reises, rief im ganzen Lande eine riesige Spekulationsbewegung und unglaubliche Preissteigerungen der Bedarfsartikel hervor, was zu einer bedeutenden Verschlechterung der Lage der Arbeiter führte. Diese Erscheinung führte, wie bekannt, zu den Reisunruhen von 1918. Diese im August 1918 mit elementarer Kraft ausbrechende Massenaaktion der Arbeiter bedeutete in vielen Städten des Landes einen Ausgangspunkt verschiedener Aktionen der Arbeiterschaft in den letzten Jahren.

In der Periode 1918 bis 1920 breitete sich die Arbeiterbewegung in Japan auch auf bisher rückständige Elemente aus und zog sie in den wirtschaftlichen Klassenkampf hinein. Während dieser Zeit bildete sich eine Reihe neuer Arbeiterorganisationen. Aber den Haupteinfluß auf die Arbeiterbewegung besaß zu dieser Zeit die 1912 organisierte Arbeitsföderation „Ja-Ai-Kai“, die nunmehr 200 000 Mitglieder aus den Reihen der organisierten Arbeiter zählte, hauptsächlich unter den Metallarbeitern, Textilarbeitern, Bergleuten, Buchdruckern und im kleinen Seeleuteverband. Die radikalste Organisation, die zur „Ju-Ai-Kai“ gehörte, war die hauptsächlich aus den Gewerkschaften der Bergleute und der Mechaniker bestehende Organisation „Ra-Do-Scha“. Die Föderation „Ju-Ai-Kai“ befand sich bis 1912 unter starkem Einflusse der Ideologie der „Harmonie zwischen Arbeit

und Kapital“. Nach den Reisunruhen aber, als die Revolutionierung der Massen, durch das Echo der russischen Revolution zweifellos stark gefördert, in ziemlich raschem Tempo vor sich ging, wurde der linke Flügel allmählich stärker, und der Geist des Klassenkampfes fing an, in der Organisation Platz zu erobern.

In derselben Partei wendeten die japanischen Arbeiter zum ersten Mal Methoden der Massensabotage an. Am 18. September 1919 beschlossen die Arbeiter eines Betriebes, 20 000 an der Zahl, als Antwort auf die Weigerung der Unternehmer, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, einstimmig die Sabotage der Arbeit gleich vom nächsten Tage an. Vor allem verringerten sie die den Betrieb nährende Motorenkraft von 800 HP auf 400 HP, was zur Inbetriebsetzung aller Maschinen nicht genügte. Alle Arbeiter erschienen jeden Morgen zur festgestellten Zeit im Betrieb, aber keiner machte sich an die Arbeit. So dauerte es zehn Tage lang. So berichtete Genosse Katajama in einem seiner Referate auf dem Kongreß der Völker des Fernen Ostens über die Methode der Sabotage in Japan. Es sind aber auch andere Formen der Sabotage bekannt, wo diese sich nicht in Passivität, sondern in gesteigerter Aktivität offenbarte, wie es z. B. die Straßenbahnangestellten machten, als sie Straßenbahnwagen ohne anzuhalten an einer ganzen Reihe von Haltestellen vorbeiführten.

Diese Kampfmethoden konnten aber nicht zu den erwarteten Ergebnissen führen, und der 1920 eingetretene finanzielle Krach wirkte sich auf die Arbeiter im ganzen Lande in der Form von Arbeitslosigkeit aus. Schon seit dem Sommer 1920 wurden Arbeiter auf die Straße geworfen. Viele Betriebe fingen nach Herabsetzung der Belegschaft wieder zu arbeiten an, jene unter ihnen aber, in welchen die Arbeiter den Achtstunden-Arbeitstag erkämpft hatten, führten wieder den 12-Stunden- und sogar den 14-Stunden-Arbeitstag ein.

Die Preise der Bedarfsartikel gingen unaufhörlich in die Höhe. Im Jahre 1920 war der Preis des Reises im Vergleich zur Vorkriegszeit um 360 Prozent gestiegen, der Zuckerpreis um 500 Prozent, der Teepreis um 150 Prozent und der Preis für Textilwaren um 400 Prozent. Eine breite Streikwelle setzte ein. Nach offiziellen Angaben des Ministeriums des Innern gab es im Jahre 1920 185 Streiks mit 170 Teilnehmern. Die Hauptforderung der Arbeiter war die Erhöhung des Arbeitslohnes und der Achtstunden-Arbeitstag, gleichzeitig wurde aber auch die Forderung auf Anerkennung der Arbeiterver-

bände gestellt. Diese Periode ist auch dadurch charakteristisch, daß nunmehr die Arbeiter auch in den politischen Kampf hineingezogen wurden. Die Organisation „Ju-Ai-Kai“ hatte jetzt auch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in ihr Programm aufgenommen. Und tatsächlich unterstützten die Arbeiter in der Wahlkampagne zur 43. Session des Parlamentes, als der Kampf zwischen den Agrariern und der Handels- und Industriebourgeoisie scharfe Formen annahm, die Forderungen des progressiven Teiles der Bourgeoisie, der die Parole der Demokratisierung des Landes und des friedlichen Zusammenlebens mit den Nachbarstaaten ausgab. Die feige und unschlüssige Kampfführung der bürgerlichen Partei stieß aber die junge Arbeiterbewegung von der Teilnahme am Kampfe gegen den Absolutismus ab, und die revolutionär gestimmten Arbeiter Japans stürzten sich nun in das andere Extrem: das Extrem der ablehnenden Haltung jedem politischen Kampf gegenüber. Dafür gaben sie eine andere Parole, die Parole der direkten Aktion, aus.

Während die Arbeiter sich von der Politik abwandten, entfaltete die Bourgeoisie, mit der Vertiefung der wirtschaftlichen und finanziellen Krisis Schritt haltend, ihre Offensive in stets wachsendem Maßstab und nahm allmählich jene Zugeständnisse zurück, die sie der Arbeiterschaft gemacht, als der Krieg ihre Taschen mit räuberischem Gewinn füllte. Als Antwort hierauf erhob sich 1921 eine neue Welle von Streiks. Die Forderungen der Arbeiter breiteten sich nunmehr aus und vertieften sich auch in der Richtung des Klassenkampfes. Die berühmten Streiks von Kobe im Herbst 1921 sind für die Stimmung der japanischen Arbeiter zu dieser Zeit charakteristisch. Die Hauptforderung der Arbeiter war einmal die Anerkennung der Arbeiterverbände, zweitens die Bestätigung der Betriebsausschüsse, drittens der Achtstunden-Arbeitstag, viertens die Erhöhung des Arbeitslohnes, fünftens soziale Sicherstellung. Es muß gesagt werden, daß während der ganzen Zeit dieses Streiks die Syndikalisten eine bedeutende Rolle in der Bewegung spielten. Aber auch die Rolle der Opportunisten vom Typus Kagawa war nicht unbedeutend. Und die Tatsache, daß die Arbeiter nicht einmal die Hälfte dessen erkämpften, was sie bei einer geschickten Führung dieser Streiks durch eine wahrhaftig revolutionäre Klassenorganisation der Arbeiterschaft hätten erkämpfen können, ist den opportunistischen Führern zur Last zu legen. Am Anfang d. J. gab es auch eine

Reihe Streiks und regierungsfeindlicher Demonstrationen.

Unter den Streiks ragen nach Umfang und Bedeutung die Streiks der staatlichen Betriebe hervor. Wegen der dem Washingtoner Abkommen gemäß geplanten Herabsetzung der Seestreitkräfte sollten viele Arbeiter der Schiffsbauwerften und der Arsenale entlassen werden. Diese Gefahr veranlaßte die Arbeiter der staatlichen Betriebe, sich schnell zu organisieren, um sich der drohenden Gefahr gegenüber verteidigen zu können. Seit dieser Zeit (Februar l. J.) wird die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Kräfte zum Teil auch den privilegierten Arbeitern der Marinearsenale und der militärischen Schiffsbauwerfte klar.

Den erwarteten Entlassungen zuvorkommend, veranstalteten die Arbeiter der staatlichen Betriebe eine Reihe Protestdemonstrationen, bei welchen sich die Sicherstellung der entlassenen Arbeiter auf Kosten der bei der Herabsetzung der Streitkräfte ersparten Summen forderten und widrigenfalls mit „entschiedenen Schritten gegen die Regierung“ drohten. Die Entlassung der Arbeiter kam aber doch zustande. Nach der „Times“ wurden im April l. J. in Kure 33 000 Arbeiter entlassen, das Kriegs- und Marine-Ministerium beabsichtigte zu dieser Zeit die Entlassung von 13 000 Arbeitern, und die Betriebe Jawato und Hokaido entließen 30 000 Arbeiter. Hierbei entließ die Regierung die Mitglieder des Zentralkomitees der Arsenalarbeiter von Osaka, was zum sofortigen Streik führte. Die Regierung schickte Truppen und verhängte über den Betrieb den Kriegszustand. Zur selben Zeit brach in den Schiffsbauwerften von Jokohama als Antwort auf die bevorstehenden Arbeiterentlassungen ein Streik aus. Während dieses Streiks gab es einige Zusammenstöße mit der Polizei.

Alle diese Tatsachen und viele andere, die wir hier nicht anführen können, dienen den japanischen Arbeitern als nachhaltige Lehre, indem sie nunmehr die Notwendigkeit der Sammlung und Organisation ihrer Kräfte begriffen, um der Regierung und der kapitalistischen Offensive als einheitliche Klassenorganisation gegenüberzutreten zu können.

Tatsächlich ist seit dieser Zeit unter den Arbeitern ein starker Hang zur Föderationsbildung bemerkbar. Eine Reihe kleiner Arbeiterverbände (nach der offiziellen Regierungstatistik gibt es gegenwärtig in Japan an die 800 Arbeiterverbände mit 260 000 Mitgliedern) bilden eine gemeinschaftliche Organisation. In Osaka wurde im März l. J. aus

einigen örtlichen Verbänden die Föderation der Transportarbeiter gebildet. In Kanto (nordöstlicher Teil Japans) wurde aus einigen Verbänden ein großer 10 000 Mitglieder zählender Metallarbeiterverband gebildet. Ende April bildeten in der Stadt Osaka 19 Verbände eine Föderation und schlossen sich dem Arbeiterverband „Rodo-Kumai-Domikai“ an, der der linke Flügel des „Ju-Ai-Kai“ ist. Dieser Föderation Osaka traten die Verbände der Maschinisten, der Tuchfärber, der Schiffsbauarbeiter, der Buchdrucker und der Holzarbeiter bei.

Das Streben zur Zusammenfassung und Zentralisierung der Arbeiterbewegung kam aber hauptsächlich in der Bildung einer Allgemeinen Arbeitsföderation Japans zum Ausdruck, deren Mitgliederzahl im Mai l. J. mit 300 000 angegeben wird.

Ein Versuch zur Bildung einer solchen Föderation ergab schon zwei Jahre vorher einen Erfolg, 1921 aber trat „Ju-Ai-Kai“ aus der Föderation aus wegen der übermäßig radikalen Einstellung einiger kleiner Verbände, die aber in der Föderation einen größeren Einfluß hatten als die „Ju-Ai-Kai“.

In diesem Jahre aber wurde die „Ju-Ai-Kai“ durch den Druck der eigenen immer mehr revolutionierten Arbeiter gezwungen, mit dem linken Flügel, den sie im vorigen Jahre verließ, zu einer Einigung zu gelangen. Gleichzeitig fingen auch die alten reformistischen Führer Susuki und Kagawa an, ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu verlieren und zogen sich in letzter Zeit immer mehr auf das Gebiet der jetzt zur großen Bedeutung gelangten Landpächterbewegung zurück.

Bei einem Gesamturteil über die Arbeiterbewegung in Japan darf die ablehnende Haltung des Großteiles der Arbeiterorganisationen dem parlamentarischen und jedem mit konstitutionellen Mitteln geführten politischen Kampfe gegenüber nicht außer acht gelassen werden. Es muß bemerkt werden, daß der Einfluß, den die Syndikalistinnen bis zur letzten Zeit auf die Arbeiter und, wie zugegeben werden muß, auf die am meisten revolutionär gesinnten Arbeiter hatten, gerade ihrer ablehnenden Haltung dem politischen Kampfe gegenüber zuzuschreiben ist.

Das ist durch folgende Faktoren erklärlich: Unabsetzbarkeit der Bürokraten der herrschenden Klique, die die feudalen Grundpfeiler des Kastensystems beschützt und den werktätigen Massen die Erbkämpfung der elementarsten Rechte der Teilnahme am politischen Leben des Landes unmöglich macht; die

Feigheit der Bourgeoisie im Kampfe für die Demokratisierung des Landes und ihre verätherischen Kniffe den werktätigen Massen gegenüber; schließlich die Käuflichkeit der Parlamentarier und die Ergebnislosigkeit des parlamentarischen Geschwätzes, dies alles stieß die Arbeiter von der Teilnahme am politischen Kampfe ab. Eine nicht unbedeutende Rolle in der Erziehung der Massen im Geiste des Apolitismus spielten natürlich die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die die Arbeiter von der Teilnahme am politischen Kampfe zurückhielten, um die Verbände nicht dem Unwillen der herrschenden Klique auszusetzen.

Die Arbeitermassen gaben aber ihrem Standpunkt dem bestehenden politischen System gegenüber doch bei jeder Gelegenheit Ausdruck. Gegenwärtig, da der Kampf zwischen der Bourgeoisie und den Agrariern immer mehr entflammt, wird unter den Arbeitermassen naturgemäß das Verständnis für die Notwendigkeit des politischen Kampfes mehr und mehr vorherrschend, weil heute unverzüglich jene politischen Rechte erkämpft werden müssen, die die Ausnützung des Kampfes zwischen den Agrariern und der Bourgeoisie im Interesse der Arbeiterschaft tatsächlich erst ermöglichen.

Zweifelloso gibt es schon eine solche Strömung unter den Arbeitermassen; der jungen kommunistischen Partei Japans harret aber immer noch eine große Arbeit bei der Heranziehung der Arbeitermassen zum politischen Kampfe für die Demokratisierung des Landes und für die Erringung politischer Rechte, die die Bedingungen schaffen werden zur weiteren Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterschaft für die bevorstehenden entscheidenden Kämpfe mit der Bourgeoisie.

Die Zeit des endgültigen Bruches und des offenen Kampfes zwischen den Agrariern, der Bürokratie und den Militaristen einerseits und der Handels- und Industrie-Bourgeoisie andererseits kommt unaufhörlich näher.

In den Reihen der Partei der feudalen Agrarier „Sei-Ju-Kai“ fing die Zersetzung an. Die rein bürgerlichen Elemente, die bisher in dieser Partei waren, verlassen sie nunmehr und beschleunigen dadurch ihre Zersetzung.

In der militaristischen Partei kam in Gestalt der Intelligenz des Offizierskorps eine Opposition zustande, welche die Tendenzen einer herannahenden Epoche zum Ausdruck bringt. Die Richtigkeit dieser Behauptung beweisen schon die Presseorgane „Jurodsu“ und „Kokumin“, welche die ganze Zeit hindurch

Zeitungen der Militaristen waren und in letzter Zeit sich in allen Fragen der inneren und äußeren Politik gerade so äußern wie die Organe der oppositionellen Parteien „Kensekai“ und „Kokuminto“. Diese militaristischen Zeitungen erklären sich für die Einstellung der Intervention nicht nur im russischen Fernen Osten, sondern auch in China. Dem neuen Kabinett des Admirals Kato gegenüber, welches das Kabinett Takahaschi ablöste, sind diese Organe ebenso unversöhnlich wie die der oppositionellen Parteien und erklären offen, daß die Macht der Opposition übergeben werden müsse.

Die Tatsache der Bildung des Kato-Kabinetts selbst, das nicht mehr unter offener Kontrolle der Partei „Sei-Ju-Kai“ steht, weil diese jetzt nicht mehr möglich ist, beweist, daß im Kampfe zwischen der japanischen Bourgeoisie und den Agrariern jene die Initiative in den Händen haben. Der Umstand aber, daß die Bourgeoisie sich mit der neuen Regierung nicht zufrieden gibt, zeugt davon, daß sie ihre Offensive noch weiter fortsetzen will.

Das Anwachsen der Landpächterbewegung, die in diesem Jahre besonders bemerkbar wurde (im ersten Halbjahre gab es 16 000 Konflikte zwischen Richtern und Grundbesitzern), ist im Wesentlichen eine Bewegung gegen die Agrarier und ihre Regierung, stärkt dadurch die Stellung der Bourgeoisie und breitet die soziale Basis für ihre Ideologie aus.

Die Arbeiterbewegung in Japan nimmt in letzter Zeit immer mehr organisierte Formen an und breitet sich unter dem Drucke des offensiv auftretenden Kapitals mehr und mehr aus.

Das Streben der Arbeiterorganisation zur Zentralisierung, das sich im Mai l. J. trotz

des Widerstandes der opportunistischen Führer der „Ju-Ai-Kai“ in der Bildung der Allgemeinen Arbeitsföderation offenbarte, beweist, daß die Arbeitermassen Japans die Notwendigkeit der Sammlung und Organisation ihrer Kräfte nunmehr vollauf erkannt haben.

Das Verlassen der syndikalistischen Gruppen durch die am meisten klassenbewußten revolutionären Arbeiter und der Eintritt dieser Arbeiter in die Reihen der jungen Kommunistischen Partei Japans ist bezeichnend für den Umstand, daß der Vortrupp der Arbeiter nunmehr die Notwendigkeit der schnellen Bildung einer politischen Massenpartei begriffen hat.

Die führenden Elemente der revolutionären Arbeiter Japans beginnen zu verstehen, daß eine eigene politische Partei des Proletariats unumgänglich notwendig ist, eine Partei, welche breite Arbeitermassen unter ihre Fahnen sammeln und gleichzeitig Parolen ausgeben muß, die unter den Landpächtern und Knechten auf Widerhall treffen und dem am meisten unterdrückten Teil der japanischen Bevölkerung, dem Stamm der „Eta“, zeigen, daß nur die Befreiung der Arbeiterklasse auch ihm die Freiheit bringen kann. Nur im Besitze einer solchen Partei kann das japanische Proletariat zum Führer im tatsächlichen Kampfe gegen den Absolutismus und die Ueberbleibsel des Feudalismus werden, und nur in diesem Falle wird es imstande sein, die Ergebnisse des Sieges über das alte System, ohne sie der nach der Macht strebenden nationalen Bourgeoisie zukommen zu lassen, im Interesse der Arbeiterschaft selbst auszunützen.

G. Wojfinsky.

Die revolutionär-nationalistische Bewegung in Süd-China.

Das heutige China ist das Bild vollkommener Verwirrung. Tief im Innern des Landes hat die Revolution keine Aenderungen auf ökonomischem und politischem Gebiet gebracht. Die großen Massen der chinesischen Bevölkerung, die Bauern, beteiligen sich nicht am politischen Leben, und in ihren ökonomischen Verhältnissen ist keine Entwicklung zu

spüren. Die alten Formen des Besitzes und der Familie bestehen bis auf den heutigen Tag; Verbindungen mit der kapitalistischen Außenwelt sind nicht vorhanden, Gegensätze innerhalb der Bauernschaft gibt es nicht, das Dorf ist eine ökonomische Einheit, die alle Bedürfnisse der Bewohner befriedigt. Der sich in einigen Zentren an der Küste entwickelnde

Kapitalismus hat auf das Leben dieser Bauern keinen Einfluß. In diesen Zentren kämpfen die fremden Mächte gegeneinander, die sich in China festgesetzt haben und dort die Möglichkeit zur Investierung ihrer Kapitalien und einen Markt für die Produkte ihrer Industrie suchen. Der ökonomische Imperialismus unterminierte China schon in der letzten Zeit der Mandschu-Dynastie, und seit der Gründung der Republik besorgen die europäischen Länder und Japan, in geringerem Maße auch die Vereinigten Staaten, die Weiterentwicklung dieses Prozesses. Die „Bürgerkriege“ werden vom ausländischen Kapital mit Hilfe von gekauften Generalen und Politikern in hohem Maße gefördert; die fremden Anleihen, welche unter Bedingungen aufgenommen wurden, die von der Unabhängigkeit Chinas nicht viel übrig ließen, lieferten die Mittel zur Führung dieser Kriege. Während des Weltkrieges hat speziell Japan die Möglichkeit ausgenutzt, unbelastet von den kriegunrenden Mächten, seinen politischen und ökonomischen Einfluß in China sehr stark auszubreiten. In seiner Schritt über den „ökonomischen Imperialismus“ laßt Leonard Woolf die jetzige Lage Chinas in dem Satz zusammen:

„Bürgerkriege sind epidemisch in China; die Regierung ist hohnungslos korrupt, die Finanzen sind in chaotischem Zustand, große Teile des chinesischen Gebietes sind durch fremde Truppen besetzt, die Einnahmen sind alle verplandet, um die Zinsen der fremden Anleihen zu bezahlen, welche den Chinesen sehr wenig oder gar keinen Gewinn, aber oft unendlichen Verlust gebracht haben; durch ein System von Betrug und Gewalt haben die Ausländer jetzt Chinas Transportmittel und den größten Teil seiner Mineralreichtümer in ihre Hände gebracht.“

Mehr als zehn Jahre dauert jetzt die revolutionäre Entwicklung Chinas seit dem Sturz der Mandschus. Zwar reichte 1911 die Kraft der nationalistischen Intelligenz und ihrer Helfer in der Armee aus, um die Mandschu-Dynastie zu stürzen, doch hatten sich die Klassen noch nicht ausgebildet, die selbständig dieser politischen Umwälzung einen festen Inhalt geben konnten. Direkt nach dem Ausbruch der Revolution waren die kapitalistischen Mächte am Werk, eine Zentralisation Chinas unter der Führung der radikalen Mächte aus dem Süden, welche den Sturz der Mandschus vorbereitet hatten, zu verhindern. Der nordchinesische General Yuan-Schi-Kai

wurde durch ihren Einfluß gleichzeitig der Führer der Revolution und das Werkzeug der fremden Interessen. Die finanziellen Mittel der fremden Kapitalisten, welche Yuan-Schi-Kai zur Verfügung gestellt wurden, wurden von ihm nicht zur ökonomischen Entwicklung Chinas ausgenutzt, sondern für den Kampf gegen die Kräfte des Südens. Die letzteren, die Sun-Yat-Sen zum Ersten Präsidenten der chinesischen Republik ernannt hatten, waren schon zu einem Kompromiß mit Yuan-Schi-Kai gekommen, und Sun-Yat-Sen war freiwillig zurückgetreten, um damit die Einigung Chinas sicherzustellen. Dieses Kompromiß hat dann dazu geführt, daß nach und nach Yuan-Schi-Kai die Konstitution und das erwählte Parlament beiseite schob und den Widerstand der Südlischen brach. Von den ersten Errungenschaften der revolutionären Bewegung blieb auf diese Weise nicht viel übrig, es wurde immer deutlicher, daß Yuan-Schi-Kai die Wiederherstellung der Monarchie beabsichtigte und seine Familie auf den Thron bringen wollte.

Sein Kampf gegen die Revolutionäre des Südens endete mit der Auflösung ihrer Partei (Kuomintang) und der Flucht der Führer ins Ausland. Erst nach dem Tod Yuan-Schi-Kais hatten die Führer die Möglichkeit, nach China zurückzugehen und die revolutionär-nationalistischen Kräfte zu sammeln. Es war selbstverständlich, daß Sun-Yat-Sen und seine Freunde sich zuerst auf den Süden konzentrierten, weil sie dort noch immer einen sehr großen Anhang hatten. Der Sturz der Mandschus und die Entwicklung in China unter der Regierung Yuan-Schi-Kais hatte die nationalistische Bewegung unter der Intelligenz stark abgeschwächt. Während es unter den Mandschus möglich war, die chinesische Intelligenz unter der Losung „Gegen die Mandschus!“ zusammenzubringen, entstehen später große Schwierigkeiten, die Intellektuellen zu einer gemeinsamen Arbeit zu verbinden. Erstens übt dabei der alte Gegensatz zwischen Norden und Süden seinen großen Einfluß aus; zweitens aber sind es die fremden Einflüsse, welche die Intelligenz zu verschiedener Stellungnahme veranlassen. Dieselbe Erscheinung ist bei der Bourgeoisieklasse zu beobachten, welche sich in China entwickelt. Die Intellektuellen Chinas werden

in den verschiedenen Ländern Europas, in Japan und Amerika erzogen. Mit Ausnahme der Gruppe, welche in Japan gewesen ist, sind im allgemeinen die Intellektuellen zugunsten des Landes beeinflusst, in dem sie ihre Erziehung genossen haben. Schon in ihrer Jugend in China werden auf den Schulen der verschiedenen Missionen in dieser Richtung beeinflusst. Die chinesischen Kapitalisten, welche mit ausländischen Geschäften verbunden sind und zusammen mit fremden Kapitalisten neue Unternehmungen gründen, stehen selbstverständlich auch sehr stark unter dem Einfluß des Auslandes. Die treibenden Kräfte in der nationalistischen Bewegung Chinas sind nicht diese mit dem Ausland eng verknüpften Bourgeois-Elemente und Intellektuellen, sondern hauptsächlich die vielen chinesischen Emigranten in den fremden Kolonien, die fast alle aus den südlichen Provinzen Chinas stammen. Während der Kriegsjahre hat sich zwar in China die moderne Industrie entwickelt, doch in den meisten Fällen wurden die neuen Unternehmungen von Chinesen in Verbindung mit Ausländern gegründet. Die in den fremden Kolonien lebenden Emigranten sind in einer ganz anderen Lage. Während des Krieges hatten sie die Gelegenheit, große Kapitalien zu sammeln, die sie meistens in Banken, Plantagen und industriellen Unternehmungen in diesen Kolonien investiert haben. Sie treten dabei selbständig auf, sie versuchen z. B. in Holländisch-Indien Verbindungen mit dem Ausland unter Ausschaltung der europäischen Geschäfte und Banken in den Kolonien anzuknüpfen. Zwar kommen sie noch nicht dazu, ihr akkumuliertes Kapital für die ökonomische Entwicklung Chinas zur Verfügung zu stellen, weil die dortigen Verhältnisse, die permanenten Bürgerkriege und der Einfluß der fremden Mächte die politische Lage so unsicher machen. Sie bleiben aber für China interessiert, sie unterhalten Beziehungen mit ihren dort lebenden Familien, sie bleiben Chinesen, die gerne die Versuche der radikalen Intelligenz des Südens unterstützen, China zu zentralisieren und selbständig zu machen. Sie sind es gewesen, die diese Versuche immer finanziell möglich gemacht haben. Durch die chinesischen Seeleute und die von ihm geschickten Agenten unterhielt Sun-Yat-Sen die Verbindung mit diesen Elementen. Es

muß aber nachdrücklich betont werden, daß zwischen diesen zerstreuten chinesischen Großkapitalisten keine Verbindung existierte. Politisches Leben entwickelte sich unter ihnen nicht. Es waren die gleichen Tendenzen bei ihnen vorhanden, doch zu einer aktiven Beteiligung ihrerseits am Leben der Partei kam es nicht. Zweitens besteht ein Gegensatz zwischen diesen großkapitalistischen Emigranten, die in den fremden Kolonien zu den schlimmsten Ausbeutern der Eingeborenen gehören, und den radikalen Intellektuellen, die von Anfang an die Führer der nationalistischen Bewegung waren. Es ist hier der Ort, eine Charakteristik dieser Führer zu geben. Sie stehen alle unter dem Einfluß der sozialistischen Ideen, welche sie während ihrer Erziehung in Japan, Frankreich oder Amerika kennen lernten. Bei ihnen besteht die Tendenz, die moderne sozialistische Theorie mit der alten chinesischen Philosophie zu verbinden. Unmittelbar nach der ersten chinesischen Revolution war es Sun-Yat-Sen, der in „Le mouvement syndicaliste“ erklärte, daß das Ziel der revolutionären Nationalisten die Verwirklichung der sozialistischen Produktionsweise sei. Diese Ansicht hat er seitdem öfter ausgesprochen, und in seinem Buch über die ökonomische Entwicklung Chinas, das 1921 erschien, führt er aus, daß die nächste Etappe in China der Staatskapitalismus sein werde, der die sozialistische Produktionsweise einleiten solle. Es ist klar, daß dies Programm nicht den Bedürfnissen der großkapitalistischen Elemente entspricht, die seine Arbeit unterstützen. In seiner Propaganda mußte Sun-Yat-Sen sich hauptsächlich an die kleinbürgerlichen Elemente richten, an die Handwerker, die Arbeiter und die Soldaten seiner Armee. In dem Programm seiner Partei, das sich nicht wesentlich vom Programm der illegalen Gruppe unterscheidet, welche den Sturz der Mandschus durchgesetzt hat, werden die ökonomischen Absichten der Führer nicht zum Ausdruck gebracht. Die Formulierung des Programms ist derart, daß sehr verschiedene Gruppen der chinesischen Bevölkerung sich in der Partei organisieren können. Nur die folgenden drei Forderungen werden in dem Programm erhoben: Einigung und Unabhängigkeit Chinas, die demokratische Republik und ein menschenwürdiges Dasein für Alle

Die Verhältnisse sind längere Zeit so gewesen, daß die Partei nur illegal arbeiten konnte. Seitdem die Provinz Kwantung 1920 erobert worden ist, ist dort die Möglichkeit eines normalen Parteilebens gegeben. Die militärischen Pläne zum Sturz der Peking-Regierung haben jedoch auch in den letzten zwei Jahren verhindert, daß innerhalb der Partei eine Diskussion über taktische Fragen und über die Interpretation des Programms stattfand. Die schwache Seite der Partei war immer die, daß sie keine intensive Propaganda führte. Der Einfluß der Großmächte in China hat darauf hindernd eingewirkt. Sun-Yat-Sen und seine Freunde verstanden sehr gut, daß speziell nach dem Sturz der Mandchus eine revolutionär - nationalistische Propaganda ihre Spitze gegen den wachsenden Einfluß der fremden Imperialisten richten mußte. Trotzdem die bisherige Entwicklung der Revolution sie hätte lehren können, daß die Angelegenheiten Chinas nicht von Chinesen allein besorgt werden, sind sie noch immer der naiven Auffassung, daß sie die Neugestaltung Chinas selbst verwirklichen können ohne Intervention der Ausländer, wenn sie nur dafür sorgen, diese durch ihre Propaganda nicht zu reizen. Da die Klassen sich in China noch nicht ausgebildet haben, versuchen auch die südlichen Führer ihr Ziel hauptsächlich mit militärischen Mitteln zu erreichen. Insoweit sie an die Massen appellieren, hatte ihre Propaganda immer einen mehr oder weniger sozialistischen Inhalt. Das war notwendig, um die Arbeiter, die Handwerker und selbst auch die Kleinbürger für ihre Arbeit zu gewinnen. Der besondere Charakter der Kuomintang ist eben, daß sie in dieser Propaganda nicht behindert wurde von ihrer eigenen Bourgeoisie.

Nach der Eroberung der Provinz Kwantung durch die Truppen des Generals Tschen-Tschun-Ming, der Gründung einer südlichen Regierung, der Einberufung des chinesischen Parlaments in Kwanton und der Wahl Sun-Yat-Sens zum Präsidenten dieser Regierung hat es sich gezeigt, einen wie großen Anhang Sun-Yat-Sen unter den Handwerkern und Arbeitern Südchinas hat. Und seitdem haben die Führer der Kuomintang durch die Unterstützung der Arbeiterorganisationen und bei verschiedenen Streiks ihren Einfluß auf die Arbeiter noch vergrößert. Die Provinz

Kwantung steht auch in bezug auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter in China an der Spitze. Alte Formen der Arbeiterorganisationen, die Zünfte, hemmen noch immer, auch in den industriellen Zentren, die Entwicklung von Kampforganisationen der Arbeiterschaft. Z. B. sind in den großen Fabriken Shanghais die Arbeiter organisatorisch noch nach den Provinzen eingeteilt, aus denen sie stammen. Und selbst nach Streikbewegungen, in welchen sie zusammen gegen ihre Arbeitgeber kämpfen müssen, gelingt es noch nicht, moderne Gewerkschaften zu gründen. Im Süden ist die Lage viel günstiger. Die Seeleute, die Metallarbeiter, die Bauarbeiter haben schon ihre modernen Gewerkschaften, die seit 1920 mehrmals Streiks geführt und mit Erfolg für Verbesserungen der Löhne gekämpft haben. Auch wenn diese Streikbewegungen gegen chinesische Kapitalisten gerichtet waren, haben die Führer der Kuomintang die streikenden Arbeiter unterstützt. In dieser Hinsicht hat nicht nur Sun-Yat-Sen mit seinen vertrauten Freunden gearbeitet, sondern auch Tschen-Tschun-Ming, der sich zu einem Feind Sun-Yat-Sens entwickelt hat. Gegen die Unterstützung der Arbeiter wurde von bürgerlicher Seite Protest erhoben, und 1921 wurde eine allgemeine Aussperrung gegen diese Taktik der Verwaltung geplant. Noch in anderer Weise unterstützten die Kuomintangführer die neuen, sich entwickelnden Arbeiterorganisationen. Im Erziehungsamt der Provinz Kwantung wurde von Tschen-Tschun-Ming mit der Organisation der Erziehung der chinesische Kommunist Tschen-Tu-Tschu beauftragt, der früher Professor an der Peking-Universität war. Dieser Genosse gibt seit vier Jahren die Zeitschrift „Die Jugend“ heraus, die einen großen Einfluß auf die jüngere Intelligenz ausübt. In dieser Zeitschrift wird direkte kommunistische Propaganda getrieben und die Sympathie für Sowjetrußland und für die russische Revolution systematisch entwickelt; die Zeitschrift hat viel dazu beigetragen, daß sich in verschiedenen Städten Chinas Gruppen Intellektueller vereinigt haben, die sich mit dem Studium sozialistischer Probleme beschäftigen. Als Tschen-Tu-Tschu in Kanton war, gelang es ihm, von der provinziellen Ver-

waltung die Gründung einer Schule für Propagandisten zu erlangen. In Abendkursen werden die Arbeiter ausgebildet, die in den Gewerkschaften tätig sind. Solche Maßnahmen unter der Führung Tschen-Tschun-Mings sind selbstverständlich nur möglich, weil die Bourgeois-Elemente politisch noch vollkommen unklar sind.

Mit den ökonomischen Plänen der Partei für die Weiterentwicklung Chinas ist Tschen-Tschun-Ming vollkommen einverstanden. Zwischen den beiden Hauptführern der Partei haben sich indessen so starke politische Gegensätze entwickelt, daß sie zu Feinden geworden sind. Ökonomisch wollte Tschen-Tschun-Ming für die Provinz Kwantung den Staatskapitalismus durchführen und gegen die Entwicklung des Privatkapitalismus Stellung nehmen. Um diese Entwicklung zu hemmen, förderte er die Entwicklung der Arbeiterorganisationen und erklärte sich damit einverstanden, daß unter den Arbeitern sozialistische Propaganda getrieben wurde. Tschen-Tschun-Ming ist politisch anderer Ansicht geworden, seitdem er als Gouverneur der Provinz Kwantung tätig war. Als er noch General der revolutionären Armee in Fukien war, bestanden zwischen ihm und Sun-Yat-Sen noch keine Meinungsverschiedenheiten. Auch damals war Sun-Yat-Sen der Radikalere, der zur Tat schreiten wollte. Die Eroberung Kwantungs ist zwar von Tschen-Tschun-Ming ausgeführt worden, doch erst nachdem Sun-Yat-Sen dazu getrieben hatte. Seit dieser Eroberung wollte sich Tschen-Tschun-Ming nur auf die Provinz Kwantung beschränken. Er mußte dazu gezwungen werden, die Provinz Kwangsi zu erobern, wodurch die Verbindung zwischen Kanton und den revolutionären Elementen in den Provinzen Yünan, Kweitschau, Hunan und Setschuen hergestellt werden konnte. Als die Pläne für die militärische Expedition gegen den Norden eine festere Form annahmen und Sun-Yat-Sen damit anfang, die Truppen in Kweling (Provinz Kwangsi) für den Einmarsch in die Provinz Huan zu sammeln, wurde der Gegensatz zwischen Sun-Yat-Sen und Tschen-Tschun-Ming immer deutlicher. Auf der Seite Sun-Yat-Sens standen fast alle Führer der Kuomintang. Tschen-Tschun-Ming weigerte sich, sein Amt als Gouverneur der Provinz Kwan-

tung niederzulegen, um den Oberbefehl der Expeditionstruppen zu übernehmen. Er erklärte sich gegen die Zentralisation Chinas und näherte sich mehr und mehr dem Dezentralisationsgedanken des nördlichen Tutschunen Wu-Pai-Fu. Für die Dezentralisation erklärten sich alle Gouverneure; das ist selbstverständlich, weil sie auf diese Weise die diktatorische Gewalt in ihren eigenen Provinzen behalten können. Während Sun-Yat-Sen den Gedanken einer Diktatur der Partei zum Zwecke der Zentralisierung Chinas und der Entwicklung seiner ökonomischen Pläne akzeptierte, war Tschen-Tschun-Ming gegen jede Form der Diktatur, sprach sich für eine demokratische Verwaltung aus, handhabte aber in der Praxis die persönliche Diktatur in seiner Provinz. Sun-Yat-Sen hat lange gezögert, bevor er gegen Tschen-Tschun-Ming vorging; er wußte, daß er damit die Truppen dieses Generals verlieren würde, die der beste Teil der südlichen Armee waren. Die Hilfe, die er aus den anderen Provinzen bekommen hatte, war eine sehr ungenügende. Die Armee in Kweling war aus sehr verschiedenen Teilen zusammengesetzt, und tagtäglich kam es zu Kämpfen zwischen einzelnen Soldaten der verschiedenen Provinzen. Die Bewaffnung war vollkommen unzulänglich. Man sah bei den Soldaten häufig Gewehre aus den achtziger Jahren. Finanzielle Hilfe kam aus diesen Provinzen nicht. Das ganze Unternehmen mußte von der Provinz Kwantung bezahlt werden. Sun-Yat-Sen und seine Freunde trieben politische Propaganda unter den Offizieren; die älteren Generale hinderten aber mehrmals die jüngeren Offiziere, direkte Propaganda unter den Soldaten zu führen. Es war deutlich, daß die Kräfte, welche sich in Kweling befanden, der Armee Wu-Pai-Fus nicht gewachsen waren. Obgleich sich in der Provinz Hunan noch einige Divisionen befanden, die Sun-Yat-Sen unterstützt hätten, hielt Wu-Pai-Fu es nicht für notwendig, sich in dieser Provinz festzusetzen. Die Befehle, welche Sun-Yat-Sen nach Kanton schickte, um Tschen-Tschun-Ming aufzufordern, nach Kweling zu kommen, wurden unbeachtet beiseite gelegt. In den gleichen Tagen wurde der vornehmste Berater Tschen-Tschun-Mings in Kanton erschossen und damit die Kluft zwischen ihm und Sun-Yat-Sen ver-

tieft. Es war auch in dieser Zeit, daß die Gegensätze im Norden zwischen Tschang-Zo-Lin und Wu-Pai-Fu sich so stark entwickelten, daß es zu einem Krieg zwischen diesen beiden Ober-Tutschunen kommen mußte. Tschang-Zo-Lin erklärte sich dann bereit, die Südlichen in dem Kampf gegen Wu-Pai-Fu zu unterstützen. Der Vizeminister des Auswärtigen, Wu, reiste aus Kanton nach Mukden ab, und dabei kam es zu einem offenen Bündnis zwischen Tschang-Zo-Lin und Sun-Yat-Sen. Tschang-Zo-Lin war niemals auf seiten der südlichen Revolutionäre gewesen. Als Werkzeug der Japaner konnte er natürlich nicht für die revolutionär-nationalistischen Ideen der Kuomintang sein. Das Bündnis zwischen Sun-Yat-Sen und ihm ist nur durch die Schwäche der militärischen Kräfte Sun-Yat-Sens zu erklären, eine Art Spekulation, die nach der Meinung der Kuomintangführer den Erfolg haben mußte, daß die beiden nördlichen Gegner einander vernichteten und damit die Möglichkeit geschaffen würde, die südlichen Pläne durchzusetzen. Weil Sun-Yat-Sen während der militärischen Expedition vom Parlament und von der Parteiführung mit diktatorischer Gewalt bekleidet worden war, wurde über das Bündnis zwischen ihm und Tschang-Zo-Lin in der Partei nicht diskutiert. Auch Tschen-Tschun-Ming erklärte sich nicht gegen das Bündnis. Doch schon in jenen Tagen fing er damit an, geheime Verbindungen mit Wu-Pai-Fu anzuknüpfen. Als dann Sun-Yat-Sen aus Kweling nach Kanton zurückkehrte und Tschen-Tschun-Ming als Gouverneur der Provinz entließ (an seiner Stelle wurde der alte Revolutionär Wu-Tai-Fang zum Gouverneur ernannt), kehrte sich der entlassene Gouverneur mit seinen Truppen gegen Sun-Yat-Sen, der im Auswärtigen Amt von den Truppen Tschen-Tschun-Mings belagert wurde und flüchten mußte. Tschen-Tschun-Ming löste die südliche Regierung auf und erklärte sich einverstanden mit dem politischen Programm Wu-Pai-Fus, das die Dezentralisation Chinas mit großer Autonomie der Provinzen umfaßt. Wie bekannt, ist in dem Kampf zwischen Tschang-Zo-Lin und Wu-Pai-Fu der letztere Sieger geblieben. Tschang-Zo-Lin hat sich in die Mandschurei zurückgezogen, und Wu-Pai-Fu hat damit in Peking die Macht erobert. Im Süden dauert der Krieg

zwischen Sun-Yat-Sen und Tschen-Tschun-Ming an. Militärisch ist unbedingt Tschen-Tschun-Ming der stärkere, doch die alten Führer der Partei sind auf seiten Sun-Yat-Sens geblieben.

Charakteristisch für den Zusammenhang der revolutionär-nationalistischen Bewegung mit der sich entwickelnden modernen Gewerkschaftsbewegung war die Entwicklung des großen Streiks der südchinesischen Seeleute im Januar dieses Jahres. Ursprünglich hatte dieser Streik nur einen ökonomischen Charakter; es handelte sich um eine Verbesserung der Löhne für die Küstenfahrten und die Verbindungen nach dem indischen Archipel. Die große Solidarität der Seeleute kam sofort zum Ausdruck durch einen Sympathiestreik ihrer Kollegen der großen Fahrt. Damit bekam der Streik sofort eine viel größere Bedeutung. In dem Hafen Hongkongs wuchs schnell die Zahl der großen Dampfer, weil die chinesischen Seeleute die Schiffe verließen. Nur die japanischen Schiffe, auf welchen keine Chinesen arbeiten, konnten einen beschränkten Verkehr aufrechterhalten. Als die großen Schifffahrtsgesellschaften versuchten, mit Chinesen aus dem Norden, Philippinern und Malayen die Fahrt aufrechtzuerhalten, traten die Hafenarbeiter Hongkongs auch in den Streik. Die britische Regierung stellte sich natürlich auf die Seite der großen Schifffahrtsgesellschaften, verbot die Arbeit des Streikkomitees in Hongkong und zwang dadurch die Führer der Seeleute, ihren Sitz nach Kanton zu verlegen, wo sie von der Kuomintangpartei sehr herzlich empfangen wurden. Der chinesische Verband der Seeleute in Hongkong wurde aufgelöst. Der ökonomische Kampf zur Verbesserung der Löhne hatte sich zu einem nationalistischen Kampf gegen die englische Verwaltung in Hongkong entwickelt. Die Führer der Kuomintang waren tagtäglich in Verbindung mit den Streikenden, stellten Lokale zur Verfügung und unterstützten die Seeleute in jeder Weise. Dabei wurde nicht vergessen, eine intensive Propaganda unter den Seeleuten zugunsten der Kuomintang zu führen. In großen Demonstrationen zogen die Streikenden nach den Gräbern der Gefallenen der Revolution, wo die Führer der Kuomintangpartei Ansprachen hielten und die Arbeiter aufforderten, in dem Kampf gegen die fremden

Kapitalisten durchzuhalten. Diese Propaganda unter den Seeleuten hatte einen so großen Erfolg, daß die Streikenden in Kanton, Hongkong und Swatau sich sämtlich als Mitglieder der Partei anmeldeten. Die Führer sind in diesem Streik in genau derselben Weise aufgetreten wie wir in den revolutionären Gewerkschaften. Ihr Benehmen während dieses Streiks hatte natürlich auch einen starken Einfluß auf die anderen Arbeiter, und die Beziehungen zwischen der südchinesischen Arbeiterschaft und der revolutionär-nationalistischen Bewegung sind durch diesen gelungenen Streik noch viel inniger geworden. Die englische Regierung Hongkongs mußte vor den Streikenden kapitulieren und die Union der Seeleute auf ihrem Gebiet wieder zulassen.

Wenn wir Kommunisten in diesen Gewerkschaften, die jetzt versuchen, Verbindungen mit den nordchinesischen Arbeitern zu bekommen und eine Zentrale zu gründen, mit Erfolg arbeiten wollen, haben wir dafür zu sorgen, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen der südchinesischen nationalistischen Bewegung und uns aufrechterhalten werden. Die Thesen des 2. Kongresses sind für China, wo das Proletariat nur erst in geringem Maße entwickelt ist, in der Weise durchzuführen, daß wir die revolutionär-nationalistischen Elemente des Südens tatsächlich unterstützen. Es ist unsere Aufgabe, zu versuchen, diese revolutionär-nationalistischen Elemente zusammenzuhalten und die ganze Bewegung nach links zu treiben.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die kommunistische Propaganda, die von einigen Genossen dort geführt wird, bei der Jugend lebhaftes Interesse für die sozialistische Theorie erweckt hat; aber dabei ist es vorläufig geblieben. Sun-Yat-Sen klagte sehr stark darüber, daß die sozialistische Jugend abseits von der politischen Bewegung bleibe. Es besteht ganz bestimmt bei diesen jüngeren Intellektuellen eine starke Abneigung gegen

jede politische Arbeit, auch bei den Elementen, die sich Marxisten nennen. Die einzige Ausnahme ist die Jugendorganisation in Kanton; im Norden sind es nur einzelne Elemente, die Verbindung mit der Arbeiterschaft suchen, den Arbeitern bei der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit helfen, und die einsehen, daß sie politisch mit den revolutionären Nationalisten zusammenarbeiten müssen. In Kanton besteht schon eine bedeutende Organisation der Jugend. Diese Organisation war es, die in Verbindung mit einem Arbeiterverein am 15. Januar d. Js. eine Arbeiterdemonstration zum Gedächtnis Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts organisierte. Diese Jugendorganisation hat die Pflicht, enge Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen anzuknüpfen und in den Gewerkschaften ein Kader von Arbeitern auszubilden.

China ist der Tummelplatz der Kämpfe zwischen den Großmächten, die die Hegemonie auf dem Stillen Ozean erobern wollen. Die Washingtoner Konferenz hat im wesentlichen nichts daran geändert. Die Führer der nationalistischen Bewegung im Süden sind sich darüber klar, daß in Washington die Verhältnisse für China nicht verbessert, sondern verschlechtert worden sind. Das Bündnis der vier Mächte, das geschlossen wurde, um Japan aus der bevorrechteten Stellung zu drängen, die es sich in China während des Krieges erobert hatte, wird selbstverständlich in China nur imperialistische Zwecke verfolgen. Die imperialistischen Mächte haben alle großes Interesse daran, ihren Anteil an der reichen Beute zu bekommen, die China für sie darstellt. Diese Lage erzeugt bei den Führern der revolutionären Bewegung eine Gesinnung zugunsten des Zusammenarbeitens mit Sowjetrußland und macht es für uns Kommunisten möglich, im Einvernehmen mit der revolutionären Bewegung auch jetzt schon wichtige positive Arbeit zu leisten.

H. Maring.

Die Wahlen in Ungarn.

Es ist das erste Mal, daß die Arbeiter sich in Ungarn an den Wahlen beteiligten. Vor dem Kriege war das Wahlrecht so beengt, daß die Arbeiter überhaupt kein Stimmrecht hatten. Die Wahlen,

die nach der Revolution, im Frühjahr 1919 stattfinden sollten, konnten nicht durchgeführt werden, da inzwischen die Räterediktatur errichtet wurde. Nach dem Sturze der Sowjetregierung

fanden die Wahlen im Februar 1920 statt. Das Kräfteverhältnis der Klassen war damals durch die zwei Revolutionen sehr verschoben.

Die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die vor der Revolution die absoluten Beherrscher aller anderen Klassen waren, verloren mit dem Zusammenbruch des Krieges und durch die Verfügungen der Räteregierung ihre Macht. Die 6 Monate, die ihnen von dem Sturze der Proletariardiktatur bis zu den Wahlen zur Verfügung standen, wären selbst bei ruhigeren Verhältnissen nicht ausreichend gewesen, um ihre zerschlagenen Kräfte zu sammeln, zu ordnen und aufmarschieren zu lassen. Dazu kam noch, daß sie untereinander gespalten waren. Ein Teil, die feudalen Aristokraten und der hohe Klerus, war für die Habsburger, da sie durch die Rückkehr des abgedankten Königs eine leichtere Wiedergewinnung ihrer verlorenen Machtposition erhofften. Der andere Teil der Bourgeoisie war für eine freie Königswahl und bekämpfte die Legitimisten.

Die Kapitalisten waren auch arg zerrüttet, hatten alle Hände voll zu tun mit der Reorganisation und Herstellung der durch die Revolution gestörten Verbindungen, waren bedrängt durch die kapitalistenfeindlichen Elemente der kleinen und mittleren Landwirte und der städtischen Kleinbürger.

Unter solchen Umständen konnten die Großgrundbesitzer und Kapitalisten bei den Wahlen von 1920, trotz des Sieges, den die Bourgeoisie über das Proletariat erfochten, die Früchte dieses Sieges noch nicht ernten. Ihre alten, vorrevolutionären politischen Organisationen waren zerfallen, neue waren noch nicht entstanden. Soweit sie an den Wahlen teilnahmen, taten sie das unter der Flagge der städtischen Kleinbürger oder der kleinen Landwirte.

Das Proletariat war bei diesen Wahlen fürchterlich geschwächt. Seine besten Führer mußten fliehen, waren getötet oder saßen zu Tausenden in den Gefängnissen. Die Kommunistische Partei war völlig vernichtet, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften waren eingeschüchtert und terrorisiert und haben sich trotz des allgemeinen, geheimen Wahlrechts, das sich auch auf die Frauen erstreckte, von den Wahlen ferngehalten. Seit zwanzig Jahren kämpfte die Sozialdemokratie für dieses Wahlrecht, paktierte mit einem jedem, der ihr dies versprach, und konnte am Ende, da diese Verkörperung der „reinen Demokratie“ zur Wirklichkeit wurde, dank der Bourgeoisiediktatur nicht den erhofften Gebrauch davon machen.

Die Klassen der kleinen Landwirte und städtischen Kleinbürger waren es, die durch die zwei Revolutionen am wenigsten berührt wurden. In einer Lage, in der die Bourgeoisie noch nicht, das Proletariat nicht mehr die alten Kräfte hatte, fiel

ihnen notwendigerweise die Macht zu. Das Selbstbewußtsein dieser kleinbürgerlichen Schichten wurde durch die Niederlagen, die die Bourgeoisie und dann das Proletariat erlitt, sehr erhöht.

Dementsprechend waren sie die Sieger der Wahlen von 1920. Die kleinen Landwirte allein hatten mehr als die Hälfte der Sitze im Parlament. Nach ihnen kamen die Vertreter der reaktionären städtischen Kleinbürger und kleinere, versprengte Teile der legitimistischen Großgrundbesitzer, liberale Kleinbürger. Die Arbeiter hatten keinen einzigen Vertreter.

Die Macht hatten die städtischen Kleinbürger, die mit der unteren Bürokratie und mit den aus Studenten, Reserveoffizieren, geflüchteten Beamten und Lumpenproletariern bestehenden Brachialformationen den weißen Terror handhabten. Sie waren in Koalition mit den kleinen Landwirten, mit denen sie durch die gemeinsame Furcht vor dem städtischen und ländlichen Proletariat und mit der Feindseligkeit dem Finanz- und Agrarkapital gegenüber verbunden waren. Politisch hatten die „Christlichen“, die städtischen Kleinbürger, in dieser Koalition die Führung; sie waren in den Zentren, hatten eine neugeschaffene Presse, waren beweglicher und konnten ihre Kräfte schnell an den nötigen Punkten konzentrieren.

Zahlenmäßig und ökonomisch waren die Landwirte ihnen überlegen, sie waren aber zerstreut, unerfahren, waren mit den Kämpfen nach unten und gegen die Großagrarien und mit der Befriedigung ihrer Wucherinteressen beschäftigt. Die Gegensätze zwischen Dorf und Stadt, zwischen konsumierenden „Christlichen“, die billige Lebensmittel, und den kleinen Landwirten, die hohe Lebensmittelpreise haben wollten, kamen bald zum Vorschein. Die Kämpfe, die daraus resultierten, wurden von den Vertretern der Großagrarien und der Kapitalisten, die sich in den Reihen der kleinen Landwirte und der „Christlichen“ befanden oder außerhalb des Parlaments saßen, geschickt zur Unterhöhlung des kleinbürgerlichen Regimes und zur Sammlung der Kräfte der Bourgeoisie verwendet.

Die Unerfahrenheit, Unfähigkeit und Korruption dieser Kleinbürger, die ihre politische Linie den „christlichen Kurs“ nannten, taten ihr bestes, diese Entwicklung zu beschleunigen. Auf der anderen Seite ging eine etwas eigenartige Reorganisation des Kapitals vor sich. Die ungarische Industrie wurde von England, Italien und Frankreich aufgekauft, mit Betriebskapital und Rohmaterial versehen. Die sozusagen mit Brachialgewalt niedergehaltenen Arbeitslöhne erlaubten gute Profite, die stillgelegten Fabriken wurden in Betrieb gesetzt, die Arbeiter, die arbeitslos in die Dörfer zurückgegangen waren, wurden wieder beschäftigt. Mit ihnen erstarkten dann erst zahlenmäßig und später

auch an tatsächlicher Macht die Gewerkschaften, und endlich die einzige Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie.

So rekonstruierten sich die durch die Revolution zerrütteten Klassen. Diese Aenderung fand ihren Ausdruck darin, daß die „unbesonnenen“, d. h. die Interessen der Bourgeoisie nicht achtenden und nur im städtischen, reaktionären Kleinbürgertum wurzelnden Politiker, systematisch verdrängt wurden und an ihre Stelle die Exponenten der Bourgeoisie kamen. An Stelle der antisemitischen und oft antikapitalistischen Losungen traten neue, die die Wichtigkeit der Industrie, sogar der Arbeiterschaft, die Notwendigkeit „geordneter Verhältnisse“ und der Einstellung der konfessionellen Verfolgungen betonten.

Die Wirtschaftskrise verschonte auch Ungarn nicht. Die Entwertung des Papiergeldes wurde katastrophal. Die ungarische Krone ist nach der österreichischen und der polnischen Valuta die wertloseste. Dieser Umstand verstärkte auch die allgemeine Unzufriedenheit mit dem „christlichen Kurs“ der gegenrevolutionären Kleinbürger und Landwirte.

Bei einer allgemeinen, geheimen Wahl hätten sie sicherlich eine große Niederlage erlitten. An ihre Stelle wären die Vertreter der Arbeiter, der liberalen Kleinbürger und der Bourgeoisie getreten. Der christliche Kurs hatte aber noch die Brachialformationen in den Händen und war nicht geneigt, sich durch eine Abstimmung die Macht aus den Händen nehmen zu lassen. Eine geheime Wahl hätte zudem eine ansehnliche Arbeiteropposition ergeben, die allen Schichten der Bourgeoisie unerwünscht war.

Unter diesen Umständen konstruierte man eine „Einheitspartei“ aus dem der Bourgeoisie gefügigeren Teil der kleinen Landwirte und der städtischen Kleinbürger und aus den Vertretern des Großgrundbesitzes und des Kapitals. Diese „Einheitspartei“ ist nichts weniger als homogen, sie ist aber ziemlich einheitlich gegen die Arbeiter, die radikalen Kleinbürger der Stadt und des Dorfes und gegen den legitimistischen Flügel des Adels. Ihre Hauptaufgabe war, ein Wahlrecht auszuarbeiten das zwar erlaubte, die Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Bourgeoisie und zuungunsten der reaktionären städtischen und ländlichen Kleinbürger zu registrieren, das aber die Arbeiter und Kleinbauern fast ausschaltete. Sie schaffte das allgemeine Wahlrecht ab und arbeiteten ein neues aus, das die Arbeiterstimmen verringerte, die Kandidatur erschwerte und die geheime Wahl aufhob. Die Opposition drohte unter solchen Umständen mit Wahlenthaltung, worauf die Regierung durch eine Verordnung in den städtischen Bezirken, wo sie trotz

aller Terrorisierungsmöglichkeiten der offenen Abstimmung keine Erfolge erhoffte, die geheime Wahl zuließ.

Damit war der Ausgang der Wahlen von vornherein entschieden. In den Bezirken, wo die Wahl offen war, siegten in überwiegender Mehrheit die Vertreter der „Einheitspartei“. Wo die Wähler nicht gefügig waren, wandte man die bewährten Mittel — Bestechung, Alkohol, Terror und Gendarmerie — an. Speziell gegen die Kandidaten der unzufriedenen Kleinbauern ist man mit allen Mitteln vorgegangen. Dagegen erlitt die Regierungspartei in den städtischen Bezirken eine entschiedene Niederlage. In den 45 städtischen Bezirken mit geheimer Abstimmung gewann die Opposition 35 Mandate. In der Hauptstadt hatte die Regierung keine selbständige Liste aufgestellt; dort wurden 24 Oppositionelle (darunter 13 Sozialdemokraten) und 6 regierungsfreundliche „Christliche“ gewählt.

Innerhalb der Regierungspartei ging eine den veränderten Kräfteverhältnissen entsprechende Aenderung vor sich. Es fielen die bäuerlichen Elemente der kleinen Landwirte und die Exponenten der städtischen reaktionären Kleinbürger, darunter die meisten gewesenen Minister des christlichen Kurses, durch. An ihre Stelle traten Großgrundbesitzer und Vertreter des Finanzkapitals, meistens Leute, die bereits in der alten Partei des Grafen Tisza politisch tätig gewesen waren.

Die klerikalen Kleinbürger verloren mehr als die Hälfte ihrer Sitze.

Die Sozialdemokraten eroberten von 245 Mandaten 25. Dieses Wahlergebnis wird von jeder Partei als ein großer Erfolg angesehen und ist ein Beweis dafür, daß das ungarische Proletariat, trotz des weißen Terrors, trotz der ungeheuren Verluste und Niederlagen sich wieder aufrafft. Da außer den Sozialdemokraten keine legale Arbeiterpartei in Ungarn existiert — der weiße Terror verfolgt selbst die Anhänger der Zweieinhalb-Internationale —, erhielten sie auch die Stimmen der kommunistischen und oppositionell gestimmten Arbeiter. Durch die Stimmen unzufriedener Kleinbürger unterstützt, errangen sie in der Provinz einige überraschende Siege.

Ihre Losungen waren, wie es einer S. D. Partei ziemt, patriotische Gemeinplätze wie „Ohne die Arbeiter ist der Wiederaufbau des Vaterlandes nicht möglich“. Sie unterstrichen, daß sie ebenso gute Patrioten seien wie die Bourgeois; das Bürgertum solle nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie die einzige Mitkämpferin für das bürgerliche Gedeihen ist und ähnliches mehr. Ein klares Programm gaben sie nicht, sie verlangten „Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und der Sicherheit“, Amnestie, Demokratie. Sie sahen in der Wahl in erster Reihe eine Jagd auf Mandate, und sie nützten sie weder agitatorisch noch or-

ganisatorisch aus. Am klarsten war das in den Bezirken mit großem Landproletariat, wo sie nur das Minimum ihrer Kräfte einsetzten und den Kampf der radikalen Kleinbauernpartei überließen, die dann dezimiert, mit 3—4 Mandaten aus dem Kampf hervorging.

Den Wahlerfolg haben sie errungen, da das in zwei Revolutionen gewitzigte Proletariat sehr gut verstand, daß es sich um eine Heeresschau, um eine Kraftprobe handelt. Es stimmte für die Sozialdemokraten, nicht weil sie Anhänger der Demokratie oder der II. Internationale sind, sondern weil dies die einzige Möglichkeit war, der Bourgeoisie das Wiedererwachen und die Kraft des Proletariats zu zeigen.

Die Wahlerfolge stärkten das Selbstbewußtsein der Arbeitermassen. Neben einer gewissen Renaissance der demokratischen Illusionen, die bei der ersten Benutzung des Parlaments sehr verständlich ist, setzte eine Radikalisierung der Massen ein, ein Drängen nach energischer Führung des Klassenkampfes. Die Sozialdemokraten versichern weiter, daß sie „für den Wiederaufbau des von Feinden umringten Vaterlandes“ sind, betonen, daß sie gute Ungarn sind, und ihren Kampf gegen den weißen Terror charakterisiert ihre Forderung, daß „die Ausschreitungen nach rechts und nach links aufhören müssen“. Zur Ergänzung ihrer Amnestieforderungen erklärte einer ihrer Führer: „Für die Kommunisten fordern wir natürlich keine

Amnestie“. Vor ihren Wählern müssen sie gegen die „Aufwiegler“ und „Quertreiber“ kämpfen, die mit den erzielten Erfolgen nicht zufrieden sind, die zu „unerfüllbaren Forderungen aufwiegeln“ und eine „unverantwortliche, wühlerische Politik“ treiben wollen. Die Demonstrationen der letzten Wochen, — die ersten seit dem Sturze der Räte-diktatur —, die gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer stattfanden, zeigten aber die steigende Kampfeslust.

Die Wahlen haben eine große Klärung gebracht. Sie eliminierten einen großen Teil der Kleinbürger, die gegen die Proletarier, manchmal aber auch gegen die Kapitalisten waren. An ihre Stelle traten ausgeprägte, zielbewußte Vertreter des Kapitals, denen gegenüber die bisher von dem Parlament künstlich ferngehaltenen Arbeiter als die größte Oppositionspartei erscheinen. Die weitere Entwicklung wird eine weitere Klärung bringen: innerhalb der Bourgeoisie wird der Einfluß des Kleinbürgertums weiter vermindert, innerhalb des Proletariats wird der Einfluß der kleinbürgerlichen Sozialdemokraten verdrängt werden. Diese Aufgabe wird und muß die Kommunistische Partei Ungarns verrichten, die nach dem furchterlichen Aderlaß durch den weißen Terror und nach der Ausmerzungen der Emigrationsstreitigkeiten wieder daran geht, ihre geschichtliche Rolle zu erfüllen, die Führung des Befreiungskampfes des ungarischen Proletariats.

Matthias Rakosi.

Eine kalte Hölle.

Das Resultat der neulich stattgefundenen Wahlen in Finnland kann man als einen Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit charakterisieren. Auf der einen Seite trat in dem energischen Start der jungen Arbeiterpartei eine revolutionäre proletarische Unzufriedenheit zutage. Auf der anderen Seite kam eine reaktionäre Unzufriedenheit der bürgerlichen Wähler in zweierlei Formen zum Ausdruck: in der allgemeinen Verminderung der Teilnahme an den Wahlen und in dem besonders großen Verlust des „progressiven“ Zentrums.

Die revolutionäre Unzufriedenheit der Arbeiterschaft ist schon zu verstehen. Aber die politische Lebensmüdigkeit der bürgerlichen Elemente und ihre reaktionäre Unzufriedenheit einer Zentrumspartei gegenüber,

die in der Tat beständig eine reaktionäre Politik verfolgt hat, kann man nur verstehen, wenn man die gegenwärtige Lage des Kapitalismus in Finnland und seine trüben Perspektiven kennt.

Die Erfahrung der letzten vier Jahre zeigt, daß die finnische Bourgeoisie nicht imstande ist, sich ein Regime zu schaffen, mit dem sie zufrieden sein könnte. Sie hat in dieser Zeit volle Freiheit gehabt, eine ideale Vollkommenheit der nationalen Unabhängigkeit. Was fehlte noch? Das erschnute Paradies sollte schon da sein.

Es ist aber in Wirklichkeit etwas ganz anderes da — selbst nach dem Empfinden vieler guter Patrioten.

In dem altfinnischen Volksepos, das bekanntlich in Karelien gesungen wurde, wird von

zwei verschiedenen unabhängigen finnischen Reichen erzählt: von dem schönen sonnigen „Kalevala“ (Karjala), wo die guten Helden wohnten, und von dem nördlichen „Pohyola“, dem Reich der Finsternis. Dieses nördliche Höllenfürstentum war im Gegensatz zu der gut geheizten biblischen Hölle absolut kalt; sogar die Wasserfälle waren dort erstarrt, die schwimmenden Schwäne waren aus Reif und die springenden Hasen aus Eis. Die Herrschaften von Pohyola waren professionelle Räuber großen Stils. Als ihr wirklicher Häuptling sowohl zu Hause als auch auf den Raubzügen trat nicht der legale Wirt von Pohyola auf (er war nur ein kleinlicher Stümper und Maulheld), sondern sein Weib Louhi. Dieser weibliche Satan war wirklich ein barbarischer Drache, kein gemütlicher Diplomat. Einmal raubte sie nichts weniger als die Sonne aus Kalevala und versteckte das Ding in den Höhlen des Erzgebirges bei Pohyola. Ein anderes Mal raubte sie die Wundermühle der armen Kalevala-Leute.

Diese Mühle war ein sehr zweckmäßiger Produktionsapparat. Der talentvolle Helden schmied, Ingenieur Ilmarinen, hatte sie konstruiert und mit Hilfe vieler Sklaven verfertigt. Die Mühle produzierte alles, was für die damalige Urkommune in Kalevala nötig war: am ersten Tag alle Lebensmittel, am zweiten Tag alle Verkaufs- oder Ausfuhrgegenstände und am dritten Tag die Luxuswaren für Fest- und Gastmähler. So eine Maschine in den Händen der Kalevalabewohner gab der neidischen Louhi keine Ruhe. Sie kam in einer Nacht an der Spitze ihrer weißen Banditen und raubte die Mühle.

Was wußte aber die barbarische Räuber-gesellschaft mit dieser Erfindung der hochentwickelten Maschinenteknik anzufangen? Nichts besseres, als man von den Vertretern der Habsucht und des Neides erwarten konnte: die wertvolle Maschine wurde tief in die Erde gegraben, in den steinigen Hügel von Pohyola. So lag der Apparat dort brach. Kein Mensch hatte Nutzen oder Freude an ihm. Solche Teufel kann es geben!

Die altkarelischen Runensänger waren keine schlechten Propheten.

Der industrielle Produktionsapparat in Finnland gedeiht nicht. Soweit er überhaupt

im Gang ist, bringt er jetzt den Ausbeutern keinen großen Nutzen und den Sklaven nicht die geringste Freude.

Es ist kein großer Apparat, aber er hätte erweitert und vervollkommen werden können. Der Industrialisierungsprozeß ist im Lande noch im Anfangsstadium und noch längst nicht so weit fortgeschritten, wie z. B. in Schweden. Die natürlichen Voraussetzungen sind zwar sehr armselig. Das Klima ist kalt, der Boden arm und uneben, zum größten Teil entweder mit Geröll bedeckt oder von langgestreckten Sümpfen unterbrochen. Obgleich 65 Prozent der Bevölkerung zu der in der Landwirtschaft tätigen gerechnet werden, ist das Volk bei weitem nicht imstande, von selbsterzeugtem Brot zu leben. Ungefähr die Hälfte des nötigen Brotgetreides muß in normalen Zeiten von außen eingeführt werden. Sogar die meisten landwirtschaftlichen Produzenten — fast alle Kleinbauern und Kleinpächter — sind gezwungen, sich einen Teil des Brotgetreides zu kaufen. Besser als mit dem Getreidebau steht es mit der Rindviehzucht und der Milch-wirtschaft; doch ist sie, verglichen mit denjenigen Dänemarks, noch sehr unentwickelt. Ein großer Teil der Weiden ist schlecht und die natürlichen Wiesen sind wenig ergiebig. In der finnischen Erde gibt es, mit unbedeutenden Ausnahmen, weder Eisen noch andere Erze. Auch Kohle gibt es nicht. Nur Wälder in weiter Ausdehnung. Auf den Waldreichtum sich stützend, hat sich im Lande eine weitverbreitete Dampfsägemühlen- und eine zentralisierte Papierindustrie entwickelt. Andere Industriezweige, wie Metallverarbeitung und Maschinenbau, Textil- und Lederbearbeitung und Lebensmittelindustrien, sind schwach entwickelt.

Von der Gesamtzahl der Bevölkerung (ungefähr $3\frac{1}{2}$ Mill., auf einen Quadratkilometer kommen im Durchschnitt nur 7 Menschen) gehört mindestens die Hälfte zur Gruppe der ländlichen Proletarier oder Halbproletarier. Darunter befinden sich über 100 000 Gesindeleute, ungefähr 65 000 sogenannten Torparehaushalte (Kätner, frondienstliche Kleinpächter), ungefähr 125 000 Haushalte von Zwergpächtern und noch die gleich große Gruppe der auf dem Lande verstreut lebender Proletarier. Selbständige Kleinbauern gibt es 80—90 000,

Mittelbauern 20—30 000 und Großbauern und Großgrundbesitzer 2—3000. Die gesamte Lohnarbeiterschaft im ständigen Dienste der Industrie beträgt nicht mehr als 125—150 000, die Handwerker mit ihren Gesellen (35 000) und Schichten verschiedener Saisonarbeiter nicht mitgerechnet.

Wie jeder schon aus diesen Zahlen schließen kann, hat die kapitalistische Entwicklung in Finnland die Proletarisierung der bäuerlichen Bevölkerung so weit geführt, daß die industriellen Betriebe die Auswandernden nicht aufnehmen können. Die Emigration der ländlichen Proletarier und der Kleinbauern, die vor dem Kriege eine jährliche Begleiterscheinung der Proletarisierung war, ist jetzt fast unmöglich geworden. Die relativ dünne Schicht der voll ausgenutzten Lohnarbeiterschaft, die mit modernen Arbeitsmitteln arbeitet, kann natürlich mit dem von ihr zu schaffenden Mehrwert keine große Schicht von Müßiggängern ernähren und keinen großen staatlichen Apparat erhalten. Die Unkosten der kapitalistischen Klassenherrschaft sind aber in Finnland relativ groß. Unter der Vorherrschaft Rußlands war der Staatshaushalt viel billiger als jetzt. Die Staatsbürokratie ist z. B. durch eine teure Auslandsvertretung und eine politische Gendarmerie erweitert. Auch hat das Land jetzt eine Armee zu erhalten, die ein Viertel vom jährlichen Staatsbudget verschlingt. Dazu kommt noch eine weitverbreitete Weißgardistenorganisation mit hohen Ausgaben. Die Staatsschulden, die noch Mark ausmachten, sind seitdem auf nahezu zwei Milliarden gestiegen (rechnet man den Goldwert der früheren Schulden, für welche Zinsen nach dem Goldwert zu bezahlen sind, in die jetzige entwertete Valuta um, so ist die Gesamtsumme auf 3½—4 Milliarden finnischen Mark zu schätzen).

Noch teurer wird die „Unabhängigkeit“ für Finnland durch den Verlust der russischen Märkte. Aus Rußland bekam Finnland früher billiges Getreide und viele Rohstoffe, die nunmehr von anderswo eingeführt, die Produktionskosten der finnischen Industrie sehr verteuern. In Rußland fand fast die gesamte Papierproduktion Finnlands Absatz, und eine Großindustrie auf dem Gebiete des Maschinenbaues konnte sich nur auf Grund der russischen Bestellungen entwickeln.

Einen Ersatz für diese Märkte kann die Industrie Finnlands nur schwerlich finden. Der finnische Maschinenbau ist mit dem deutschen oder schwedischen nicht konkurrenzfähig. Noch weniger die Textilindustrie. Der finnischen Papierindustrie ist beim Suchen neuer Ausfuhrmöglichkeiten die große Entwertung der Landesvaluta vorläufig zu Hilfe gekommen. Nur dieser „Vorteil“ hat überhaupt im vorigen Jahre den finnischen Kapitalismus vor einer drohenden Katastrophe bewahrt. Die Kapitalisten konnten im Spätsommer bedeutende Vorräte von Holzwaren vorteilhaft exportieren, so daß das Gleichgewicht der Handelsbilanz erreicht wurde. Der Absatz ging hauptsächlich nach England, wo nicht nur die Valuta relativ recht hoch steht, sondern auch die Preise der Holzwaren bedeutend höher sind als vor dem Kriege, wogegen die Preise des Bauholzes in Finnland bisher sehr niedrig waren. Der Staat als größter Holzverkäufer hat so die Holzwarenkapitalisten durch Niederhaltung der Stockpreise begünstigt und ihnen zu reichlichem Profit verholfen (zwar hat er ihnen nachher wieder einen Teil dieser Beute durch Steuern abgenommen).

Die Holzsägerei ist natürlich als „Produktionsweise“ sehr primitiv, nationalökonomisch also wenig produktiv. Sie erzeugt ja nur das Rohmaterial für die Holzveredelungsindustrie und die Bauarbeiten usw. In Finnland wird durch die Holzkapitalisten ein systematischer Waldfrevel betrieben. In Süd- und Mittelfinnland, die bessere Transportmöglichkeiten haben, wird die jährlich gefällte Menge auf viele Millionen Kubikklafter geschätzt. Eine Vergrößerung des Absatzes nach England oder nach anderen Ländern in bedeutendem Grade ist kaum möglich. Dasselbe gilt auch für den gegenwärtigen Absatz finnischen Papiers und finnischer Butter.

In der Papier- und Holzwarenausfuhr hat der finnische Kapitalismus Schweden als nächsten Konkurrenten, in der Butterausfuhr Dänemark. Die schlechte Valuta macht vorläufig für Finnland diese Konkurrenz leicht, ja es ermöglicht ihm sogar momentan nach diesen Nachbarländern im beschränkten Maße einige solcher Artikel auszuführen, für welche es dort früher nie Absatz gefunden hätte.

Unter diesen Umständen war es dem finnischen Kapitalismus möglich, die Bilanz des

Außenhandels zu balancieren und die weitere Entwertung des Geldes aufzuhalten. Einfuhrbeschränkungen und eine starke Erhöhung der Zollmauern haben auch dazu beigetragen. Die vielfachen Versuche der Regierung, durch die Gunst der Entente eine neue ausländische Anleihe zur Stabilisierung der Valuta und zur Konsolidierung der schwebenden Schulden zu erhalten, sind in den letzten Jahren regelmäßig gescheitert. Die englische Regierung will kein Pfund für die weitere Stabilisierung des finnischen Kapitalismus riskieren. Entweder erscheint ihr das Risiko zu groß, oder die Stabilisierung ist schon weit genug vorgeschritten — vom Standpunkt der englischen Interessen betrachtet.

Die Unsicherheit der Valutaverhältnisse hindert aber die industrielle Entwicklung eben so sehr wie die Beschränktheit des Absatzmarktes und die Steigerung der Produktionskosten. Außerdem haben auch die großen unproduktiven Ausgaben des Staates (auch die der Städte und der Gemeinden) eine empfindliche Belastung des industriellen Profites mit Steuern unausweichlich notwendig gemacht. Die heiligen agrarischen Ausbeuterinteressen haben sich in der Steuerpolitik mit besserem Erfolge durchgesetzt als die Bestrebungen nach Schonung des industriellen Profites.

Als Folge all dieser Erscheinungen ist eine gedrückte Lage der Industrie, teilweise ein direkter Rückgang der industriellen Entwicklung zu verzeichnen. Dies kommt u. a. zum Ausdruck in der ständigen Vermehrung der Wechselproteste und in dem Sinken des Wertes der Industrieaktien. Am schwersten lastet die Krise auf der Maschinenindustrie. Die Profite sind gut nur für den zurückgebliebensten Zweig des Kapitalismus, für das Bauholzkapital und — selbstverständlich — auch für die Banken und die großen Handelsspekulanten. Auch die Großgrundbesitzer und die meisten mittelgroßen Bauern fühlen sich bei den hohen Butterpreisen ganz wohl, unter der Voraussetzung, daß der Staat sich politisch, wenn möglich noch vollständiger als bisher in eine Kühl- und Gefrierereinrichtung verwandelt.

Auch Sowjetrußland hat in Finnland erhebliche Mengen Papier und Brennholz gekauft. Das trug auch dazu bei, daß Finnland im

vorigen Jahre den Sturz seiner Mark verhindern konnte. In größerem Maßstabe konnten die gegenseitigen Handelsbeziehungen nicht in Gang kommen. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß der finnische Kapitalismus den richtigen Augenblick für die Wiederaufnahme der russischen Handelsbeziehungen verpaßt hat, in Anbetracht der begonnenen Wiederbelebung der einheimischen russischen Industrie. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen sind hauptsächlich wegen der Widersprüche innerhalb der Reihen der herrschenden Klasse Finnlands resultatlos geblieben; ein Teil hat sie gewünscht, ein anderer Teil hat sich ihnen widersetzt, und der größte Teil wünschte und widersetzte sich zugleich. Die finnische Bourgeoisie ist um den schönen russischen Markt herumgegangen wie die Katze um den heißen Brei. Sie hat vorsichtig mit der Pfote gefühlt und sich dabei verbrannt, wie der Trust der Papierkapitalisten, der beim ersten russischen Geschäft gesprengt wurde. Sie bekam dabei vielleicht das unbestimmte Gefühl, daß der russische Markt zu brenzlich sei für solche empfindlichen Waren wie Papier, Holz und Butter. Danach lief sie in blindem Zorn wieder umher und probierte mit den Zähnen einmal in Estland, ein zweites Mal in Olonetz, ein drittes Mal in Nordkarelien. Aber jedesmal wurde dies ein noch schlechteres Geschäft und sie bedeckte sich außerdem mit Schimpf und Schande.

Im Kalevala wird von einem abgefeimten Bösewicht Joukahainen erzählt, der den mächtigen Halbgott Wäinämöinen ermorden wollte und aus dem Hinterhalt mit dem Bogen auf ihn schoß. Der Pfeil ging aber vorbei. Wäinämöinen, anstatt ihn zu erschlagen, zwang ihn durch seinen Zaubergesang in den Sumpf hinein, tiefer und tiefer bis an die Lippen, schließlich erhielt der Bösewicht doch die Amnestie — er wurde freigelassen — aber die Schande. . .!

Daß dieses Land eine Hölle für seine Arbeiter ist, ist eine weltbekannte Tatsache.

Die Offensive des vermorschenden Kapitals gegen die Löhne der Arbeiter wird dort ganz offen mit Hilfe der Polizei, der politischen Gendarmerie und losgelassener Weißgardisten geführt. Bricht in Nordfinnland ein Streik

der Sägereiarbeiter aus, so wird z. B. deswegen in Helsingfors der Vorsitzende der allgemeinen gewerkschaftlichen Zentralorganisation (wie es vor kurzem der Fall war) verhaftet, und wird er bei den Wahlen in das Landesparlament gewählt, so wird er einfach des „Hochverrats“ beschuldigt und mit ziemlicher Sicherheit auch deswegen verurteilt.

In keinem Lande der Welt steht die Kultur des Hochverrats so hoch wie in Finnland. Sehr natürlich. Niemand, der z. B. die gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse der Helsingforser Arbeiter kennt (nach ihrer letzten Vertreibung), wird darüber erstaunt sein. Auch der loyalste Bürger, und wäre er selbst der Minister des Inneren, würde im Laufe einer einzigen Woche, die er in einer solchen Wohnung zubringen müßte, zu hochverräterischen Gelüsten verleitet werden. Denn diese Gelüste keimen ja sowohl in dem Schmutz der tiefen Keller als auch unter dem freien Himmel, im Wald, in den Heuschobern und auf der Landstraße.

Aber die Hunderttausende hochverräterischer Proletarier in Finnland haben jetzt keine Waffen in ihren Händen. Deshalb muß der Prozeß des ökonomischen Zerfalls und der politischen Auflösung vorläufig noch weiter schreiten. Es verbreitet sich eine Unzufriedenheit in den halbproletarischen, kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten, ja sogar in den Kreisen der unteren und mittleren Beamtenschaft und der Privatangestellten. Die Unzufriedenheit der letzteren ist freilich von einer ganz anderen Art als die proletarische.

Sie hat durchaus nicht deren bewußten, hochverräterischen Charakter. Sie ist anständig, loyal, patriotisch, zuweilen reaktionär, immer unschuldig und unbewußt in ihrer Hochverräterei. Sie läßt sich verscheuchen und nimmt gern Bestechungen entgegen. Sie ist also eine tugendhafte Unzufriedenheit, wenigstens bis zur entscheidenden Stunde. Sie ist eigentlich nur ein Zeichen, ein Zeichen der Desorganisation der kapitalistischen Klassenherrschaft.

Es kommen noch mehr solcher Zeichen an die Oberfläche der bürgerlichen Politik. Eine reaktionäre Regierung hat Schwierigkeiten mit einer loyalen Opposition der Mitte, eine Zentrumsregierung mit einer ebenso loyalen Opposition der äußersten Rechten, und eine Koalitionsregierung wieder stößt die Wähler in eine Oppositionsstellung. Eine Partei erhofft von England Schutz und Geld, eine andere schließt mit Polen und Frankreich Verträge, eine dritte sucht Beute in Abenteuern in Gemeinschaft mit Ludendorff und Co. Und je kleiner die Ausbeute, desto größer der Interessenstreit unter den Ausbeutern.

Die Kraft der proletarischen Revolution liegt noch gebunden in Finnland wie die Sonne, die in Pohyola eingekerkert war. Die Sonne mußte schließlich freigelassen werden. Sie war ein allzu glühendes Element für ihre Umgebung. Mit der Wundermühle ging es schlimmer. Im Kampfe um ihre Befreiung wurde sie zertrümmert.

O. W. Kuusinen.

Jules Guesde.

Frankreich ist die Wiege des modernen Sozialismus und des proletarischen Klassenkampfes. Im Laufe des letzten Viertels des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es der Arbeiterbewegung eine glänzende Plejade von Theoretikern des Sozialismus und Praktikern der Revolution, Namen, die Weltberühmtheit besaßen. Während das Deutschland der Philosophen von einem metaphysischen Systems zum andern schwebte, schritt Frankreich, die politischen und sozialen Grundpfeiler der alten Welt erschütternd, von einer Revolution zur andern. In Frankreich wurde am

Höhepunkt der bürgerlichen Revolution die Idee der Diktatur des Proletariats verkündet. (Gracche Babeuf.) Am Anfang des 19. Jahrhunderts vertrat der geniale Saint-Simon in seinem Versuche zur Gründung einer „sozialen Physik“, indem er die Forderung einer sozialen Reform auf das Studium des gegenseitigen Verhältnisses der sozialen Kräfte in der Vergangenheit und in der Gegenwart gründete das Grundprinzip der dialektischen Methode. Die Sozialisten und Revolutionäre aller Länder strebten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Paris, das für das Mekka des

Sozialismus und der Revolution galt, wie dies gegenwärtig mit Moskau der Fall ist. Es darf nicht vergessen werden, daß Karl Marx im entscheidenden Augenblick des Wendepunktes seiner Entwicklung nach Paris ging und hier die Grundlagen des modernen wissenschaftlichen Sozialismus niederlegte. (1844.) Die ersten entscheidenden Klassenkämpfe wurden in Paris geschlagen. In dieser Stadt wurde zur Zeit der Kommune die Macht zum ersten Mal durch die Arbeiterklasse erobert.

Um so mehr springt der Kontrast zwischen der grandiosen Entwicklung der sozialistischen Weltbewegung in Ländern wie Rußland und Deutschland und der verhältnismäßigen Schwäche der französischen Arbeiterbewegung ins Auge. Im Laufe einer ganzen Reihe von Jahrzehnten befand sich die französische Arbeiterklasse unter dem Doppeldrucke des vulgärsten Demokratismus und eines utopischen, kleinbürgerlichen Sozialismus. Der populärste Sozialist der Periode des zweiten Kaiserreiches war Proudhon, der Vater des Anarchismus und typischster Vertreter des spießbürgerlichen Sozialismus, wütender Gegner des proletarischen Kommunismus und Schöpfer volltönender revolutionärer Parolen und bescheidenster utopischer und reformistischer Projekte. Man könnte glauben, daß die große französische Revolution von 1789 und 1793, die Februar- und Julitage 1848 und die grandiose Proletariatschlacht von 1871 die kolossale revolutionäre Energie des französischen Proletariats erschöpften und es zu einem langjährigen Dahinvegetieren unter dem Schutzfittich der politischen Schacherer, der Opportunisten und Genossenschaftsfunktionäre verdammt. Aber der Grund des langsamen Entwicklungsganges der sozialen Bewegung in Frankreich liegt tiefer. Frankreich ist bis zum heutigen Tage das klassische Land des Kleinbesitzes, der Kleinproduktion. Das Kleinbürgertum ist hier zu Hause und verleiht jeder sozialen und politischen Bewegung seine Farbe. Paris, das eine für das ganze Land entscheidende Rolle spielt, ist hauptsächlich mit der Anfertigung von Luxusartikeln beschäftigt. Hierher strömen die Lebemänner aller Länder. Der Kleinrentier herrscht hier, der mit seinen Ersparnissen die internationalen Anleihen zustande bringt.

In diesem klassischen Lande der Kleinbourgeoisie trat nun ein Mann auf, der die Propaganda des rein proletarischen Sozialismus von Karl Marx und Friedrich Engels zu seiner Lebensaufgabe machte. Jules Guesde war mit Ausnahme der letzten Jahre seines Lebens fast ein halbes Jahrhundert hindurch ein Vorkämpfer des Marxismus in Frankreich. Zusammen mit Paul Lafargue, dem Schwiegersohn Marx's, Deville, u. a. kämpfte er vierzig Jahre lang unaufhörlich für den Marxismus und die Klassenorganisation des Proletariates.

Guesde wurde 1845 von nicht reichen Eltern geboren. Sein Vater war Hauslehrer. In seiner Jugend war Guesde gläubiger Katholik. Das Lesen Kants machte ihn zum Atheisten und der Kampf gegen die imperialistische Willkür Napoleons III. zum Revolutionär. Zur Zeit der Kommune finden wir ihn in der südlichen Stadt Montpellier, wo er versucht, das aufständische Pariser Proletariat zu unterstützen. Zu fünfjähriger Gefängnisstrafe verurteilt, zog er nach Italien, wo er sozialistische Agitation betreibt. Hier schrieb er auch sein erstes sozialistisches Werk, in welchem er gegen einen italienischen Gelehrten auftrat, der ein vielschichtiges Werk zur Verteidigung des Privateigentums geschrieben hatte. Er betätigte sich als Mitarbeiter der Arbeiterzeitung „Plebe“. Nach der Amnestie kehrte er nach Paris zurück, gründete hier die Zeitung „Egalité“ (Gleichheit), in der er in einer Reihe glänzender Essays die theoretischen Grundlagen und die Taktik des Marxismus popularisierte. 1879 lieferten die Anhänger Guesdes den Vertretern des unter Führung Louis Blanc's stehenden utopischen und reformistischen Sozialismus die erste entscheidende Schlacht, und im folgenden Jahre gründete Guesde die Französische Arbeiterpartei, deren Programm Karl Marx selbst schrieb. Dieses Programm wurde zuerst auf einem Distriktkongress und nachher auf dem Nationalkongress in Le Havre angenommen (1880). Als nachher die französische Bourgeoisie Guesde und Lafargue einige Muße verschaffte, indem sie sie in das politische Gefängnis Sainte-Pélagie setzten, schrieben sie ein ausführliches Kommentar zu diesem durch seine Bündigkeit und Klarheit bemerkenswerten Programm.

Während die Opportunisten und Reformisten der Frage des Eigentums aus dem Wege gingen, um sich in den Augen der Spießbürger und Kleinbesitzer nicht zu kompromittieren, erklärt das Programm der französischen Arbeiterpartei von allem Anfang an offen, daß die Produzenten nur in dem Falle frei sein können, „wenn sich die Produktionsmittel (Boden, Betriebe, Banken u. a.) in gemeinschaftlichem Besitz befinden“. Das Programm stellt fest, daß „die materiellen und intellektuellen Elemente der kollektiven Besitzform durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst vorbereitet“ werden. Das Programm formuliert klar die revolutionäre Kampfaktik. Das Proletariat muß mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln — das allgemeine Wahlrecht mitgerechnet, dessen es sich zu Agitationszwecken bedienen soll —, die politische und wirtschaftliche Expropriierung der Bourgeoisie erkämpfen.

Die französische Arbeiterpartei war die einzige wahrhaftig proletarische Klassenpartei in Frankreich. Sie unterschied sich scharf von der bürgerlichen Demokratie, an deren Spitze damals Clémenceau stand, von den opportunistischen Sozialisten.

listen, deren Führer Brousse, der gewesene Anarchist, war, und den Halbanarchisten, den Vertretern des „rein wirtschaftlichen Sozialismus der schwieligen Hände“, von Allemagne, der schließlich, wie auch zu erwarten war, in den Armen eines vulgären Opportunismus und Nationalsozialismus landete. Mit allen diesen Gruppen führte Guesde einen unaufhörlichen und erbitterten Kampf. In seinen öffentlichen Reden, die eine unwiderstehliche Wirkung auf die Hörschaft ausübten, stellte er immer das Problem des Eigentums, des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den Vordergrund. Das war auch das einzige Leitmotiv aller seiner Artikel und Broschüren. Die Gegner Guesdes machten ihm wiederholt zum Vorwurf, daß er sein ganzes Leben hindurch nur einen Artikel mit verschiedenen Überschriften geschrieben habe. Dieser Vorwurf enthält Wahres und Unwahres. Wahr ist, daß Guesde in allen seinen Artikeln die gleichen Gedanken zum Ausdruck brachte, um so bemerkenswerter ist es aber, daß er es verstand, ihnen jedesmal eine neue sinnvolle und frisch anmutende Form zu verleihen. Seine Zeitungsartikel, Broschüren und Reden werden auch jetzt noch mit Interesse gelesen. Guesde versteht es immer, durch seine scharfe und klare, die empfindlichste Stelle des Gegners treffende Analyse, das lebhafteste Interesse des Lesers zu erregen. Hatte Guesde Anhänger, die für ihn, wie man zu sagen pflegt, durchs Feuer gegangen wären, so hatte er andererseits unerbittliche Feinde, die ihn mit dem vollen Gefühl des Klassen-Selbsterhaltungsinstinkts haßten; „Diktator“, „Papst“, „Sektierer“ waren die ständigen Spitznamen, mit denen der Apostel des Marxismus in Frankreich belohnt wurde.

II.

Die Taktik Guesdes war außerordentlich konsequent und grenzte sogar an Einseitigkeit. Er ließ weder mit der Bourgeoisie noch mit dem Anarchismus und dem sich revolutionär dünkenden Scheinsozialismus ein Kompromiß zu. Als Guesde in den 70er Jahren nach Frankreich zurückkehrte, war die Republik sogar in ihrer farblosen bürgerlichen Form bei weitem nicht fest. Trotz seiner einen entschiedenen Klassencharakter tragenden Propaganda gab Guesde die Notwendigkeit eines Kampfes für Festigung der demokratischen Republik zu. Die Arbeiterklasse war viel zu sehr geschlagen und geschwächt, als daß sie imstande gewesen wäre, einen selbständigen Klassen- und Massenkampf zu führen. Seine Propaganda und Agitation in marxistischem Geiste führend, forderte Jules Guesde eine „republikanische Republik“. Er stellte diese Parole der „Republik ohne Republikaner“ gegenüber, die nach der Zerstörung der Kommune durch den starke orleanistische Sympathien hegenden republikani-

schen Clown Thiers zustande kam. Die Republik jener Zeit erinnert stark an die Republik unserer Tage, die Republik der Charles Maurras, Leon Daudet, Millerand, Poincaré und Co. Die Form war republikanisch, der Inhalt aber monarchistisch, und Jules Guesde forderte in zahlreichen Artikeln die Füllung der hohlen Form mit wahrhaftig republikanischen Inhalt. In dieser Periode kämpfte Guesde ebenfalls gegen den Opportunismus, den republikanischen Opportunismus von Gambetta und Co.

Gambetta wurde von dem „Radikalsozialisten“ Clémenceau mit seiner auf der äußersten Linken stehenden radikalen Partei abgelöst. Guesde erklärte entschiedensten Kampf dem Radikalismus, der die Arbeiterklasse mit reformistischen Brocken vom reichen Kapitalistentisch bestehen wollte. Die Republik schien gefestigt. Die monarchistische Gefahr verschwand. An Stelle der monarchistischen Gefahr trat die demokratische, die Gefahr der Ersetzung der klaren sozialistischen Ideale durch demokratische Konfusion, und Guesde führte einen unaufhörlichen Kampf gegen den Clémencismus und den dem bürgerlichen Demokratismus zu Hilfe eilenden Sozialopportunismus. Dem reformistischen Zwitterprogramm von Brousse und Geoffrin, der mit spießbürgerlicher Selbstgefälligkeit erklärte, daß wir „nicht im Jahre 2000, sondern im Jahre 1880“ leben, und daß es sich nicht um die Aenderung des Besitzsystems handelt, sondern um „Schaffung des Rhonekanals und Erweiterung der Mongetgasse, der sozialistischen Lösung des Besitzproblems gegenüber“.

Als der französische Nationalismus alle unzufriedenen Elemente unter dem Banner des Generals Boulanger sammelte und im Bunde mit den Monarchisten die bürgerliche Demokratie von neuem bedrohte, entstand im Lager der Arbeiterschaft Verwirrung: die einen liefen hinter dem „heldenmütigen General“ her, der die Zuruckerobung der verlorenen Provinzen Elsaß und Lothringen versprach, andere hingegen verbargen sich unter den Schutzfittichen der unter Führung von Jules Ferry stehenden Verteidiger der Republik. Jules Guesde gab die Parole heraus: Zwischen der Cholera und der Pest wählt man nicht, man sagt beiden „Nein“; daher: weder mit Boulanger noch mit Ferry. Er verweigerte die Teilnahme an dem einheitlichen demokratischen Block, und die bürgerliche Republik wurde ohne Hilfe der französischen Arbeiterpartei gerettet. Die „Guesdisten“ — diese französischen Bolschewisten — bekamen dafür nicht wenig zu hören; sie wurden der Bourgeoisie und den Opportunisten verhaßt „Sektierer“.

Eine ähnliche Kampagne hatte Guesde zur Zeit der Dreyfus-Affäre. Der reiche jüdische Offizier wurde wegen angeblichen Landesverrates unschuldig zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Die Reaktion fabrizierte zu diesem Zwecke einfach falsche Dokumente, die auf geheimem Wege dem Kriegsgericht zugestellt wurden. Diese ganze im höchsten Grade verworrene dunkle Geschichte wurde mit Hilfe des unermüdlchen und beredten Kämpfers der Demokratie Jean Jaurès glänzend aufgeklärt und entlarvt. Die geniale, beredte und glänzende Dialektik Jaurès' riß breite Arbeitermassen in den Kampf gegen die schwarze militaristische und klerikale Reaktion, die ihr Los an eine einfache kriminelle Urkundenfälschung knüpfte. Jaurès verlieh der Dreyfus-Affäre einen ungewöhnlichen Glanz und wurde zum Mittelpunkt einer breiten demokratischen Bewegung. Zu diesem Zwecke mußte Jaurès nicht nur mit der fortschrittlichen, sondern auch mit der zentristischen Bourgeoisie eine Einheitsfront zustande bringen. Im gleichen Lager befanden sich die Skribenten der kapitalistischen Presse mit dem halbamtlichen „Temps“ und der Boulevardzeitung „Figaro“ an der Spitze. In diesem Lager war auch der reaktionäre und militaristische Joseph Reinach, der Schöpfer der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung von Trarieux; sogar ehrliche Katholiken waren in dem gleichen Lager mit Anarchisten und Halbanarchisten und führten alle den Namen „Dreyfusards“. Nicht ohne Grund erblickte Guesde in dieser bürgerlich-anarchistischen Einheitsfront eine neue Gefahr für den Klassenkampf. Er erklärte sich auf das schärfste gegen die Koalitions-politik Jaurès'.

Der ganzen Internationale schien die damalige Taktik Guesde's sektiererisch blind und einseitig. Bloß zwei revolutionäre Führer — Rosa Luxemburg und der alte Wilhelm Liebknecht — begriffen und verteidigten den Standpunkt Guesdes. Während die einflußreichsten Führer der Zweiten Internationale in Wort und Schrift erklärten, daß Jaurès „die Ehre der Sozialisten rette“, antwortete Rosa Luxemburg: „Guesde tat mehr: er rettete nicht die Ehre des Sozialismus, sondern den Sozialismus selbst“.

Tatsächlich erwies sich bald, daß die Einheitsfront von Jaurès, wie auch zu erwarten war, zum abscheulichsten Opportunismus und Renegatentum entartete. Die Dreyfus-Affäre diente als Vorwand zur Teilnahme des Sozialisten Millerand an der bürgerlichen Regierung, zusammen mit dem Henker der Kommunarden, dem berüchtigten General Gallifet. Jaurès verteidigte diese Taktik, welche im Namen der Rettung der demokratischen Republik zum Zusammenbruch und zum moralischen und politischen Sturz der Zweiten Internationale führte. Als im Jahre 1900 im Wagramsaal in Paris der internationale Kongreß, auf welchem die Frage der Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen verhandelt wurde, sich versammelte, offenbarte sich schon jene zweideutige Lage, jenes Sitzen zwischen zwei Stühlen, das zum endgültigen

Zusammenbruch der Zweiten Internationale führte. Schon damals demonstrierte Karl Kautsky seine, wie ein amerikanischer Sozialist sagte, „Kautschuk-politik“. Die Zweite Internationale billigte „einerseits“ den Standpunkt Guesdes, lehnte aber „andererseits“ auch den von Jaurès nicht ab. Das Ergebnis war ein Kompromiß, das auf beiden Füßen hinkte. Millerand blieb an der Macht, um auf streikende Arbeiter schießen zu lassen, und verblieb gleichzeitig schön ruhig in der mit Genehmigung der Zweiten Internationale einheitlichen Partei neben Guesde und Jaurès. Guesde gab sich mit der zweideutigen Lage nicht zufrieden, schied aus dieser einheitlichen Partei bald aus und bildete mit den Blanquisten und dem Halbmarxisten Vaillant die Sozialistische Partei Frankreichs (Revolutionäre Vereinigung) und begründete seinen Austritt aus der Jaurès-Partei damit, daß eine neue Kategorie von „Sozialisten auf Urlaub bei der bürgerlichen Regierung“ unmöglich zugelassen werden könne.

Trotz seiner großen Fähigkeiten, seiner wahrhaftig genialen Begabung, verlor Jaurès wegen des Bündnisses mit Millerand, der auf dem Abhang der Teilnahme an der bürgerlichen Regierung folgerichtig bis zum Erschießen von Arbeitern, Ausweisungen ausländischer Sozialisten und allen möglichen Repressalien gegen die Arbeiterklasse und ihre klassenbewußten Vertreter hinunterrollte, von Tag zu Tag mehr Boden unter den Füßen, während Guesde und Vaillant stets neue Anhänger warben. Der Wahrheit gemäß muß erklärt werden, daß bei der Rettung des revolutionären Sozialismus die revolutionären Syndikalistinnen mit Griffelles an der Spitze mithalfen, da sie die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse für das Linsengericht einiger klaglicher reformistischer Brocken, mit welchen der geschäftskluger Millerand sie zu bestechen beabsichtigte, nicht verkaufen wollten. Das hinderte aber Guesde nicht daran, auch an der anderen Front, gegen den anarchistischen Kontusionismus, zu kämpfen, der in Frankreich die äußerst gefährlichen Formen des Anarchosyndikalismus annahm und hinter der syndikalistischen Hülle sein wahres anarchistisches, antikommunistisches Wesen verbarg.

Als der Bernsteinsche Revisionismus den Verrat an den Grundprinzipien des Sozialismus zu einem so disant sozial-ökonomischen System ausbauen wollte, begriffen alte proletarische Kämpfer, wie Bebel, Plechanow und Mehring die volle Gefahr der Parole: die Bewegung (Reform) ist alles, das Endziel (der Sozialismus) nichts. Auf dem Dresdener Parteitag 1903 wurde dem Bernsteinschen Renegatentum die erste Generalschlacht geliefert und es wurde eine Resolution angenommen, die die Reformisten und Revisionisten verurteilte und erklärte, daß die sozialistische Partei eine oppositionelle Partei bleibt, die jede Teilnahme an der

bürgerlichen Regierung verweigert und ihren Mitgliedern zur Pflicht macht, gegen die bürgerlichen Budgets und Kriegskredite zu stimmen. Durch ihre ganze reformistische Praxis befand sich aber die Sozialdemokratie der Zweiten Internationale in organischem und stetem Widerspruch mit der revolutionären Resolution des Dresdener Parteitages. Die weitblickenden Opportunisten, die, den Reaktionären ähnlich, vor Worten keine Angst haben, sondern auf das Wesen der Dinge achten, stimmten mit dem ruhigsten Gemüt für die revolutionärste Resolution, wenn diese nur nicht in der Praxis angewendet wurde.

Die Französische Sozialistische Revolutionäre Partei von Guesde und Vaillant nützte aber die Dresdener Resolution aus, um 1904 auf dem Kongreß der Internationale in Amsterdam die Frage des Revisionismus und Opportunismus nunmehr schon in internationalem Maßstabe zu stellen. Auch hier brachen der Revisionismus, Opportunismus und das System des politischen Kuhhandels theoretisch völlig zusammen, in der Praxis aber blieben sie in allen sozialdemokratischen Sektionen ruhig weiter bestehen. Auch war die von Gegnern des theoretischen Revisionismus gebildete Mehrheit ziemlich unansehnlich. Die revolutionäre Taktik rettete ein japanischer Delegierter — unser Freund Sen Katajama. Der theoretische Sieg der revolutionären Taktik kam aber dem französischen proletarischen Sozialismus von Jules Guesde und Vaillant ziemlich teuer zu stehen. Man verpflichtete sie, sich mit dem Verfechter der Demokratie und des Reformismus, Jean Jaurès, zu einer einheitlichen Partei zu vereinigen.

Ich entsinne mich, wie in einer vertraulichen kameradschaftlichen Versammlung, wo über die Vereinigung der Guesdisten, Blanquisten und Jaurèsisten gesprochen wurde, ein Guesdist auf jenes Hauptargument, daß Amsterdam die Vereinigung mit der Jaurès-Partei uns zur Pflicht mache, antwortend, folgendes sagte: „Mit Amsterdam ist es gerade so wie mit dem englischen Parlament. Vom englischen Parlament sagt man: es kann alles machen, nur nicht aus einem Mann eine Frau. Auch Amsterdam kann alles machen, nur nicht die Jaurèsisten zu Sozialisten.“ Mit dem Moment der Vereinigung fängt die Zersetzung des konsequenten Guesdismus an. Wir kommen hier an die empfindlichste Stelle der Guesdistischen Taktik, in deren Resultate es sich erwies, daß nicht Guesde den kleinbürgerlichen Sozialismus besiegte, sondern, daß der konsequente, glänzende proletarische Kämpfer Jules Jaurès vom kleinbürgerlichen Sozialismus besiegt wurde.

Die Zersetzung des französischen Marxismus ging in drei Richtungen vor sich: auf den Wegen des Opportunismus, des parlamentarischen Reformismus und des Nationalismus. Ueber den Opportunismus sprachen wir schon. Guesde war von

zahlreichen falschen Freunden umgeben, die sich an die Popularität und Reputation des absolut uneigennütigen und unerbittlichen sozialistischen Kämpfers, des Apostels des kristallreinen Sozialismus „festsaugten“. Sich den Anschein gebend, daß sie seine Weisungen befolgen, verrieten sie ihn in Wirklichkeit, wie es sich in der Folge herausstellte, auf Schritt und Tritt. Es genügt, die Namen seiner Lieblingsstellvertreter und -mitarbeiter Chauvin, Zevaès und Bracke zu erwähnen. Sie alle finden wir später im reaktionären nationalistischen Lager der Dissidenten. Sie waren es, die die volle Versöhnung mit Jaurès verkündeten, während Guesde persönlich auch nach der Vereinigung mit Jaurès den Kampf gegen die „Konfusionisten“ fortsetzte und zu diesem Zwecke sogar eine Wochenschrift gründete, an welcher Paul Lafargue, sein nächster Freund und Mitarbeiter, André und Charles Rappoport und andere mitarbeiteten. Seine Adjutanten (darunter auch Compère-Morel) gingen offen oder verhüllt in das Lager der Jaurèsisten über und unterhöhlten die Grundpfeiler des französischen revolutionären Marxismus. Auf allen Kongressen der im Jahre 1905 unter der Aegide Amsterdams vereinigten Französischen Sozialistischen Partei trat Guesde mit einer scharfen Kritik des Jaurèsismus und Anarchosyndikalismus auf, fand aber in der Praxis keine genügende Unterstützung, während seine Anhänger demoralisiert wurden durch eine Reihe verräterischer Handlungen, die um so gefährlicher waren, weil sie nicht mit der nötigen Offenheit an das Tageslicht kamen, sondern, sich hinter eine äußerlich revolutionäre und sogar marxistische Phraseologie versteckend (Bracke, Compère-Morel), im Innern der Partei selbst verborgen blieben.

Auch der Parlamentarismus spielte Guesde arg mit. Keiner kritisierte den parlamentarischen „Kretinismus“ so scharf und schroff wie Jules Guesde. Das hinderte aber seine Freunde nicht, sobald sie Wahlsiege zu erringen begannen und die Möglichkeit erhielten, ins Parlament zu kommen, diesem „Kretinismus“ ihren marxistischen Revolutionismus zum Opfer zu bringen. Guesde mußte die allmähliche Umwandlung seiner eigenen Freunde und Anhänger zu vulgärsten parlamentarischen Reformisten hilflos mitansehen. Er persönlich hob in seinen parlamentarischen Reden, wenn auch bei weitem nicht mit der früheren Energie, stets unser Haupt- und Endziel hervor. Er konnte aber nichts machen mit der Partei, die allmählich den Abhang des parlamentarischen Reformismus hinabrollte.

Noch gefährlicher war die nationalistische Verwirrung, der er selbst zum Opfer fiel. Dem Kampfe zu folgen, den die Guesdisten an der Doppelfront gegen Demokratismus und Anarchis-

mus führten, schmuggelten sich gewisse ziemlich zweifelhafte konservative und nationalistische Elemente in die Partei der Guesdisten. Sie verziehen Guesde seine theoretische, doktrinaire Unversöhnlichkeit mit Rücksicht auf seinen Kampf gegen den bürgerlichen Radikalismus, der die katholische Kirche verfolgte und dessen Programm ausschließlich aus der Laicisierung des Staates (Umwandlung der Republik in einen weltlichen Staat) bestand. Sie verziehen Guesde auch die Schroffheit seiner sozialistischen Formel mit Rücksicht auf seine Verdienste im Kampfe gegen den Anarchismus, welcher der um ihre unmittelbare materielle Interessen besorgten Bourgeoisie große Angst einflößte. Im Gegensatz zu Jaurès wurde Jules Guesde von der Bourgeoisie gewissermaßen für einen „Patrioten“ gehalten, da er gegen eine Abart des französischen Anarchismus — gegen den Pazifismus und bürgerlichen Antimilitarismus im Kampf stand. Er verstand es aber nicht, dem lebensunfähigen bürgerlichen Pazifismus den ernstesten Pazifismus der Arbeiterklasse gegenüberzustellen, der die proletarische Solidarität über die sogenannten nationalen Interessen stellt. In der Theorie erklärte sich Jules Guesde wiederholt für diese Idee und stellte sogar der platonischen internationalen Solidarität der offiziellen internationalen Kongresse die aktive revolutionäre Solidarität gegenüber. In Wirklichkeit befolgte Guesde aber leider seine eigene Doktrine nicht, und als 1914 das imperialistische Welt-Massenmorden anfang, gingen Guesde und Vaillant einige Tage nach dem Tode Jaurès' mit der ganzen Französischen Sozialistischen Partei fast ohne Ausnahme in das national-chauvinistische Lager über, stimmten trotz des formellen Beschlusses des Amsterdamer Kongresses für die Kriegskredite, für Aufhebung aller republikanischen Freiheitsrechte und für Vernichtung des einen Teiles des Proletariats durch den anderen Teil. Einer der hellsten Köpfe, einer der klarsten Geister der Zweiten Internationale gab auf die schändlichste Weise unsere Klassenstellungen gerade in dem Augenblick auf, als man dem Feind mit dem empfindlichsten Schlag gerade ins Herz treffen konnte. Der Name Sozialverrat ist die gemäßigte Verurteilung dieses wahnsinnigen Verrats am eigenen Wesen, dieser völligen Kapitulation vor dem wütend gewordenen Feinde. Guesde war gleichsam betäubt von dem Schlag, den er sich selbst und seiner ganzen ruhmvollen Vergangenheit versetzte. Wiederholt sprach er von sich als von einem Toten. Er war nicht nur für uns, sondern

auch für sich selbst tot. Während des Krieges, währenddessen ihn die Bourgeoisie mit einem Ministerportefeuille bestrafte, hielt er keine einzige glänzende Rede und offenbarte sich durch keine einzige bemerkenswerte Tat. Mit der Treue sich selbst gegenüber verlor er auch sein Talent, ein Talent, das zweifellos sehr groß war. Sein Geist war sprühend wie Champagner. In glänzender, scharfer Form brachte er seine Gegner aus der Fassung. Seine logische, klare, scharfe Sprache floß dahin wie ein die Hörschaft blendendes Feuerwerk. Eine große bürgerliche Zeitung verglich Jules Guesde mit dem bekannten Redner des Altertums, Phokion, den man das Beil des Demosthenes nannte, weil Phokion die glänzend aufgebauete Rede des größten Redners des Altertums in Scherben schlug. Guesde war das „Beil“ des neuen Demosthenes Jaurès. Im Gegensatz zum tiefen, aber nebelhaft philosophischen, pantheistischen und synthetischen Geiste Jaurès, war der Geist Jules Guesdes scharf, analytisch und kritisch. Er sah nicht das, was die Erscheinungen verbindet, sondern das, was sie tief trennt und zum Zusammenstoß führt. Sein Geist war gleichsam durch die Natur zum Verständnis und zum Hervorheben der Klassengegensätze geschaffen, die die moderne Welt spalten. Aber die falsche nationalistische Synthese, diese scheinbare Vereinigung gegeneinander kämpfenden Klasseninteressen, die jetzt durch die Maske der Nationalen Vereinigung verhüllt wurden, wurde zum Grab nicht nur der Reputation Jules Guesde's als proletarischen Kämpfers, sondern auch zum Grab seines Geistes, der infolge greisenhafter Erschöpfung seine ganze analytische Schärfe verlor. Von Jules Guesde kann gesagt werden, was Voltaire mit Andeutung auf die Möglichkeit einer greisenhaften Erschlaffung seines scharfen, sarkastischen Genies von sich selbst sagte: „Sollte ich im Augenblick meines Todeskampfes eine Dummheit sagen, so appelliere ich vom altersschwachen Voltaire an den jungen, lebenskräftigen Voltaire.“

Der altersschwache Guesde, in die Gefangenschaft des Nationalismus, dieser Mißgeburt des sterbenden Sozialismus, geraten, existiert für uns nicht. Wir behalten Jules Guesde in Erinnerung und verehren den Marxisten voller Kraft und junger revolutionärer Energie, der vierzig Jahre hindurch im kleinbürgerlichen Frankreich die klare helle, feste und dem Stahl gleich biegsame Doktrin des unsterblichen Karl Marx verbreitete. The rest is silence.

Cf. L. Rappoport.

Daniel Renoult u. die Taktik der Einheitsfront.

In den bekannten Leitsätzen der Kommunistischen Internationale vom 18. Dezember 1921, in denen die Taktik der Einheitsfront zum ersten Mal klar formuliert wird, ist ein ganzer Paragraph den mit dieser Taktik verbundenen Gefahren gewidmet. Der Paragraph 21 der erwähnten Leitsätze lautet:

„Indem die Exekutive den dargelegten Plan allen Bruderparteien vorschlägt, erachtet sie es für ihre Pflicht, alle Sektionen der Kommunistischen Internationale auf die Gefahren hinzuweisen, mit denen diese Taktik unter gewissen Umständen verbunden sein kann. Nicht alle kommunistischen Parteien sind schon genügend stark und gefestigt. Nicht alle haben schon mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gebrochen. Es besteht die Möglichkeit von Uebertreibungen. Es können Tendenzen auftauchen, die in Wirklichkeit das Aufgehen kommunistischer Parteien und Gruppen in einem formlosen einheitlichen Block bedeuten würden. Um die neue Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchzuführen, ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien, die diese Taktik werden durchzuführen haben, stark und einheitlich seien, und daß sich die Führer dieser kommunistischen Parteien durch genügenden politischen Scharfblick auszeichnen.“

Nichts bestätigte die Richtigkeit dieser Warnung der Kommunistischen Internationale so sehr als die Entwicklung der Ereignisse in der französischen Bruderpartei während der letzten Monate. Es ist gegenwärtig völlig klar: die Lage der Französischen Kommunistischen Partei, wie sie die Leitsätze der Exekutive der Kommunistischen Internationale im Dezember vorigen Jahres antraten, war solcher Art, daß Irrungen und Fehler unvermeidlich waren. Der Kongreß von Marseille, die Konferenz der Föderationssekretäre und der Nationalrat nahmen in der Frage der Einheitsfront Resolutionen an, die allerdings gegenwärtig schon keine Mehrheit der französischen Partei für sich haben. Eine kleine Minderheit fährt aber anscheinend fort, an ihren Irrtümern festzuhalten, und als Wortführer dieser Minderheit tritt der Genosse Daniel Renoult auf. In den der Resolutionskommission vorgelegten Leitsätzen behauptet Daniel Renoult nicht mehr und nicht weniger, als daß „alle Ereignisse, die sich im Laufe dieses Jahres abspielten, mehr oder minder die Richtigkeit des Standpunktes der französischen Partei in der Frage der Einheitsfront bestätigten“. Eine solche mehr als kühne Behauptung zwingt uns zur Beschäftigung mit den neuesten Leitsätzen des Genossen Renoult. Wir wollen seine wichtigsten Argumente untersuchen. Genosse Daniel Renoult schreibt:

„Wenn es richtig ist, daß die Anwendung der Parole des Dritten Kongresses — der Aufruf an die Massen zum Kampfe um die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse — überall die besten Resultate zeitigte, so wird auch keiner leugnen können, daß alle Versuche zur Organisation gemeinschaftlicher Aktionen durch Verhandlungen mit den Führern der Sozialisten und Syndikalisten völlig mißlungen sind.“

Das heißt wahrlich: mit einem Jubellied anfangen und mit einem Grabgesang enden. In der ersten Hälfte des angeführten Satzes gibt Genosse Daniel Renoult zu, daß die Kommunistische Internationale durch die Aufforderung der breiten Massen zum Kampfe für die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse die besten Resultate erreichte. Genosse Daniel Renoult scheint aber gar nicht zu bemerken, daß er dadurch auch die Richtigkeit der Auffassung der Kommunistischen Internationale in der Frage der Einheitsfronttaktik zugibt. Besteht doch gerade darin das Wesen dieser Taktik. Und wenn in dieser Beziehung, wie es der Genosse Daniel Renoult selbst zugibt, „die besten Resultate“ erreicht wurden, so ist eben die Richtigkeit des Standpunktes der Kommunistischen Internationale in vollem Umfange bewiesen.

Für den Genossen Daniel Renoult ist aber die Frage der „Verhandlungen“ mit den Führern der Sozialisten und Syndikalisten die Hauptsache. Diese „Verhandlungen“ verhüllen vor ihm das eigentliche Wesen dieser Frage von unendlicher Bedeutung. Die Verhandlungen mit den Führern sind ja gescheitert, und damit ist für den Genossen Daniel Renoult die Frage erledigt.

Durch eine solche Einstellung zu der Frage verrät der Genosse Daniel Renoult auf einmal die Unhaltbarkeit seines Standpunktes. Die Taktik der Einheitsfront faßte er — und tut es anscheinend noch immer — als einen Wunsch auf, durch Verhandlungen mit den Führern die Vereinigung mit der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale zu erreichen. In Wirklichkeit aber hat die Taktik der Einheitsfront nach Auffassung der Kommunistischen Internationale gerade das entgegengesetzte Ziel: die endgültige Liquidierung des Einflusses der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale und die Vereinigung mit den breitesten Massen des Proletariates gegen diese Führer.

Für den Genossen Daniel Renoult ist die Frage außerordentlich einfach: die Verhand-

lungen mit den Führern sind völlig mißlungen. Aber, Genosse Daniel Renoult, hat denn die Kommunistische Internationale je die Vereinigung mit den verräterischen Führern angestrebt? Es ist wahrlich an der Zeit, zu begreifen, Genosse Daniel Renoult, daß es sich gar nicht darum handelte, sondern um etwas ganz anderes. Genosse Daniel Renoult fährt fort:

„Sogar im Kampfe gegen die Reaktion stoßen sie (die Führer der Zweiten Internationale) die Kommunisten, deren Mitarbeit dort, wo mit Gefahr für Leben und Freiheit gekämpft werden muß, angenommen wird, von einer in Einklang gebrachten organisatorischen Arbeit zurück.“

Wieder verrät Genosse Daniel Renoult mit einem Male das Unlogische seines Denkens. Wollte denn die Kommunistische Internationale jemals „eine in Einklang gebrachte organisatorische Arbeit“ mit den Vanderfelde, Scheidemann und Co.? Die Kommunistische Internationale wollte etwas ganz anderes. Ihr Streben war und ist auf die Organisation breiter Arbeitermassen gerichtet, ohne Unterschied der Richtung, zum Kampfe für die Befriedigung unmittelbarer Forderungen der Arbeiterschaft. Auf diesem Gebiete aber erreichte die Kommunistische Internationale, wie Genosse Daniel Renoult selbst zugibt, „überall die besten Resultate“.

„In England“ schreibt Genosse Daniel Renoult weiter — „weist die Arbeiterpartei, die vom aufrichtigen Versöhnungswillen durchdrungenen Vorschläge der Kommunisten brutal und schamlos zurück.“

Wieder — zum wievielten Male schon? — gibt sich Genosse Daniel Renoult eine Blöße. Der Vorschlag der englischen Kommunisten über ihre Aufnahme in die Arbeiterpartei war keineswegs von „Versöhnungswillen“ durchdrungen. Genosse Daniel Renoult möge dies zur Kenntnis nehmen. Versöhnung — mit wem denn? Mit den Henderson, Thomas, Macdonald und den übrigen Verrätern der Arbeiterbewegung? Die Lage in England ist ganz eigenartig. Die Arbeiterpartei bildet ein Konglomerat aller Arbeiterorganisationen des Landes. Die englischen Kommunisten gehen richtig vor, wenn sie ebenfalls wünschen, in die sogenannte Arbeiterpartei aufgenommen zu werden, natürlich unter der unumgänglichen Bedingung, daß ihnen die Agitationsfreiheit gewahrt bleibt. Durch Eintritt in die Arbeiterpartei, die sich für alle Proletarier ohne Unterschied der politischen Ansichten zugänglich erklärt, würden die englischen Kommunisten die Möglichkeit erhalten, breitere Arbeitermassen zu beeinflussen, die sie vor allem auf Grundlage des

Kampfes „für Befriedigung unmittelbarer Forderungen der Arbeiterklasse“ zu organisieren bestrebt sein würde. Von da ist es aber noch riesig weit bis zu einer „Versöhnung“ mit den Führern der englischen Sozialverräter. Gerade darin besteht der Fehler der Auffassung des Genossen Daniel Renoult, daß er die ganze Frage der Einheitsfronttaktik unter dem Gesichtswinkel der Versöhnung mit den Führern der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale betrachtet.

„In Italien“ — lesen wir weiter bei Genossen Daniel Renoult, — „erstrebt die immer schwächer werdende Sozialistische Partei durch ihre opportunistischen Führer eine Beteiligung an der Regierung und wendet sich ab von jeder eventuellen Vereinbarung mit den wirklichen Revolutionären.“

Im Munde des Genossen Daniel Renoult wird die Feststellung dieser Tatsache seltsamerweise zu einem Argument gegen die Taktik der Einheitsfront! Genosse Daniel Renoult will uns mit ernster Miene belehren, daß Turati ein Sozialverräter ist, und daß D'Aragona und Co. keinerlei Vereinbarung mit den aufrichtigen Revolutionären wünschen. Es mutet komisch an, wie Genosse Daniel Renoult nicht einmal bemerkt, daß er eine offene Tür einrennen will. Es lohnt wahrlich nicht die Mühe, uns zu beweisen, daß Turati und D'Aragona schlechte Sozialisten sind. Es handelt sich aber auch nicht darum. Genosse Daniel Renoult hat das Wichtigste nicht bemerkt. Sie sehen nicht, Genosse Renoult, daß gerade in Italien bei der gegenwärtigen permanenten Regierungskrisis, bei dem schamlosen Feldzug der Faschisten gegen die Arbeiterorganisationen, bei dem völligen Versagen der Führer der Italienischen Sozialistischen Partei gerade die Taktik der Einheitsfront am meisten am Platze ist. Die italienischen Kommunisten, die in dieser Frage manche Schwankungen aufwiesen, werden jetzt von ihren Irrtümern geneilt und gewinnen dank der Taktik der Einheitsfront immer größere Massen für den Kommunismus. Sobald Genosse Daniel Renoult begreifen wird, daß die Taktik der Einheitsfront keineswegs eine durch „Verhandlungen“ zu erreichende Vereinigung mit den Führern zum Ziele hat, wird er auch verstehen, daß alle seine gegen die Taktik der Kommunistischen Internationale gerichteten Angriffe am Ziele vorbeigehen.

Zuletzt geht Genosse Renoult zu Frankreich über:

„In Frankreich führten die durch den Beschluß der Internationale hervorgerufenen Ideen, trotzdem die Parteien die Einheitsfront verworfen hatten, unter dem Vorwand gemein-

samer Aktionen zur Schaffung von Wahlkombinationen. Es ist dies ein Block von Wirrköpfen. Die Kommunistische Partei selbst erlitt hierdurch, wie es das Verhalten vieler Föderationen beweist, Schaden. Lediglich für den linken Block, dieses letzte gaunerhafte Unternehmen der französischen Bourgeoisie, waren die entstandenen Mißverständnisse vorteilhaft."

Gewiß, in Frankreich sahen wir eine ganze Reihe von „Mißverständnissen“. Gewiß, Gesinnungsgenossen des Genossen Daniel Renoult wie Barabant verstiegen sich dort bis zu einer Taktik des linken Blockes. Es fragt sich nur, wer die Schuld trägt an diesen, mit Verlaub gesagt, Mißverständnissen. Ob wohl nicht Sie, Genosse Daniel Renoult? Waren es nicht Ihre Kampfgenossen Viktor Méric u. a., die einige Monate hindurch die Taktik der Kommunistischen Internationale auf das ungenierteste verzerrten und den französischen Arbeitern die Sache so darstellten, als würde die Kommunistische Internationale die Taktik des Millerandismus verteidigen?

„Fast in allen Ländern ist eine gegen den Kommunismus gerichtete Annäherung zwischen den Reformisten und dem linken Flügel der Bourgeoisie bemerkbar."

Ganz richtig, Genosse Daniel Renoult. Endlich finden wir ausnahmsweise in Ihren Leitsätzen wenigstens eine richtige Behauptung. Leider aber beileben Sie sich da, aus der richtigen Behauptung eine absolut falsche Folgerung zu ziehen. Sie schreiben:

„Diese Erscheinung (d. h. die Annäherung zwischen den Reformisten und dem linken Flügel der Bourgeoisie) bildet ein Hindernis auf dem Wege der Anwendung der Einheitsfront."

Nicht im geringsten, werter Genosse! Gerade weil sich die Führer der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale immer mehr dem linken Flügel der Bourgeoisie nähern, gerade aus diesem Grunde werden breite Massen, die noch Zutrauen zu diesen Führern haben, sich immer mehr und mehr von ihnen entfernen und auf unsere Seite übergehen. Gewiß, wenn die Taktik der Einheitsfront durch Ihre Brille gesehen wird, d. h., wenn angenommen wird, daß die Taktik der Einheitsfront die Vereinigung mit den Führern der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale im Wege von „Verhandlungen" beabsichtigt, da würde der von Ihnen angeführte, den Tatsachen entsprechende Umstand tatsächlich ein Hindernis zur Erreichung dieses Zieles bilden. Das Wesen der Sache besteht aber gerade darin, Genosse Daniel Renoult, daß wir uns nie ein solches Ziel stellten, daß unser Ziel vielmehr gerade im Gegenteil in der Unschädlichmachung der mit der Bourgeoisie liebäugelnden Führer und in der Eroberung der Massen für den Kommunismus bestand.

Aus diesem Grunde erklärten sich die Führer der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale in der ganzen Welt faktisch gegen die Einheitsfront. Die Einheitsfront ist für sie ein scharfes Messer. Denn diese Herren, die des Pudels Kern sehr gut kennen, begreifen wohl, daß die Kommunisten durch Anwendung dieser Taktik die Reformisten vor der gesamten Arbeiterschaft enthüllen werden. Es ist eine Tatsache, Genosse Daniel Renoult, daß die reformistischen „Führer", die Sie so interessieren, sich in der ganzen Welt gegen die Taktik der Einheitsfront erklärt haben. Sie aber ignorieren ganz einfach diese äußerst bezeichnende Tatsache. Ganz ohne jeden Grund, Genosse Daniel Renoult! Wir raten Ihnen sehr, recht gründlich darüber nachzudenken, warum gerade die Scheidemänner, Vandervelde und Renaudel aller Länder so hartnäckig in der ganzen Welt das Zustandekommen der Einheitsfront hindern. Vielleicht wird Ihnen wenigstens dies einen Schlüssel geben zur Lösung des Rätsels, das Sie so hartnäckig nicht begreifen wollen.

Wollen wir uns bildlich ausdrücken, so kann gesagt werden, daß die Taktik der Einheitsfront, wie sie von der Kommunistischen Internationale empfohlen wird, aus folgendem besteht.

Vor uns steht die Festung der Bourgeoisie, die wir erobern müssen. Die Arbeiterklasse bildet ein genügend zahlreiches Heer, um diese Festung verhältnismäßig leicht zu erobern. Ein Teil der Befehlshaberschaft aber, denen noch die Mehrheit der Truppen folgt, will die Festung nicht erobern, lullt daher mit allen möglichen Mitteln die Wachsamkeit der Truppen ein und lenkt ihre Aufmerksamkeit von ihrer Hauptaufgabe ab. Die Kommunisten, die dieses sahen, trennten sich schon vor einigen Jahren von der Partei, bildeten ihren eigenen Stab und zogen auf ihre Seite einen bedeutenden Teil (vorläufig aber noch eine Minderheit) jener Arbeiter, die die Festung erobern wollen und auch wissen, wie sie die Sache anzufangen haben. Die Festung kann aber doch nicht mit den Kräften dieser Minderheit allein erobert werden. Die Kommunisten, die durch die Bildung eines eigenen Stabes sich die Hände freimachten, werden sich aber- und abermals an die übrigen Massen des Arbeiterheeres mit dem Aufruf wenden, mit ihnen in gemeinschaftlicher Front die Belagerung und nachher auch die Erstürmung der Festung vorzunehmen. Und da die bürgerliche Feste die Arbeitermassen von Tag zu Tag immer mehr würgt und das Selbstbewußtsein der Massen,

die noch den verräterischen Führern folgen, mit jedem Monat wächst, wird jeder neue Aufruf unsererseits zur gemeinsamen Erstürmung der Festung immer größeren Widerhall finden und uns allmählich die ganze Arbeitermasse zuführen. Diese Masse haßt den Feind, der sich in der Festung befindet, mit allen Fasern ihres Herzens und muß unvermeidlich gegen ihn kämpfen. In je größerem Maße wir aber die noch unentschlossenen und schwankenden Elemente auf unsere Seite hinüberziehen, um so wütender und mit immer wachsender Entrüstung wird der sozialverräterische Stab, der die Eroberung der Festung gar nicht wünscht, seine Angriffe gegen uns richten. Wie könnte es auch anders sein! Ist doch dieser sozialverräterische Stab eine förmliche Agentur des in der Festung befindlichen Feindes.

Das bedeutet keineswegs, daß wir, sollten „Verhandlungen“ mit dem sozialverräterischen Stab nötig sein, diese zurückweisen. Wir sind gezwungen, diese Verhandlungen zu führen,

gerade darum, um den Schwankenden zu zeigen, daß ihr gegenwärtiger Stab die bürgerliche Feste gar nicht erobern will. Die „Verhandlungen“ mit den Führern können nach der Terminologie des Genossen Daniel Renoult „völlig mißlingen“, die Taktik der Einheitsfront aber wird gleichzeitig stets wachsende Erfolge aufzuweisen haben. Denn die Eroberung der Massen für uns wird immer näher kommen, denn die Sache der Vorbereitung des letzten Sturmes gegen die bürgerliche Feste wird stets vorwärtsschreiten.

Scheint Ihnen das nicht verständlich, Genosse Daniel Renoult? Versuchen Sie darüber nachzudenken, und Sie werden es begreifen. Die Mehrheit der Mitglieder der Französischen Kommunistischen Partei aber — wir sind überzeugt davon — hat es schon begriffen.

G. Sinowjew.

Die Zersetzung der Italienischen Sozialistischen Partei.

Die Ereignisse, die sich in Italien entwickeln, zeichnen mit besonderer Schärfe jene nach dem Kriege eingetretene Krisis, aus deren Druck sich die Bourgeoisie selbst in diesem Siegerstaate nicht befreien kann. Als Resultat des siegreichen Krieges erweiterte Italien seine Grenzen, verwirklichte seine seit Menschenaltern gehegten Wünsche und wurde zum „Großstaat“. Dieses „siegereiche Ende“ bereicherte aber nur einige hundert kapitalistische Räuber, nachdem es das ganze Land zugrunde gerichtet, viele Hunderttausende junger Arbeiter und Bauern ins Grab gestoßen und Hunderttausende Kranke und Krüppel zurückgelassen hatte.

Gleichzeitig aber erweckte der Krieg das Selbstbewußtsein der unter dem Drucke des Kapitalismus leidenden Massen und brachte neue Elementarkräfte in Bewegung, die berufen sind, die Menschheit zu befreien und eine neue Weltordnung zu schaffen. Die Volksmassen, die alle Qualen und Entbehrungen des imperialistischen Krieges so lange Zeit hindurch mit Sanftmut und Geduld ertragen hatten, ge-

rieten jetzt, von Zorn und Haß dem richtigen Feinde gegenüber erfüllt, dem stürmischen Meere gleich, in Bewegung und gingen zu einem mächtigen Angriff über, vor dessen vernichtenden Folgen die Bourgeoisie nur durch die Unfähigkeit der Arbeiterführer gerettet wurde. Der Angriff mißlang. Das italienische Proletariat wurde zu einem vorläufigen Rückzuge gezwungen.

Die entstandene Atempause benützte die Bourgeoisie, um sich in noch größerem Umfange zu bewaffnen und ihren Klassenapparat zur Verteidigung und zum Angriff zu stärken. Der Bürgerkrieg dauert aber nicht nur weiter an, sondern wird immer erbitterter und blutiger. Und je zügelloser der von der in Wut geratenen Bourgeoisie entfaltete Terror wird, je mehr proletarisches Blut in diesem ungleichen Kampfe vergossen wird, um so stärker lodert in der Brust der Arbeiterschaft das Gefühl des Hasses und der Rache empor, und um so fieberhafter bereitet sie sich zu einem neuen Angriff vor.

In der Geschichte dieses Bürgerkrieges bleibt der September 1920 eine der ruhmvollsten und gleichzeitig schicksalschwersten Seiten. Die Arbeiter- und Bauernbewegung breitete sich in diesem Monat mit solcher Kraft und in so riesigem Umfange aus, daß alle Festen der Bourgeoisie ins Wanken gerieten. Wenn die Führer selbst nicht alles getan hätten, um die Bewegung zurückzuhalten, wäre die Herrschaft der italienischen Bourgeoisie schon längst gebrochen. Die Führer der mit Begeisterung vorstürmenden Armee des italienischen Proletariats erwiesen sich als Feiglinge und Verräter und brachten die Bewegung gerade in dem Augenblick zum Stehen, als der Sieg fast erreicht war und der Feind sich schon anschickte, die Waffen zu strecken. Diese Lehre ging an der Italienischen Sozialistischen Partei, die damals an der Spitze des revolutionären Proletariats stand, leider ohne jedes Ergebnis vorbei. Die Bourgeoisie hingegen begriff jetzt vollauf die Größe der Gefahr, die ihr drohte, und schritt unverzüglich an die Mobilisierung aller ihrer Kräfte zur Verteidigung und zum Angriff. Sie begriff sehr wohl, daß, sollten die roten Fahnen mit Sichel und Hammer noch einmal auf den Fabriken und Betrieben, den Munizipalitäten und anderen öffentlichen Gebäuden gehißt werden, das unvermeidliche Ende ihrer Klassenherrschaft gekommen sei. Vom drohenden Untergang gerettet, erklärte sie jetzt der von ihr unterdrückten Klasse den offenen, schonungslosen Krieg.

Die Septemberereignisse spielten sich gerade nach dem zweiten Weltkongreß ab, auf welchem die Kommunistische Internationale beschloß, den verräterischen Reformisten, die sich in den der Kommunistischen Internationale angeschlossenen oder den Anschluß wünschenden Parteien eingenistet hatten, keine Schonung zu gewähren. Der italienischen Delegation, an deren Spitze sich der damals am Höhepunkt seines Ruhmes stehende Serrati befand, wurde vom Kongreß ein Ultimatum gestellt, die Partei von den Reformisten, die aus allen Kräften die Arbeiterbewegung hinderten, zu säubern. Die Geschichte Serratis ist genügend bekannt. Wir werden sie daher nicht in allen Einzelheiten darlegen. In dem Genossen Sinowjew, der mit der größten Energie auf die die I. S. P. zersetzende Wunde hinwies und die Gesundung der Partei forderte, sah

Serrati seinen Hauptfeind und hielt für seine nächsten Freunde d'Arragona und Turati. Es muß gesagt werden, daß Serrati — wie unwahrscheinlich das auch klingen mag — die Septemberereignisse nicht genügend beachtete, sie fast nicht bemerkte, während seine reformistischen Freunde zusammen mit dem alten Fuchs Giolitti inzwischen diese grandiose Arbeiteraktion zum Zusammenbruch brachten. Alle Energie seines hartnäckigen Charakters verwendete Serrati auf eine kleinliche Polemik, in der er Sinowjew und Lenin gegenüber weder vor Verleumdungen noch vor Insinuationen zurückschrak und in der er unbedingt beweisen wollte, daß die Kommunistische Internationale nicht informiert sei darüber, was in Italien und in der I. S. P. geschehe. Nach seinen Worten waren sogar die Reformisten Revolutionäre. Die Bourgeoisie machte sich nun, da sie sah, daß die I. S. P. gar nicht so stark sei, wie sie ihr schien, und daß der Geist der Enttäuschung und des Mißtrauens in die Arbeiterschaft hineingetragen wurde, mit erhöhter Energie an die Organisierung ihrer weißen Garde. Die besten Elemente der I. S. P. mit Bordiga und den Turiner Genossen an der Spitze sahen klar den Abgrund, in den die antimarxistische Sozialdemokratie und die Reformisten die Partei führten, und sie begannen daher einen energischen Kampf gegen sie. Serrati aber gelang es durch Ausnutzung der Naivität der Einen, durch die Schwäche Anderer und durch die Helfershelferdienste Dritter, die wichtigsten Kampfmittel, wie z. B. die Zeitung „Avanti“ und die parlamentarische Gruppe, in seinen Händen zu behalten; er verstand es auch, auf die Zentrale der Partei einen Einfluß auszuüben, und säte so Zwietracht und Kleinmütigkeit in die Reihen der Partei.

So bildete sich in der I. S. P. zum Zeitpunkt des Kongresses von Livorno einerseits die Fraktion der Kommunisten, die aus wirklichen Revolutionären bestand und ein klares und genaues Programm hatte, andererseits hingegen die Fraktion Serrati, die für das „Serrati-Programm“ kämpfte, d. h. für Programmlosigkeit und für die berühmte „Einigkeit“, die damals das Verbleiben der Reformisten in der Partei bedeutete. Es gelang Serrati, sehr viele davon zu überzeugen, daß die Kommunistische Internationale einen verhängnisvollen Fehler gemacht habe, daß

die „Moskauer“ nur durch einen gemeinsamen Widerstand von ihrem Irrtum überzeugt und zur Annahme des Standpunktes von Serrati bewegt werden könnten. Wir wissen nicht, ob Serrati begriff, welchen Schaden er durch seine machiavellistische Politik der Arbeiterbewegung zufügte; jedoch entsprach das, was er tat, vollkommen seiner sozialdemokratischen Ideologie. Ein bedeutender Teil der breiten Massen wurde durch die geschickte Kampagne, die Serrati im „Avanti“ führte, irreführt, und nur durch diesen Zustand einer vollkommenen Kopflösigkeit, wie auch durch die damals schon einsetzende Offensive der Bourgeoisie, der Serrati die Parole der Vereinigung der Kräfte mit . . . den Reformisten entgegenstellte, kann es erklärt werden, daß die Fraktion der sogenannten „Unitarii“ (Anhänger der Einigkeit) auf dem Kongreß zu Livorno die Mehrheit hatte. Das ganze Spiel der „Unitarii“ war darauf gerichtet, die breiten Massen glauben zu machen, daß die I. S. P. gar nicht an einen Bruch mit der Kommunistischen Internationale denke.

Nach dem Kongreß zu Livorno fing in Italien eine neue Periode des Kampfes an. Die übermäßig schwerfällige, nach dem Kriege in zu schnellem Tempo angewachsene I. S. P. wurde gespalten. Eine kleine, aber von Kriegsgeist und Entschlossenheit erfüllte, durch und durch proletarische Kommunistische Partei kam zustande. Es war ein sehr schweres Erbe, das sie zu übernehmen hatte: die Massen waren desorganisiert, ermüdet und enttäuscht. Die Bourgeoisie war nicht nur wiederhergestellt, sondern organisierte und konzentrierte auch ihre gesamten Kräfte und bereitete sich zu einer schonungslosen, systematischen Offensive vor. Die Armee, die mit der Unzufriedenheit der Nachkriegsperiode und dem Geist der Empörung angesteckt war, wurde allmählich aufgelöst und durch neue militärische und polizeiliche Formationen ersetzt, die aus besonders hierzu ausgewählten Elementen des rückständigen Südens und der Inseln (Sizilien, Sardinien) zusammengestellt wurden. Auf diese Art wurde die königliche Garde und das Carabinierkorps erneuert. Das war nicht mehr eine einfache Schutzpolizei früherer Zeiten, das waren wirkliche Bataillone und Regimenter mit eiserner Disziplin, vorzüglich bewaffnet, nach allen Regeln der Kriegskunst ausgebildet, mit Kavallerie, Artillerie, Panzer-

wagen und Aeroplanen. Neben diesem legalen, offen zur Zügelung der Massen bestimmten Kriegsapparat schuf die Bourgeoisie mit äußerst weitgehender Unterstützung seitens der Regierung auch ein anderes noch gefährlicheres, außerhalb des Rahmens der Gesetzmäßigkeit stehendes Mittel — den Faschismus. Im Augenblick der Gefahr fand die Bourgeoisie geeignete Retter in den Personen des alten Zynikers Giolitti und des jungen energischen Verräters, des ehemaligen Lieblings der Massen, Benito Mussolini. Die Geschichte des italienischen Sozialismus ist reich an Verrätereien von Führern, die, nachdem sie sich mit Hilfe der Massen emporgerungen hatten, dann zum Feinde übergingen und zu grausamen Henkern wurden. In der Galerie dieser Verräter ragt auf dem blutigen Hintergrunde des Bürgerkrieges die Gestalt des ehrgeizigen Abenteurers Benito Mussolini durch grenzenlosen Zynismus und finstere Grausamkeit besonders hervor. Diese Figur wird auf ewig im Gedächtnis des Proletariats bleiben als Beispiel dafür, wie gefährlich verräterische Führer sind, und wie notwendig es ist, ihnen noch beizeiten das Handwerk zu legen.

Mussolini, dem gegenwärtigen Abgott des kapitalistischen Italiens, gelang es, alle schwarzen Elemente der herannahenden Reaktion um seinen Namen zu vereinigen und zum Führer und Inspirator von mörderischen Banden zu werden, die schnell anwachsend, ganz Italien überfluteten. Bourgeoisiesprößlinge, pensionierte Offiziere, durch Polizeiaagenten und Kriminalverbrecher verstärkt, bildeten, ohne auf irgendwelche Hindernisse zu stoßen, die ersten Kerntrupps der Faschisten. Allmählich zogen sie auch das Kleinbürgertum, Beamte, großbäuerliche Elemente des Landes, alle abenteuerlichen Elemente der Intelligenz und an manchen Orten auch unglückliche, terrorisierte Arbeitslose in ihre Reihen. Diese riesige, nach militärischer Art organisierte Horde, die einige Hunderttausende Mitglieder zählt und sich über ganz Italien erstreckt, terrorisiert jetzt unaufhörlich die Arbeiterbevölkerung und die besitzlose Bauernschaft durch tierische Mißhandlungen, Morde und Brandstiftungen. Der Kampf gegen die Faschisten ist trotz aller Kampfesenergie des italienischen Proletariats außerordentlich schwierig, da sie über alle Mittel des Angriffes

und der Verteidigung verfügen. Diese Organisation braucht keine Geldmittel, da die Brieftaschen der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer für sie stets offenstehen, geradeso wie die Staatsarsenale. Jeder Faschist ist in sein Bataillon eingeschrieben, an dessen Spitze sich ein pensionierter oder auch ein im aktiven Dienst stehender Offizier befindet; jeder Faschist ist — besser als irgend ein Soldat — mit einem Gewehr neuesten Systems, mit Revolver, Dolch und Handgranaten bewaffnet. Ihre Offensive, deren Plan von Kriegstechnikern, hohen Offizieren und Generalen ausgearbeitet wurde, entfalteten die Faschisten systematisch, indem sie bei den schwächeren proletarischen Provinzen anfangen und sich allmählich über ganz Italien ausbreiteten. Wenn ein Gebiet schon besetzt und der Diktatur der Agrarier und ihrer weißen Garde untergeordnet ist, werden Expeditionen in die benachbarte Provinz organisiert. An einem bestimmten Tage wird ein Ueberfall mit mehreren Dutzenden Kraftwagen unternommen, die mit bis an die Zähne bewaffneten Faschisten gefüllt sind. Diese Armee bricht von mehreren Seiten in die Stadt ein. In militärischer Ordnung besetzen nun die Faschisten alle strategischen Punkte der Stadt und zerstreuen sich schießend, Bomben werfend und der ganzen Bevölkerung Schrecken einjagend in alle Stadtteile. Dann fängt eine systematische Jagd auf klassenbewußte Proletarier an. Besondere Abteilungen mit Brandapparaten, Benzin und Naphtha suchen die Arbeiterviertel auf, dringen in Arbeiterhäuser, Arbeiterbörsen, Arbeiterorganisationen, Arbeiterkonsumgenossenschaften und Arbeiterzirkel ein, mißhandeln und morden die dort befindlichen Arbeiter, begießen alles mit Petroleum und Benzin und geben es dann durch eine Brandbombe der Zerstörung und den Flammen anheim. Aber damit nicht zufrieden, umringt ein Faschistenkordon das brennende Gebäude, um das Löschen des Brandes zu verhindern.

Sind die Faschisten genügend stark, um ihren Plan zur Besetzung einer „feindlichen Stadt“ auszuführen, so verschwinden Polizei und Behörden und geben ihnen volle Handlungsfreiheit. Wenn dagegen die Kräfte der Banditen ungenügend sind, erscheinen ihnen unter dem Vorwande der Aufrechterhaltung der

Ordnung Abteilungen der Carabinieri und der königlichen Garden zur Hilfe. Nach Zerstörung von Gebäuden fängt die Jagd auf einzelne Personen an; Listen der mehr oder minder bekannten örtlichen Kommunisten werden von den Faschisten von vornherein aufgestellt. Einzelne Trupps durchsuchen die Häuser; Türen werden mit Gewehrkolben und Bomben zertrümmert; gelang es den Einwohnern nicht, beizeiten zu fliehen, so können sie dem Tode oder schweren Mißhandlungen nicht entgehen. Kinder werden vor den Augen der Mütter mißhandelt, der greise Vater wird totgeprügelt, weil er flehend bittet, sein junges Söhnchen nicht umzubringen. Schließlich wird alles, was sich im Hause befindet, auf die Straße geworfen, wo ein feierlicher Scheiterhaufen errichtet wird.

All diese tierischen Grausamkeiten dauern schon seit 2 Jahren an; alles, was Arbeiter durch jahrelange Arbeit sammelten, ist in Asche verwandelt; es gibt keine Stadt, keine Ortschaft, kein Dorf, wo die Faschisten kein Proletarierblut vergossen hätten; es vergeht kein Tag ohne Morde und Mißhandlungen. Die Repressalien und die Strafexpeditionen werden immer blutiger und grausamer, die Ueberfälle auf die Städte nehmen, wie die letzten Beispiele von Bologna und Ravenna beweisen, den Charakter regelrechter Feldzüge an, mit Belagerung der Stadt, Plünderungen und Brandstiftungen.

Unter solchen Bedingungen wuchs heran und organisierte sich die Kommunistische Partei Italiens. Seit den allerersten Tagen ihres Bestehens mußte sie einen tatkräftigen Kampf führen. Die Bourgeoisie begriff, daß die I. S. P. nach dem Kongreß von Livorno aufhörte, ihr Hauptfeind zu sein, und daß ihr Hauptfeind nunmehr die Kommunistische Partei Italiens war, gegen die sich nun alle Angriffe der Bourgeoisie richteten. Die Kommunistische Partei Italiens ist nur in Worten eine legale Partei. Neben der legalen Tätigkeit mußte sie auch ein weites Netz illegaler Organisationen bilden, um ihre zerstreuten und grausam verfolgten besten proletarischen Elemente zu schwerem Kampfe zusammenzufassen, zu begeistern und zu bewaffnen. Der unzählbare Geist des italienischen Proletariats fand einen Stützpunkt und sah seinen Glauben an die Zukunft und seinen Mut in der jungen und wahrhaftig revolutionären

Kommunistischen Partei Italiens verkörpert. Die stets wachsende Wut und Grausamkeit der Bourgeoisie, ihrer Regierung und ihrer Söldlinge zerschellt an dem entschlossenen Widerstand der Arbeiter. Keinerlei Expeditionen vermögen den Widerstandsgeist der Arbeiter zu brechen, die den Kampf unermüdlich stets von neuem aufnehmen und trotz der schlechten Bewaffnung und der verhältnismäßigen Schwäche der Organisation fortfahren, sich gegen den verhaßten Feinde zu verteidigen und ihn anzugreifen.

In diesem schweren Kampfe stand die Kommunistische Partei Italiens ganz allein, da die I. S. P. nach Livorno nicht nur jeden revolutionären Zug verlor, sondern auch selbst hauptsächlich mit dem Kampfe gegen die Kommunisten beschäftigt war. Die Führer dieser Partei — die Opportunisten und Reformisten — fürchteten nicht so sehr die Faschisten als die Kommunisten, denen sich die Sympathien der Massen zuzuneigen begannen, und sie versäumten daher keine Gelegenheit, die Partei vor den Arbeiter zu diskreditieren, zu schmähen und zu verleumden. Die volle Schwere der bürgerlichen Diktatur, deren Helfershelfer die Reformisten waren, wurde der Kommunistischen Partei zur Last gelegt, und da die Kommunisten, statt die Arbeiter mit verräterischen Redensarten und Ratschlägen zu täuschen und einzulullen, eine bewaffnete Verteidigung organisierten, wurden sie von den ehemaligen Genossen „rote Faschisten“ genannt. Die Fabrikanten jagten die Kommunisten aus den Betrieben, die Polizei nahm unter ihnen Massenverhaftungen vor und zerrte sie in Gefängnisse, wo sie oft mittelalterliche Foltern zu erdulden hatten, die Faschisten mißhandelten und mordeten sie und zerstörten ihre Wohnungen, die Organe der Korporationen verdrängten sie aus den Gewerkschaften und entfernten sie aus führenden Stellungen. Die Syndikalisten und Anarchisten, die anfangs scheinbar von demselben revolutionären Geist erfüllt waren wie die Kommunisten, zeigten bald ihre ganze Unzuverlässigkeit. Sie zogen sich vor dem ersten Druck der Reaktion zurück, ließen ihre Kampftruppen zerfallen und zeigten ihr inhaltsloses Politikastertum.

Was geschah aber mit der I. S. P. während dieser blutigen Periode des Bürgerkrieges? Was wurde aus ihr vom Kongreß zu Livorno

bis Mailand und von Mailand bis zum bevorstehenden Kongreß in Rom? Was tat diese „ruhmreiche“ revolutionäre Partei im Moment einer so schweren Prüfung des italienischen Proletariats? Leider ist diese lehrreiche, wenn auch kurze Geschichte sehr traurig und kam den Arbeitern und Bauern sehr teuer zu stehen. Die Vorhersagen der Kommunistischen Internationale bewahrheiteten sich vollauf in der Folge der Ereignisse, die sich mit einer unerbittlichen Logik entwickelten. Die I. S. P. wurde allmählich unter dem Einflusse des stets wachsenden schamlosen Tobens der Faschistenbanden von außen, wie auch durch die unaufhörliche zersetzende Arbeit der Reformisten von innen zu einer kläglich, hilflosen, überflüssigen Partei, bei der der Mangel an jeglicher Methode und an einem klaren Programm die ihr folgenden Massen in eine Sackgasse führt und der der Kampf der verschiedenen Richtungen und Strömungen, bei völligem Fehlen proletarischer Disziplin, jede Festigkeit und Zusammenarbeit nimmt, die für eine nur irgendwie revolutionäre Partei unumgänglich notwendig sind.

Aus welchem Grunde entfalteten diese „Vertreter“ des italienischen Proletariats eine so wütende Propaganda? Sie taten es im Namen der „Einheit“, zur angeblichen Verteidigung gegen die herannahende Reaktion; es war aber nicht die Einheit mit jenen gemeint, die tatsächlich den Vortrupp im Kampfe der Arbeiterklasse bildeten, sondern mit jenen, die für die dreißig Silberlinge der großitalienischen Versprechungen die Arbeiter verrieten. Diese „Einheit“ zeitigte schon bald ihre Früchte: während der triumphierende rechte Flügel seine Tätigkeit im Interesse der Einheit mit der Bourgeoisie energisch fortsetzte, waren die Maximalisten damit beschäftigt, die ihnen folgenden Massen vor der kommunistischen Ansteckung zu schützen. Dafür haben sie viel Energie und Kampffähigkeit übrig, den Faschisten gegenüber begnügen sie sich aber mit evangelischen Sprüchen und Worten über Zivilisation, während diese täglich proletarisches Blut vergießen, Schutzlose mißhandeln und territorisieren und ihr Hab und Gut vernichten.

Bei der Zusammensetzung, die die I. S. P. nach dem Kongreß zu Livorno erhielt, verriet sich immer mehr die Sache der Arbeiterschaft.

Ihre revolutionäre Phraseologie konnte niemanden mehr irreführen, aber auch diese machte bald Platz der Propaganda der Reformisten, die sogar im Zentralorgan anfangen, ihre Ansichten offen zu verkünden und die Partei wegen des — wenn auch noch weiter verrückten — Scheines der revolutionären Gesinnung verurteilen. Die Tätigkeit der Maximalisten mit Serrati an der Spitze war übrigens den Reformisten sehr nützlich, da jene durch ihre verlogene Phraseologie die Massen in der I. S. P. festhielten, während die Reformisten die Massen allmählich, aber unaufhörlich vergifteten und bei ihnen eine Stimmung erzeugten, die es den Bourgeoisbanden ermöglichte, immer schamloser und gewalttätiger zu werden.

Die Massen als Ganzes bewahrten aber ihre Kampffähigkeit; und waren sie auch gezwungen, unter dem Drucke überwältigender Kräfte der Reaktion zurückzuweichen, so hofften sie doch auf den Moment, da die I. S. P. von neuem in die Reihen der Weltorganisation des revolutionären Proletariats eintreten und wieder zu einer wahrhaftig revolutionären Partei werden würde, fähig, sie zum Kampfe vorzubereiten und zu führen.

Das ist der Grund, warum jene, die alles taten, um die Partei von der Kommunistischen Internationale loszureißen und sie dadurch zugrunde zu richten, gezwungen waren, ihre Delegierten zum III. Kongreß zu senden, um angeblich die Gutmachung der begangenen Fehler zu versuchen. Das erwies sich aber als ein einfaches Manöver, da die I. S. P. schon zu stark mit dem reformistischen Gift durchtränkt war, als daß ihre Gesundung als Ganzes noch möglich gewesen wäre. Auf dem Kongreß in Mailand wurde es klar, daß die I. S. P. als eine Partei des Klassenkampfes im Sterben begriffen ist; kleinbürgerliche Elemente, Reformisten und Opportunisten bemächtigten sich gleich mörderischen Bazillen des siechen Organismus der I. S. P. Die Maximalisten waren nur dem Scheine nach Herren der Lage, in Wirklichkeit stand ihre Partei schon unter dem herrschenden Einflusse der Reformisten; auch unterschieden sich die Maximalisten mit ihrer pazifistischen und nebelhaften Psychologie wenig von den Reformisten. Nur ein kleines Häuflein klardenkender Elemente gruppierte sich um die zum III. Kongreß ent-

sandten Delegierten, Maffi, Lazzari und Riboldi, sprach laut über die von Serrati und Co. begangenen verhängnisvollen Fehler und fing an, den Bruch mit der Bourgeoisie und die Rückkehr in die Kommunistische Internationale zu fordern. Die Stimme dieser kleinen Gruppe wurde aber auf dem Kongreß, wo die italienischen Sozialdemokraten schon offen nach der Pfeife der Reformisten tanzten, überhört.

Um die Massen noch einmal zu betören, wurden wieder hochtrabende Phrasen gedroschen von der drohenden Reaktion, von Widerstand, von der Einheit und von eiserner Disziplin. Diese Phrasen sollten es dem rechten Flügel, der sich hinter den demagogischen Mätzchen der Maximalisten versteckte, ermöglichen, seine verderbliche Arbeit und die der Bourgeoisie geleisteten Helfershelferdienste fortzusetzen.

In dem kurzen Zeitabschnitt, der den Kongreß der I. S. P. zu Mailand vom bevorstehenden Kongreß in Rom trennt, können wir im Leben der Partei äußerst bezeichnende Erscheinungen feststellen. Ein großer Teil der breiten Massen verläßt allmählich die Partei, deren Mitgliederzahl trotz des neuen Zuflusses kleinbürgerlicher Elemente sich um die Hälfte verringert hat. Das gleiche Schicksal erreichte auch ihren Hauptverbündeten, die reformistische Arbeitskonföderation. Aber damit nicht genug: der rechte Flügel findet, daß es an der Zeit ist, der Partei den letzten, tödlichen Schlag zu versetzen und sie in eine konstitutionelle, parlamentarische Partei zu verwandeln, geeignet zur offenen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und den Henkern des Proletariats, den Faschisten. Auf die Verwirklichung dieses klaren und bestimmten Zieles ist die ganze Tätigkeit des rechten Flügels der I. S. P. gerichtet. Die Maximalisten leisten ihren Freunden und Genossen von rechts keinen Widerstand. Das aus Maximalisten bestehende Z. K., das vom Kongreß außerordentliche Vollmachten erhielt, war nicht imstande, wenigstens des Scheines halber Maßnahmen zu treffen, um die Partei vor einem solchen Niedergang zu bewahren. Die Partei wurde tatsächlich von Turati, Modigliani, d'Arragona und Co. geleitet. Baldesi, der jetzt bei den bürgerlichen Zeitungen hoch in Ehren steht, wurde die führende Persönlichkeit in der I. S. P. und Sekretär der Par-

lamentsgruppe. Die kläglichste Rolle spielte Serrati. Es ist schwer, sich ein traurigeres Ende für einen politischen Führer vorzustellen, der noch unlängst Liebling der Massen und ein kämpfender Revolutionär war.

Serrati verwendete während dieser zwei Jahre seine Energie dazu, die Reformisten zu decken und zu verteidigen und mit den Kommunisten zu polemisieren. Jetzt warten seine Freunde nur auf den günstigen Augenblick, um ihn wie einen nutzlosen Lappen endgültig beiseite zu werfen. Serrati wollte die Tätigkeit der Kommunisten verhindern und die Reformisten gefügig machen, der Bändiger geriet aber selbst in die Falle der Reformisten, die zu seinem Grabe werden wird.

Die Reformisten sind der Ansicht, daß die I. S. P. schon genügend von revolutionären Elementen gereinigt sei, um die Hand nach den langersehnten Ministerportefeuilles auszustrecken und die ganze Partei auf dem Weg der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie mitzureißen. Sie verkünden dieses Programm offen in allen ihren Organen und in den Resolutionen der Parlamentsgruppe. Die Reformisten aus der Konföderation drohten sogar der I. S. P. mit der Bildung einer besonderen Partei der Arbeit, sollte das Programm der Kollaborationisten nicht angenommen werden. Diese Drohung jagte den Maximalisten keinen geringen Schreck ein, die dadurch gleichsam vom Mond herunterfielen, sich die Augen rieben und sich darauf besannen, daß sie sich vor zwei Jahren in Livorno wohl geirrt haben dürften, da die Entwicklung gerade den Weg eingeschlagen hat, den die Kommunistische Internationale damals vorhersagte. Es wurde ein (fast ausschließlich aus Maximalisten bestehender) außerordentlicher Nationalrat einberufen, auf dem mit sehr kleiner Mehrheit Parolen des Klassenkampfes und einer strengen Disziplin angenommen wurden. Die Reformisten handeln jetzt aber nicht mehr mit der früheren schamhaften Vorsicht; unverzüglich nach dem Nationalrat bestätigen sie von neuem ihre früheren Entschließungen und beharren auf dem Programm der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Die Allgemeine Arbeitskonföderation ruft hierauf einen außerordentlichen Kongreß zusammen, auf dem das Programm der Zusammenarbeit nur infolge des anwachsenden Einflusses der Kommunisten nicht durchdringt. Jetzt greift auch das Z. K. zum

letzten Mittel: es entschließt sich zur Einberufung eines Kongresses, auf dem die Frage entschieden werden soll, ob die I. S. P. noch auf den Namen einer Partei Anspruch erheben kann, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, oder ob sie schon eine Partei des Kleinbürgertums und der Intelligenz ist, die Hand in Hand mit den Demokraten, den Volksparteilern (Popolari) und den Fasziisten sich der Wiedergeburt des bürgerlichen Vaterlandes zu widmen hat. Die Vorbereitungen zum Kongreß sind noch im Gange. Der endgültige Zerfall der Partei ist aber schon völlig klar. Die Reformisten weichen keinen Schritt von ihrem Programm zurück. Sie verwenden alle ihre Kräfte zur Propaganda und zur Organisation. Ihre Tageszeitung, die sich durch nichts von jeder beliebigen liberalen bürgerlichen Zeitung unterscheidet, brachten sie aus Reggio Emilia nach Mailand, von wo sie in zehntausenden Exemplaren in ganz Italien verbreitet wird. Das Grundthema aller Artikel ist: Kritik der Maximalisten und Teilnahme an der bürgerlichen Regierung. Hinter den Kulissen des Parlamentes ist die rührigste praktische Tätigkeit im Gange: die Reformisten eilen, denn sie wollen mit einer vollzogenen Tatsache vor dem Kongreß erscheinen. Sie wenden sich an die Volksparteiler; die schlaunen Pfaffen haben es aber nicht eilig, sie warten auf den völligen Zerfall der I. S. P., um dann die Verräter ins Schlepptau zu nehmen. Diese suchen einen Ministerpräsidenten, der sie in sein Kabinett aufnehmen würde. Gelingt es nicht mit Nitti, so wenden sie sich an Giolitti; augenscheinlich haben sie aber ihre Anziehungskraft schon verloren, denn selbst diese Zyniker wenden sich von ihnen ab. Sie verrieten die Massen und sind nunmehr für die Bourgeoisie überflüssig; diese hofft, daß sie auch ohne die Verräter fertig werden wird. Bei der letzten Regierungskrise taten die Reformisten alles Mögliche, um ihren langgehegten Wunsch zu verwirklichen. Sie griffen schon zum äußersten Mittel und machten es so, daß während der Krisis Turati mit den Führern aller bürgerlichen Parteien zusammen vom König zur Beratung berufen wurde. Turati unterhielt sich lange über irgend etwas mit dem König, es kam aber für die Reformisten wenig dabei heraus; sie erniedrigten sich wieder einmal in den Augen der Massen, während bei der Bourgeoisie sich ihre Chancen dadurch nicht

hoben. Sie würden eine Regierung mit dem Nationalisten und Interventionisten Orlando an der Spitze mit Begeisterung aufgenommen haben, aber die Kombination, die dieser vorschlug, d. h., daß an der Regierung neben Turati auch Mussolini teilnehmen solle, erschien ihnen vorläufig doch zu gewagt. Auf diese Weise konnten es die Kollaborationisten, nachdem sie alle Mittel versucht und sogar mit der Erklärung des allgemeinen Streiks in ganz Italien gedroht hatten, durch den sie sich den Weg zur Regierung ebnen wollten, zu nichts bringen; nach der Krisis kehrte, ohne sie und gegen sie, die frühere Regierung zurück, die Massen wendeten sich noch mehr von ihnen ab, und sogar in den wenigen Orten, wo der friedliche „Kultur“-Reformismus vorherrscht, morden und wüten die Faschisten ebenso wie überall. Die Kollaborationisten machen jetzt ihre bürgerliche Politik offen und mit vollem Selbstvertrauen, da sie fühlen, daß sie in der I. S. P. die Herren der Lage sind und daß, wenn auch nicht die Mehrheit, so doch eine gute Hälfte der Partei mit ihnen ist. Tatsächlich hat die I. S. P. jetzt noch ungefähr 65 000 Mitglieder, darunter gibt es Maximalisten, deren Zahl in Livorno noch zirka Hunderttausend betrug, nicht mehr als 20—25 000, die übrigen gehören zu den Reformisten, Unionisten und den Anhängern der Kommunistischen Internationale (die Fraktion Lazzari, Maffi, Riboldi).

Die Maximalisten treffen ihrerseits auch rührige Vorbereitungen zum Kongreß. Sie, diese Helfershelfer der Reformisten, die die Partei verraten haben, sie, die die volle Verantwortung für den Zerfall der I. S. P. tragen, machen noch einen Versuch, mit ihren alten Freunden zu einer Vereinbarung zu gelangen. Durch Ueberredungen und Drohungen wollten sie sie auf den früheren, für die Massen noch gefährlicheren Weg zurückbringen, als sie hinter der Maske der lügenhaften Demagogie nicht so offen mit ihrem bürgerlichen Programm auftreten konnten. Die Reformisten erwiesen sich aber als standhaftere Leute und wollen jetzt, da sie die Maximalisten vom Typus Serrati nicht mehr nötig haben, keinen Schritt vom beabsichtigten Ziel abweichen und gehen ihren eigenen Weg. Erst unlängst erklärte Serrati, daß er einen Streit in Familienkreisen einem Bündnis mit

dem „äußeren Feinde“ (d. h. mit den Kommunisten) vorziehe. Sein heißes Südländerherz erlaubt es ihm nicht, sich von d'Arragona, Turati und Baldesi zu trennen, solange er sich nicht überzeugt hat, daß diese von der Höhe ihrer Ministerportefeuille tatsächlich befehlen werden, auf Arbeiter zu schießen. Die „Freunde“ wurden aber von solchen Worten gar nicht gerührt, setzten ihre Arbeit fort, wobei sie nicht mehr mit der Zentrale der Partei rechneten, der sie noch immer angehören, sondern nur mit dem Verhalten, das die bürgerlichen Parteien und die Regierung ihnen gegenüber bekundeten. Schließlich gaben die Maximalisten ein Manifest heraus, das eine offene Verurteilung und Brandmarkung der ganzen Tätigkeit und Taktik der I. S. P. in den vergangenen zwei Jahren darstellt. Die Maximalisten — darunter auch Serrati — geben zu, daß sie sich in Livorno getäuscht und den richtigen Weg verlassen haben, indem sie jene als ihre Freunde und Genossen anerkannten, die jetzt mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten wollen. Sie geben zu, daß es jetzt keine andere Rettung für die I. S. P. gibt als den Bruch mit den Reformisten. Dieses traurige Dokument der verspäteten Reue von Leuten, die die Partei zugrunde richteten, ist sehr lehrreich, seine praktischen Ergebnisse aber können natürlich jetzt nicht mehr groß sein. Die in die Enge getriebenen Maximalisten geben zu, daß sie die Arbeitersache ins Verderben geführt haben, keiner wird aber die Hunderte und Tausende Proletarier wieder lebendig machen, die diesem Fehler zum Opfer gefallen sind; keiner wird jene Schrecken aus der Wirklichkeit streichen können, mit denen die Bourgeoisie infolge der Feigheit und des Verrates der Führer der I. S. P. schändeten, und keiner wird den vergifteten und geschwächten Organismus der I. S. P., die die Arbeiter und Bauern zum Siege hätte führen sollen, ins Leben zurückrufen. Die Maximalisten sehen jetzt, daß das Ende ihrer Partei gekommen ist und daß die Massen bereit sind, sie gänzlich zu verlassen. Sie läuten daher Sturm und sprechen und schreiben darüber, daß man endlich den Bruch durchführen und sich von den Reformisten trennen müsse. Der Kongreß wird zeigen, in welchem Maße sie aufrichtig und zur Verteidigung der wahren Interessen der Massen fähig sind. Ihre ganze Vergangen-

heit und Gegenwart veranlaßt zu einer großen Skepsis. Der Kongreß wird gleichfalls zeigen, wieviel Revolutionäre es noch unter den der I. S. P. angehörenden 20—25 000 Maximalisten (in Livorno waren es ungefähr 100 000) gibt.

Die einzige Gruppe in der I. S. P., die noch den revolutionären Charakter bewahrt hat und auf dem Boden des Klassenkampfes verblieben ist, ist die Fraktion von Maffi, Lazzari und Riboldi. Diese kleine Gruppe, auf dem Kongreß in Livorno ungefähr 3000 Mann, die in Mailand sowohl seitens der Reformisten als auch seitens der Maximalisten mit Angriffen überschüttet wurde, ist den Kollaborationisten jetzt besonders verhaßt. Sie zählt gegenwärtig ungefähr 10 000 Mitglieder, und alles, was in der I. S. P. ehrlich, revolutionär und aufrichtig ist, gehört ihr an. Die Anhänger der Kommunistischen Internationale erklärten noch vor dem Kongreß in Mailand offen, daß die I. S. P. einen gefährlichen Weg gehe und daß die Partei nur durch Gutmachung der in Livorno begangenen Fehler und durch Rückkehr in die Kommunistische Internationale zu einer wahrhaftig revolutionären Massenpartei werden könne; in dem gleichen Geiste führten sie die ganze Zeit hindurch ihre Propaganda, fürchteten sich nicht, vom Untergang der I. S. P. zu sprechen und sagten offen, daß die Verschmelzung mit den Kommunisten die revolutionären Elemente der I. S. P. noch retten könne. Wenn diese Fraktion aus der I. S. P. ausscheidet, wird es im italienischen Parlament eine neue konstitutionalistische Partei geben — die frühere I. S. P.

Die ganze Schwere des Kampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie lastet in Italien auf der Kommunistischen Partei, die trotz ihrer vorläufig noch schwachen Kräfte den Kampf mit wunderbarer Energie und Ausdauer führt, das Proletariat organisiert, bewaffnet und begeistert. Trotzdem fast in ganz Italien tatsächlich schon eine Militärdiktatur herrscht und über einige Provinzen, wie z. B. Piemont, Lombardien und Ligurien, der Kriegszustand verhängt ist, kann die Bourgeoisie die gewünschte Ruhe nicht erreichen. Hunderte Millionen Lire werden für den Unterhalt der Armee, der Karabinieri, der Königlichen Garde

und der Räuberbataillone der Faschisten verschleudert. Die Unruhen hören aber doch nicht auf, der Bürgerkrieg wird immer blutiger und erbitterter und eine Regierungskrise folgt auf die andere. Die Bourgeoisie kann sich nunmehr nur durch blutige Gewalt, durch Raubmord und Terror halten; sie will aber ihrer Herrschaft immer noch eine demokratische Form verleihen — daher all diese parlamentarischen Konvulsionen und der völlige Mangel an jeglicher, auch der bürgerlichen Rechtsordnung.

Das italienische Proletariat kann niedergehalten und vorübergehend in eiserne Ketten geschlagen werden, es läßt sich aber nicht erwürgen, es wird von neuem aufstehen, seine Freiheit erkämpfen und harte Rache an seinen Unterdrückern üben. Der soeben beendete Generalstreik in Italien bewies, welche Vorräte an kriegesischem Geist und Energie in den italienischen Massen aufgehäuft sind. Und wenn die unglückselige „Alleanze de Lavoro“, die den Streik leitete, ihn nicht gerade in dem Augenblick, als er den Charakter eines bewaffneten Aufstandes anzunehmen anfang, eingestellt hätte, so hätte er nach einer langen Periode des Partisanenkrieges den ersten offensiven Vorstoß gegen Bourgeoisie und Faschismus bedeutet. Der Streik wurde auf Beschluß der „Alleanze de Lavoro“ eingestellt, und die Regierung und Faschisten konzentrieren jetzt alle ihre Kräfte in den Hauptzentren des Proletariats und wollen dort der Arbeiterbewegung einen endgültigen Schlag versetzen. Es fließt noch Blut in Mailand, Ancona und Genua, wo jede Straße, jedes Haus mit Sturm genommen werden muß und ganze Regimenter mit Maschinengewehren und Panzerwagen hinzugezogen werden müssen. Wenn auch dieser Streik zu keinem praktischen Resultate führte, so zeigte er doch die Kampfbereitschaft des Proletariats. Und wenn die Bourgeoisie eine offene Militärdiktatur vorbereitet, so gibt sich auch das Proletariat keinen Illusionen mehr hin, es bewaffnet sich und weiß, daß auf die Diktatur der Bourgeoisie nur die Diktatur des Proletariats folgen kann und muß.

A. Vitoli.

Diskussion zur Frage des Programms der Kommunistischen Internationale.

Wie soll das Programm der Kommunistischen Internationale beschaffen sein?

Die Hauptschwierigkeit in der Programmfrage liegt in folgendem: Wie ist es möglich, eine allgemein gültige Strategie des Kampfes der kommunistischen Parteien auszuarbeiten, eine Strategie, welche zwar allgemein gültig, aber trotzdem konkret sein soll, d. h. nicht formell prinzipielle Regeln des Kampfes der Arbeiterklasse im allgemeinen, sondern eine dem gegenwärtigen speziellen Stadium der Weltgeschichte — da der Kapitalismus seine Stabilität verloren hat und kapitalistische Staatswesen, Diktatorländer, wie auch Uebergangsformen, z. B. die Republik des Fernen Ostens, nebeneinander bestehen — entsprechende, allgemeine, konkret-sachliche Strategie des Kampfes des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht in weiteren Ländern!

Es gibt Genossen, welche die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Strategie leugnen und die strategische Frage als „taktische“ aus dem Programm ausschalten und in das Arbeitsfeld der einzelnen Sektionen verweisen wollen. Man argumentiert mit der großen Verschiedenheit der konkreten Verhältnisse, den raschen Veränderungen in der Kampflage usw. Merkwürdigerweise ist ein so hervorragender Theoretiker wie Genosse Bucharin in diesem Lager. Ich stehe aber nun nicht an, zu behaupten, daß dies nichts anderes wäre, als

eine Bankrotterklärung des Marxismus.

Nachdem in bezug auf die Ziele keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist die Berufung auf die „Verschiedenheit der Verhältnisse“, „rasche Aenderung der Verhältnisse“, nichts anderes als das Eingeständnis: Wir sind nicht imstande, die gegenwärtige Epoche der Weltgeschichte theoretisch zu erfassen, theoretisch zu beherrschen. Die Verweisung dieser Probleme in

das Gebiet der Taktik ist ein feiges Ausweichen, keine Lösung.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich behaupte durchaus nicht, daß für alle Länder der Erde eine gleiche konkret-sachliche Strategie möglich ist, aber es muß möglich sein, die Erde in einige große Ländergruppen einzuteilen — wie es G. Sinowjew in seiner Diskussionsrede andeutete —, für diese Gruppen die möglichen großen Linien der Entwicklung theoretisch auszuarbeiten und die verschiedenen Etappen des Kampfes der Arbeiterklasse — nicht formell, sondern konkret — festzulegen. Die Ausarbeitung muß so konkret und so vollständig sein, daß in keinem Lande, in keinem Zeitpunkt des nächsten Jahrzehnts (ungefähr) bei der K. P. Zweifel darüber entstehen können, in welche Gruppe ihr Land gehört und in welcher Etappe der Entwicklung es sich momentan befindet. Ist die theoretische Fundierung bis hierher gediehen, so ist es ein leichtes, für jede Ländergruppe und für jede Etappe die Strategie auszuarbeiten. Für die Programme der einzelnen Sektionen verbleibt: Die Begründung, warum ihr Land in diese oder jene Ländergruppe gehört, in welcher Etappe der Entwicklung es sich befindet, was für Spezialitäten in den Klassenmachtverhältnissen es aufweist; welche Modifikationen die allgemeine Strategie daher hier und jetzt erleiden muß. Endlich für kürzere Perioden — 1 bis 3 Jahre — bestimmte, ganz konkrete Aktionsprogramme.

Prinzipiell will ich nochmals betonen: So weit unsere theoretische Erkenntnis konkret reicht, so weit kann auch unsere Strategie konkret ausgearbeitet werden. Wer da behauptet, er sähe die Entwicklung der Klassenmachtverhältnisse theoretisch klar, könne aber nicht sagen, wie der Kampf unter den gegebenen und erkannten Klassenmachtverhältnissen zu führen sei, erklärt damit, daß

er alles andere, nur kein Politiker sei; oder aber, daß er die Verantwortung für die Richtigkeit seiner theoretischen Erkenntnisse nicht tragen will, daß er also an ihre Richtigkeit selbst nicht glaubt.

Erfolg oder Mißerfolg des zu schaffenden Programms als Mittel im Kampfe des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht — und es soll doch wohl ein Kampfmittel, kein Lesestück zur Erbauung der Parteimitgliedschaft sein — hängt also ganz und gar von der Richtigkeit der theoretischen Analyse der gegenwärtigen Weltlage ab.

Der Aufbau des Programms.

Dieser prinzipielle Standpunkt gibt für mich die Grundlage für den ganzen Aufbau des Programms der K. I. Im allgemeinen ist zu bemerken:

Das Programm soll dem revolutionären Proletariat ein vollständiges ökonomisch-politisches Weltbild in historischer Entwicklung bieten. Es soll knapp, aber gemeinverständlich gehalten sein, da darauf zu rechnen ist, daß große Proletariatsmassen aus einem politisch unbewußten Zustand unmittelbar — mit Ueberspringung der sozialdemokratischen Epoche — zur K. P. kommen.

Der Aufbau soll historisch sein und sich ungefähr folgendermaßen gliedern:

1. Die vorkapitalistische Epoche.

Die vorkapitalistischen Klassengesellschaften, Sklaven, Leibeigene, Hörige usw. Ganz flüchtige Skizze ähnlich wie im Kommunistischen Manifest. Hervorzuheben wären:

1. Die durch alle Formen hindurch feststehende Tatsache der Ausbeutung.

2. Die Rolle der Klassengewalt und das Monopol des Waffentragens der herrschenden Klasse, wodurch die Ausbeutung erzwungen wird.

3. Das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse, wodurch die ideologische Beherrschung erleichtert wird.

4. Die Rolle des Staates als Gewaltorganisation der herrschenden Klasse.

2. Die Epoche des festgefügtten Kapitalismus.

a) Der auffreier Konkurrenz basierte Kapitalismus (bietet keinerlei

Schwierigkeit, da Analyse von Marx und Engels im Wesen durchgeführt). Schärfer hervorzuheben auch hier die Rolle des Staates und seines Gewaltapparates (Lenin, Staat und Revolution) und die Tatsache der realen Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

b) Der „organisierte Kapitalismus“, ungefähr die zwei Jahrzehnte vor dem Kriege. Muß etwas detaillierter ausgearbeitet werden. Hauptpunkte, welche im Gegensatz zum vorherigen hervorgehoben werden müssen:

Die technische Betriebskonzentration erreicht in den führenden Industrien ihre durch Standort-Faktoren bestimmte Höchstgrenze. Hingegen Zusammenschluß in horizontaler und vertikaler Richtung, wie auch gesamtstaatlich („Staatstrust“ Bucharins). Verschärfte Konzentration des Vermögens und vor allem der wirtschaftlichen Macht in der Hand einer sehr kleinen Gruppe von führenden Kapitalisten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Kapital ist im Schwinden. Die „Organisierung“ des Kapitals ermöglicht es, die Lasten der Krisen auf das Proletariat abzuwälzen. Die reale Lebenshaltung der Arbeiter hebt sich nicht weiter (Kautsky, Weg zur Macht. — Neuere amerikanische Untersuchungen). Kredit- und Kleinaktienwesen ermöglichen weiten Kreisen, Brosamen des Mehrwertes zu erhaschen, wodurch nichtkapitalistische Schichten am Bestehen des Kapitalismus interessiert werden. — Ausbeutung der Kolonien. Rolle der Arbeiteraristokratie in den Kolonialmächten. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit des Kapitalismus bei den proletarischen Massen allgemein noch feststehend. Imperialismus. Konkrete Gruppierung der Länder. Der Weltkrieg als unvermeidliche Folge der Interessengegensätze zwischen den imperialistischen Mächten. Kurze Charakterisierung der Kriegswirtschaft. und der Kriegsfolgen.

3. Die Epoche des erschütterten Kapitalismus und des Uebergangs zur Diktatur des Proletariats.

Wie wir bereits betonten, hängt Erfolg oder Mißerfolg des Programms ganz und gar davon ab, ob die theoretische Analyse dieser gegenwärtigen Epoche richtig durchgeführt

wird oder nicht. Es ist daher unumgänglich notwendig, daß die besten Köpfe der K. I. an dieser Arbeit mit voller Kraft teilnehmen.

Einige Versuche liegen vor, doch sind sie meines Erachtens ungenügend. Das Buch Bucharins über „Die Oekonomie der Transformationsperiode“ ist ein wichtiger Beitrag. Es gibt aber nur eine abstrakt theoretische Darstellung der Erscheinungen des zerfallenden „Kapitalismus überhaupt“. Wir brauchen aber eine konkrete Darstellung und theoretische Ausarbeitung der gegenwärtigen Tendenzen. Für uns ist nicht das wichtigste „Wie zerfällt der Kapitalismus?“, sondern „Zerfällt der Kapitalismus in absehbarer Zeit (für welche ein Programm geschaffen wird) überhaupt?“ Geht der Zerfall kontinuierlich vor sich, oder werden die vorhandenen Gegenteilstendenzen stark genug sein, um eine kürzere Periode der neuerlichen Festigung des Kapitalismus zu bewirken? Welche Rolle fällt in dem Zerfallsprozeß dem Proletariat selbst zu, und in welcher Weise, durch welche Strategie kann die Wirkung des Faktors „Proletariat“ — des einzigen, auf den die Kommunistische Internationale unmittelbar einwirken kann — auf die höchste Potenz gebracht werden?

Zur Beantwortung dieser entscheidenden Fragen genügt die Analyse Bucharins auf keinen Fall.

Ich versuchte, in meinen „Wirtschaftlichen Problemen“ die Erscheinungen und Ursachen der Krise des Kapitalismus zusammenzufassen. Manches Richtige ist darin — wie ich glaube — enthalten. Als ganzes aber ist diese Analyse unrichtig, weil sie die Erscheinungen im besiegten und bankrotten Mitteleuropa im Weltmaßstab verallgemeinert!

Viel Wertvolles ist in den verschiedenen Thesen und Manifesten der drei ersten Kongresse der Kommunistischen Internationale enthalten. Doch leiden dieselben vom Standpunkte einer Programmschaffung im allgemeinen an dem Mangel, daß sie zu aktuell gehalten — auf eine zu kurze Pe-

riode — von einem Kongresse zum anderen — zugeschnitten sind. Derselbe Mangel haftet auch meinem Versuche an, welchen ich in der zweiten Ausgabe meiner „Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft“ gemacht habe, die allgemeinen Tendenzen der Entwicklung der Wirtschaft in den drei Nachkriegsjahren festzustellen. Kurz: wenn auch manche Vorarbeit geleistet ist, so steht die grundlegende Arbeit doch noch vor uns.

Ich will nun versuchen, ganz skizzenhaft, ohne auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit irgendwie Anspruch zu machen, einige wichtige Tendenzen hervorzuheben.

1. Die gegenwärtige Epoche wird vor allem durch eine Unstabilität im Weltmaßstabe charakterisiert. Diese Unstabilität wird äußerlich gekennzeichnet:

Wirtschaftlich durch das tatsächliche Fehlen eines Weltgeldes und die ungeheuren Schwankungen der Valuta, durch die ungleiche Preisgestaltung und durch die verschiedene Konjunktur. Politisch, durch das Nebeneinanderbestehen von Gesellschaftssystemen widersprechenden Charakters (kapitalistische und Sowjetstaaten), durch die ununterbrochenen außenpolitischen Krisen (Kriege und Kriegsdrohungen) in den kapitalistischen Ländern, durch die fast ständigen Regierungskrisen, durch die rasche Aenderung der Parteibildungen sowohl im bürgerlichen als auch im proletarischen Lager; vielfacher Wechsel in der Gruppierung der Klassen. Sozial: Unsicherheit der individuellen Existenz, rascher Wechsel von Bereicherung und Verarmung, Arbeitslosigkeit und Ueberarbeit, ungeheure Vermehrung der Lohnkämpfe usw.

2. Verschärfung der Klassengegensätze. Das revolutionäre Klassenbewußtsein des Proletariat hebt sich: Große Massen der Arbeiter glauben nicht länger an die Unerschütterlichkeit der Klassenherrschaft. (Diese Tendenz wird stärker oder schwächt sich ab mit den Erfolgen oder Mißerfolgen Sowjetrußlands auf militärischem, außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet.) Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, zwischen Bauernschaft und Bourgeoisie. Die Bauernschaft schreitet zur selbständigen Parteibildung, hat

in einigen Ländern maßgebenden Einfluß auf die Regierung gewonnen. Staat und staatlicher Gewaltapparat erscheinen der herrschenden Klasse oder einzelnen Schichten derselben nicht mehr als ausreichend oder verläßlich genug: es entstehen überall Klassengewalt - Organisationen.

Die ökonomische Basis beider Erscheinungsgruppen ist die verminderte Produktion im Weltmaßstab. Daher naturgemäß vermindertes gesellschaftliches Gesamteinkommen und scharfer Kampf der Klassen um die Verteilung dieses verminderten Quantum des jährlichen gesellschaftlichen Wertproduktes. Die Verminderung wird verursacht durch die Kriegsfolgen: herabgewirtschafteter sachlicher Produktionsapparat, Verlust von Millionen Arbeitskräften, Verminderung der Arbeitsleistung. Letzteres ist Ursache und Folge zugleich. Schlechte Ernährung macht die Arbeiterschaft zu früheren Leistungen unfähig. Der Unwille über die schlechte Lebenslage vermindert — bewußt oder unbewußt — die Arbeitsleistung. Verminderte Leistung bedeutet wiederum verminderte Produktion und verschlechterte Lebenslage.

Die Verminderung der Produktion verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Länder der Erde. Es gibt Länder, deren Produktionsapparat gegenwärtig besser, die Produktionsfähigkeit größer ist als vor dem Kriege (Vereinigte Staaten). Desto stärker ist der Ausfall anderer Länder (Deutschland). Aber alle sind in die Krise einbezogen, überall zeigt sich eine starke Unstabilität aller gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn auch in verschiedener Weise. Dies macht eine rohe Gruppierung der Länder notwendig.

Wollen wir, was unbedingt nötig ist, weiter in die Details eindringen, so müssen die Länder der Welt gruppiert werden. Und zwar nach den zwei Gesichtspunkten: wie der Kapitalismus wirtschaftlich steht, und inwiefern der Machtapparat des Staates intakt oder beschädigt ist.

1. Gruppe der kapitalistischen Staaten mit intaktem Produktions- und Zirkulationsapparat:

a) die eine genügende landwirtschaftliche und Rohstoffbasis im eigenen Lande oder in beherrschten Gebieten besitzen, eine in größtem Maßstabe sich selbst genügende

Wirtschaft treiben, was ein längeres Weiterleben auf kapitalistischer Basis möglich erscheinen läßt, unabhängig vom Schicksal Europas: Vereinigte Staaten, Kanada, Australien, Südafrika, Japan, Südamerikanische Länder;*)

b) ohne genügende Agrar- und Rohstoffbasis, daher mit dem wirtschaftlichen Schicksal der übrigen Welt enger verbunden: England und die neutralen Länder Europas.

2. Gruppe der kapitalistischen Staaten mit stark beschädigtem Produktions- und Zirkulationsapparat:

a) „Siegerstaaten“, welche im Gefolge des Krieges keine politische Revolution durchgemacht haben, wo daher der staatliche Apparat noch ziemlich intakt ist: Frankreich, Belgien, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen. Es ist zweifelhaft, ob Italien zu dieser oder zur Gruppe b zu rechnen ist, da sich hier die Macht des Staates stark vermindert hat und die Kämpfe zwischen den Klassen durch außerhalb des Staatsapparates organisierte bewaffnete Gruppen geführt werden;

b) die „Besiegten“-Länder, wo es zu einer politischen Revolution kam und die Staatsmacht als solche sehr schwach erscheint: Oesterreich, Deutschland, Bulgarien (auch Griechenland und die europäische Türkei);

c) die Länder, wo die Diktatur des Proletariats zusammenbrach: Ungarn und die Randstaaten, Bayern.

3. Gebiete der Fremdherrschaft (Kolonien formell und tatsächlich): Indien (englisch, französisch, holländisch), China (mit Außenstaaten), Afrika usw. **)

4. Die Gruppe der Sowjetstaaten.

Es müßte sodann untersucht werden, welche Formen die Unstabilität in den einzelnen Ländergruppen annimmt, welche unbewußten Tendenzen und bewußten wirtschaftspolitischen Bestrebungen vorhanden sind, um in jeder Ländergruppe die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Kapi-

*) Die Reihenfolge bedeutet immer auch eine Bewertungsreihe; das erstgenannte Land entspricht dem Typus am reinsten.

**) Die Angora-Türkei, die sich ihre Unabhängigkeit erkämpft hat und Portugal, welches nur zum Schein unabhängig ist, müßten besonders erwähnt werden.

talismus wiederherzustellen. Wirtschaftlich: Streben nach Autarkie, Abbau der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Kapitalwanderung usw. Sozial: Klassenbewaffnung, Heranziehung der Arbeiteraristokratie und vor allem der Gewerkschafts- und Parteibürokratie zum Schutz des Kapitalismus. Politisch: Versuche der imperialistischen Mächte zur Schaffung einer Weltorganisation zum Schutze des Gesamtkapitalismus (Völkerbund); andererseits Rüstungen der einzelnen imperialistischen Weltreiche zu einem neuen Kampf!

Ferner genaue Analyse der Verschärfung der Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Klassen. (Kampf zwischen Agrariern und Kapitalisten, Bauern und Städtern usw.)

Endlich Analyse der Lage in den Sowjetstaaten. Wirkung des Bestehens Sowjetrußlands auf die Weltlage einerseits; Wirkung des isolierten Bestehens auf die Lage Sowjetrußlands andererseits.

Auf dieser Grundlage sollte an die Ausarbeitung der Strategie der Eroberung der Macht für die typischen Länder der einzelnen Ländergruppen herangegangen werden. Dies ist ein Aufgabenkreis, welchen ich selbst nicht berühren möchte. Hierzu gibt es kompetentere Genossen.

Was hingegen die Aufgabennach der Eroberung der Macht anbetrifft, so müßten meines Erachtens die Anfangsschwierigkeiten, die politischen und ökonomischen Probleme, welche im Anfangsstadium der Diktatur auftauchen, eingehend erörtert werden, damit die Genossen im vorhinein damit vertraut werden. So z. B. Sabotage der Intellektuellen, zeitweiliges Fehlen der Arbeitsdisziplin bei den Proletariern, Widerstand der Bauern, Notwendigkeit, die besten Kräfte zum Schutze der Diktatur zu verwenden; daher Rückgang der Lebenshaltung des industriellen Proletariats. Es müßte stark betont werden, daß alle Schwierigkeiten kleiner werden, je mehr Länder vom Kapitalismus zur Diktatur des Proletariats übergegangen sind.

Den Schluß sollte vielleicht eine, wenn auch kurze, utopistische Darstellung der verwirk-

lichten kommunistischen Gesellschaftsordnung bilden.

Berlin, den 17. Juli 1922.

E. Varga.

Zur Programmdiskussion.

Der Weltkongreß, der Anfang November in Moskau zusammentritt, wird sich mit der Frage der Formulierung des Programms der kommunistischen Parteien befassen. Die vorbereitenden Arbeiten sollen von der Programmkommission beim E. K. der K. I. und von den Programmkommissionen, die die einzelnen Parteien gebildet haben, ausgeführt werden. Für diese Arbeiten und für die Diskussion haben wir nicht ganz vier Monate zur Verfügung. Es gilt, rasch zu arbeiten, wenn die Behandlung der Frage des Programms auf dem Weltkongreß gut vorbereitet werden soll. Ich will versuchen, einige ernste Gedanken über diese Aufgabe darzulegen, Gedanken, welche nicht durch das abstrakte Denken, sondern durch die Praxis der kommunistischen Propaganda und des kommunistischen Kampfes innerhalb der tschechoslowakischen Partei angeregt worden sind.

Wie soll die Konstruktion des Programms der kommunistischen Parteien sein?

Ein Teil der Aufgabe, die der Novemberkongreß erledigen soll, ist meiner Meinung nach unbestritten und im Wesen schon vorbereitet. Ich denke dabei an den ersten, grundlegenden Teil des Programms. Dieser muß die theoretische Begründung der kommunistischen Weltanschauung zum Inhalt haben; unser Ziel und unsere Methoden. In diesem Teil wird die Analyse des Kapitalismus in der jetzigen Periode der Zersetzung und des Absterbens der historischen kapitalistischen Epoche in der Periode der akuten Weltrevolution konzentriert durchgeführt. In diesem Teil wird unser Ziel, der Kommunismus, charakterisiert, die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, das Sowjetsystem, weiter die Aufgabe der kommunistischen Partei im Kampfe um die Diktatur und bei der Durchführung der Diktatur formuliert. In diesem Teil könnte vielleicht auch der Unterschied von den anderen Arbeiterparteien (besonders der Sozialdemokratie) und das Verhältnis zur russischen Revolution, sowie auch zu Sowjetrußland als der einstweilen

wichtigsten Position der Weltrevolution zum Ausdruck gebracht werden. Dies alles ist heute in den in der Kommunistischen Internationale verbundenen Parteien unbestritten. Es ist durch Thesen und Beschlüsse der früheren Kongresse vorbereitet; es bleibt nur zu kodifizieren. Diese Arbeit werden die russischen Genossen sehr gut durchführen. Die Programmkommissionen bei den einzelnen Parteien werden durch sie nicht besonders belastet.

Trotzdem möchte ich zu diesem ersten, grundlegenden Teile des Programms einige Bemerkungen machen. Vom Standpunkte der Psychologie der Arbeitermassen in Mittel- und Westeuropa würde ich es für nützlich halten, wenn in diesem Teil des Programms auch die Sätze, die die wichtigen Erfahrungen der russischen Revolution aus der Zeit des Aufbaues ausdrücken, eingefügt werden könnten. In Mittel- und Westeuropa gibt es ganze Schichten von Arbeitern, die die Unhaltbarkeit des Kapitalismus, die Grausamkeit der Bourgeoisie, die Unumgänglichkeit der Bürgerkriege, die Unabwendbarkeit der Klassendiktatur schon fühlen, die bei einzelnen Aktionen auch eine solche Härte und einen solchen Mut bezeugen, daß man meinen sollte, sie müßten imstande sein, für die Diktatur zu kämpfen. Was hält diese dem Kommunismus schon sehr nahen Massen vom völligen Zusammenfließen mit der Kommunistischen Partei ab? Was ermöglicht den Parteien der Internationalen Zwei und Zweieinhalb ihre Existenz als Massenparteien? Der Umstand, daß diese Arbeitermassen bei ihrer in gewissem Sinne praktischen, realistischen Einstellung immer noch im Zweifel sind, ob die Diktatur der Kommunistischen Partei nach der Uebernahme der Macht die positive schöpferische Arbeit des wirtschaftlichen Organisierens der Gesellschaft zu bewältigen imstande ist, ob sie fähig ist, die Produktivkräfte zu erhöhen. Die äußeren Eindrücke über die russische Revolution, die vorläufig zum Bewußtsein dieser Schichten als Masse kommen, beheben diese Zweifel nicht. Es sind dies auf der einen Seite die Eindrücke des früheren „Kriegskommunismus“ und auf der anderen Seite wieder das andere Extrem, die Eindrücke der jetzigen „neuen ökonomischen Politik“. Diese haben in Mittel- und Westeuropa verhältnismäßig

stark eingewirkt. Das Programm sollte zeigen, daß es sich in diesen beiden Fällen um durch außerordentliche Verhältnisse aufgezwungene Maßnahmen handelt, und es sollte — wenigstens theoretisch — die Etappen des kommunistischen Aufbaues nach Eroberung der politischen Macht skizzieren.

In den Augen der mittel- und westeuropäischen Arbeiterschaft würde unser kommunistisches Programm eine verstärkte Ueberzeugungskraft erhalten, wenn in ihm durch irgend eine Formulierung angedeutet würde, in welchem Maße die Zwangsmaßnahmen des von der proletarischen Diktatur geleiteten Staates zulassen, eventuell in der ersten Phase direkt für notwendig halten, die Ausnützung auch des privaten Interesses und der privaten Initiative des einzelnen. Es ist nicht entscheidend, ob im Laufe des Flusses ein jedes einzelne Atom des Wassers seine Bahn zwangsweise bestimmt bekommt, oder ob im Rahmen der Ufer das „freie“ Spiel dieser im ganzen doch nur geringen Kräfte zugelassen wird. Die Hauptsache ist, daß das Ufer durch betonierte Dämme fest ausgebaut und somit der Gesamtlauf des Stromes planmäßig bestimmt wird. Eine solche Konstruktion des proletarischen Staates, in der 70 Prozent des Lebens (darunter eben die größten gesellschaftlichen realen Kräfte) durch die staatliche Planmäßigkeit zwangsweise reguliert werden, in der aber gleichzeitig die übrigen 30 Prozent eine legale Freiheit, das persönliche Interesse und die persönliche Initiative geltend zu machen hätten, wird aller Wahrscheinlichkeit nach den Typus der wirtschaftlichen Organisation des Staates in der ersten Etappe nach der Ergreifung der diktatorischen Macht durch das Proletariat in den industriellen Gebieten Mittel- und Westeuropas darstellen. Das dabei der Wirksamkeit der regulierenden staatlichen Macht zufallende Gebiet wird in industriellen Ländern sofort von Anfang an größer sein als heute in dem größtenteils agrarischen Rußland; um so größer, je entwickelter der Kapitalismus und je größer die Konzentration in den einzelnen Staaten. Das Prinzip der individuellen Initiative bleibt — wenigstens für eine Uebergangszeit — erhalten als ein kleiner Teil der bewegenden gesellschaftlichen Kräfte und für die Uebergangsperiode notwendig zur Mitversorgung des gesellschaftlichen Lebens. Aber nicht mehr als wirt-

schaftlich herrschendes Prinzip, sondern zusammengepreßt gefesselt, in einem stählernen, undurchbrechbaren Reifen der staatlichen Macht, welche mit den Methoden des Zwanges einen großen Plan zielbewußt bestimmt und gleichzeitig kategorisch festsetzt, bis zu welchem Grade das individuelle Interesse sich geltend machen kann.

Warum halte ich es für nützlich, daß dieser Gedanke in irgendeiner Form im allgemeinen Teil des Programms angedeutet werde?

Erstens — wie ich schon sagte — deswegen, weil diese Formulierung dem suchenden Blicke der entscheidenden Massen der mittel- und westeuropäischen Arbeiterschaft entgegenkommt, der Massen, die schon fast bei uns sind, die aber trotzdem noch auf den Lippen die unausgesprochene Frage haben: Wie werden wir es machen? Aber es gibt auch einen anderen Grund, der meiner Meinung nach schon allein genügen würde. Die angeführte Formulierung ist nämlich instande, zur Neutralisierung der Schichten beizutragen, mit denen in Mittel- und Westeuropa sowohl im Kampfe um die Eroberung der Macht, als auch bei dem Aufbau nicht zu rechnen unmöglich ist. Die angedeutete Formulierung erleichtert unserem Programm den Zutritt zu den Spezialisten aus den Kreisen der Intellektuellen. Wäre es möglich, in Westeuropa damit zu rechnen, daß die arbeitende industrielle Intelligenz dort als ein ähnlicher Verbündeter der Arbeiterschaft erkannt werden könnte wie die arbeitenden Bauern in Rußland? Es liegt nicht in unserem Plane, das kleine und mittlere Eigentum (hauptsächlich dasjenige der Bauern) nach der Ergreifung der Macht schablonenhaft über Nacht zu zerstören. Es ist ganz gut möglich, dieses Eigentum indirekt auf dem Wege über die exproprierte Großproduktion gesellschaftlich zu regulieren. Im Gegenteil, wir selbst, im Interesse des eigenen Kampfes, rechnen mit dem Funktionieren der kleinen Bauerngüter, des kleinen Handwerkes und Handels in einer Periode, wo durch den Bürgerkrieg, durch die Ergreifung der Großunternehmungen, durch die Schaffung der Roten Armee die Großproduktion unterbrochen wird. Wäre es möglich, dieses im Programm überzeugend und verbindlich auszusprechen, festzusetzen, daß ent-

gegengesetzte Maßnahmen gegen die kleinen und mittleren Eigentümer nur im Falle ihrer gegenrevolutionären Aktivität, nur aus Gründen der revolutionären Abwehr gegen den inneren Feind in Anwendung gebracht werden würden, — so würden wir mit alledem auf diese Mittelschichten, die ständig zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat schwanken, die in Mittel- und Westeuropa auch selbst den Druck des kapitalistischen Regimes scharf fühlen, stark einwirken. Damit werden wir unseren Kampf erleichtern und seinen Erfolg beschleunigen.

Es ist auch zu überlegen, ob in dem allgemeinen Teil des Programms in einigen Sätzen die Aufgabe, die in den industriellen Staaten in der Periode des Aufbaues den Gewerkschaften und den Genossenschaften zufallen wird, nicht charakterisiert werden soll. In den industriellen Staaten sind diese Organisationen (ebenso wie die Fabriken) netzartig über das ganze Land ausgebreitet, nicht wie in Rußland nur in einigen Gebieten konzentriert. Sie können also schon in der Periode des Kampfes, besonders aber in der Periode des Aufbaues mehr ausgenützt werden, als dies in Rußland möglich war. Meine Meinung ist, daß einige Sätze dieser Tendenz das Interesse an unserem Programm in den Reihen der bisher nicht kommunistischen gewerkschaftlich organisierten und in den Kooperativen vereinigten Arbeiter erhöhen würde.

Vergessen wir auch nicht ganz die Form der Sprache und passen wir diese dem Geist des ersten Teiles des Programms an! Mit dem Programm wollen wir auch zu den Ostvölkern sprechen. Man soll fühlen, ohne daß es ausdrücklich mit Worten ausgesprochen werden müßte, daß der Kommunismus viel mehr als das Programm einer Partei ist, auch mehr als nur der Ausdruck des Kampfes einer Klasse — daß es die Weltauffassung einer neuen historischen Epoche der befreiten Menschheit ist. Die formale, stilistische Seite des Programms würde meiner Ansicht nach am besten gelöst, wenn sie nicht stückweise aus den Beratungen, Berichtigungen und verschiedenen Diskussionen der Kommissionen hervorgehen würde, sondern wenn diese Aufgabe der glücklichen Hand eines besonders fähigen einzelnen Genossen übertragen werden könnte.

II.

Neben diesem grundlegenden Teile soll meiner Ansicht nach das Programm einen zweiten Teil haben. In diesem sollen konkret einzelne Forderungen formuliert werden, welche die einzelnen kommunistischen Parteien als am wichtigsten für ihren unmittelbaren Kampf betrachten.

Bei der Ausarbeitung dieses Teiles wird es notwendig sein, aus den praktischen Erfahrungen, Bedürfnissen und Situationen einzelner politischer Parteien in den verschiedenen Ländern zu schöpfen. Einige Forderungen werden für verschiedene Länder verschieden formuliert werden. Der Schwerpunkt dieser Arbeiten wird bei den nationalen Programmkommissionen liegen. Diese Kommissionen sollten für die Beendigung ihrer Arbeiten eine genaue Frist, den 1. Oktober, festsetzen, so daß spätestens am 15. Oktober aus jedem Lande ein Entwurf dieses speziellen Teiles des Programms in Moskau wäre; nur so wird die zentrale Kommission die Zeit und die Möglichkeit haben, die aus allen Ländern angekommenen Anträge zu untersuchen, sie miteinander zu vergleichen, aus ihnen allgemeine Schlüsse zu ziehen und jedem einzelnen Antrag die seinem Lande entsprechende endgültige Stillisierung zu geben, den endgültigen Antrag für den Kongreß vorzubereiten und den Referenten zu bestimmen.

Dieser Teil des Programms wird zum Ausdruck dessen werden, was schon den Inhalt der allgemeinen Praxis der kommunistischen Parteien bildet. Die Praxis, an die täglichen Kämpfe der Massen um die Teilforderungen anzuknüpfen und sie zum Ausgangspunkt einer weiteren Steigerung der Aktivität proletarischen Massen zu machen, bekam die ersten Anregungen durch den Offenen Brief in Deutschland. Eine weitere Etappe ihrer Entwicklung bildet die Einheitsfront. Im Programm soll diese Praxis vollkommen planmäßig, systematisch durchgeführt werden. Der Kongreß soll damit den Plan der Aktion der Kommunistischen Parteien in der Uebergangszeit bis zum Augenblick des entscheidenden Auftretens zur direkten Uebernahme der Macht festsetzen.

In der Tschechoslowakei haben wir mit der Taktik, die der des Offenen Briefes und der

Einheitsfront entspricht, sehr gute Erfahrungen gemacht. Mit dieser Methode haben wir in einer verhältnismäßig kurzen Zeit das tschechoslowakische Proletariat aus der Gefangenschaft der nationalen Ideologie befreit, der es nach der Schaffung des tschechoslowakischen Staates verfiel, und haben es auf den festen Boden des Klassendenkens geleitet. Mit diesen Methoden befreien wir die politisch bewußten tschechoslowakischen Arbeiter als Masse aus der Gefangenschaft des Einflusses der Sozialdemokratie, so daß heute in der Tschechoslowakei die Sozialdemokratie nur eine kleine Partei ist, wohingegen die Kommunistische Partei die eigentlich große Arbeiterpartei bildet. Wenn wir heute bei uns zu Hause zur Formulierung des speziellen Teiles des Programms schreiten, halten wir es für zweckmäßig, auf die prinzipielle Beantwortung folgender zwei Fragen zu dringen:

1. Zu welchen konkreten täglichen Teilforderungen können wir in unserer politischen Aktion einen positiven Standpunkt einnehmen und sie zu Punkten des speziellen Teiles unseres Programms machen? Sollen wir uns nur auf sozial-wirtschaftliche Dinge beschränken, oder können wir einen positiven Standpunkt zu den täglichen Teilfragen von allgemein politischer Natur einnehmen?

2. Sollen wir die weitere Konsequenz der Aktion für die Teilforderungen und für die Einheitsfront, die Formel der Arbeiterregierung, nur für einen methodischen Behelf in unserer Propaganda, für ein bloßes Manöver zur Enthüllung der Gegner betrachten? Oder rechnen wir mit einer Arbeiterregierung als mit einer Konstruktion, die in der Uebergangsperiode zur Diktatur wenigstens in einigen Staaten mit ihrer Existenz eine bestimmte Zeit ausfüllen kann, die auch in noch demokratischen Verhältnissen eine bestimmte kürzere oder längere Zeit als eine Regierung wirklich existieren kann? In diesem letzten Falle müßte die von uns verlangte Arbeiterregierung ihren eigenen Inhalt haben. Dann müßte in unserem Programm nicht nur die Forderung der Arbeiterregierung allgemein ausgesprochen werden, sondern es müßte gleichzeitig festgesetzt werden, womit nach unserer Ansicht ihre Tätigkeit ausgefüllt werden soll.

Zu der ersten Frage:

Unsere Praxis, von den konkreten Teilforderungen des Tages auszugehen, begann sich empirisch zu bilden. Wir hielten es für selbstverständlich, uns an den Kämpfen der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Großkapitals, für den Achtsturentag, gegen die Herabsetzung der Löhne, für das Koalitionsrecht zu beteiligen. Sollen wir unsere Aktivität auch auf andere Gebiete übertragen, sollen wir programmatisch als unsere nicht maximale Forderung, sondern für die Uebergangszeit, noch für die Zeit der Existenz der demokratischen Staaten, konkret Forderungen auf dem Gebiete der Steuern und Finanzen, der Justiz, der staatlichen Administration, der Verpflegung, der bürgerlichen Rechte erheben? Alle diese Dinge machte jetzt z. B. in Deutschland das praktische politische Leben unmittelbar akut. Meiner Ansicht nach können und sollen diese Uebergangsforderungen im speziellen Teile des Programms formuliert werden. In der Steuerfrage sind übrigens die betreffenden Thesen schon von der Exekutive ausgearbeitet, und bloße logische Konsequenz führt dazu, daß auch den anderen Fragen, selbst auch den mit der Expansion der Reaktion zusammenhängenden Fragen des allgemeinen Fortschritts als Uebergangsforderungen im speziellen Teil des kommunistischen Programms Raum gegeben werden muß.

Von der Sorgfalt, mit der wir diejenigen Teilforderungen behandeln werden, die einzelnen Ländergruppen spezifisch sind, wird es abhängen, ob sich das Verhältnis der armen Bevölkerungsschichten dieser Ländergruppen zu uns stärken und vertiefen wird. Wir können nicht leugnen — bei der Beratung der norwegischen Frage auf der Sitzung der erweiterten Exekutive wurde es auch angedeutet —, daß z. B. in den skandinavischen Ländern manchmal das Gefühl auftaucht, als ob ihre besonderen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt würden. Die Koalition mit den bürgerlichen Parteien kann selbstverständlich nicht als ein „besonderes skandinavisches Verhältnis“ betrachtet werden, wohl aber soll immer vor unseren Augen stehen die soziale Lage der dort besonders wichtigen Bevölkerungsgruppen, wie die der Fischer, Waldbauern und Kätner, und wir sollen mit sehr großem Verständnis und mit positiver Hilfe

den aus dieser Lage entstandenen Teilforderungen entgegenkommen. Und es ist notwendig, alle Situationen in den mitteleuropäischen und Balkanstaaten ebenso konkret zu behandeln. Ich mache in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß in einzelnen Staaten jetzt die Frage der Zurückwanderung aus Amerika einen solchen Umfang annimmt, daß wir nicht daran vorbeigehen dürfen.

Eine besondere Gruppe der Teilforderungen der Tagespolitik bilden die sich aus den nationalen Verhältnissen in vielen europäischen Staaten ergebenden Forderungen. Die Mehrheit der kleinen Staaten in Mitteleuropa und Südosteuropa, welche unter dem Einfluß der Entente geschaffen worden sind oder existieren, haben in ihren Grenzen starke nationale Minderheiten. In der Tschechoslowakei leben neben 9 Millionen Tschechen und Slowaken 3 Millionen Deutsche, 2 Millionen Ungarn, Ukrainer und Polen. Es entstehen nationale Forderungen, von den kleinen Schulforderungen bis zur Forderung des Umbaus des Staates im Sinne der Autonomie. Die Entente, besonders Frankreich, sieht sehr gern diese Zusammensetzung der von ihr abhängigen Staaten. Diese Zusammensetzung ist eine von den Voraussetzungen, mit denen sie bei dem System ihrer Weltmacht rechnet. Sie rechnet so: in einem Staate, wo eine starke anderssprachige Minorität ist, muß sich die regierende Majorität vor der Revolte dieser Minorität fürchten, und sie ist deswegen von mir mehr abhängig. Sie muß schon aus inneren Gründen eine starke Armee aushalten, die — einmal existierend — im ernststen internationalen Falle mir zur Disposition stehen wird; aus der Situation derjenigen Nationen, die in diesen kleinen Staaten die Majorität in der Regierung haben, entstehen ernste Sorgen und Forderungen.

In diesen Nationen, deren Bourgeoisie heute die Staatsmacht beherrscht, beginnen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der territorialen Kleinheit des Staates fühlbar zu werden. Es entsteht in ihnen der Drang nach Vereinigungen, Verträgen, Allianzen. Die Stärke dieses Dranges nützt wieder die Entente, besonders Frankreich, aus. Unter seinem Protektorat entstand die Kleine Entente. In den Staaten, die so unter fremder Führung verbunden worden sind, wobei die eigenen wirt-

schaftlichen Interessen den militärischen Interessen des großen Vormundes manchmal weichen mußten, gibt es schon heute politische Strömungen, die zu anderen Allianzen und anderen Föderationen drängen. So existiert z. B. schon heute eine Tendenz, die an Stelle der französisch orientierten Kleinen Entente auf die Bildung einer wirtschaftlichen Einheit bestehend aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Südslavien und Bulgarien, mit russischer Orientierung gerichtet ist. Das sind die mit der nationalen Frage zusammenhängenden konkreten Teilforderungen, die auf das Gebiet der auswärtigen Politik übergehen. Kann sich die kommunistische Politik und Aktion auch um diese Dinge kümmern? Wird das nicht ein „nationaler Opportunismus“ sein, wenn wir zu ihnen einen konkreten Standpunkt im speziellen Teile unseres Programms einnehmen würden?

Die Erweiterte Exekutive hat die Kommission für die Nationalitätenfrage eingesetzt. Diese Kommission sollte meiner Meinung nach spätestens bis zum 20. August die allgemeinen Thesen über diese Frage ausarbeiten und diese Thesen der Exekutive zur Genehmigung vorlegen, dann sollten spätestens bis zum 1. September die genehmigten Thesen allen nationalen Programmkommissionen übergeben werden, damit in ihrem Sinne jede Partei in ihrem Entwurfe des Programms auch zu dem in ihrem Lande existierenden nationalen Problem Stellung nehme.

Zur zweiten Frage:

Ich bin nicht der Ansicht, daß in allen Staaten der Weg zur Diktatur durch das Stadium der Arbeiterregierung gehen müßte. In einzelnen Staaten halte ich es für sehr wahrscheinlich; so in Deutschland und in der Tschechoslowakei. In diesem Falle ist es notwendig, für die Zeit der Existenz der Arbeiterregierung im speziellen Teil des Programms den Plan ihrer Tätigkeit zu skizzieren. Als Beleg dafür, wie die Frage der Arbeiterregierung in absehbarer Zeit politisch akut werden könnte, führe ich folgende Tatsachen aus der Tschechoslowakei an: Das Land ist überindustrialisiert. Ungefähr 55 Prozent der Bevölkerung lebt von eigener persönlicher Arbeit, ohne eine parasitäre Existenz zu führen und ohne fremde Arbeitskraft auszu-

saugen. Bei den letzten Wahlen bekamen die bürgerlichen Parteien zusammen 52 Prozent, die sozialistischen 48 Prozent der Stimmen. Unter den Bürgerlichen befinden sich die Deutschen aus nationalen Gründen der Regierung gegenüber in prinzipieller Opposition, wobei sie 70 Prozent des im Lande investierten Kapitals repräsentieren. Von den tschechischen bourgeois Parteien ist zahlenmäßig am größten die agrarische Partei, welche — von den Großbauern beherrscht — so viele kleine Landwirte umfaßt, daß sie in absehbarer Zeit einer sozialen und politischen Zerlegung fähig ist. Nach alledem kann man bestimmt annehmen, daß bei den nächsten Wahlen unter den sozialistischen Parteien die Kommunisten die stärkste Partei sein werden. Ungewiß ist, ob die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen von 48 Prozent — sagen wir — auf 40 herabsinken, oder ob sie auf 55—60 Prozent steigen wird. Das hängt in hohem Maße davon ab, mit welcher Parole im Falle der Wahl wir Kommunisten in den Kampf gehen werden. Wenn wir als Ziel die Bildung einer Arbeiterregierung erklären, und zwar mit einem Regierungsprogramm, das der Durchschnittsproletarier in der gegebenen Situation für möglich halten wird, wenn wir dabei die Möglichkeit haben werden, eine bestimmte Zeit dieses Ziel, die Einheit im Innern der Partei und das Einverständnis der Internationale vorausgesetzt, ernst und überzeugend zu propagieren, dann rechne ich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit, daß die proletarischen Wähler, die bei den vorigen Wahlen mit den bürgerlichen Parteien gingen, sich von diesen abwenden werden, daß unter der Arbeiterschaft sich ein großer, suggestiver, hinreißender Wille zur Arbeiterbewegung ausbilden wird, und daß dann bei den Wahlen, unter der Form der Demokratie, die Stimmen der sozialistischen Parteien in der überindustrialisierten Tschechoslowakei die Grenze der 50 Prozent überschreiten könnten. Selbstverständlich ist das keine reale Kraft, auf die man zur Durchsetzung der wesentlichen Aenderungen in der wirtschaftlichen Ordnung und den Vermögensverhältnissen rechnen könnte. Aber in jedem Falle ist das eine interessante Erscheinung, und auf die subjektive Stimmung der Arbeiter

in der Tschechoslowakei würde sie ganz bestimmt einen großen Einfluß haben. Die Frage der Arbeiterregierung in der Tschechoslowakei kann also akut werden. Um in der Tschechoslowakei bei der Kompliziertheit der Verhältnisse eine klare und feste Politik machen zu können, ohne innere Schwierigkeiten in der Partei selbst, und um dasselbe auch in den anderen Ländern zu erzielen, ist es notwendig, daß auf die zu Punkt 2 angeführte Frage der Weltkongreß eine jede zweideutige Interpretation ausschließende, präzise und klare Antwort erteilt.

Als ich — unabhängig von der jetzigen Programmarbeit — überlegte, welche von den in der kommunistischen Literatur schon schriftlich skizzierten Formulierungen am besten geeignet wäre, zur Grundlage eines Programms für die Arbeiterregierung zu werden, bin ich immer auf die Formulierungen zurückgekommen, die im Frühjahr 1917 von Lenin in seinem Projekt der Plattform der proletarischen Partei aufgestellt worden sind. Sowohl ihr Inhalt, als auch die Form ihrer Begründung sind meines Dafürhaltens der heutigen Situation und Stimmung in der Tschechoslowakei entsprechend.

Ich habe die Frage der Teilforderungen und der Arbeiterregierung sehr scharf gestellt. Absichtlich. Eben diese Fragen verlangen von uns eine ganz scharfe Entscheidung und eine ganz scharfe Antwort.

III.

Nun noch zum zweiten Teile des Programms einige Bemerkungen von mehr allgemeiner Natur.

Dieser Teil des Programms ist in unseren Reihen viel weniger vorbereitet als die Formulierung des ersten Teiles. Es kann eine sachliche Verschiedenheit der Ansichten schon darüber entstehen, ob der Kommunismus überhaupt ein anderes als ein „maximales“ Programm haben kann, und ob wir nicht durch die Formulierung des zweiten Teiles eigentlich auf den Boden des Reformismus übergehen. In Konsequenz dieser Ansicht müßte man auf dem Kongreß nur das beschließen, was in den ersten Teil gehört, und nichts weiter.

Abstrakt kann man diesen Standpunkt begründen. Wenn er sich aber auf dem Kongreß durchsetzen sollte, wird der wirkliche Wille derjenigen Genossen, die auf der Sitzung der

Erweiterten Exekutive für die Tagesordnung des Kongresses gestimmt haben, nicht erfüllt. Die meisten Delegierten haben hauptsächlich deswegen die Behandlung der Programmfrage auf dem Kongreß verlangt, weil das praktische Bedürfnis der Parteien einen klaren, konkreten, systematischen Plan für die nächste Zeit und für die nächsten konkreten Aktionen benötigt. Die Parteien verlangen, der Kongreß möge dieses ihr Bedürfnis befriedigen, und es würde nicht befriedigt, wenn wir uns beschränken würden nur auf die Genehmigung des ersten allgemeinen theoretischen Teiles.

Wodurch würde sich dann der spezielle Teil unseres Programms von dem „Minimalprogramm“ der alten Sozialdemokratie unterscheiden?

In folgendem: Als die Forderungen z. B. des Erfurter Programms formuliert wurden, befand sich der Kapitalismus auf der aufsteigenden Linie seiner Entwicklung. Er strotzte in voller Manneskraft, und seine Mittel vergrößerten sich mehr und mehr. Durch die minimalen Forderungen der Sozialdemokratie sollten für die Arbeiterschaft bestimmte langandauernde Daseinsvorteile innerhalb des Kapitalismus erlangt werden. Der Kapitalismus selbst — sich im Aufstieg befindend — berechtigen zu der Hoffnung, daß er diese Vorteile — wenn sie ihm abgerungen wurden — gewähren könne. Heute besteht ein vollkommen anderer Zustand. Es naht der Abend der kapitalistischen Epoche. Die kapitalistische Welt befindet sich in Auflösung. Wenn auch allmählich, so beginnen sich doch deutlich die Schatten des Todes über sie zu senken. In diesem Zustande, auf der jetzigen Stufe der Entwicklung der ganzen kapitalistischen Epoche nach dem Weltkriege, ist für den Kapitalismus manche Forderung auf die Dauer unerfüllbar, welche in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf 30 Jahre hinaus für seine Kräfte leicht erfüllbar waren. Wenn ich eine Forderung vorlege, die im Rahmen der kapitalistischen Ordnung sich erfüllen läßt, so ist das ein reformistische Forderung. Können die heutigen demokratischen, bürgerlichen Republiken auch nur zum Beispiel die Forderung, von allen Ausnahmezuständen vollkommen abzusehen, erfüllen? Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige kommunistische Parteien in Anbetracht der Verhältnisse ihrer

Länder in ihr Programm wörtlich irgend einen Punkt des Erfurter Minimalprogramms übernehmen. Das ist meiner Meinung nach nichts Schlimmes, und man braucht das nicht zu vertuschen. Sind dies Forderungen, die in der jetzigen Phase der Entwicklung des Kapitalismus, in der heutigen Periode der verschärften Klassenkämpfe im Rahmen der kapitalistischen Ordnung auf die Dauer unerfüllbar sind, dann hat sich mit der Schwächung des Kapitalismus dialektisch die Eigenschaft dieser Forderungen geändert. Heute sind diese Forderungen revolutionär. Für die reformistische Sozialdemokratie sind sie eben aus diesem Grunde schon ganz gewiß nur eine Formalität, eine Antiquität, ein Stück Papier. Aber eben deswegen bekommen sie von neuem Wert für uns, und sie beginnen in unseren Händen ein Hebel zu werden zum Wecken der Energien und des revolutionären Elans der proletarischen Massen. Ähnlich wie heute in der Tschechoslowakei die Forderungen sich zum revolutionären Programm für das Proletariat gestaltet haben, welche während des Krieges der Führer der tschechischen nationalbourgeoisien Revolution, Masaryk, in der Emigration ausgearbeitet hat, und welche er heute mit Blut und Eisen bekämpft („Pariser Deklaration“). Einzelne konkrete Punkte des zweiten Teiles würden wir — meiner Ansicht nach — nicht gut formulieren, wenn wir nicht auch Rücksicht darauf nehmen, daß im revolutionären Kriege des Weltkommunismus das Prinzip der Elastizität eine große Rolle spielen muß. Ich führe ein Beispiel an: Wir wollen in unseren kommunistischen Krieg gegen die Festungen des Kapitalismus die Massen, eine große Majorität des Proletariats, hineinreißen. Wir sehen, daß wir heute am besten den Kontakt mit den Massen herstellen, wenn wir daran anknüpfen, was in der Tiefe dieser Massen selbst reift, was auch den verhältnismäßig weniger bewußten Schichten der Massen in der gegebenen Situation zur Durchführung reif und möglich erscheint. Welches sind die Grenzen, in denen wir die auf diese Massen wirkenden Forderungen formulieren dürfen? Bei dieser Entscheidung kommt das Moment der Elastizität zur Anwendung. Stellen wir uns vor: Alle Stufen der Forderungen und Wünsche des Arbeiters, von dem heutigen Zustande über eine Erhöhung des

Lohnes um 10 Prozent, über die Einführung der Sozialversicherung, über die Kontrolle der Produktion bis zu dem Endziele, zur proletarischen Diktatur im Staate und zur Uebernahme der Fabriken sind diagrammatisch bezeichnet mit einer in 100 Teile geteilten Linie. Der Kapitalismus ist im heutigen Zustande seiner Kräfte und Mittel, bei äußerster Anspannung, höchstens imstande, die Forderungen der Arbeiter bis zu der Stufe 10 zu erfüllen. Wir wissen bestimmt, daß alles, was diese Grenze überschreitet, alles von dem Grade 11 bis zu dem Grade 100, für den heutigen Kapitalismus unmöglich ist. Wie sollen wir also die Forderungen und die Parolen formulieren, bemessen, damit wir die Massen in Bewegung, in die Front des Kampfes bringen? Wir gehen über 10, aber wie weit über 10, dafür ist die konkrete Situation und der Grad der Reife der Masse entscheidend. Sollen wir immer nur sagen: Endziel, Endziel, Endziel, Diktatur, Diktatur, Diktatur, 100, 100, 100? Nein! Das würde für eine weniger reife Masse der Proletarier viel zu abstrakt, monoton, wenig begreiflich, wenig überzeugend und wirksam sein. 15 ist in den gegebenen Verhältnissen ebenso unerfüllbar wie 100. Wir werden also wechseln. Einmal Ziffer 100, einmal 15, einmal 50, einmal 30 usw. Dieses Wechseln, dieses Herabsetzen und Erhöhen der Forderungen wird aber nicht nur zufällig sein. Unsere Methode, die Massen in Bewegung zu bringen, kann eine ganze Symphonie der Schattierungen und Töne darstellen; bei der größten Mannigfaltigkeit aber muß in ihr eine strenge Gesetzmäßigkeit sein; eine Gesetzmäßigkeit, darin bestehend, daß alles bestimmt ist durch die konkrete Kenntnis der Verhältnisse, der proletarischen Masse, der Resonanz, welche die Parolen in dieser oder jener Abstufung in der gegebenen Situation in den Massen hervorruft usw. Die Kommissionen, die in den einzelnen Ländern den speziellen Teil des Programms vorbereiten werden, mögen bei der Formulierung und Abstufung einzelner Punkte auf die speziellen Verhältnisse ihres Landes, auf die Psychologie ihrer Massen Rücksicht nehmen. Nur dann werden wir alle Saiten richtig abstimmen, damit bald unser Konzert und unser Tanz beginne. Weiter oben schon habe ich angedeutet, daß ich es für möglich halte, in Ländern verschiedenen Entwicklungsgrades zu denselben Punkten

verschiedene Formeln auszusprechen. In Japan sind wir mit dem Proletariat für den energischsten Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht, dessen Resultat wir in Frankreich am schärfsten kritisieren. Auch kann es vorkommen, daß irgendwo in einem Lande auf eine Frage die Genossen zwei verschiedene Antworten geben für zwei verschiedene Phasen der Entwicklung, mit denen sie in absehbarer Zeit rechnen. Das ist in einem kommunistischen Programm zulässig. Denn in unseren Aktionen entscheidet nicht die Schablone, sondern das Konkrete, die Zweckmäßigkeit, und Hauptsache ist die Energie, mit der die Massen für sich kämpfen. Die einzelnen Parteien müssen meiner Ansicht nach bei der Ausarbeitung des zweiten Teiles des Programms eine bestimmte Bewegungsfreiheit haben. Die Bürgschaft dafür, daß diese Freiheit und das notwendige Prinzip der Elastizität nicht mißbraucht werden können, ist, daß auch über den speziellen Teil des Programms nicht die betreffenden Parteien selbst definitiv entscheiden, sondern daß auch für die Gültigkeit dieses Teiles die Zustimmung der Exekutive der Kommunistischen Internationale und des Weltkongresses nötig ist.

Der zweite Teil unseres Programms wird den Weg vorbereiten, auf dem planmäßig, beschleunigt, in Aktionen auf Grundlage der systematischen Erfahrungen und des systematischen Anschauungsunterrichtes das subjektive Bewußtsein und der subjektive Wille der proletarischen Massen auf solche Höhe gebracht werden, daß sie übereinstimmen mit der Reife der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten der Weltrevolution. Der Sinn unserer Teilforderungen, auch derer, die vielleicht fast wörtlich mit den früheren Forderungen der Sozialdemokratie gleichlautend sind, ist nicht der Weg zur Demokratie, sondern von der Demokratie zur Diktatur. Dasselbe, was auf den Körper des Kapitalismus in der Zeit seiner Männlichkeit, seines Wachstums, seines Aufstieges als Medizin, in heilender und konservierender Weise wirken konnte, kann als ein revolutionäres Mittel, als ein Gift gegen den Kapitalismus benützt werden in der Periode seines Sinkens, Absterbens, seiner Zersetzung. Auch der zweite, spezielle Teil unseres Programms wird nicht die Zelte errichten, in denen wir uns vorbereiten, in der kapitalistischen

Wüste zu kampieren. Er ist eine Brücke für unseren Marsch auf die Stelle der entscheidenden Schlacht im Kriege, der schon begonnen hat und in dessen Mitte wir stehen — in der sozialen Weltrevolution.

Bofumir Smeral.

Gedanken über das Programm.

Als Marx in dem vom 5. Mai 1875 datierten und seine kritischen Bemerkungen zum Gothaer Programm begleitenden Briefe erklärte: „ein Schritt der realen Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“, machte er zugleich die Bemerkung, daß die Programme Wegzeichen sind, die jenen Grad der Entwicklung markieren, bis zu dem die gegebene Gesellschaft und Parteibewegung gelangt ist. Programme werden selten ganz ausgeführt. Gewöhnlich überflügelt sie das Leben, oder es geht an ihnen vorüber, geht wenigstens an den detailliert ausgearbeiteten Programmen vorüber. Aber Programme zeugen immer am besten von dem politischen und geistigen Niveau jener Parteien, von denen sie aufgestellt werden. Die Programme dienen auch als Spiegelbild jener Kräfteverhältnisse und Kräftegruppierungen, durch die sie zum Leben erweckt wurden. Die Programme der Zweiten Internationale brachten einerseits eine bestimmte Entwicklungsstufe des Kapitalismus im Laufe der Periode von 1889 bis 1914 deutlich zum Ausdruck. Sie haben klar und deutlich mit dem kleinbourgeoisen Proudhonismus und dem utopischen Sozialismus gebrochen, die der schwachen Entwicklung der Produktivkräfte der Periode der Ersten Internationale entsprechen, die mit Recht als eine große Idee in einem kleinen Körper bezeichnet worden ist. Ja, dies war die große Idee von Karl Marx, die in flüchtigen Umrissen den ganzen oder fast den ganzen darauffolgenden Hauptweg des sich entwickelnden Kapitalismus prophezeit hatte. Für die breiten Massen war dieser Weg noch nicht klar, und darum hat die Erste Internationale nicht so breite Massen um sich gruppiert, die den revolutionären Klassencharakter des Sozialismus klar und deutlich erkannt hätten. Erst mit dem reiferen Zustand der Produktivkräfte des mächtig gewachsenen Kapitalismus konnte die Zweite

Internationale, nicht ohne aktive Mitwirkung von Friedrich Engels, des Freundes von Marx, wenigstens in der Theorie ein konsequentes Programm des für den Gemeinbesitz der Produktionsmittel kämpfenden Sozialismus formulieren. Das Problem des Eigentums und des Klassenkampfes war in der Theorie entschieden. Für den Proudhonismus gab es in der Zweiten Internationale keinen Platz. In allen Programmen der Zweiten Internationale war das Endziel des Sozialismus deutlich zum Ausdruck gebracht: Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat zum Zwecke der Vergesellschaftung der Hauptproduktionsmittel. Das Schema des Programms der Periode der Zweiten Internationale war folgendes: in ihrem theoretischen Teil, der als Einleitung zu den praktischen Forderungen diente, entwarfen die Programme dieser Periode ein knappes und gedrängtes Bild der kapitalistischen Evolution. Es wurde eine allmähliche und progressive Zerstörung des Kleinbesitzes, seine Aufsaugung durch das konzentrierte Kapital, die Verwandlung des Produzenten aus dem Mittelstande in einen Proletarier, die Zuspitzung des Klassenkampfes, die Anhäufung materieller, politischer und intellektueller Bedingungen konstatiert, die den Uebergang von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen möglich und unvermeidlich machten. Nach dieser allgemeinen theoretischen Einführung, die am besten von Marx selbst in dem Programm der von Jules Guesde und Paul Lafargue gegründeten Arbeiterpartei Frankreichs formuliert ist, wurden die sogenannten unmittelbaren, an den modernen kapitalistischen Staat gerichteten Forderungen formuliert. Dieser Katalog der brennenden Tagesforderungen enthielt gewöhnlich neben rein demokratischen Losungen (allgemeines Wahlrecht, Verkürzung des Militärdienstes, Trennung von Staat und Kirche, Erweiterung der politischen Rechte der Frau, Organisation verschiedener demokratische Institutionen usw.) reine Arbeiterforderungen: Koalitionsfreiheit, Achtundentag, Lohnminimum, Verbot der Kinderarbeit bis zu einem gewissen Alter, verschiedene Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Geldstrafen, Krankenversicherung, Altersversicherung, Invalidenversicherung usw. usw.

Unklar war in allen diesen Programmen der Zusammenhang zwischen jenen Forderungen, die man zur Kategorie unseres revolutionären Endzieles rechnen kann, mit den Forderungen, die den alltäglichen Erfordernissen des sozialen Lebens und des Arbeiterlebens Genüge leisten müssen. Und durch dieses unklare Verhältnis zwischen dem revolutionären Endziel des Klassenkampfes und seinen unmittelbaren alltäglichen Bedürfnissen kam im Grunde genommen die Zweite Internationale zum Scheitern. Die äußersten linken Sozialisten, jene, von denen man in Rußland zu sagen pflegt, daß sie linker als der gesunde Menschenverstand sind, machten ausschließlich beim ersten Teil des Programms halt und forderten eine unmittelbare Verwirklichung des Maximalprogramms, indem sie weder die Mittel noch die Wege zu diesem sozialen Maximalismus angaben. Es gab verhältnismäßig wenig Maximalisten. Viel zahlreicher und gefährlicher waren die Minimalisten oder Menschewiki der Zweiten Internationale, die vor den Bäumen der unmittelbaren Forderungen den Wald der sozialen Revolution nicht sahen. Wenn die Minimalisten oder Menschewiki unser Endziel nicht direkt ablehnten, so machten sie vor ihm doch nur aus der Ferne aus Höflichkeit ihre Verbeugungen, der Form, des Anstandes halber, in der Tat aber konzentrierten sie ihre ganze Aufmerksamkeit ausschließlich auf das Programm der brennenden Tagesforderungen des Proletariats oder sogar der allgemein-nationalen Demokratie, wobei in den unmittelbarsten Forderungen ein Maximum von Sorgfalt und Mäßigkeit wurde. Es besteht eine gewisse Uebereinstimmung zwischen der Klarheit und Deutlichkeit des Endzieles und dem System der Mittel, die dieses Endziel verwirklichen sollen, wie umgekehrt auch eine Proportionalität zwischen der Mäßigkeit und Unmittelbarkeit der brennenden Tagesforderungen einerseits, und andererseits den Mitteln besteht, durch die jene verwirklicht werden sollen. Die Kämpfer für das Endziel des Sozialismus mußten unvermeidlich revolutionäre Kampfmethoden fordern. Denn es ist klar, daß man das eine, das kapitalistische Besitzsystem, nicht durch ein anderes, sich radikal von jenem unterscheidendes System des kommunistischen Eigentums ohne eine

energische und revolutionäre Ueberwindung des maximalen Widerstandes der Eigentümerklasse ersetzen kann. Anders verhält es sich mit dem Minimalprogramm. Man kann stets hoffen, wenigstens theoretisch, daß die Bourgeoisie selbst an der Verwirklichung dieser oder jener Reformen im Interesse der Wahrung ihrer Privilegien und ihres Eigentumssystems interessiert ist. Mehr als einmal schon hat eine herrschende Klasse auf einen Teil ihrer Privilegien verzichtet, um ihre privilegierte Stellung zu wahren, indem sie partielle Zugeständnisse im Interesse der Wahrung ihres Klassencharakters machte. Darum haftet dem Reformismus immer ein friedlicher Charakter an. Er ist bemüht, im Rahmen der bestehenden Ordnung mit Hilfe der parlamentarischen Mehrheit diese oder jene partiellen Forderungen zu verwirklichen. Es heißt dann, daß die Revolution für die Verwirklichung der Reformen hinderlich sei, denn sie schrecke eben jene Elemente zurück, die beim freien parlamentarischen Spiel für die Durchführung ebenderselben Reformen förderlich sein könnten.

In dem Maße, wie sich in der Periode der Zweiten Internationale der Klassenkampf entwickelte und die Bourgeoisie im Interesse des Kampfes gegen den Sozialismus zu Zugeständnissen geneigt zu werden begann, um sich selbst und ihre Klassenherrschaft vor dem von allen Seiten heranrückenden Proletariat zu retten, wurde das Minimalprogramm umgestülpt, in den Vordergrund gerückt, und diese Erscheinung fand ihre ideologische Widerspiegelung im Revisionismus, Millerandismus, Jaurèsismus, Menschewismus und den anderen Arten des Kompromisses mit der Bourgeoisie. Die Herren Opportunisten verzichteten bereits ungeniert auf das Endziel des Sozialismus — auf die Veränderung des Besitzsystems zugunsten partieller brennender Tagesforderungen. Der Revisionismus kam unter dem Applaus der Weltbourgeoisie zur Welt, die triumphierend auf den Sieg hinwies, den Bernstein über den „Blanquisten“ und Revolutionär Karl Marx davongetragen hatte.

Infolge seines reformistischen Charakters und des Verzichtes auf den Sozialismus mußte der Revisionismus unvermeidlich die Harmonie und nicht den Antagonismus der Klassen unterstreichen. Diese Vertuschung

der Klassengegensätze fand auch ihren, man kann sagen, idealen Ausdruck im Sozialpatriotismus mit seiner Basis der nationalen Einheit. Der Klassenkampf wurde auf dem Altar des Sozialpatriotismus geopfert, und dem reformistischen Verrat wurde an der Schwelle des Weltschlachtens die Krone aufgesetzt. Die Lösung des Manifests der kommunistischen Partei „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ — zum Sturm auf das Kapital, verwandelte sich in ihr Gegenteil: „Proletarier aller Länder, vernichtet euch gegenseitig“ — für die Errettung des Kapitalismus. Hiermit endet die erste Periode des Aufbaus von Programmen nach dem Typus des Dualismus von Minimalprogramm und Maximalprogramm, bei dem das Maximalprogramm dem Minimalprogramm zum Opfer gebracht wird, und die brennenden Tagesinteressen das Endziel des Sozialismus verschlingen. Hierbei bleibt das Proletariat letzten Endes unter der Knechtschaft des Kapitals, ohne hierfür auch nur ein reformistisches Linsengericht zu erhalten, denn das Weltschlachten vernichtete gleichzeitig mit den Reformisten auch diese Reformen.

Das Programm der Kommunistischen Internationale muß sich die Erfahrung des Scheiterns dieser doppeldeutigen dualistischen Programme der Zweiten Internationale, die so schmählich mit Selbstmord geendet hat, zunutze machen. Der Selbstmord der Zweiten Internationale war ein unmittelbares Resultat des Selbstmordes des Kapitalismus selbst, denn was anderes ist das Weltschlachten als ein Selbstmord jener Ordnung, deren historische Mission in der Schaffung nie dagewesener Produktivkräfte, einer nie dagewesenen Anhäufung gigantischer Reichtümer war? Der Kapitalismus ist seiner historischen Mission untreu geworden und machte sich statt an die Produktion an die Zerstörung jener Produktivkräfte, die er selbst geschaffen hat. Er hat seine historische Existenzberechtigung, seine historische Rechtfertigung zunichte gemacht, die durch die gründliche Analyse der gesellschaftlichen Kräfte Karl Marx so glänzend formuliert war. Die theoretische Einleitung des neuen Programms muß unbedingt diese Tatsache von ungeheurer Wichtigkeit berücksichtigen und auf ihr ihren theoretischen Teil aufbauen. Die Selbsterstörung

des Kapitalismus, die Vernichtung der Produktivkräfte ist die beste Rechtfertigung der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Weltrevolution. Alle Gegner des sowjetistischen, revolutionären und kommunistischen Rußlands gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß wir, ehe wir an die Schaffung einer sozialistischen Ordnung herantreten, für die Wiederherstellung der zerstörten kapitalistischen Wirtschaft Sorge tragen müssen. Hierbei wird jene elementare Erwägung vergessen, daß wir keine Garantien dafür haben, daß die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung nicht in dieselbe Sackgasse führen wird, in die diese Ordnung 1914 beim Beginn des imperialistischen Weltkriege geraten war. Im Gegenteil, die gleichen Ursachen müssen die gleichen Folgen hervorrufen. Wenn der Kapitalismus von Kapitalisten wiederhergestellt werden wird, so muß er unvermeidlich, kraft der ihm eigenen Gesetze, denselben Weg zurücklegen, den er von der Zeit seiner Entstehung bis zum ersten imperialistischen Weltkrieg zurückgelegt hatte. Nachdem das Weltkapital sich von dem Schlag erholt hat, muß es unvermeidlich eine neue Kriegskatastrophe vorbereiten, in der die moderne Zivilisation und die moderne Menschheit Gefahr laufen, endgültig zugrunde zu gehen.

Diese Situation mit Hilfe exakter Zahlenangaben festzustellen, an einer ausführlichen Beschreibung der ökonomischen und sozialen Lage der wichtigsten kapitalistischen Länder den vollen Bankrott der kapitalistischen Ordnung nachzuweisen, nämlich die Vernichtung des englischen Weltmarktes, die Verringerung des englischen Exportes um 50 Prozent, die finanziell-ökonomische Krise Frankreichs, den Ruin der industriellen Zentralmächte, die sich entwickelnde gigantische Krise der Vereinigten Staaten, der erbarmungslose Vernichtungskrieg, der dem kommunistischen Rußland erklärt worden ist, das seine Wirtschaft nach neuen, dem Weltkapital nicht genehmen Grundsätzen aufbaut usw. usw. — das ist die Hauptaufgabe des theoretischen Teiles unseres Programms. Die Schlußfolgerung drängt sich von selbst auf: der Kapitalismus kann nicht wiederhergestellt werden. Es ist nicht Sache der Zerstörer der Produktivkräfte, die moderne Gesellschaft wiederherzustellen; dies für sie undurchführbare Werk ist Sache

der gesetzlichen Erben des Bankrottes des Kapitals. Das kann nur die Klasse der Produzenten, nicht aber die Klasse der Zerstörer tun, d. h. die Arbeiterklasse und nicht die kapitalistische. Nur das Proletariat kann die Anhäufung von Produktivkräften zu einem anderen Zwecke als für eine Lösung mit Hilfe eines neuen Weltkriege ausnützen, kann den noch nicht zerstörten Mechanismus in Gang setzen, mit dessen Hilfe die großen Reichtümer der alten Welt geschaffen wurden, um neue Produktivkräfte zu schaffen und sie bis zu einem Maximum zu entwickeln. Nur die Klasse, deren Hauptlebensprinzip nicht der zerstörende Kampf, sondern die schöpferische Arbeit ist, kann dem Prozeß der Selbstvernichtung der modernen Gesellschaft und Menschheit ein Ende machen.

Eine andere gewaltige Tatsache von Weltbedeutung, die im Programm der Kommunistischen Internationale berücksichtigt werden muß, ist die kommunistische Erfahrung der russischen Revolution. Die ruhmvollen Führer dieser ersten großen sozialen Revolution haben mehr als einmal darauf hingewiesen, daß in der Periode des Kampfes für den Kommunismus in dem von der kapitalistischen Welt isolierten Lande, die mit allen ihren gigantischen Kräften über dieses hergefallen war, unvermeidlich sogenannte Fehler begangen werden mußten. Ob man nun bestimmte Schritte der russischen Revolution, die eine unmittelbare Verwirklichung des Kommunismus beabsichtigte, für Fehler hält oder nicht, darüber kann und muß man noch streiten, aber es wäre der größte Fehler, jenes grandiose Experiment der ersten kommunistischen Revolution unberücksichtigt zu lassen, das sich vor den Augen des Weltproletariats abgespielt hat. Der Uebergang von der unmittelbaren sofortigen Verwirklichung des Kommunismus zur ökonomischen Politik mit einer neuen Behandlung der neuen Frage muß von seiten jener selben Leute einer sorgfältigen Analyse unterzogen werden, die mit ungeheuren, unerhörten Opfern die Politik der Verwirklichung des gesamten Kommunismus in der Praxis durchführten und die ebenso ehrlich und aufrichtig die Unmöglichkeit eingestehen mußten, unter den gegebenen Verhältnissen die Warengesellschaft in eine kommunistische, auf der allgemeinen Arbeits-

pflicht und dem Fehlen der Geldwirtschaft gegründeten Gesellschaft zu verwandeln. Diese ungeheuer großen Opfer, die das durch so viele Leiden hindurchgegangene Rußland gebracht hat, müssen dem Weltproletariat als Warnung vor der möglichen Wiederholung derselben Fehler unter denselben Bedingungen dienen. Man sagt, daß die Geschichte niemandem irgendeine Lehre erteilt hat. Das ist nicht ganz richtig. Die Geschichte ist jene Kollektiverfahrung, die unvermeidlich von jenen berücksichtigt wird, denen diese Erfahrung bekannt ist.

Was die unmittelbaren Forderungen anbelangt, so muß das neue Programm der Kommunistischen Internationale und ihrer verschiedenen Sektionen die Erfahrung der Vergangenheit auch in dieser Hinsicht berücksichtigen. Sie müssen deutlich jenen organischen Zusammenhang aufzeigen, der zwischen dem proletarischen Klassenkampf für die brennenden Tagesinteressen und dem Kampf für die endgültige Befreiung besteht. In einigen Ländern, wie in Rußland, sind die brennenden Tagesforderungen bereits nicht mehr an die Adresse des Feindes, nicht an den Kapitalismus, sondern an die eigene Macht gerichtet. Unsere Aufgabe in bezug auf jene Länder, in denen die Revolution schon vollbracht ist, besteht darin, wenigstens in allgemeinen Zügen jene Uebergangsmomente aufzuzeigen, die den

Zusammenhang zwischen der vollbrachten Revolution und dem um seine Verwirklichung kämpfenden Kommunismus hergestellt haben.

Der Inhalt der unmittelbaren Forderungen selbst wird offenbar durch den Charakter und die Entwicklung jedes gegebenen Landes bestimmt. Die Kommunistische Internationale hat dank der neuen Behandlung der Frage in Rußland alle demokratischen Illusionen abgestreift. Und darum bekommt jener Teil des Programms, der sich auf die demokratischen Forderungen bezieht, ein ganz neues Aussehen. Dafür müssen um so stärker und schärfer alle Arbeiterforderungen unterstrichen werden, die auch im Minimalteil des Programms bis zum höchsten Grade der Durchführbarkeit gesteigert werden müssen.

Ich halte mich nicht bei jenem Teil des Programms auf, der den Weg und die Methoden jenes Kampfes formulieren soll, der zur Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat führt. Alle vorhergehenden Weltkongresse der Kommunistischen Internationale haben die Frage der proletarischen Diktatur und der Mittel für die Eroberung dieser Diktatur hinreichend geklärt. Und wir werden nur in klarer und knapper Formulierung das schon vom vorhergehenden Kongreß der Kommunistischen Internationale Geleistete zu resümieren haben.

Charles Rappoport.

Bibliographischer Teil

Zwei Dokumente zweier verschiedener Epochen.

(Karl Radek: *In den Reifen der deutschen Revolution 1909–1919. Deutsche Ausgabe.* Verlag Kurt Wolff, München 1921. 463 Seiten.)

(N. Lenin und G. Sinowjew: *Gegen den Strom. Artikel 1914–1916. Deutsche Ausgabe.* Verlag der K. I. 1921, Karl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg. 536 Seiten.)

„Das vorliegende Sammelbuch enthält eine Auswahl von Arbeiten, die an das deutsche Proletariat gerichtet waren und es zu den kommenden revolutionären Zusammenstößen vorbereiteten. Es gehört zu den ideologischen Dokumenten der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

Mit diesen Worten charakterisiert Genosse Radek selbst das erste der hier behandelten Bücher, und von diesem Standpunkte aus muß es auch bewertet

werden. Auf dem Boden der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung entstanden die erwähnten Artikel, die die deutschen Arbeiter zur heran nahenden Revolution anspornen und vorbereiten sollten.

Einen ganz anderen Charakter besitzen die im zweiten Sammelbuch veröffentlichten Artikel der Genossen Lenin und Sinowjew. Das Sammelbuch gliedert sich in zwei Teile: „Ein Teil ist der Beurteilung des Krieges und der sich daraus ergebenden Einschätzung der politischen Aufgaben gewidmet. Der andere Teil behandelt die Verhältnisse innerhalb der Partei und jenen Kampf der Fraktionen, der Kurzsichtigen lange als „Chaos“ oder als „persönlicher Konflikt“ erschien und der in Wirklichkeit, wie jetzt jedermann einsieht, zur Abgrenzung der wirklichen Sozialisten von den Lakaien der Bourgeoisie geführt hat . . .“ (Lenin: „Gegen den Strom“ V.) Von den beiden Teilen

besitzt aber jener, der der „Entwicklung der Ideen der internationalen sozialistischen Revolution“ gewidmet ist, eine „bei weitem größere Bedeutung“ als der andere Teil, der sich auf die russischen sozialistischen Parteien bezieht. Gewiß ist der innere Kampf, der sich in der russischen Arbeiterbewegung abspielte, für das ganze internationale Proletariat sehr lehrreich. Ist es doch jetzt schon klar, daß der „Menschewismus“ und „Bolschewismus“ keine spezifisch russischen Erscheinungen sind: Wir können sie in der ganzen Weltbewegung des Proletariats beobachten. So waren sie auch schon lange vor dem Kriege. Kämpften gegen die russischen Menschewisten die Bolschewiki mit Lenin an der Spitze, so führte der linke Flügel der deutschen Sozialdemokratie, in dessen Reihen Mehring, Rosa Luxemburg, Radek und Liebknecht standen, den gleichen Kampf gegen die deutschen Opportunisten.

Das Buch „Gegen den Strom“ ist eben diesem Kampfe im Weltmaßstabe gewidmet, während der Gang des Kampfes gegen die russischen Opportunisten von allem Anfang an in einer Reihe anderer Werke Lenins behandelt wird. „Was ist zu tun?“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ usw. und eine große Anzahl Artikel). In diesem Buche finden wir sozusagen bloß das Schlußkapitel dieses Kampfes. Das Buch Radeks hingegen ist ein Dokument des Kampfes gegen die deutschen Opportunisten. Und wenn auch dieser Kampf gerade so wie der Kampf der russischen Bolschewiki, der lange Zeit hindurch in nationalem Maßstabe geführt wurde, letzten Endes zu dem großen machtvollen Strom der kommunistischen Bewegung wurde, so stellen diese Bücher nichtsdestoweniger zwei Dokumente dar aus zwei verschiedenen Phasen des Kampfes gegen den internationalen Opportunismus. Aus diesem Grunde finden wir in ihnen äußerst interessante Unterschiede. Das Interessanteste ist aber die Tatsache, daß wir an Hand dieser Bücher feststellen können, wie, trotz der Verschiedenartigkeit der Ausgangspunkte, der verschiedenartigen Umstände und Bedingungen des Kampfes, diese Unterschiede stets von geringerer Bedeutung werden, während die gemeinsamen Züge nicht nur in den Zielen, sondern auch in den Parolen und Methoden immer klarer hervortreten.

Wenden wir uns vor allem den Unterschieden zu. Sie sind bedingt durch die Verschiedenartigkeit der Epochen, in denen der Kampf gegen die Opportunisten in Rußland durch Lenin und die Partei der Bolschewiki und in Deutschland durch den linken Flügel der Sozialdemokratie geführt wurde.

Das Jahr 1900 bildete in vielen Beziehungen einen Wendepunkt in der Geschichte der zeitgenössischen Arbeiterbewegung. Nach anhaltender Ruhepause brach über das Weltproletariat die erste große wirtschaftliche Krise herein. In dem Zeitraum zwischen 1900 und 1907 — 1907 kam die zweite wirtschaftliche Krise — brach die erste russische Revolution aus, die bloß einen Kulminationspunkt im immer lebhafter werdenden Klassenkampf des russischen Proletariats darstellte. Diese Entwicklung des Klassenkampfes wurde in der Russischen Sozialdemokratischen Partei gerade um das Jahr 1900 herum zum ersten Mal besonders bemerkbar: In diesem Jahre fing die Gruppe „Sekro“ ihre Tätigkeit an und nahm in den Reihen der russischen Sozialdemokratie der Kampf gegen die Opportunisten, gegen die „Oekonomisten“ schärfere Formen an. 1902 erschien die Broschüre Lenins: „Was ist zu tun?“, in der die Grundformen dieses Kampfes behandelt wurden. Der „Oekonomismus“ war die Richtung, die das Aufgeben der politischen Tätigkeit und der Revolution verkündete und verlangte, daß alle Kräfte ausschließlich dem wirtschaftlichen Kampfe gewidmet würden: auf solche Weise reagierte der russische Opportunismus auf die Tatsache, daß Rußland den Weg der kapitalistischen Entwicklung betrat und daß die wirtschaftliche Bewegung im russischen Proletariat wegen der herannahenden wirtschaftlichen Krisis einen immer stürmischeren Charakter annahm. Er wollte eine „reale Politik“ machen, und da das russische Proletariat, das keine Organisationen, keine legalen Möglichkeiten und keine politische Erfahrung besaß, durch den wirtschaftlichen Druck doch in den Kampf gezogen wurde, wollte er von allem Anfang an diesen Kampf auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken, um ihm seine politische Spitze zu nehmen. Die „sozialdemokratische Politik“ wollte er durch eine „tradeunionistische“ ersetzen. (Wir wollen da bemerken, daß, wenn jetzt Kautsky und Bauer die „englische Methode“ der „russischen Methode“ gegenüberstellen, das nichts anderes bedeutet, als daß sie jetzt eine von den russischen „Oekonomisten“ längst breitgetretenen Weg betreten.)

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Opportunisten waren hier von vornherein durch die Besonderheit der russischen Arbeiterbewegung gegeben, es handelte sich in erster Linie um organisatorische Fragen. Fragen, die für die westliche Arbeiterbewegung schon längst erledigt schienen, mußten hier zum Gegenstand eines theoretischen Kampfes werden, da die Wirklichkeit mit der schweren Bürde der Illegalität auf der praktischen Bewegung lastete.

Der Klassenkampf des russischen Proletariats nahm daher die Form eines Elementarereignisses an, er mußte sich mit elementarer

Kraft Bahn brechen, — und dieser Umstand brachte sogar Rosa Luxemburg, die die Rolle der Partei nicht ganz richtig bewertete, in Verwirrung. Im Auslande, weit von der lebendigen Arbeiterbewegung unter den Emigranten, sehen wir eine Menge von Zirkeln: „Es gab unter ihnen keine Verbindung, keine Parteiautorität stand über ihnen; sie mußten in der Auffassung der Grundfragen der Bewegung im gegebenen Augenblick unvermeidlich voneinander abweichen.“ (Lenin: „Was ist zu tun?“ S. 13.) In Rußland: volle Illegalität selbst der Gewerkschaftsbewegung, die trotzdem immer stärker wurde; die wirtschaftlichen Aktionen des Proletariats werden immer zahlreicher und schärfer. Der „Elementarkampf“ macht eine „Führung“ nötig. Diese Führung konnte nur eine Partei gewähren, die sich den illegalen Bedingungen anpaßte und in vollem Bewußtsein ihrer Rolle in ihren Reihen strenge Disziplin hielt. Dies führte zur Herausgabe der Leninschen Parole von den „Berufsrevolutionären“ und zur Ausarbeitung der organisatorischen Probleme einer „Kampfpartei“. Es entstand das „Chaos“ der russischen Arbeiterpartei, der Kampf zwischen den Bolschewiki und Menschewiki wurde immer schärfer und nach der Revolution von 1905 unerbittlich. In diesem unerbittlichen Kampf wuchs die Kommunistische Partei heran, die sich 1917 fähig erwies, die Macht zu ergreifen.

Hinter den organisatorischen Fragen stecken natürlich zwei ganz verschiedene Weltauffassungen, die der Opportunisten und Revolutionäre. Trotzdem mußten aber die organisatorischen Fragen im Kampfe zwischen diesen beiden Lagern notwendigerweise gerade aus dem Grunde eine äußerst wichtige Rolle spielen, weil die Bedingungen des Klassenkampfes in Rußland zu dieser Zeit so eigenartig waren.

Ganz anders entwickelte sich der Kampf zwischen den Opportunisten und Revolutionären in Deutschland. Im Vordergrund stehen hier ganz andere Fragen. Die organisatorischen Fragen waren für eine Zeit gelöst. Nach Abschaffung des Sozialistengesetzes entwickelten sich mächtige Gewerkschaften, immer mehr stärkte sich die Partei und immer weiter wurden die Grenzen der Legalität, deren Wirkung sich in stetig wachsendem Maße zeigte. Mit Stolz blickten die Gewerkschaftsführer auf die ständig wachsende Zahl der Mitgliedschaft, auf die vollen Streikkassen, auf die mächtigen Gewerkschaftshäuser; laut klangen in den Parlamenten die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Legalität, die es in Rußland nicht gab und deren Mangel hier die organisatorischen Fragen in den Vordergrund stellte, überwucherte die ganze deutsche Arbeiterbewegung; wurden in Rußland die Massen wegen des Fehlens legaler Organisationen spontan und elementar infolge der wirtschaftlichen Entwick-

lung Rußlands — unter der Führung eines kleinen Häufleins von „Berufsrevolutionären“ — in den Kampf gezogen, so stand an der Spitze der deutschen Massen eine wohlorganisierte legale Partei mit weitverzweigten Organisationen, mit einer straff organisierten Gewerkschaftsvereinigung, die jede elementare spontane Betätigung der Massen verhinderte und ablehnte. Als nach der russischen Revolution 1905 entgegen dem Willen der Gewerkschaftsführer die Frage des Massenstreiks aufgeworfen wurde, stellten sich die Bürokraten der deutschen Arbeiterbewegung sogar einem solchen Streik als ein Auftreten . . . gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vor, das auf Befehl angefangen und planmäßig nach allen Regeln des gewerkschaftlichen Kampfes mit vorheriger Benachrichtigung der Bourgeoisie durchgeführt wird. Sie hatten natürlich recht darin, daß selbst für einen Massenstreik die Bedingungen der legalen deutschen Arbeiterbewegung ganz andere waren als die der illegalen russischen.

Die Partei war das Höchste, was es an „Einigkeit“ geben konnte. Es gab kein „Chaos“ wie in Rußland, keine „Sekten“, keine „Gruppen und Grüppchen“, die erbittert gegeneinander kämpften. Nichts derartiges gab es in Deutschland, sondern es gab eine festgefügte einheitliche Partei, in deren Mitte es wohl Meinungsverschiedenheiten gab, aber in der keinerlei Kampf gegen den die Partei beherrschenden Opportunismus geführt wurde.

Aber gerade so wie das Jahr 1900 für die russische Arbeiterbewegung wurde das Jahr 1907 für die Arbeiterbewegung in Deutschland bedeutungsvoll. Es wurde bedeutungsvoll nicht nur durch die zweite wirtschaftliche Krise, sondern auch durch den Zwischenfall von Marokko. Das Kriegsschiff der deutschen Flotte „Panther“ erschien von Tanger, und in den Geschöckkammern seiner Geschütze konnte schon damals der Keim des Weltkrieges stecken. Von Jahr zu Jahr wuchs die Gefahr des Weltkrieges; der Klassenkampf wurde immer heftiger, die Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats wurden aber plötzlich ihrem Wesen nach ganz andere. Wie kam das? Daß die Klassengegensätze nach der ersten russischen Revolution sich tatsächlich von Tag zu Tag verschärften, daß eine neue revolutionäre Ära einsetzte — diese Tatsache konnte auch ein Blinder konstatieren; aber dieser Blinde — wir meinen die Führer der deutschen Sozialdemokratie — suchte vergeblich die Ursache aller dieser Veränderungen; er konnte (richtiger gesprochen: er wollte) sie nicht finden, trotzdem sie ihm ganz vor der Nase stand. Um die Möglichkeit zu behalten, weiter Opportunisten bleiben zu können, leugneten diese Führer hartnäckig, daß der Imperialismus eine neue eigenartige Phase des Kapitalismus darstellt, und behaupteten mit der gleichen Hartnäckigkeit, daß

er bloß eine „Strömung“ innerhalb der Bourgeoisie bildet, gegen die andere Teile der Bourgeoisie auftreten „können“. Je revolutionärer die Epoche wurde, je unaufhaltsamer „die soziale Revolution herankam“, je entschiedener sich der Augenblick näherte, da „alles auf die eine Karte gesetzt sein wird“, — um so entschiedener waren die Führer der deutschen Sozialdemokratie bestrebt, „die kommenden großen Kämpfe der Initiative der Geschichte zu überlassen“, vorläufig aber die tägliche Arbeit so weiter zu führen, als ob sie gar nicht von ihnen abhinge.

Hie Imperialismus — hie Sozialismus! Das mußte die Lösung des linken Flügels der Partei sein, der mit Rosa Luxemburg, Radek und Pannekoek an der Spitze den Kampf gegen diesen Verrat aufnahm, den Kampf in der Partei, denn — wie Radek in seinem Buch zugibt — sie „waren der Ansicht, daß bloß die Illusionen der Führer an dieser Politik die Schuld tragen, Illusionen, die unter dem Drucke der sich verschärfenden Klassengegensätze verschwinden werden. Die Erfahrung zeigte, daß wir uns täuschten. Vor allem war diese Politik nicht bloß eine Politik der Führer. Die Trennungslinie zieht sich auch durch die Arbeitermassen“. (S. 320). Der Kampf wurde innerhalb der Partei geführt, weil die Bedingungen für eine Spaltung erst später, viel später eintraten, und zwar als die deutschen Verhältnisse „russifiziert“ wurden.

Mit dieser Periode, mit dem Artikel „Die Außenpolitik der Sozialdemokratie“, der 1909 im Organ der „Linken“ — „Bremer Bürgerzeitung“ erschien, fängt das Buch des Genossen Radek an. Die Politik des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie orientierte sich nach der ersten russischen Revolution. Die russische Revolution ergriff sie vor allem Rosa Luxemburg und Pannekoek — durch die Spontaneität einer Massenbewegung, durch die Elementarerhebung von Millionenmassen. Die deutsche Partei blieb untätig und beschränkte sich auf Parlamentsreden; die Gewerkschaften erlitten eine Niederlage nach der anderen und waren bestrebt, durch Abschließen von langfristigen Kollektivverträgen den Kampf zu vermeiden. Die Partei und die Gewerkschaften gingen immer mehr den gleichen Weg, — richtiger gesprochen: die Partei geriet immer mehr unter das Joch der Gewerkschaftsbürokratie. Der Kampf sowohl der Partei als auch der Gewerkschaften stützte sich immer mehr auf die organisierten Kadres der Arbeiter und wurde im Interesse der Arbeiteraristokratie paralytisch. In der Hoffnung auf eine Abschüttelung dieser Passivität erwartete

ein Teil des linken Flügels von der Spontaneität der unorganisierten Massen, wenn auch nicht alles, so allerdings mehr, als bei Berücksichtigung der langjährigen Organisiertheit der deutschen Arbeiterklasse erwartet werden sollte und konnte.

Radek verfiel nicht in diesen Irrtum. Die erste russische Revolution war auch für ihn eine große Lehrerin wie für Rosa Luxemburg. Er entlehnte aber seine Orientierung schon von allem Anfang an den Bolschewiki. Eine konkrete Analyse, — das war stets der Leitstern dieser Partei, die sich durch keine oberflächlichen Analogien täuschen ließ. Radek, der immer an einer praktischen Orientierung festhielt, dem der Marxismus als ein Mittel zur konkreten Analyse diente, schätzte die Eigenheiten der deutschen Verhältnisse weit richtiger ein, als alle übrigen Mitglieder des linken Flügels. Massenaktionen gegen den Imperialismus, — das war das Ziel auch seiner Politik. Aber eine 40jährige organisatorische Arbeit läßt sich nicht auf einmal beiseite werfen. Darum muß die Partei zur Aktivität veranlaßt werden. In den Artikeln Radeks tritt daher die Frage der Spontaneität in den Hintergrund gegenüber der Frage: wie wird sich die Sozialdemokratie in den kommenden Kämpfen verhalten? Wie hat sie sich zu verhalten? Wie sie sich zu verhalten hatte, war klar; sie sollte anerkennen sollen, daß der Imperialismus die letzte Phase des Kapitalismus ist, sie sollte daraus die Folgerung ziehen, daß eine neue revolutionäre Ära eingetreten ist, und sich auch demgemäß zum Kampfe vorbereiten. Wird sie aber so handeln? Gab es doch gerade in der Auffassung des Imperialismus zwei Ansichten; Kautsky — der schon endgültig vor dem Opportunismus kapituliert hatte — bestritt energisch, daß der Imperialismus die letzte Phase sei, und sogar, daß er eine Phase des Kapitalismus sei, die sich von den früheren Phasen unterscheidet. In seinen Augen war der Imperialismus bloß die „Politik einer Schicht der Bourgeoisie“. „Für Kautsky wurde der Marxismus zum Laubhütchen zu einem Luftsprung, ein Mittel zur Kombination über das interessante Thema: „Es könnte besser sein, und wie wäre es, wenn das der Fall wäre“. (S. 186).

Es war somit wenig Hoffnung vorhanden, daß die Sozialdemokratie mit Massenaktionen gegen die wachsende Kriegsgefahr kämpfen würde. Sie betrat auch schließlich nicht diesen Weg: „Die Politik, die der Gefahr der imperialistischen Politik gegenüber die einzige Aufgabe der Sozialdemokratie in der Hebung der Aktivität der Massen erblickte“ (S. 203), blieb ein unverwirklichtes Ideal und zur tatsächlichen Politik der Sozialdemokraten wurde die Politik des 4. August: der Burgfrieden.

„In der Geschichte des neueren Sozialismus ist es sozusagen eine einzeln dastehende und in ihrer Art äußerst erfreuliche Erscheinung, daß der Streit verschiedener Richtungen innerhalb des Sozialismus aus nationalen Streitigkeiten zu einem internationalen Streit wurde. In früheren Zeiten blieben die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lassalleanern und Eisenachern, zwischen den Guesdisten und Possibilisten, zwischen den Fabianern und Sozialdemokraten, zwischen der Narodnaja Wolja und den Sozialdemokraten rein nationale Streitigkeiten, spiegelten rein nationale Züge wider und spielten sich sozusagen auf verschiedenen Gebieten ab. Gegenwärtig aber (jetzt ist das schon klar ersichtlich) bilden die englischen Fabianer, die französischen Ministerialisten, die deutschen Bernsteinianer, die russischen „Kritiker“ alle eine Familie. Vielleicht wird die internationale revolutionäre Sozialdemokratie in diesem ersten, wahrhaft internationalen Ringen mit dem sozialistischen Opportunismus genügend erstarken, um der in Europa schon längst herrschenden politischen Reaktion ein Ende zu setzen?“ (Lenin: „Was ist zu tun?“ S. 25—26).

Diese Hoffnung Lenins wurde nicht verwirklicht, im Gegenteil: Der internationale revolutionäre Sozialismus kapitulierte vor der „einheitlichen Familie“ des internationalen sozialistischen Opportunismus. Der Weltkrieg ermöglichte, was Radek für unmöglich erklärte: Im Augenblick der Kriegserklärung verschwanden die Klassegegensätze aus dem Bewußtsein der Massen. Die 40-jährige Arbeit der Sozialdemokratie löste sich in nichts auf. Die Massen gingen auf den Krieg ein, sie verteidigten „ihr Vaterland“. Was war nun zu tun?

„Gegen den Strom!“ — Diese Parole verkünden Lenin, Sinowjew und alle Revolutionäre, die der Revolution treu blieben.

„Die Zweite Internationale ist, vom Opportunismus besiegt, tot. Nieder mit dem Opportunismus, und es lebe die nicht nur von den „Ueberläufern“, sondern auch vom Opportunismus gesäuberte Kommunistische Internationale.“ (Lenin.)

Die Losung der Revolutionäre, die der Revolution treu blieben, lautet:

„Darauf (d. h. auf den Weltkrieg) gibt es nur eine Antwort: Organisation, Propaganda, Vorbereitung des Bürgerkrieges in allen Ländern, wo das Proletariat eine einigermaßen ernste Kraft darstellt.“ „Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir uns zu den kommenden Kämpfen vorbereiten und uns, wie auch die ganze Arbeiterbewegung in dem Gedanken erziehen, daß wir entweder sterben oder unter dem Banner des Bürgerkrieges siegen müssen.“ (Sinowjew.)

Als die gesamten Sozialdemokraten — Plechanow und Südekum, Kautsky und Martow — sich

verhüllt oder offen in Sozialchauvinisten umwandeln, blieb die Partei der russischen Bolschewiki der Revolution treu. Sie blieb ihr treu und vollzog die größte Heldentat, die eine klassenbewußte Partei vollziehen kann: sie kämpfte gegen den Strom. Sie rettete die Ehre der proletarischen Revolution, die die übrigen feige verraten hatten, und sie verlieh diesem Kampfe gegen den abscheulichsten Verrat in der Weltgeschichte eine klare, einfache, allgemein-verständliche und konsequente Losung: die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.

Überall bildeten sich revolutionäre Gruppen, die der Revolution treu blieben. Aber nur die Bolschewiki und jene, die wie Radek die Politik der bolschewistischen Partei befolgten, waren imstande, auf einmal allen Unklarheiten und Schwankungen zu entsagen und die marxistische Methode klar und konsequent auf die gegebene Lage anzuwenden. Nur die Bolschewiki und Karl Radek in Deutschland (d. h. die Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands), begriffen mit voller Klarheit, daß die Spaltung der Parteien nicht nur in nationalem, sondern auch in internationalem Maßstabe zur unvermeidlichen Notwendigkeit wurde, ja noch mehr, daß diese Spaltung die Vorbedingung zur Entstehung einer neuen revolutionären Internationale bildete. Sie verstanden auch, daß die Abgrenzung nicht bloß von den Scheidemännern und Südekum, sondern auch vom Zentrum, von den Kautsky und Martow, unvermeidlich wurde. „Die Mehrheit der Zentristen ist unverbesserlich“, — erklärt Radek im Jahre 1915, und der „schamlose“ Kautsky mit seinen „frivolen“ Phrasen wird unverzüglich von Lenin bloßgestellt.

„Wollen wir offen sagen, was ist. Es gibt drei Strömungen im internationalen Sozialismus: 1. die Chauvinisten, die konsequent die Politik des Opportunismus machen; 2. die konsequenten Feinde des Opportunismus, die imstande sind, eine revolutionäre Tätigkeit in der Richtung zum Bürgerkrieg zu entfalten; 3. in Verwirrung geratene und schwankende Leute, die jetzt hinter den Opportunisten einherhinken und dem Proletariat durch ihre heuchlerischen Versuche, den Opportunismus sozusagen wissenschaftlich und marxistisch (im Ernst!) zu rechtfertigen, am meisten Schaden verursachen. Ein Teil der letzteren könnte gerettet werden, aber nur, wenn sie entschieden mit ihrer ganzen Vergangenheit und dem Opportunismus brechen.“ (Lenin.)

So gelangen die beiden behandelten Bücher schließlich zum gemeinsamen Kampf gegen den Verrat der alten Sozialdemokratie. Erst jetzt erfüllt sich, was Lenin im Jahre 1912 vorhersagte: Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie (der gegenwärtige Kommunismus) tritt in den Kampf gegen den sozialen Opportunismus. Die

nationalen Scheidewände stürzen ein, eine neue revolutionäre Arbeiterbewegung wird geboren. Sie wird zur Wirklichkeit. In diesem Kampfe für eine neue revolutionäre Partei, für eine neue Internationale kämpfen jetzt alle konsequenten Revolutionäre zusammen.

In dieser völlig gleichartigen Lage verschwinden nun alle Verschiedenheiten, die wir früher in der russischen und der deutschen Arbeiterbewegung feststellten. Westeuropa „russifiziert sich“, es breitet sich aus das „Chaos“, aus dem eine neue revolutionäre Bewegung entstehen muß. Es ist interessant festzustellen, wie jetzt beide Bücher übereinstimmen. Am schärfsten tritt dies hervor in der Kritik, der die Broschüre von Junius durch Lenin einerseits und durch Radek andererseits unterworfen wird. Was wirft Lenin der Broschüre Junius' vor?: Erstens machte sich Junius nicht völlig frei von der „Umgebung“ der deutschen, selbst linken Sozialdemokraten, die sich vor einer Spaltung fürchten und es nicht wagen, revolutionäre Lösungen mit restloser Klarheit auszusprechen.

Zweitens stellt Junius statt eines proletarisch internationalen und sozialistischen Programms ein nationaldeutsches Programm auf, das für die Jahre 1914–1916 schon veraltet ist: Er wollte die „Geschichte“, richtiger gesagt den Kleinbürger, „überlisten“.

Worin besteht nun der Einwand Radeks? „Die Verkündung einer Lösung mit national beschränktem Programm in der Epoche des Imperialismus, das ist der Vorwurf, den wir Junius machen.“ Dadurch verwickelt sich Junius in Widersprüche und macht den Sinn und die Bedeutung der Weltkrise unklar.

Gehört das Buch des Genossen Radek zu den ideologischen Dokumenten der Kommunistischen Partei Deutschlands, so ist das Buch der Genossen Lenin und Sinowjew ein ideologisches Dokument der Kommunistischen Internationale. Die volle Bedeutung beider Bücher wird nur jenen klar, die sie selbst gelesen haben. Jeder revolutionäre Arbeiter sollte sie durchlesen, denn auch jetzt wenden sie sich an ihn; jedem Arbeiter, der noch im Lager der Sozialdemokraten ist und den der schmachliche Verrat an der Revolution die Augen noch nicht öffnete, sollte man diese Bücher geben und ihm sagen: Lies und überlege. Diese Bücher wenden sich an Dich und an Deine Parteigenossen, Ihr wart es, die Ihr eure Revolution verraten habt! Klar und eindringlich, einfach und überzeugend ist die Sprache sowohl von Lenin und Sinowjew, als auch die von Radek. Die Probleme, die die Arbeiterklasse erregen, sind noch fast unverändert, wie sich auch am Verrate der Sozial-

demokraten nichts geändert hat. Hie Imperialismus, hie Sozialismus! Möge ein jeder diese Werke lesen und über ihren Inhalt nachdenken. Er möge das, was ihm die Führer der Weltrevolution sagen, überlegen und nachher entscheiden, ob er für den Imperialismus oder den Sozialismus ist.

Jene aber, die schon einen Entschluß faßten, jene Genossen, die die ganze Zeit hindurch der Revolution treu blieben, werden aus diesen Büchern die feste Ueberzeugung schöpfen, daß nicht der Imperialismus, sondern der Sozialismus siegen wird!

Rudas.

Vor der Entscheidung.

William Elyot Orton: „*Labour in Transition*“, London 1921.

Shaw Desmond: „*Labour, the Giant, with the feet of clay*“, London 1921.

Entsetzliche Krämpfe erschüttern den ungeheuren Leib des englischen Proletariats. Was hat das zu bedeuten? Sind es Geburtswehen, die die bevorstehende Geburt eines neuen Englands ankünden, oder ist es irgend eine Krankheit, die z. B. durch Ansteckung oder durch Vergiftung mit irgendeinem Gifte (z. B. dem bolschewistischen) hervorgerufen und deren Heilung bei entsprechender Pflege zu erwarten ist? Die beiden genannten Verfasser stehen als Aerzte am Bette des Kranken und schütteln sehr beunruhigt den Kopf:

„Wir wissen nicht, was es ist“, sagen sie, „die Symptome sind noch nicht klar. Vielleicht ist es Schwangerschaft; vielleicht etwas anderes.“ Für den Ausgang garantieren wir jedenfalls nicht. Es ist ein sehr schwerer, ein sehr verwickelter Fall. Es ist uns in unserer Praxis noch kein derartiger vorgekommen...”

Es sind zwei verschiedene Aerzte, mit verschiedener Vorbildung und verschiedenen Qualifikationen. Der eine von ihnen, Orton (der offenbar die Rolle eines Beraters spielt), ist ein Mann mit einer bedeutenden allgemeinen und speziellen Bildung. Er hat die Universität zu Cambridge besucht und hat den Gelehrtengrad der Londoner Universität inne. Man sieht, daß er in der Londoner „School of Economics“, der berühmten Pflanzstätte des Fabianschen Sozialismus, gearbeitet hat, denn er widmet seine Arbeit ihrem Direktor (ich kann augenblicklich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob dem jetzigen oder dem ehemaligen) und erwähnt etwa zweimal mit sichtlicher Liebe ihren Inspirator Sidney Webb. Dementsprechend ist sein Buch vortrefflich geschrieben, gibt ein gedrängtes, aber inhaltsreiches Bild der Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterklasse in England vom Beginn des Weltkrieges an und... verirrt sich in nebelhaften Allgemeinplätzen, wenn es zu Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen kommt. Der andere, Desmond, ist im Grunde genommen nicht einmal Arzt, sondern eher ein Lazarettgehilfe, der die Symptome bald in dieser, bald in jener Weise auslegt, die wissenschaftliche Terminologie durcheinanderwirft, Fremdwörter gebraucht, ohne ihren Sinn richtig zu verstehen, überhaupt ein Wirkkopf und ein „gutes Herz“ („Ein gutes Herz, verwirrte Phantasie, das ist ein

Narr, wie Lamettrie", wie Friedrich der Große schrieb), der jedoch das Glück (vielleicht aber auch das Unglück) hatte, der Reihe nach in allen Parteien Englands gewesen zu sein und, nachdem er über sie alle enttäuscht war (wie sich das für einen englischen Intellektuellen oder Halbtellektuellen gehört), „doch Sozialist zu bleiben“, wie er in dem Vorwort erklärt. Das „ich bin doch Sozialist“ wiegt vollständig das alte deutsche „auch Sozialist“ auf und ist offengestanden viel schlimmer als das „ich bin gar nicht Sozialist“ von der Art des Orton; Desmond hat aber doch den Vorzug vor dem letzteren, daß er die berüchtigten „Arbeiterführer“ Englands persönlich kennt und sie gar nicht übel beschimpft, wenn er die englische Heuchelei vergißt, die ihn zuweilen veranlaßt, sogar Henderson als „ehrlichen, bescheidenen Menschen mit guten Absichten“ zu bezeichnen. Im einzelnen aber ist Orton mehr beunruhigt, während Desmond über die letzten Phasen der englischen Arbeiterbewegung mehr enttäuscht ist, doch kommen sie beide zu derselben Schlußfolgerung, daß, wenn der englische Arbeiter zu seinen übrigen Tugenden nicht das „Verantwortungsgefühl“ hinzufügen wird, ein Unglück eintreten werde. Das Verantwortungsgefühl aber wird von beiden nicht in bezug auf jenen vortrefflichen Anonymus, der bei den Engländern mit dem Wort „Gesellschaft“ (Community) bezeichnet wird, d. h. also in bezug auf die Bourgeoisie, hauptsächlich die Kleinbourgeoisie. Desmond ist nicht in der stilisierten Prosa der fabianischen Publizisten erfahren, er sagt ohne Umwege, mit der Gutmütigkeit eines einfachen Lazarettgehilfen:

„Wenn die Arbeiterbewegung sich retten will, so müssen die Führer den Durchschnittsarbeitern sagen, daß man für ein Privileg mit Verantwortlichkeit zahlen muß. Sie müssen ihnen sagen, daß sie für jeden von ihnen dem „Kapitalisten und Unterdrücker“ und auch sich selbst abgerungenen Schritt mit gesteigertem Verantwortungsgefühl und dem Gefühl der Pflicht der Gesellschaft gegenüber, ganz unabhängig von der Klasse, und mit gesteigerter Selbstaufopferung zahlen müssen.“

Wie man sieht, ist Desmond ein sehr strenger Moralist und Prediger, da er als „doch Sozialist“ sogar die Kapitalisten und Unterdrücker in ironische Anführungszeichen stellt: wer weiß, was alles die Arbeiter über die Kapitalisten schwätzen. Orton ist als fabianischer „Spez“ vorsichtiger:

„Wenn das Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit“, sagt er, „zuweilen in der Praxis der Trade-Unionisten fehlt, so wird man noch viel länger nach ihr unter den Organisationen der Arbeitgeber zu suchen haben: einige Handlungen dieser ignorieren nicht nur die Interessen der Gesellschaft, sondern setzen sie direkt einer Gefahr aus.“

Hier haben wir eine ganz unparteiische Verteilung des Tadels zwischen den Arbeitern und Kapitalisten, sogar mit einem Ubergewicht desselben auf der Seite der letzteren. Orton gibt sogar zu, daß die Schaffung einer besseren Gesellschaftsordnung letzten Endes große und spürbare Opfer im Sinne der Macht, der Privilegien und des Besitzes fordert.

Doch er fügt sofort hinzu:

„Aber diese Forderung muß im Namen der Gesellschaft vorgelegt und durch eine Autorität

sanktioniert werden, die nicht geringer ist als die ganze Nation. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse wird das letzte verzweifelte Mittel sein; für alle aber, die England lieben, muß es wichtig sein, daß in der entsprechenden Zeit die notwendigen Opfer nicht durch die ökonomische Macht der Arbeiterklasse erzielt werden, die gezwungen ist, zu scharfen Zwangsmaßnahmen zu greifen, sondern durch das allgemeine Gewissen der Gesellschaft, die zu einem schärferen Bewußtsein davon erwacht ist, was gerecht ist.“

Mit anderen Worten, beide Autoren überreden die Arbeiterklasse, im Kampfe gegen die Kapitalisten nicht selbständig vorzugehen, sondern abzuwarten, bis die bourgeoise Gesellschaft ihre Aktionen selbst sanktioniert, und zwar spricht Desmond von den notwendigen Opfern von seiten der Arbeiterklasse, während Orton delikats genug ist, die Opfer von seiten der Bourgeoisie zu erwähnen. Das ist ein recht schönes Rezept für die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch, das muß man schon sagen.

Aber was ist eigentlich los? Warum der Lärm? Bisher war, wie es scheint, in keiner Arbeiterklasse das Verantwortungsgefühl vor der Bourgeoisie so stark entwickelt wie in der englischen. Wurden ihr nicht von allen Enden der Welt und in allen Sprachen gerade für diese erhabene seelische Eigenschaft Lobhymnen gesungen? Und auch gegenwärtig: wo und wann hat die bourgeoise Gesellschaft, vor der sich die Arbeiterklasse wie vor dem höchsten Tribunal verantworten soll, auch nur einen kleinen Stein nach ihren anerkannten Führern geworfen, von der Art der hochverehrten „ehrlichen, bescheidenen und wohlmeinenden“ Henderson, Thomas, ja sogar Macdonald. O weh, es stellt sich heraus, daß im Laufe der letzten Jahre dieser Musterarbeiter, dieses brave Kerlchen, das sich unter seinesgleichen durch seine guten Sitten auszeichnete, ganz unfolgsam geworden ist: in ihm ist irgendein Gefühl erwacht, sind Elemente aufgetaucht, die zwar vorläufig die Minderheit bilden, aber eine sehr energische Minderheit mit revolutionärem Klassenbewußtsein, in ihm ist die Neigung entstanden, zur früheren Aktionsart zu greifen, d. h. zur Terrorisierung nicht nur der Arbeitgeber, sondern „der Gesellschaft selbst“ durch grandiose Streiks, die die Grundlagen der bürgerlichen und verfassungsmäßigen Ordnung erschüttern. Orton schildert ausführlich und ziemlich objektiv das Wachstum dieser Gesinnung während des Krieges und nach dem Kriege, indem er zeigt, wie die englischen Arbeiter, trotzdem sie sich mit dem Krieg einverstanden erklärten, sich doch nicht mit der kapitalistischen Exploitation einverstanden erklären konnten, die unter dem Lärm der patriotischen und nationalistischen Fanfaren schlimmer als früher gestiegen war; trotz aller Ueberredungen ihrer Führer also, die sich sowohl mit dem Kriege als auch mit der kapitalistischen Exploitation einverstanden erklärt und „warme“ Regierungsplätzen eingenommen hatten, begannen die Arbeiter schon im zweiten Kriegsjahr zu streiken und durch den Streik nicht nur den Kapitalisten, sondern auch der Regierung selbst Schläge zu versetzen. Orton zeigt, was für furchtbare Opfer, was für eine übermenschliche Kräfteanspannung die Arbeiterklasse während der ganzen Kriegszeit auszuhalten hatte, wie man ihr von allen Seiten schwor, daß dieser Krieg der letzte sei, daß mit der Vernichtung des deutschen Imperialismus das tausendjährige Reich Christi anbrechen werde, daß

nach dem Kriege „die Welt ein heldenwürdiger Wohnplatz werden wird“ und auf die zerquälte Erde wie aus einem Füllhorn ökonomische, soziale und politische Reformen ausgeschüttet werden, die die Wunden heilen und ein sündloses Paradies für eine glückliche, wenn auch müde Menschheit schaffen werden. Desmond charakterisiert an einer Stelle den englischen Arbeiter als „einfachen, sentimental, gutmütigen Menschen, der sich von seinem Herzen lenken läßt und die Verstandesprozesse ignoriert“. Der Verfasser selbst gehört zweifellos zu dem Typus, der „die Verstandesprozesse ignoriert“, trotzdem er nicht aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist; aber während des Krieges hat der englische Arbeiter durch seine kindliche Vertrauensseligkeit sich tatsächlich dieser Charakteristik genähert. Jede Arbeiterklasse ist damals in ihrer Weise betrogen worden. Den französischen Arbeiter zwang man zu glauben, daß er gegen die preußische Pickelhaube für die Demokratie und die Vernächtnisse der großen Revolution kämpfte; dem deutschen Arbeiter suggerierte man den Gedanken, daß Konkurrenten und Neidlinge sein Vaterland vernichten wollen; dem englischen Arbeiter aber präsentierte man ganz leeres Geschwätz von der Art etwa, daß die regierende Klasse nach dem Kriege nur noch sich der einen Arbeit widmen werde, dem Arbeiter möglichst viele gebratene Rebhühner in den Mund fliegen zu lassen. Und der englische Arbeiter, der trotz des Burgfriedens erbittert gegen seine Kapitalisten und seine Regierung kämpfte, lauschte sofort leichtgläubig auf ihre Versprechungen für die Zeit... nach dem Kriege. In der Tat, er ignorierte die Verstandesprozesse. Und bei dem Erwachen erging es ihm tatsächlich sehr schlecht. Mit Ausnahme der Reform des Wahlrechts in demokratischer Richtung, einer Reform, die, nebenbei bemerkt, damals niemand verlangte und die schon Anfang 1918 durchgeführt wurde, um den Deutschen, die eine solche Reform in Preußen anstrebten, zu zeigen, um wievielmals die demokratische Regierung Englands besser sei als die preußische, mit Ausnahme dieser nützlichen, aber unerbetenen Reform, hat die Regierung und die kapitalistische Klasse den Arbeitern rein gar nichts gegeben. Orton widmet ein besonderes Kapitel unter der ironischen Ueberschrift „Heldenwohnungen“ der Geschichte einer der schamlosesten Betrügereien, die Lloyd George in der Frauenfrage gegen den gutmütigen Arbeiter verübte, und gibt bei dieser Gelegenheit die Beschreibung eines erfolgreichen Versuchs, den auf dem Gebiete des Häuserbaues eine Londoner Arbeitergenossenschaft machte; wie auf Grund dieses Versuches „profitlose“ Baugenossenschaften unter dem Namen des „Gildensozialismus“ gebildet wurden, die den Versuch R. Owens unter den Verhältnissen des vertrusteten Kapitalismus wiederholen wollten. Schlimmer aber als die Nichteinhaltung früher gegebener Versprechungen war es, daß, als die Arbeiter es sich einfallen ließen, die Regierung und die Gesellschaft an sich zu erinnern, wie die Bergarbeiter dies in der Frage der Nationalisierung der Bergindustrie zu tun wagten, sie auf den einmütigen und sehr imposanten Widerstand stießen, der durch die Organisation von Streikbrechern, die Herbeirufung von Truppen, die Schaffung einer weißen Armee usw. begleitet wurde. Die gleichen „Helden“, an deren patriotisches Gefühl man noch vor kurzem appelliert hatte, um das Vaterland zu retten, und die das Vaterland tatsächlich durch ihre höllische Arbeit

in den Kriegsfabriken und durch ihren eigenen Leib in den Schützengräben gerettet haben, befanden sich jetzt in der Lage von Heloten in eben demselben geretteten Vaterland, denn der Arbeitslohn begann sofort immer mehr zu sinken und war 1920 bis auf das Niveau von 1914 und noch tiefer gesunken, während die Preise für die Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs das Doppelte und mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit betrugen und die kapitalistische Klasse mehr als je im Golde schwamm. Orton beschreibt vortrefflich die Empörung der Arbeiter und die Streikwelle, die wütend über das Land hinwegfegte und deren höchster Kamm die Bergarbeiterbewegung war. Das kapitalistische England erbeute unter den Schlägen dieser Elementargewalt, aber es hielt glücklich stand, weil es den einzelnen Wellenkämmen niemals gelang, sich zu einem mächtigen Wall zu vereinigen. Uebrigens ist Orton dessen nicht sicher, „ob das kapitalistische England tatsächlich nicht standgehalten hätte, wenn es dem kombinierten Anprall der Streikflut ausgesetzt gewesen wäre“, während Desmond sogar vollständig überzeugt ist, daß es standgehalten hätte, denn „in keinem Lande wird auch nur ein Soldat von 50, ein Matrose unter 100, und ein Polizist unter 1000 sich weigern, nach den eigenen Brüdern, den Arbeitern zu schießen, wenn der Befehl dazu gegeben wird“. Da wir aus Erfahrung wissen, daß es hier und da nicht ganz so gegangen ist, so erscheint uns das Argument Desmonds nicht besonders überzeugend. Der Skeptizismus Ortons ist auch, wie es scheint, nicht ganz aufrichtig, denn an einer anderen Stelle warnt er vorsichtig, daß, wenn „Staat und Industrie ihr Verhalten zur Arbeiterklasse nicht ändern, in den nächsten zehn Jahren unvermeidlich eine revolutionäre Situation entstehen werde“. Orton bewegt sich als Verehrer Fabius des Cunktors sehr langsam vorwärts und denkt sich in dieser fernen hypothetischen Zukunft nicht einmal eine Revolution, sondern nur eine „revolutionäre Situation“; daß sie aber im Geiste schon seinen Schlaf durch ihren Atem beunruhigt, ist aus jener Beharrlichkeit zu ersehen, mit der er von den Arbeitern und sogar von den Kapitalisten das „Verantwortungsgefühl“ zu fordern nicht aufhört.

Doch handelt es sich nicht hierum, sondern darum, warum denn eigentlich die einzelnen Streikwellen sich kein einziges Mal zu einem Wall, dem „neunten Wall“, zusammengeschlossen haben.

Orton widmet die beiden Schlußkapitel seines Buches den beiden Generalstreiks der Bergarbeiter, und obwohl er das, was die charakteristischste Episode in beiden Fällen ist, nämlich den Verräterakt der Führer im allerkritischsten Moment, geschickt vertuscht, so ist dennoch aus seiner Beschreibung zu ersehen, was für eine trennende und paralysierende Rolle in der englischen Arbeiterbewegung gerade die Führer spielen. Den ersten Streik der Bergarbeiter brachte ihr Führer William Brice zum Scheitern, der eigenmächtig im Parlament mit einem Kompromißvorschlag auftrat, der von der Regierung sofort angenommen wurde und von der ganzen Kammer und der Presse unterstützt worden ist. Dafür wurde er alsbald von den Bergarbeitern seines Postens enthoben und erhielt sofort einen Posten von der Regierung. Der zweite Streik wurde durch Frank Hodges, den Generalsekretär der Bergarbeiter, zum Scheitern gebracht, der auch, ohne sich bei den Arbeitern nach ihrer Einwilligung zu erkundigen, ein Kom-

promiß für die Entscheidung des Streites der Kammerkommission vorlegte. Zwar wurde er sofort vom Exekutivkomitee desavouiert, aber hier mischten sich die beiden berühmten Partner des „Dreiverbandes“, die Führer der Eisenbahn- und Transportarbeiter, mit einer Weigerung ein, den Plan des Generalstreiks zu unterstützen, und die isolierten Arbeiter waren gezwungen zu kapitulieren. Desmond, der sich verächtlich über die ganze Streikbewegung als über eine niedrige, grob materielle Bewegung für „die Steigerung der Löhne und die Verringerung der Arbeit“ äußert und nicht den geringsten Zweifel an der Reinheit der Absichten der Thomas und Hodges hegt, spottet dennoch giftig über den Dreiverband und die lauten Phrasen der verschiedenen Führer, indem er die ganze englische Arbeiterklasse als „Koloß auf tönernen Füßen“ charakterisiert. Dieser Spott ist sehr billig, hauptsächlich aber ist er unverdient. Die englische Arbeiterklasse ist eher ein Koloß, der an Händen und Füßen durch die Ketten der veralteten Organisationsform gefesselt ist. Der Trade-Unionismus, diese historische, erstarrte, von der Bourgeoisie selbst aufrechterhaltene Form der englischen Arbeiterbewegung, die aufgebaut ist nach dem Zunftprinzip, das die Arbeiterklasse materiell und moralisch zerspaltet, statt sie zu einigen, der durch seine ganze Struktur nicht so sehr an den Kampf als an ein Kompromiß mit den Arbeitgebern angepaßt ist, diese von Grund auf untaugliche Organisationsform, die nur in der Periode des sich entwickelnden Kapitalismus und der sinkenden Preise emporwachsen und zu einem engen und festen Panzer erstarren konnte — dieser Trade-Unionismus, der ununterbrochen aus sich selbst heraus eine fast autokratische Macht und sogar die Unablösbarkeit der Bürokratie schafft, ist gerade jener Feind, in dessen Umschlingungen die englische Arbeiterklasse wie in den Ringen einer Riesenschlange vergebliche Anstrengungen macht, um sich zu befreien. Unsere beiden Autoren zitieren denselben Satz von Hodges, den dieser auf dem Kongreß der Arbeiterpartei in Brighton im Jahre 1921 aussprach, indem er die Gewerkschaftsbewegung in England charakterisierte als „hauptsächlich und leider auf der nichtverschmolzenen Gruppierung geschlossener und enger Korporationen beruhend, die sich nur um die Interessen ihrer eigenen Gruppen kümmern“. Das ist richtig, aber nicht nur in jenem von Hodges geäußerten negativen Sinne, daß es der englischen Arbeiterbewegung an irgend etwas fehle, sondern in jenem positiven Sinne, daß das Bestehende — der Trade-Unionismus und die auf ihm beruhende Arbeiterpartei — sie so bindet, daß sie außerstande ist, sich zu entwickeln. Solange die englische Arbeiterbewegung im Strombett des Trade-Unionismus verläuft, solange wird sie durch ihre Führer und ihre eigene Schwäche zum Scheitern gebracht werden. Es ist notwendig, daß sie entweder aus den Ufern tritt und sich frei ausbreitet, wenn auch in einem ungeregelten Strom, oder daß sie sich ein neues Strombett schafft, ehe sie zu jener Macht wird, die niemand, auch sie selbst nicht, zum Scheitern bringen kann.

Sowohl Orton als auch Desmond sind gerade durch jenen Umstand beunruhigt, daß die englische Arbeiterbewegung anscheinend den Versuch macht, diesen oder jenen Ausweg oder sogar alle beide zu finden. Einerseits machte sich schon während des Krieges eine neue Organisationsform der Fabrik- und Werkältesten (Shop Stewards) andeutungsweise bemerkbar, die Orton ziemlich

genau beschreibt, andererseits machte sich in den letzten Jahren die Tendenz zur „direkten Aktion“ bemerkbar, die zu den traditionellen Funktionen der Trade-Unionisten im Widerspruch steht und in ihrer weiteren Entwicklung die Struktur dieser „geschlossenen und engen Korporationen“ zu verändern droht. Zwar scheint die Organisation der Fabrikältesten nach dem Kriege in Verfall geraten zu sein, während die „direkte Aktion“, nachdem sie ihren Kulminationspunkt im August 1920 in der Schaffung des historischen Aktionsrates für die Verhinderung von Kriegsaktionen gegen Sowjetrußland erreicht hatte, seit jener Zeit sich auf lokale, sporadische Aktionen reduziert hat, die keinerlei Bedeutung haben. Aber beide Verfasser verstehen, daß aller Anfang schwer ist, und daß, wenn einmal die Richtung angedeutet und sogar durch eine ziemlich tiefe Furche angedeutet ist, die Arbeiterbewegung ein zweites Mal, wenn man ihr den Weg versperrt, schon leichter dorthin einlenken können wird. Da beide Verfasser die Tatsache nicht verheimlichen, daß unsere Oktoberrevolution und ihre weitere Entwicklung auf die Einbildungskraft des englischen Proletariats einen starken Einfluß ausgeübt und den Gärungsprozeß verstärkt hat, der sich des englischen Proletariats bemächtigt hatte, so ist es interessant, hervorzuheben, daß Desmond es für seine Pflicht hält, naive Leute, die unsere neue ökonomische Politik als ein Zeichen der Ueberwindung der bolschewistischen Gefahr auslegen, zu warnen, daß dies sich bei weitem nicht so verhalte. Was er aus diesem Anlaß sagt, ist zwar etwas komisch, aber doch interessant:

„Vor allem muß man in Betracht ziehen, daß Nikolai Lenin (in England und Amerika nennt man ihn oftmals Nikolai) ein absolut aufrichtiger Mensch, ein Fanatiker bis auf das Mark der Knochen ist, ein Genie von der Art Napoleons, mit einem Organisationstalent, das nicht seinesgleichen hat; zudem ist er ein hervorragender Propagandist. Er hat rings um sich Personen beiderlei Geschlechts versammelt, die zu den glänzendsten und fanatischsten in der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt gehören, und wenn er dem Anscheine nach auf den Gedanken verzichtet hat, die ganze Welt zu bolschewisieren, so kann man doch überzeugt sein, daß er nur einen Rückzug vorgenommen hat, um wieder vorzustoßen, sobald die Zeit günstig sein wird. Tatsächlich wird die bolschewistische Propaganda ununterbrochen und unermüdlich in allen Gewerkschaften Europas betrieben, obgleich das Wort Bolschewismus selten benutzt wird, und man kann sich hiervon überzeugen, wenn man hinter die Kulissen einer beliebigen Gewerkschaft in Großbritannien oder auf dem Kontinent schaut.“

Aber ganz unabhängig von der zersetzenden Wirkung des bolschewistischen Bazillus ist Desmond überzeugt, daß eine große revolutionäre Lawine sich England nähert.

„Beim Vorhandensein eines Zauberkreises“, sagt er, „bestehend aus der Arbeitslosigkeit, die durch den Zerfall des Kreditsystems verursacht wird, und dem Zerfall des Kreditsystems, durch den die Arbeitslosigkeit verursacht wird, und der Unerzogenheit, die im Sinne eines Mangels an Standhaftigkeit und Bereitschaft zur Selbstopferung in allen Klassen herrscht . . . ist nichts wahrscheinlicher, als daß nach Erschöp-

fung der heutigen instinktiven Versuche, die Gesellschaft umzugestalten, die Arbeiterklasse zur Methode der direkten Aktion und der physischen Gewalt geführt werden wird . . . Wenn aber dieser Augenblick eintreten wird, so werden wir nicht nur lokale Streiks, nicht nur Streiks in ganzen Industriezweigen, sondern allgemeine und sogar internationale Streiks erleben . . . Und das werden nicht mehr Streiks für die Erhöhung der Arbeitslöhne, sogar nicht einmal Proteststreiks, sondern Verzweigungsstreiks sein."

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt: zur Verhinderung einer solchen Katastrophe empfiehlt Desmond folgendes: 1. Festsetzung eines minimalen Arbeitslohnes, 2. Festsetzung des Prinzips des „Rechtes auf Arbeit“ und 3. . . Geistige Umerziehung, denn „man kann die Frage der Gärungen in der Arbeiterklasse nur lösen durch Erziehung des menschlichen Charakters“. Man sieht, daß Desmond tatsächlich „die Verstandesprozesse ignoriert“ und „sich von seinem Herzen leiten läßt“.

Interessant ist es aber, daß auch Orton ein ungefähr ebensolches Mittel, die „Erziehung zur Bewußtheit“, empfiehlt, denn „nur durch eine solche Erziehung kann man jene Revolution des menschlichen Geistes erzielen, die man nicht aufhört seit Ibsens Zeiten vergeblich zu fordern“. Es ergibt sich, daß der Arbeiter zu grob, zu „materialistisch“, zu egoistisch ist, um ihm eine so verantwortliche Sache, wie die Revolution es ist, anzuvertrauen. Er muß bei den Fabianern Zartgefühl und bei den enttäuschten „doch Sozialisten“ Idealismus lernen. O weh, wir befürchten, daß der englische Arbeiter diese guten Ratschläge nicht befolgen und, wenn die Zeit kommen wird, seinen Freunden nicht wenig Betrübnis bereiten wird. Diese Zeit aber scheint sich tatsächlich zu nähern.

Tß. Roistein.

Ueber die Pressefreiheit.

Norman Angel: The Press and the Organization of Society. London 1922.

Dieses Buch des bekannten Sozialpazifisten über die Presse, der einstmals Mitarbeiter an der berühmtesten „Daily Mail“ war und überhaupt auf Grund zwanzigjähriger Erfahrung mit der englischen Presse vertraut ist, ist von großem Interesse; es reißt die Hüllen von der bourgeois Götting „Pressefreiheit“ herunter und zeigt, daß dies glorienumstrahlte Wesen eine ganz richtige, widerwärtige Hexe ist, selbst auf jenem Olymp England, wo sie nach den Versicherungen der Liberalen aller Länder und Zeiten besonders gern zu leben pflegte. Der Verfasser illustriert an der Hand zahlreicher Beispiele nicht nur die Macht der Presse, sondern auch, daß diese Macht unmittelbar auf die geistige Verknächtung der Arbeitermassen gerichtet ist und auf diese Weise als Waffe der „kapitalistischen Autokratie“ dient. „Eine der Enttäuschungen der rein politischen Demokratie“, sagt er, „besteht darin, daß die sogenannte freie Presse, diese ungehinderte und reichliche Produktion billiger Zeitungen, die unsere Großväter als eine Waffe der Volksfreiheit und Volksaufklärung betrachteten, zu einem der schlimmsten Hindernisse für die Entwicklung der Fähigkeit wahrer Selbstbestimmung, ja vielleicht zur schwersten Gefahr für die neueste Demokratie geworden ist.“ Angel weist ganz richtig darauf hin, daß die Rolle der Presse in der Periode, die er als die der „kapitalistischen Autokratie“ be-

zeichnet, keineswegs unbedingt in der Weise zustande kommt, daß diese oder jene Finanzgruppe diese oder jene Zeitung unterstützt oder daß die Zeitungen von jenen Firmen abhängen, die Inserate in ihnen unterbringen, sondern daß sie ihren Grund darin hat, daß die Zeitungen unter den heutigen Bedingungen selbst sehr große kapitalistische Unternehmen, oftmals gigantische Syndikate sind, die in ihren Händen einige zehn periodische Publikationen und sogar Papierfabriken mit eigenen Pflanzungen vereinigen. Es ist begreiflich, daß die Presse, da sie auf die sogenannte öffentliche Meinung einen noch größeren Einfluß ausübt als das Parlament oder sogar Schule und Kirche, diesen dafür verwendet, um die Macht des Kapitals über die Volksmassen zu kräftigen. Angel fügt viele interessante Illustrationen zu diesen Thesen bei, und sagt hinsichtlich der „Autokratie“ (d. h. der Diktatur) des Kapitals folgendes:

„Unter den bestehenden sozialen Bedingungen übt die gar nicht zahlreiche ökonomische Autokratie über den Rest der Nation, über das alltägliche Leben von Millionen von Menschen eine Macht aus, die eine unermeßlich größere ist als jene, die der Kaiser und seine Regierung jemals über das Leben der Polen oder Elsässer ausgeübt haben . . . Millionen von Arbeitern leben Tag für Tag in Angst dahin, eine Entscheidung irgend eines dieser Autokraten könne sie in Arbeitslosigkeit und Hilflosigkeit stürzen, eine Entscheidung, die darin besteht, die Fabrik von einem Ort an einen anderen zu verlegen oder sie irgendeinem Trust zu übergeben oder irgendeine neue Erfindung oder ein neues Rohmaterial einzuführen, lauter Dinge, über die jene Leute, deren Leben dabei auf dem Spiel steht, nicht die geringste Kontrolle haben . . . Und das ist nur ein geringer Teil jener Macht, über die diese Autokratie verfügt. Ihr Einfluß und Klassenstandpunkt beherrschen die Gesetze und die Rechtsprechung, die Schule, die Mehrzahl der Künste, die Kirche, die Verkehrsformen, selbst die Spiele und Vergnügungen mit einbegriffen. Ihre Stellung ist eine solche, daß sie imstande ist, fast automatisch die Form und die Grundlagen der Gesellschaft zu bestimmen, in der wir leben, und dadurch ihre eigene Stellung als die der herrschenden Klasse und die Existenz einer anderen, der verknächteten Klasse, die aus dem ganzen übrigen Volk besteht, zu fixieren. Sie hat es verstanden, die Annahme einer solchen gesellschaftlichen Organisation durchzusetzen, unter der der privilegierten Bevölkerungsschicht die Macht, das Prestige, die Muße, die Bildung, die Selbstbestimmung und die gesellschaftliche Achtung garantiert werden, während die große Masse der Bevölkerung sich mit einer ganz anderen Lebensweise, mit einer ganz anderen Bildung einer in ganz bestimmter Weise mit der niedersten sozialen Lage, mit bestimmten Merkmalen der dauernd verknächteten und mit ihrer eigenen Rolle und der ihrer Kinder, der Rolle von Knechtesknechten zufriedenen Klasse, einverstanden erklärt, als wäre es etwas ganz Natürliches. Und diese allgemeine Lage ändert sich nicht im geringsten dadurch, daß ein unendlich kleiner Teil dieser verknächteten Klasse zuweilen in der Lage ist, mit Hilfe exklusiver Hartnäckigkeit und Fähigkeit die schwächeren Konkurrenten erbarmungslos beiseite zu schieben, sich aus dem Zustande der Verknächtung herauszuarbeiten und einen anderen Platz in der Gesellschaft einzunehmen, auf

dem er sich die herrschende soziale Ungerechtigkeit zunutze machen wird."

In dieser Weise werden die bourgeoise Gesellschaft und die bourgeoise Presse entlarvt, nicht von einem Kommunisten, nicht von einem Revolutionär, sondern von einem ehrlichen bürgerlichen Radikalen, einem Sozialpazifisten, für den jedoch die Lehren der großen russischen Revolution, die die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Diktatur des Kapitals gesetzt und den Fetisch der „freien“ Presse zerschmettert hat, keine vergeblichen gewesen sind. Am Anfang war die Tat, und im Lichte dieser Tat erblickten sogar ehrliche bürgerliche Schwärmer die Wahrheit.

Das Schlimmste an diesen bürgerlichen Schwärmern ist aber, daß, sobald es zu praktischen Maßnahmen des Kampfes gegen das von ihnen entlarvte Uebel kommt, sie hoffnungslos in ihre alte ursprüngliche Schwärmerei zurückversinken, da sie der Meinung sind, daß man einen Eierkuchen machen kann, ohne die Eier zu zerschlagen. So träumt auch Angel, wenn er zu der Frage über die Mittel der Schaffung einer „freien“ Arbeiterpresse übergeht, davon, daß diese unter der bestehenden „Autokratie“ des Kapitals selbst ohne Gewaltanwendung gegen diese denkbar ist. Im Widerspruch zu seiner eigenen These, daß diese „Autokratie“ die Gesetze und die Rechtsprechung selbst beherrscht, macht er den Vorschlag, die Journalisten zu einer ebensoleichen Korporation mit beruflichen Qualifikationen und beruflichem Ehrenkodex zusammenzuschließen, wie sie für die Juristen und Aerzte bestehen, eine Regierungspresse zu schaffen,

die jedoch nicht der Regierung selbst, sondern, von dieser unabhängigen, durch den Kodex der Berufschre gebundenen, Journalisten-Richtern untersteht und gleichzeitig die Arbeiterpresse auf die Mittel der Kooperative und Trade-Unions zu verweisen, indem man die Mitglieder dieser Organisationen individuell zwingt, diese Zeitungen zu kaufen und dadurch für diese eine Finanzbasis zu schaffen, die nicht weniger solide ist als die Basis der bürgerlichen Presse. Aber, o weh, der Verfasser selbst gibt eine vernichtende Kritik dieser von einer schönen Seele ausgehenden Projekte und fügt zum Schlusse hinzu:

„Noch ein Wort. Ich persönlich glaube nicht, daß dieser Plan in einigermaßen bedeutendem Maßstabe in der allernächsten Zeit durchführbar sein wird oder daß, wenn der Versuch gemacht werden wird, ihn zu verwirklichen, er von einem einigermaßen bedeutenden Erfolg gekrönt sein wird. Dies bedeutet nicht, daß es unmöglich wäre, ihn zu verwirklichen, sondern es bedeutet, daß man nicht an seine Verwirklichung herantreten wird.“

Der Verfasser hat noch nicht begriffen, daß eine wahrhaft freie Presse sich nur in einer kommunistischen, d. h. klassenlosen Gesellschaft verwirklichen läßt, und daß die Presse bis zu jener Zeit nur eine Waffe der Klassendiktatur, der bourgeoisen oder der proletarischen, sein kann. Einen dritten Weg gibt es nicht, und der ehrwürdige Sozialpazifist wird früher oder später wählen müssen.

I. R.